

# Auswirkungen der EU-Erweiterung auf den Wiener Wohnungsmarkt

## Endbericht

Wolfgang Amann  
Birgit Schuster

Juli 2004

---

Im Auftrag der Stadt Wien, Magistratsabteilung 50





FGW – Forschungsgesellschaft für Wohnen, Bauen und Planen GmbH  
Löwengasse 47  
A 1030 Wien  
Tel. +43 1 712 62 51  
Fax DW 21  
Mail [office@fgw.at](mailto:office@fgw.at)  
Internet [www.fgw.at](http://www.fgw.at)

## AUSWIRKUNGEN DER EU-ERWEITERUNG AUF DEN WIENER WOHNUNGSMARKT

ENDBERICHT, JULI 2004

Wolfgang Amann  
Birgit Schuster

FGW-Schriftenreihe 159  
ISBN 3-902047-23-2

In Kooperation mit der

**TRICONSULT** Wirtschaftsanalytische Forschung GmbH, Wien

Projektteam:  
FGW: Dr. Wolfgang Amann, DI Sandra Bauernfeind, Kerstin Götzl, Dr. Ursula Rischaneck,  
DI Birgit Schuster;  
TRICONSULT: Dr. Felix Josef, Mag. Gabie Peiskammer;  
Polen: Akademie der Wissenschaften, Inst. für Geographie u. Raumplanung;  
Dr. Mariusz Kowalski, Dariusz Swiatek;  
CBOS, Centrum Badania Opinii Społecznej, Warszawa;  
Slowakei: Ing. Arch. Elena Szolgayová, Bratislava;  
KMG, s.r.o., Bratislava;  
Tschechien: Karlsuniversität Prag, Inst.f. Geographie u. Regionalentwicklung;  
Prof.Dr. Luděk Sýkora, Dusan Drbohlav;  
Psyna Praha s.r.o., Prag;  
Ungarn: MRI - Metropolitan Research Institute, Budapest, Dr. Iván Tosics, Eszter Somogyi;  
Inra Hungary, Budapest.

Im Auftrag der Stadt Wien  
Magistratsabteilung 50 – Wohnbauförderung



## HAUPTERGEBNISSE

- ➔ Die FGW schließt sich bei ihren Migrationsszenarien für Wien den vorsichtigen Einschätzungen der Bevölkerungsprognose der Statistik Austria (Herbst 2003) an. Die Prognosen liegen damit bis zu einem Drittel unter den Vorhersagen älterer Studien.
- ➔ Es wurde ein Basisszenario und zwei Alternativszenarien berechnet. Gemäß Basisszenario sind als Folge der EU-Erweiterung jährlich zusätzlich rund 1.000 Haushalte aus Mittel-Ost-Europa in Wien zu erwarten. Rund die Hälfte stammt aus Polen, die zweitstärkste Gruppe werden die Slowaken sein. Szenario 1 geht von einer verstärkten Rückwanderung von bereits in Österreich lebenden Bürgern aus Mittel-Ost-Europa aus. Dies kann dann passieren, wenn sich die MOE-Länder<sup>1</sup> wirtschaftlich noch besser als erwartet entwickeln. Es resultiert unter diesen Voraussetzungen immer noch eine zusätzliche Zuwanderung nach Wien, allerdings im Ausmaß von nur rund 500 Haushalte pro Jahr. Szenario 2 nimmt eine krisenhafte Entwicklung bei der Umstrukturierung der polnischen Landwirtschaft an. In einem solchen Fall würde der größte Teil der Migration zwar nach Deutschland und die USA gehen, ein erheblicher Wanderungsschub würde aber auch Wien treffen. Das Szenario, das als Obergrenze einer einigermaßen wahrscheinlichen Entwicklung aufgefasst wird, geht von zusätzlich rund 4.000 Haushalten aus Mittel-Ost-Europa pro Jahr aus. Der Hauptanteil sind dann natürlich Polen.
- ➔ In der Zusammenschau der Szenarien ist festzuhalten, dass die Auswirkungen der EU-Erweiterung auf die zusätzliche Haushaltsentwicklung in Wien mit einem Plus zwischen 500 und 4.000 Haushalten pro Jahr relativ eng begrenzt ist.
- ➔ Einem voraussichtlichen Wanderungssaldo von 3.000 bis 4.000 Haushalten pro Jahr im Basisszenario – davon 1.500 aus Mittel-Ost-Europa – und einer Zunahme der Haushaltszahl durch Verkleinerung der Haushalte im Ausmaß von ca. 1.500 pro Jahr steht ein Abgang an Wohnungen durch Abriss und Zusammenlegung von zumindest 1.500 pro Jahr gegenüber. Unter der Annahme, dass die resultierende zusätzliche Wohnungsnachfrage allein durch Neubau gedeckt werden soll, bedeutet dies einen jährlichen Neubaubedarf von 6.000 bis 7.000 Wohnungen. Unter der Voraussetzung, dass wie in der Vergangenheit rund 90% des Neubaus durch Wohnbauförderungsmittel kofinanziert wird, bedeutet dies die Notwendigkeit, die Förderungszusicherungen auf jährlich 5.500 bis 6.500 Einheiten anzuheben.

---

<sup>1</sup> MOE-Länder bzw. MOEL = mitteleuropäische Länder. MOEL-4 bezeichnet die in die Untersuchung einbezogenen Länder Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn. MOEL-5 umfasst zusätzlich Slowenien.

- Szenario 2 mit einem gegenüber dem Referenzszenario erhöhten Bedarf von kurzfristig bis zu 3.000 Wohnungen pro Jahr wird als Obergrenze einer einigermaßen wahrscheinlichen Entwicklung aufgefasst. Nachdem es von einer krisenhaften Entwicklung ausgeht, ist es kaum sinnvoll, mittels vorbeugender Angebotsausweitung vorzusorgen. Es wird die Ansicht vertreten, dass der Wohnungsbestand in Wien über ausreichende Reserven zur Bewältigung eines solchen Zuwanderungsschocks verfügt. Bei Eintreffen eines dem Szenario ähnlichen Ereignisses müssten umgehend Maßnahmen getroffen werden, um unter- bzw. fehlgenutzte Wohnungen verfügbar zu machen.
- Bei der Einschätzung des zukünftigen Zustroms von Pendlern, Grenzgängern und Saisoniers liegen bisherige Prognoseberechnungen und offizielle Daten sehr weit - im Verhältnis von 10:1 - auseinander. Dies mag an unzutreffenden Modellannahmen liegen. Es wird aber offensichtlich mit der offiziellen Pendler-Statistik auch nur ein Teil des Pendlerstroms erfasst. Nicht-Tagespendler ohne Arbeitsbewilligung sind statistisch nicht erfasst und somit auch kaum prognostizierbar. Diese Gruppe deckt ihre Wohnbedarf überwiegend am privaten Wohnungsmarkt. Um eine übermäßige Konkurrenzierung am privaten Wohnungsmarkt zu vermeiden, sollte „offiziellen“ Migranten und Pendlern verstärkt Angebote im geförderten Bereich eröffnet werden.
- Das bestehende Angebot an geförderten Wohnungen in Wien ist hinsichtlich Lage, Ausstattung und Preis zweifellos attraktiv und leistbar für Zuwanderer aus Mittel-Ost-Europa. Eine spezifische Herausforderung ist die Informationsvermittlung. Der für die einheimische Bevölkerung übliche Gang zum Wohnungsberatungszentrum oder zu gemeinnützigen Bauvereinigungen ist Zuwanderern meist nicht bekannt. Sie erwarten Information am ehesten über den Arbeitgeber bzw. über Zeitungsinserte.
- Ein Hauptergebnis der Studie ist die starke Abhängigkeit der Migration aus den MOE-Ländern von der Beschäftigungsentwicklung in Wien und der Ostregion. Die Ostregion (W, NÖ, B) hat während der vergangenen 20 Jahre stets ähnliche Wachstumsraten bei der Beschäftigung gehabt wie Österreich als Ganzes. Seit 2000 droht eine Abkoppelung (Grafik 95 und Grafik 96, S 104 und 105). Wien zeigt seit Mitte der neunziger Jahre rückläufige Beschäftigungszahlen. Bis 1999 konnte dies durch die positive Beschäftigungsentwicklung in Niederösterreich und dem Burgenland kompensiert werden. Seither stagnieren die Beschäftigtenzahlen in der Ostregion, während die anderen Regionen deutliche Zuwächse verzeichnen. Die Schere zur gesamt-österreichischen Entwicklung hat sich mittlerweile auf 0,5 bis 0,8 Prozentpunkte geöffnet.
- 60% der gebürtigen Polen und fast 50% der gebürtigen Slowaken leben in Wien. Bei der Neu-Zuwanderung der neunziger Jahre kamen Polen und Slowaken nur zu 28% bzw. 26%

nach Wien (Tabelle 113, S 135). Der bei weitem größere Teil ließ sich in Niederösterreich und ein sukzessive steigender Teil im Burgenland nieder. Migration hängt in zunehmendem Maße von der Verfügbarkeit von Jobs ab. Mehr noch: ein wachsender Teil der Migranten wird zukünftig eine Wanderung nur auf sich nehmen, wenn konkrete Beschäftigungsangebote an ihn heran getragen werden. Bei den Migrationsszenarien für Wien wird von einer moderat positiven Entwicklung der Beschäftigung ausgegangen.

- ➔ Die Migranten aus den MOE-Ländern verfügen über ein Ausbildungsniveau ähnlich dem der Österreicher. Man kann demgemäß von einer vergleichbaren Einkommensstruktur ausgehen.
- ➔ Bei der Attraktivität als Wanderungsziel konkurriert Wien nicht in erster Linie mit anderen Metropolen, sondern mit den Bundesländern. Hier könnte die Attraktivität Wiens als Kulturstadt in Verbindung mit einem Wohnungsangebot mit sehr gutem Preis-/Leistungsverhältnis hoch qualifizierte Zuwanderung begünstigen.
- ➔ Bevölkerungswachstum wird als Chance für eine Metropole aufgefasst, ihre internationale Geltung zu steigern und den Wohlstand für die heimische Bevölkerung zu erhöhen. Die wichtigste Voraussetzung für Bevölkerungswachstum ist ein wachsendes Beschäftigungsangebot.
- ➔ Die Wohnungspolitik ist ein wesentliches begleitendes Politikfeld, das besonders große Potenziale darin hat, zu einer ruhigen gesellschaftlichen Entwicklung beizutragen. Günstige Rahmenbedingungen der Wohnversorgung im Zielland sind geeignet, Wanderungsentscheidungen positiv zu beeinflussen.
- ➔ Für mittel-ost-europäische Migranten in prekären wirtschaftlichen Situationen bieten sich Maßnahmen wie befristete Mietverträge in günstigen Gemeindewohnungen oder familien-taugliche Zuwandererheime an.
- ➔ Die Wohnungspolitik kann zur Attraktivierung von Wien als Studienort beitragen, indem entsprechend ausgerichtete Studentenheime zur Verfügung gestellt werden.





# INHALT

1	STRUKTURDATEN ZU DEMOGRAFIE UND WOHNUNGSWESEN IN WIEN	9
1.1	Demografie	9
1.2	Wohnungsbestand und Wohnungsneubau	29
2	EU-ERWEITERUNG UND MIGRATION	49
2.1	Zeitplan der Erweiterung – Rechtliche Voraussetzungen	51
2.2	Inkonsistente Migrationsprognosen	53
2.3	Ergebnisse bisheriger Studien zu Auswirkungen der EU-Erweiterung auf Migration	55
2.4	Migration als Folge der EU-Süderweiterungen	61
3	MIGRATIONSRELEVANTE RAHMENBEDINGUNGEN DER EU-ERWEITERUNG – PUSH- UND PULL-FAKTOREN	65
3.1	Push-Faktoren für Wanderung	66
3.2	Polen	77
3.3	Slowakei	84
3.4	Tschechien	90
3.5	Ungarn	94
3.6	Pull-Faktoren für Wanderung	98
3.7	Wirtschaftliche Rahmenbedingungen in Wien	100
4	MIGRATIONSSZENARIEN FÜR WIEN	119
4.1	Stabile Migration	119
4.2	Bisherige Migration aus den MOEL-4	120
4.3	Präferierte Migrationsziele	124
4.4	Methodenwahl zur Szenarienberechnung	126
4.5	Migrationsszenarien	134
5	ERWEITERUNGSBEDINGTE ZUWANDERUNG AUS DEN CEE-STAA TEN NACH SOZIO-DOMOGRAFISCHEN KRITERIEN	143
5.1	Altersstruktur	143
5.2	Berufe und Einkommen	143
5.3	Haushaltsgrößen	144
5.4	Zuzugsdauer	145
5.5	Pendler	146
6	PROGNOSE DER ZUSÄTZLICHEN WOHNUNGSNACHFRAGE	149
6.1	Zusätzliche Nachfrage nach Wohnungsgröße, Preis und Lage	152
6.2	Zusätzliche Nachfrage nach Rechtsform	153
6.3	Allokation	153
7	AUFGLIEDERUNG NACH MOE-LÄNDERN	155
7.1	Polen	155
7.2	Slowaken	155
7.3	Tschechen	156
7.4	Ungarn	157
8	APPENDIX	159
8.1	Wissenschaftliche Partner-Institute	159
8.2	Country Reports	159
8.3	Empirische Erhebung	160
8.4	Literatur	167
8.5	Tabellenanhang	171



# VORWORT

Zum Jahreswechsel 2002/03 beauftragte die Magistratsabteilung 50 auf Basis eines Gemeinderatsbeschlusses vom 16.10.2002 die FGW – Forschungsgesellschaft für Wohnen, Bauen und Planen mit der Durchführung einer Studie über die Auswirkungen der EU-Erweiterung auf den Wiener Wohnungsmarkt. Die Studie bezieht sich auftragsgemäß auf die

- „Prognose der Anzahl der Wochenpendler und der Migranten, ihrer Alters- und Einkommensstruktur, ihrer Haushaltsgrößen sowie ihrer Zuzugsdauer unter Berücksichtigung der entsprechenden Übergangs-Fristen nach der EU-Erweiterung;
- Prognose der Nachfrage nach Größe, Ausstattung, Lage, Rechtsform und Kosten der Wohnung;
- Aufgliederung der Prognoseergebnisse nach Beitrittskandidaten.“

Aus dieser Aufgabenstellung leiteten sich für die Projektdurchführung folgende Ziele ab:

- Analyse migrationsrelevanter Ausgangsbedingungen in Wien: Demografie, Wohnversorgung, Arbeitsmarkt (Fokus auf „Pull-Faktoren“).<sup>1</sup>
- Analyse migrationsrelevanter Ausgangsbedingungen in den MOE-Ländern: Demografie, Wohnversorgung, Arbeitsmarkt (Fokus auf „Push-Faktoren“).
- Erarbeitung von Migrationsszenarien.
- Detaillierte Quantifizierung des zusätzlichen Wohnungsbedarfs in Wien.

Zur Lösung der Aufgabenstellung wurde eine empirische Erhebung in den vier MOE-Ländern Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn durchgeführt und vor Ort ansässige wissenschaftliche Partner-Institute mit der Durchführung von Interviews und Country-Reports beauftragt.<sup>2</sup>

Die vorliegende Studie erhebt den Anspruch, den heutigen Wissensstand zum Themenkreis EU-Erweiterung und Migration wiederzugeben und Schlussfolgerungen am Stand des Wissens zu ziehen. Die Erarbeitung wäre in dieser Dichte ohne die hervorragende Kooperation mit allen neun einbezogenen Partner-Instituten nicht möglich gewesen. Ihnen allen gilt unser Dank.

Für das Projektteam



Dr. Wolfgang Amann

---

<sup>1</sup> Zur Definition von Pull- und Push-Faktoren siehe S 98 bzw. S 66.

<sup>2</sup> Wissenschaftliche Partnerinstitute siehe S 159, empirische Partnerinstitute S 160, Fragebogen S 161.



# 1 STRUKTURDATEN ZU DEMOGRAFIE UND WOHNUNGSWESEN IN WIEN

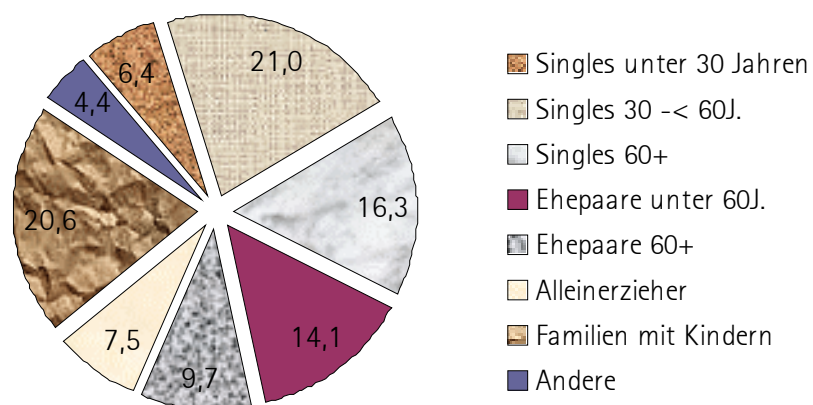
## 1.1 DEMOGRAFIE

### 1.1.1 HAUSHALTSSTRUKTUR

Die Haushaltsstatistik der Volkszählung 2001 fasst alle Personen, die in einer Wohnung oder einer vergleichbaren Unterkunft mit Hauptwohnsitz leben, zu einem Privathaushalt zusammen.<sup>1</sup> Wien weist laut VZ 2001 insgesamt 771.000 Privathaushalte auf. Die Zahl der Haushalte nahm von 1991 bis 2001 nur um 3,3% zu. Der Trend zu kleineren Haushalten setzte sich dabei fort, die durchschnittliche Haushaltsgröße sank von 2,1 Personen im Jahr 1991 auf 1,98 im Jahr 2001. Besonders stark ist die Zunahme von Einpersonenhaushalten, Wienweit ist bereits fast jeder zweite Haushalt ein Singlehaushalt. (Grafik 1 und Grafik 2).

Damit wurde die Entwicklung der Einpersonenhaushalte weit unterschätzt. Eine erst wenige Jahre alte Vorausschätzung der Haushalte und Familien bis zum Jahr 2030<sup>2</sup> ging für das Jahr 2001 von einem Anteil von 41,4% an Privathaushalten mit einer Person aus. Für das Jahr 2030 wurde ein Anteil von 43,5% an Singlehaushalten prognostiziert. Tatsächlich lag der Anteil der Einpersonenhaushalte bereits 2001 bei 44,7% und damit deutlich über dem prognostizierten Wert. Gründe für diese deutliche Abweichung

Grafik 1: Haushaltsstruktur in Wien 2001 in Prozent



Anm.: Anteile der Haushaltstypen an den gesamten Privathaushalten in Prozent  
Ehepaare: ohne Kinder inklusive Lebensgemeinschaften

Alleinerzieher: alleinstehende Mutter bzw. alleinstehender Vater mit Kindern ohne weitere Person im Haushalt

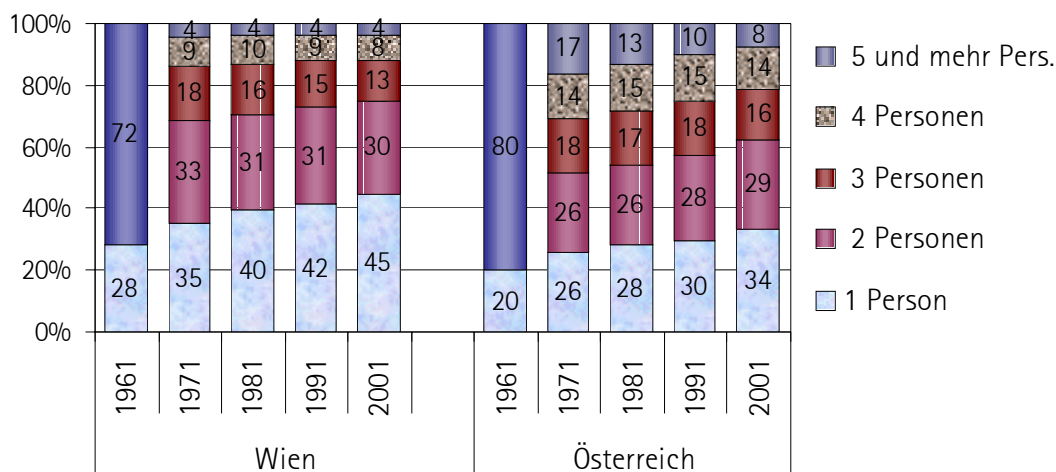
Quelle: St.at MZ 2001

<sup>1</sup> Bei der Volkszählung 2001 wurden die Privathaushalte nach dem Wohnparteienkonzept ("household-dwelling-concept", Konzept des gemeinsamen Wohnens) gebildet. Im Unterschied zu den vorangegangenen Zählungen (bei welchen die Privathaushalte nach dem "housekeeping-unit-concept", Konzept des gemeinsamen Wirtschaftens, gebildet wurden) fasst die Haushaltsstatistik der Volkszählung 2001 alle Personen, die in einer Wohnung oder einer vergleichbaren Unterkunft mit Hauptwohnsitz leben, zu einem Privathaushalt zusammen.

<sup>2</sup> Diese stellt eine Neudurchrechnung der auf den Ergebnissen der VZ 1981 und 1991 fußenden Haushalts- und Familienprognose der Statistik Austria auf Basis der aktuellen Bevölkerungsvorausschätzung mit Basisjahr 2000 dar. In: Statistische Nachrichten 12/2001, S 910ff..

sind in einer Änderung des Verhaltens der Bevölkerung, neuen Lebensformen<sup>1</sup> und der Änderung der Haushaltsbildung zu finden. Ein möglicher Grund könnte auch die Verfügbarkeit von günstigem Wohnraum sein. Zahlen des Immobilienpreisspiegels des Fachverbands der Immobilien- und Vermögenstreuhänder belegen, dass die Mieten auf dem privaten Wohnungsmarkt seit fast zehn Jahren konstant sind. Für den geförderten Wohnbau trifft dasselbe zu.<sup>2</sup>

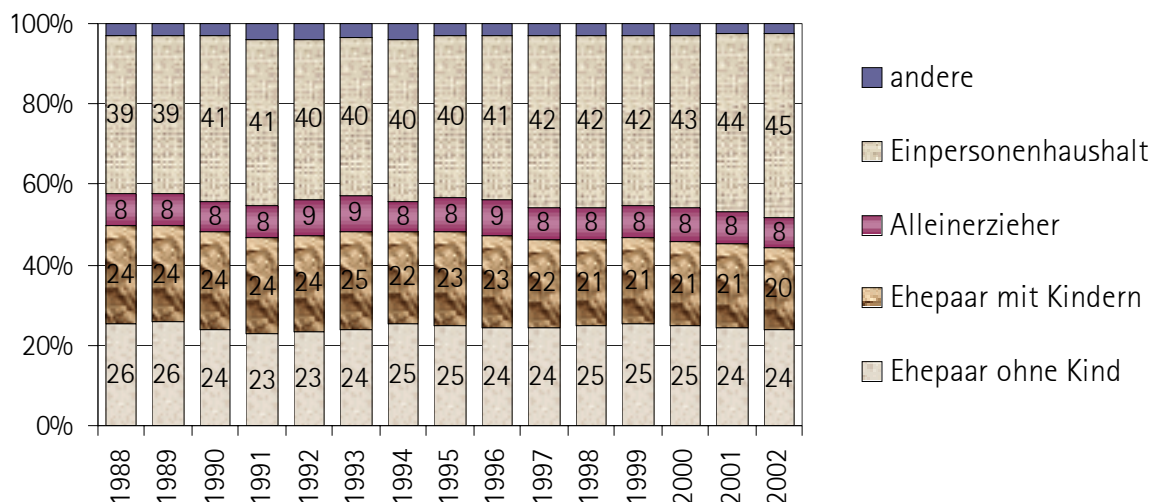
Grafik 2: Haushaltsstruktur 1951 – 2001 nach der Anzahl der Personen in Privathaushalten



Anm.: Für das Jahr 1961 ist nur eine Unterscheidung in Einpersonen- und Mehrpersonenhaushalte verfügbar.

Quelle: Statistik Austria. 1961 Jahresdurchschnitt, 1971, 1981, 1991 Stichtag, VZ 2001 und Bevölkerungsprognose (2003)

Grafik 3: Struktur der Privathaushalte, 1988 bis 2002



Quelle: Statistik Austria

<sup>1</sup> Z.B. „Cocooning“: Rückzug auf das nähere Lebensumfeld, die Wohnung. „DINKS“: Double Income, No Kids. „LATS“: Living Apart Together: Paare mit getrennter bzw. doppelter Haushaltsführung.

<sup>2</sup> Siehe Grafik 34 und Grafik 35, S 35 bzw. 35.

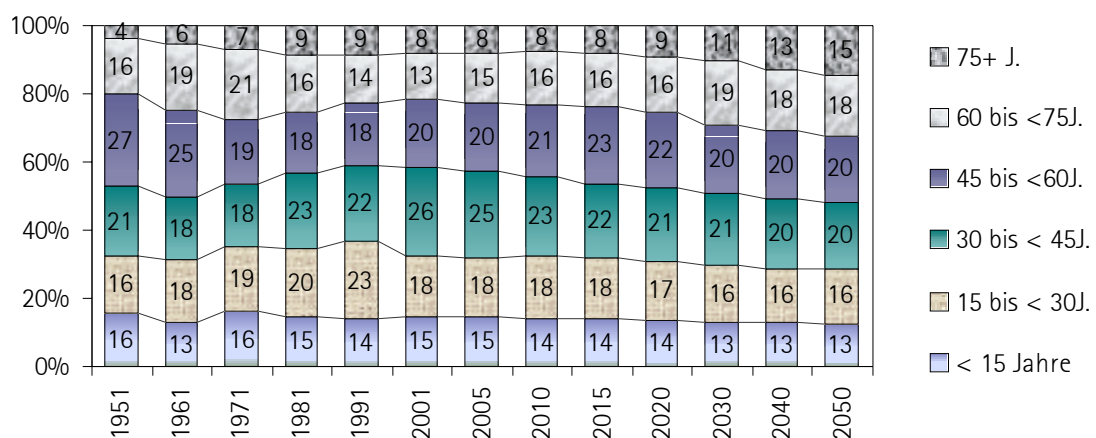
Während die Zahl der Privathaushalte insgesamt in Wien von 694.000 im Jahr 1961 um 11% auf 771.000 im Jahr 2001 anstieg, stieg die Zahl der Einpersonenhaushalte im selben Zeitraum um 77% von 194.000 auf 354.000. Der Trend zu einem überproportionalen Anstieg der Einpersonenhaushalte wird sich aller Voraussicht nach fortsetzen.

### 1.1.2 ALTERSSTRUKTUR

Für die Altersstruktur bedeutet die demografische Entwicklung eine dramatische Veränderung: Ist derzeit rund jeder fünfte Österreicher über 60 Jahre alt, so wird es mittelfristig jeder vierte, langfristig sogar jeder dritte sein. Wiens Bevölkerung wird im Vergleich künftig zu den Jüngeren zählen. Langfristig weist Wien den schwächsten Absolutzuwachs bei den über 60-Jährigen auf (+56% bis 2050). Zahl und Anteil der unter 15-jährigen Kinder werden in allen Bundesländern stark sinken, beträgt der Anteil derzeit noch zwischen 14,7% (in Wien) und 19,3% (in Vorarlberg), wird er 2050 nur mehr zwischen 10,4% und 13,8% liegen. Damit wird Wien mit dem ehemals niedrigsten Wert vom Burgenland (10,4%) abgelöst und kann sich hinsichtlich des Anteils der unter 15-Jährigen (12,5% im Jahr 2050) noch vor der Steiermark und Niederösterreich einreihen.

Bei der Entwicklung der Lebenserwartung verzeichnen frühere Bevölkerungsprognosen die größten Abweichungen. Nach einer Stagnation in den sechziger Jahren ist die männliche Lebenserwartung seit 1970 massiv angestiegen. Österreichweit stieg die Lebenserwartung der Männer zwischen 1971 - 2001 von 66,6 auf 75,6 Jahre. Dies entspricht einem durchschnittlichen Zuwachs von drei Jahren pro Jahrzehnt bzw. mehr als drei Monate pro Jahr! Die Lebenserwartung der Frauen ist im selben Zeitraum von 73,7 auf 81,6 Jahre und damit um 2,6 Jahre pro Jahrzehnt gestiegen. Die Schere zwischen Männern und Frauen hat sich von 7,1 auf 6,0 Jahre verringert. In Wien fiel der Zuwachs der Lebenserwartung etwas geringer aus, erreichte aber auch hier 2,6 Jahre pro Jahrzehnt bei den Männern und 2,3 Jahre pro Jahrzehnt bei den Frauen.<sup>1</sup>

Grafik 4: Entwicklung der Altersstruktur in Wien 1951 – 2050



Quelle: St.at, VZ, Bevölkerungsprognose 2003

<sup>1</sup> Stat. Austria, Statistisches Jahrbuch Österreichs 2002, 2.33 und Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien, 3.01b). In Bezug auf die Prognose der Lebenserwartung siehe auch S 127.

Hinsichtlich des starken Anstiegs der Lebenserwartung wird sich wohl auch in näherer Zukunft wenig ändern. Dass dieser demografische Alterungsprozess und eine weitere Verschiebung der Alterszusammensetzung der Wiener Bevölkerung bedeutsame arbeitsmarkt- und sozialpolitische Veränderungen nach sich ziehen wird, ist klar.<sup>1</sup>

Die sinkende Fertilität und steigende Lebenserwartung führen zu einem Anstieg der älteren Alterskohorten. In Wien wird der Anteil der über 60-Jährigen von 21,8% im Jahr 2001 auf 29,3% (2030) und bis 2050 auf nahezu ein Drittel (32,2%) der Gesamtbevölkerung steigen.<sup>2</sup> Der Anteil der Bevölkerung im Alter von 15 bis 60 Jahren sinkt im gleichen Zeitraum von 63,5% auf 55,3%.<sup>3</sup> Da aber dieser künftige Alterungsprozess vor allem durch den derzeitigen Altersaufbau bestimmt ist, können Veränderungen von Fertilität und Migration zwar dämpfend oder verstärkend wirken, den Alterungsprozess aber nicht nachhaltig umkehren.

Nachstehende Grafik (Grafik 5) veranschaulicht den Anteil der über 60-Jährigen, nach Bezirken gereiht. Links der Säule mit dem anteilmäßigen Durchschnitt aller Altersgruppen für Wien liegen jene Bezirke, die einen Anteil von über 22,5% an über 60-Jährigen aufweisen, rechts davon die Bezirke, deren Anteil an dieser Altersgruppe weniger als 20% beträgt.

Der jüngste Bezirk Wiens ist die Donaustadt: dort liegt Anteil der Altersgruppe von 0 bis 15 Jahren bei 18,3%, der der 0- bis 18-Jährigen bei 21,4%; gleichzeitig findet sich dort mit 17,5% der geringste Bevölkerungsanteil an über 60-Jährigen. Der älteste Bezirk ist Hietzing mit einem Anteil der über 60-Jährigen von 30,8% an der Wohnbevölkerung; auch der Wert der Altersgruppe zwischen 15 und 60 Jahren, also jener Altersgruppe im erwerbsfähigen Alter, ist in Hietzing am niedrigsten: 56,3% im Vergleich zum höchsten Wert Wiens in Neubau mit 68,9%. Für Wien liegt der Anteil der Erwerbsbevölkerung bei 63,2%.

Gemäß der aktuellen Bevölkerungsprognose der Statistik Austria hat die absehbare Entwicklung nachhaltige Arbeitsmarkt- und sozialpolitische Auswirkungen:

- Die Bevölkerung im Erwerbsalter wird in Wien bis zum Jahr 2021 insgesamt zwar um etwa 23.000 Personen zunehmen (2001: 985.000 oder 64%, 2021: 1,007 Millionen oder 61%).
- Bedeutungsvoller ist aber, dass dies mit einer erheblichen Altersverschiebung verbunden sein wird. Die jüngere Erwerbsbevölkerung (im Alter von 15 bis 44 Jahren) wird um 33.000 sinken, die ältere Erwerbsbevölkerung (45 bis 59 Jahre) dagegen um etwa 56.000 ansteigen. Damit setzt sich der Rückgang des jüngeren Arbeitskräfteangebots im Verlauf der nächsten 15 Jahre verstärkt fort. Das Verhältnis von jüngerer zu älterer Erwerbsbevölkerung verschlechtert sich bis zum Jahr 2021 auf 64% zu 36%, gemessen an der gesamten Bevölkerung im Erwerbsalter. 2001 betrug das Verhältnis noch 68% zu 32%. Entsprechend kommt es auch zu deutlichen Verschiebungen bei den sogenannten Abhängigkeitsquoten.

<sup>1</sup> Siehe auch Grafik 4, S 11 und Kapitel 3.7.3 „Beschäftigungsentwicklung“, S 103..

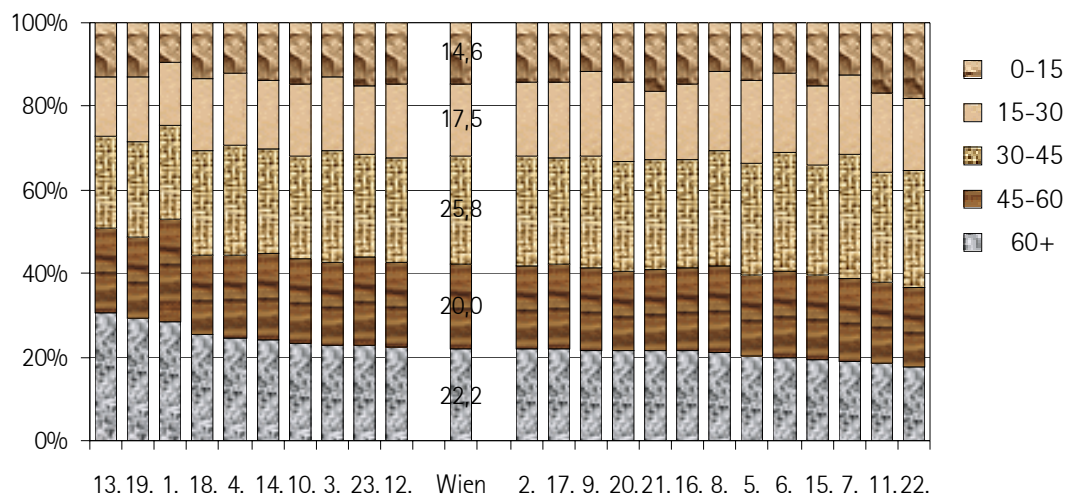
<sup>2</sup> Das wäre allerdings zu diesem Zeitpunkt der niedrigste Anteil über 60-Jähriger aller Bundesländer.

<sup>3</sup> Grafik 4, vgl. Kapitel 3.7.3, S 103.



- Die gegenwärtig (2001) für Wien relativ günstige Proportion der zu erhaltenden Altersgruppen (Kinder bis 15 Jahre und Ältere ab 60 Jahren) zur Erwerbsbevölkerung (15 bis unter 60 Jahre) wird sich im Verlauf der kommenden 20 Jahre erheblich verschlechtern. Die Abhängigkeitsquote liegt derzeit bei 57 und wird im Jahr 2011 bei 60 und 2021 bei 64 liegen. Dieser Anstieg ist großteils auf die Zunahme der älteren Bevölkerung und die Altersverschiebung der Erwerbsbevölkerung zurückzuführen: 2001 entfielen auf 100 Personen im Erwerbsalter 34 Personen im Pensionsalter, 2011 werden es 38, 2021 schon 42 sein.

Grafik 5: Wohnbevölkerung Wiens mit Hauptwohnsitz nach Altersgruppen und Bezirken, 2001



Quelle: Statistik Austria, MA 14, FGW

### 1.1.3 BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG

Wien zählt gemeinsam mit Niederösterreich und den westlichen Bundesländern Tirol, Vorarlberg und Salzburg zahlenmäßig zu jenen, die noch langfristig wachsen: In Wien steigt die Bevölkerungszahl von 1,551 Millionen (2001) um gut 7% auf ein Maximum von 1,666 Millionen im Jahr 2029 an. Bis 2050 wird die Bevölkerung dann wieder leicht sinken, aber mit 1,641 Millionen noch immer um fast 6% größer sein als 2001.

Auch die Bevölkerungszahl Österreichs wird noch knapp dreißig Jahre lang wachsen. Die Volkszählung 2001 weist für Österreich 8,033 Millionen Einwohner aus. Gemäß Bevölkerungsstatistik der Statistik Austria wird die Gesamtbevölkerung Österreichs bis zum Jahr 2027 um rund 400.000 auf 8,43 Millionen anwachsen. Alleinige Ursache für das Bevölkerungswachstum der nächsten 25 Jahre sind die Zuwanderungen. Danach wird das Geburtendefizit nicht mehr durch Wanderungsgewinne ausgeglichen werden können. Bis 2050 wird die Einwohnerzahl Österreichs auf 8,16 Millionen sinken. Bis 2075 soll die Bevölkerung sogar noch weiter auf 7,5 Millionen Einwohner sinken.

Grafik 6: Entwicklung der Wohnbevölkerung nach Bezirken

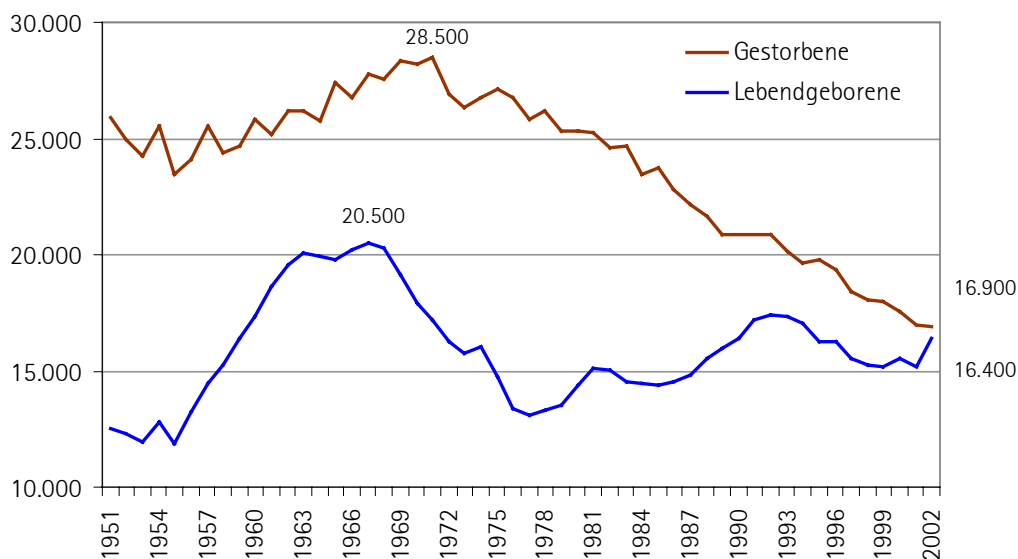
Bezirk	Bevölkerung 2001	Trend	Bezirk	Bevölkerung 2001	Trend
1. Innere Stadt	17.400	↘	13. Hietzing	49.300	↘
2. Leopoldstadt	90.000	↗	14. Penzing	77.600	↘
3. Landstraße	82.000	↗	15. Rudolfsheim-Fünfhaus	64.100	↘
4. Wieden	28.200	↗	16. Ottakring	85.500	→
5. Margareten	48.900	↘	17. Hernals	48.100	↘
6. Mariahilf	27.700	↗	18. Währing	44.400	↘
7. Neubau	28.300	↗	19. Döbling	64.400	↘
8. Josefstadt	22.100	→	20. Brigittenau	76.000	↘
9. Alsergrund	37.100	↗	21. Floridsdorf	128.500	↗
10. Favoriten	150.300	↗	22. Donaustadt	136.700	↗
11. Simmering	77.600	→	23. Liesing	84.900	↘
12. Meidling	78.200	↗			

Quelle: MA 18, FGW

#### 1.1.4 NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG

Dem Baby-Boom der sechziger Jahre folgte in den siebziger Jahren ein Geburtenrückgang, die Anzahl der Gestorbenen sinkt seit den siebziger Jahren ebenfalls stetig. Aufgrund von leicht rückgängigen bzw. stagnierenden Geburtenzahlen und den rückläufigen Todesfällen nimmt der negative Saldo ab. Geburten und Sterbefälle halten sich zur Zeit sogar fast die Waage mit 16.400 Geburten und 16.900 Sterbefällen. Längerfristig ist aber eindeutig wieder mit einem steigenden Geburtendefizit zu rechnen.

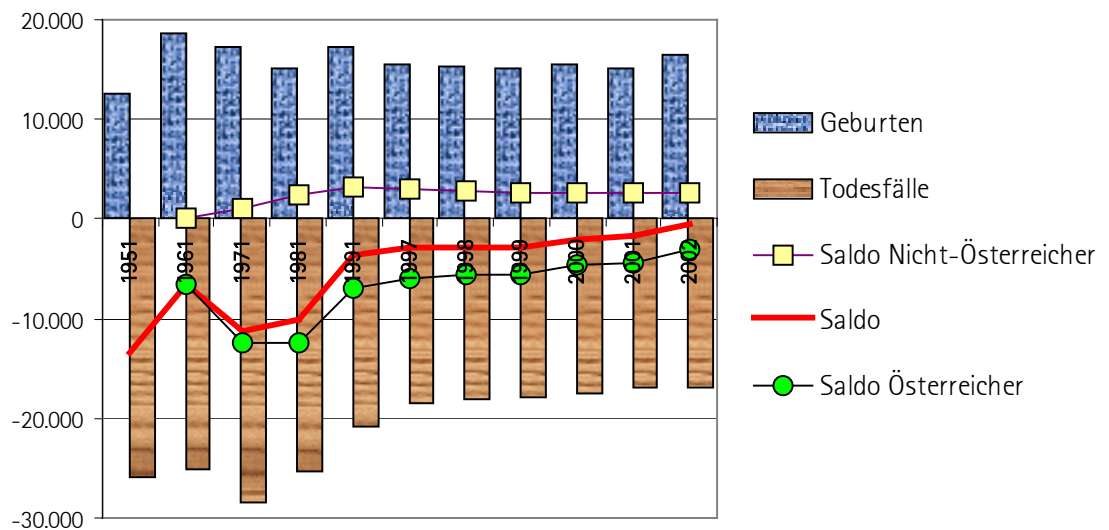
Grafik 7: Geburten und Todesfälle in Wien



Quelle: Statistik Austria, FGW

Ausländische Mitbürger tragen mit ca. 20% zu den Geburten bei. Todesfälle treffen demgegenüber zur Zeit nur zu ca. 4% Ausländer. In Wien lebende Ausländer erreichten damit 2002 einen Geburtenüberschuss von 2.600 Personen, der einem Geburtendefizit der österreichischen Staatsbürger von 3.100 Personen gegenüber steht. Zusammen wurde ein Geburtendefizit von 500 Personen erreicht. Weitere Ausführungen zur Bevölkerungsentwicklung finden sich in Kapitel 4.4.1 ab Seite 126.

Grafik 8: Das Wiener Geburtendefizit nach Geburten österreichischer Staatsbürger und Ausländer



Quelle: Statistik Austria

Die Gesamtfertilitätsrate, die auf Basis der Volkszählung 2001 geringfügig nach oben korrigiert werden konnte, beträgt für Österreich für das Jahr 2001 1,33 Kinder pro Frau. Für Wien ergibt sich für 2001 eine Gesamtfertilitätsrate von 1,32 Kindern pro Frau, für Niederösterreich beträgt sie 1,35. Für eine stabile Bevölkerungszahl (ohne Zuwanderung) wäre es in entwickelten Gesellschaften mit niedriger Kindersterblichkeit notwendig, dass pro Paar bzw. pro Frau durchschnittlich 2,1 Kinder geboren werden.

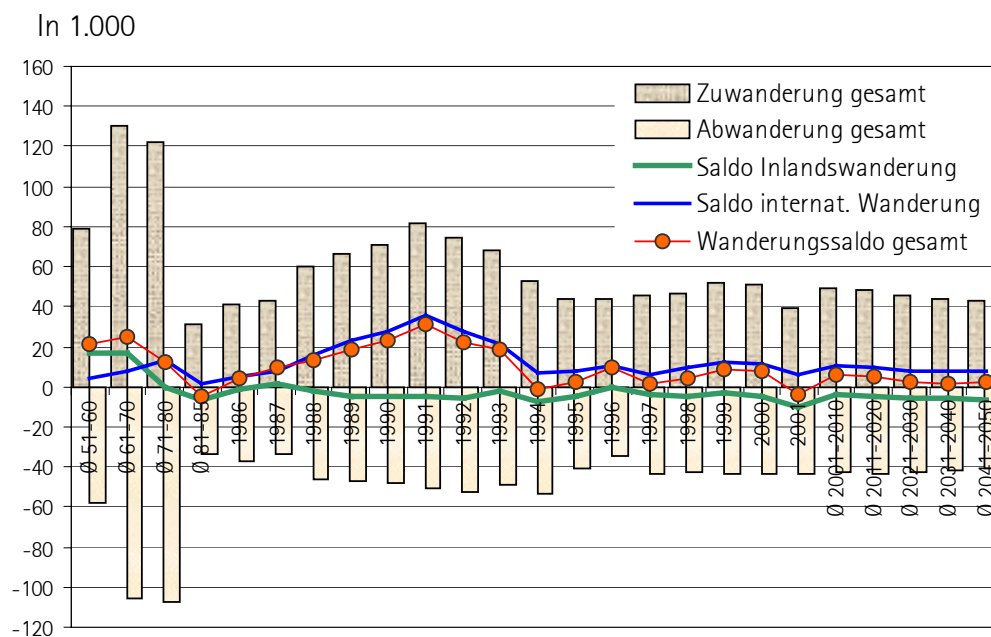
### 1.1.5 WANDERUNG

Das durch die Zuwanderung erzielte Bevölkerungswachstum wird durch eine jährliche Zuwanderung von rund 90.000 Personen nach Österreich bedingt, knapp 70.000 wandern aus Österreich aus. Gemäß aktueller Bevölkerungsprognose der Statistik Austria<sup>1</sup> könnte die Zuwanderung durch die EU-Erweiterung kurzfristig etwas steigen. Mit einer langfristig stärkeren Zuwanderung ist aber gemäß Statistik Austria nicht zu rechnen, da auch in den Herkunftsländern aufgrund der niedrigen Fertilitätsraten die Zahl potenzieller Migranten sinkt. Die detaillierten Ergebnisse der St.at-Prognose für Österreich und Wien sind ab S 126 dargestellt.

<sup>1</sup> Bevölkerungsvorausschätzung 2002-2050 sowie Modellrechnung bis 2075 für Österreich (Mittlere Variante). Wien, 2003.

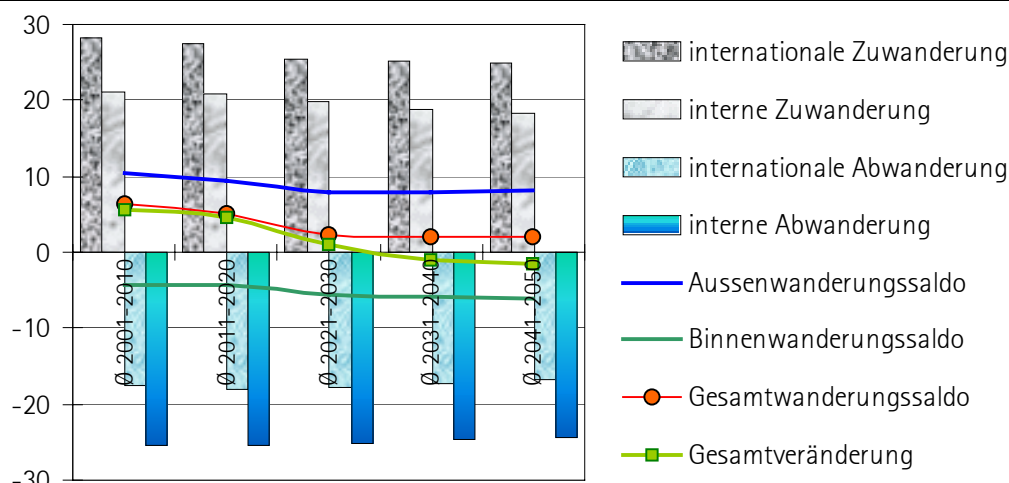
Laut Prognose der Statistik Austria erreicht die Gesamtveränderung, das ist der Gesamtwanderungs- saldo plus der Geburtenbilanz im Jahr 2006 mit einem Plus von 7.300 Personen ihren Höhepunkt und sinkt von da kontinuierlich bis zu einem Nullstand im Jahr 2029 ab. Von da an kann die negative Geburtenbilanz auch nicht mehr durch den positiven Gesamtwanderungssaldo ausgeglichen werden; die Gesamtveränderung wird zusehends negativer.

Grafik 9: Zuwanderung, Abwanderung und Wanderungssalden Wien 1950 – 2050



Quelle: MA 66, Statistik Austria

Grafik 10: Internationalen Wanderung, Binnenwanderung und Salden, Prognose für Wien, 2001-2050



Quelle: Statistik Austria

## BINNENWANDERUNG

Langjährige Zeitreihen im Bereich der Binnenwanderung sind – im Unterschied zur Entwicklung der Geburten- und Sterbefälle – nicht vorhanden. Bis 1991 diente die Volkszählung und dabei im Speziellen die Frage nach dem Wohnort vor fünf Jahren als wichtigste Datengrundlage. Seit 1996 steht die Wanderungsstatistik zur Verfügung, die wesentliche Kenngrößen zur Binnenwanderung liefert.<sup>1</sup>

Die Volkszählungen 1961 bis 1991 dokumentieren eine langfristige Zunahme der Binnenwanderungen um rund 38%, die deutlich über dem Bevölkerungswachstum lag (+10%). Zwischen 1956 und 1961 wanderten im Jahrfünft rund 134.000 Personen über eine Bundesländergrenze, zwischen 1966 und 1971 waren es bereits 170.000. Wohl als Folge der ungünstigen Konjunktorentwicklung nach dem ersten und zweiten Erdölpreisschock nahm nicht nur die Zuwanderung nach Österreich, sondern auch die Binnenwanderung ab: Zwischen 1976 und 1981 wechselten nur rund 161.000 Personen den Wohnort und gleichzeitig das Bundesland. Zehn Jahre später (1986–91) stieg die Zahl der Binnenwanderer wieder deutlich (185.000). Auch die Wanderungsstatistik belegt eine tendenzielle Zunahme der im Inland verbleibenden Zu- oder Wegzüge in oder aus einem anderen Bundesland. 1996 verlegten noch 72.000 Personen pro Jahr ihren Hauptwohnsitz von einem Bundesland in ein anderes, 2001 waren es bereits fast 82.000. Das entspricht einer Zunahme von 14% innerhalb von nur sechs Jahren.<sup>2</sup>

Die Ergebnisse der Verteilung der Binnenmigranten nach Herkunfts- und Zielbundesland machen klar, dass sich das räumliche Muster der Zu- und Abwanderung zwischen den einzelnen Bundesländern in den vergangenen Jahrzehnten in Niveau und Struktur deutlich verändert hat: Die Volkszählung 1961 zeigt für Wien einen stark positiven Binnenwanderungssaldo, in Niederösterreich überwog dagegen die Binnenabwanderung. Dreißig Jahre später ist Niederösterreich das Bundesland mit dem höchsten Binnenwanderungsgewinn. Im Unterschied dazu weist Wien die höchste innerösterreichische Abwanderung auf.

Seit 1996 setzt sich dieser Trend für Niederösterreich im Wesentlichen fort. Niederösterreich ist weiterhin der „Gewinner“ der Binnenwanderung, wenn auch der summierte Saldo über fünf Jahre deutlich geringer ist als der entsprechende Wert der Volkszählung 1986–1991. Wien weist einen nun geringen negativen Saldo auf. Während in der Volkszählung 1991 für Wien noch ein Saldo von -4.100 pro Jahr (-20.500/5) zu finden ist, belegt die Wanderungsstatistik einen negativen Saldo im Bereich zwischen -200 (1996) und -1.500 (1998), im Volkszählungsjahr 2001 aufgrund zahlreicher Meldebereinigungen von nur mehr -8.600.

Die Binnenwanderung betrifft vorwiegend drei große Altersgruppen:

- Die Altersgruppe zwischen 15 und 45 Jahren („main labour force component“), die im Zuge der Ausbildung, der ersten Berufstätigkeit, der Familiengründung oder aufgrund der Vergrößerung ihres Haushalts räumlich mobil ist. Diese Altersgruppe ist unter der räumlich mobilen Bevölkerung deut-

---

<sup>1</sup> Dabei ist jedoch zu beachten, dass die Ergebnisse der Volkszählungen nicht unmittelbar mit jenen der Wanderungsstatistik zu vergleichen sind. Erhebungsmethode und die den Statistiken zugrunde liegenden Konzepte sind zu unterschiedlich.

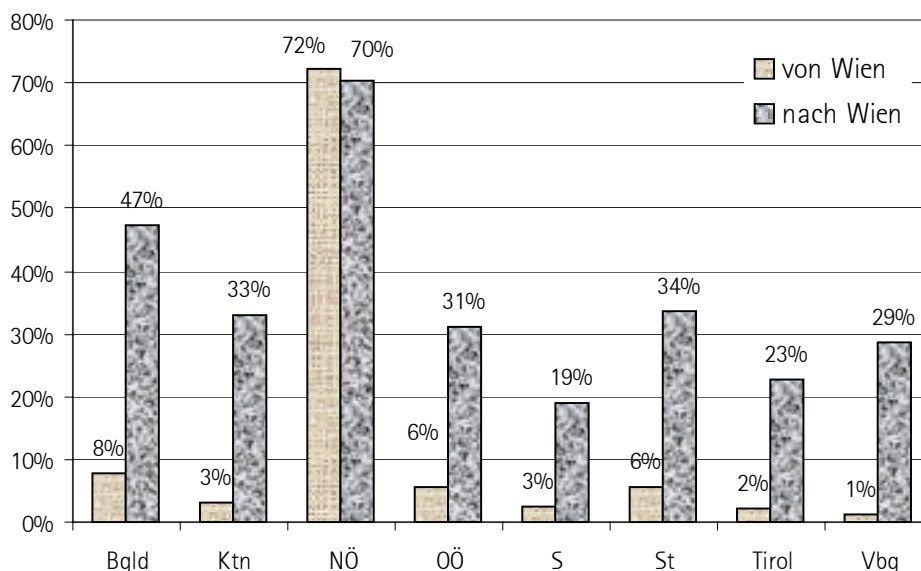
<sup>2</sup> Siehe dazu Tabelle 145, S 180 und Tabelle 146, S 180.

lich überrepräsentiert. Im Zeitraum zwischen 1986 und 1991 sowie zwischen 1996 und 2001 machte sie fast 70% aller Binnenmigranten aus.

- Wechseln junge Familien ihren Wohnsitz und ziehen in eine andere, oft größere Wohnung, dann wandern Kinder im Vorschul- und Volksschulalter in der Regel mit den Eltern mit. Die Altersgruppen der 0- bis Vierjährigen und der Fünf- bis Neunjährigen sind daher stärker besetzt als jene der Zehn- bis 14-jährigen. Insgesamt waren 1996 bis 2001 etwa 17% der Binnenwanderer jünger als 15 Jahre (zum Vergleich: 1986 bis 1991 waren es 12% ohne die 0- bis Vierjährigen).
- Mit steigendem Alter nimmt die Wanderungshäufigkeit deutlich ab. Ältere Menschen sind beruflich etabliert, die Haushaltsgröße älterer Menschen nimmt eher ab, die Wohnbedürfnisse sind befriedigt. Die Wanderung älterer Menschen, die nach der Erreichung des Pensionsalters in landschaftlich attraktive Gegenden ziehen bzw. aus familiären Gründen, krankheitsbedingt oder wegen zunehmender Pflegebedürftigkeit ihren Wohnsitz aufgeben müssen („retirement migration“), ist in Österreich eher schwach ausgeprägt. Lediglich 6% der Binnenwanderer waren 1996 bis 2001 über 60 Jahre alt (1986 bis 91: 8%). Der Vergleich der Altersstruktur der Binnenmigranten belegt eine große zeitliche Stabilität. Sowohl Geschlechterproportion als auch Altersstruktur zeigen über die Jahre hinweg kaum Schwankungen.

Grafik 11 stellt die Wanderungen von und nach Wien in Prozent dar. Drei Viertel (70%) der Abwanderer aus Niederösterreich ziehen nach Wien, umgekehrt ziehen etwa drei Viertel (72%) aller Abwanderer von Wien nach Niederösterreich. Wesentlich ist jeweils die Beobachtung, dass die Wanderungsintensitäten im Erhebungszeitraum relativ konstant sind.<sup>1</sup>

Grafik 11: Binnenwanderung zwischen den Bundesländern und Wien



Anm.: Zu- und Wegzüge in Prozent der Binnenwanderung nach Herkunfts-Bundesland, Mittelwert der regionalen Verteilung 1996-2001

Quelle: Statistik Austria

<sup>1</sup> Die Zahl der Wegzüge aus jedem Bundesland ergibt sich aus den gemittelten empirischen Werten der Wanderungsstatistik für den Zeitraum 1996 bis 2001.

Aufgrund abnehmender Dynamik der natürlichen Bevölkerungsbewegung im ländlichen Raum und einer kontinuierlichen Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ebendort ist davon auszugehen, dass die Inländer-Zuwanderung nach Wien an Stellenwert verlieren wird.

### AUSSENWANDERUNG

Österreichs Wohnbevölkerung hat in den vergangenen 50 Jahren um rund 1,5 Millionen zugenommen. Der größte Teil dieses Wachstums entfällt auf die Zuwanderung. In den vergangenen 50 Jahren kamen rund 3,8 Millionen Menschen als Aussiedler, Flüchtlinge, Transmigranten, angeworbene Arbeitskräfte oder Familienangehörige nach Österreich, rund 1,2 Millionen blieben auf Dauer in Österreich.

Seit Mitte der vierziger Jahre war Österreich Ziel einer Reihe von Wanderungsbewegungen. Kurzfristig aufgenommen wurden zwischen 1945 und 1950 mehr als eine Million Volksdeutsche und andere Flüchtlinge aus der östlichen Hälfte Europas. Im Jahre 1956/57 erfolgte eine Auswanderungswelle von etwa 180.000 Ungarn. 1968/69 verließen 162.000 Tschechen und Slowaken ihr Heimatland und gingen nach Österreich. 1981/82 hielten sich zwischen 120.000 und 150.000 Polen in Österreich auf. Ende der achtziger Jahre gab es einen Zustrom an Flüchtlingen aus dem zerfallenden Jugoslawien nach Österreich. Von jenen osteuropäischen Emigranten, die seit den fünfziger Jahren nach Österreich kamen, wanderte ein großer Teil in die USA, nach Kanada, Südafrika, Australien und Israel weiter. Nur ein kleiner Teil der aus dem Osten stammenden Migranten blieb in Österreich.

Seit Einführung der Wanderungsstatistik 1996 weist Österreich einen positiven Außenwanderungssaldo auf. Im Jahr 2001 wies die internationale Wanderungsbilanz einen Gewinn von 17.300 Personen auf (89.900 Zuzüge gegenüber 72.600 Wegzügen).

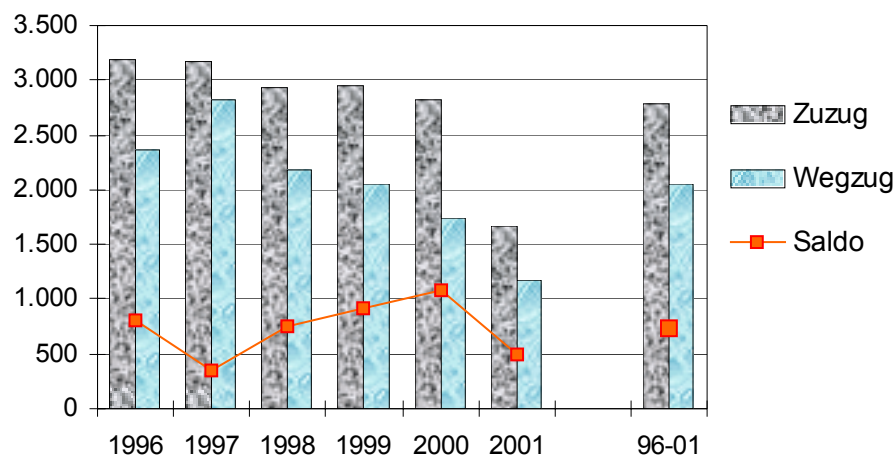
Tabelle 12: Außenwanderung 2001 nach Herkunfts- bzw. Zielländern sowie In- und Ausländern

Herkunfts- bzw. Ziel- land	Zuzüge			Wegzüge			Saldo		
	insges.	Inländer	Ausländer	insges.	Inländer	Ausländer	insges.	Inländer	Ausländer
Polen	3.680	170	3.510	3.300	140	3.160	380	30	350
Slowakei	2.500	60	2.440	1.810	60	1.750	690	-0	690
Tschechien	1.630	160	1.470	1.600	210	1.390	30	-50	80
Ungarn	3.400	260	3.140	2.870	290	2.590	530	-30	550
Europa	72.170	10.790	61.400	59.160	16.880	42.290	13.000	-6.090	19.090
Ausland zusammen	89.900	15.100	74.800	72.600	21.600	51.000	17.300	-6.500	23.800

Quelle: Statistik Austria

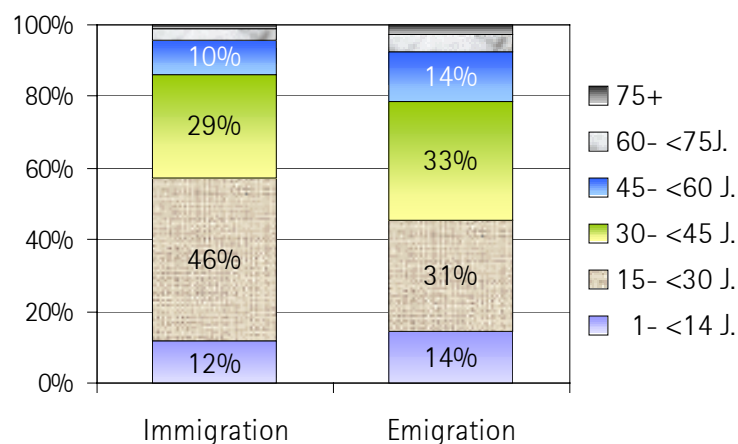
Bei den Zuzügen aus Mittel-Ost- und Südosteuropa war 2001 ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. In den Jahren 1996 bis 2000 waren durchschnittlich pro Jahr 12.700 Personen mit der Staatsangehörigkeit eines mittel-ost- und südosteuropäischen Landes nach Österreich zugezogen. Im Jahr 2001 wurde dieser Wert mit 14.100 Zuzügen deutlich übertroffen. Davon stammten 3.500 Zuzüge aus Polen, 3.000 aus Ungarn, 2.500 aus der Slowakei und 1.400 von tschechischen Staatsangehörigen. Mit einem Anteil von 18,9% an der ausländischen Gesamtzuwanderung lag der Zuzug von Angehörigen aus den MOE-Staaten knapp unter jenem der Zuwanderung der EU-Bürger (22,1%). Für Wien ging der Trend in die umgekehrte Richtung. Der Außenwanderungssaldo für Wien für die MOEL-4 beträgt im Durchschnitt der Jahre 1996 bis 2001 730 Personen. 2.790 Personen aus den MOEL zogen durchschnittlich nach Wien zu, 2.050 zogen aus Wien in die MOEL zurück. Der Anteil der Polen an den Zuzügen aus allen vier untersuchten MOE-Staaten macht im Durchschnitt des Zeitraums von 1996 bis 2001 48% aus, der Anteil der Ungarn 20%, der der Slowaken 18% und der der Tschechen 12%. Bei den Wegzügen beträgt der Anteil der Polen an den gesamten Wegzügen aus den MOEL-4 54%, der der Ungarn 19%, der Anteil der Slowaken 14% und der der Tschechen 12%.

Grafik 13: Außenwanderung zwischen Wien und den MOEL-4-Ländern, 1996-2001



Quelle: Statistik Austria

Grafik 14: Altersstruktur der Migration 1996-2001



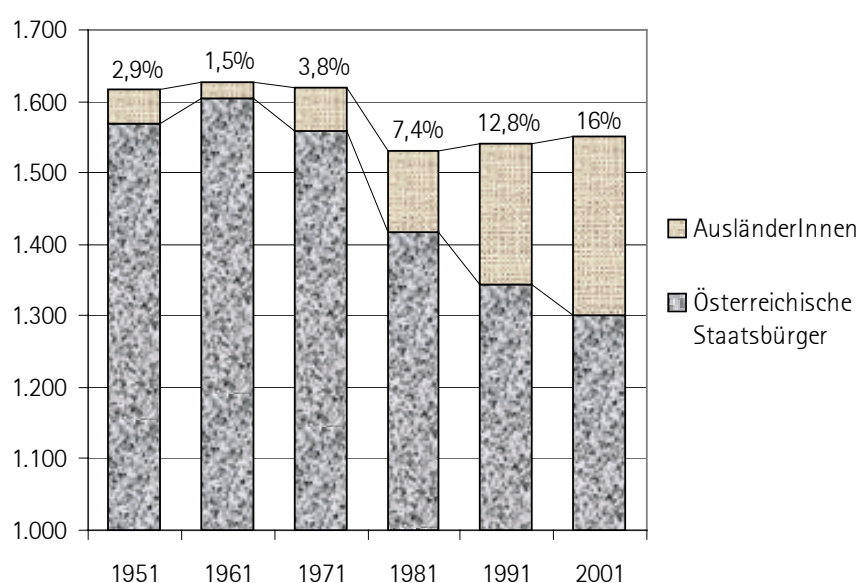
Quelle: Vortrag Workshop am 17.01.2003, Hanika, Alexander, Statistik Österreich



### 1.1.6 STRUKTUR DER AUSLÄNDISCHEN WOHNBEVÖLKERUNG IN WIEN

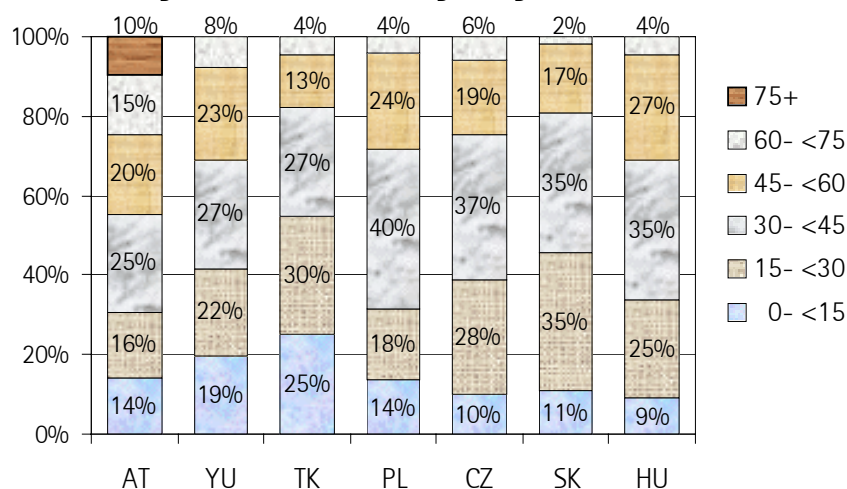
Wien weist mit 16% den höchsten Ausländeranteil des Bundesgebietes auf. Bei der VZ 2001 wurden 1,302 Millionen Bewohner mit österreichischer und 248.000 Bewohner mit nicht-österreichischer Staatsangehörigkeit registriert. Ein Vergleich der VZ-Ergebnisse 1991 und 2001 für Wien zeigt, dass die Bevölkerung um 0,7% gewachsen ist, dieser geringe Anstieg beruht auf einer Zunahme der Zahl ausländischer Staatsangehöriger (rund 51.600 Personen, 26%). Die inländische Bevölkerung ist im selben Zeitraum um 3,1% (-41.300 Personen) zurückgegangen. Dieser Rückgang fällt u.a deshalb moderat aus, weil von 1991 bis einschließlich 2000 88.750 Personen die österreichische Staatsbürgerschaft verliehen wurde.

Grafik 15: Wohnbevölkerung Wiens in 1.000 und Anteil an AusländerInnen



Quelle: Volkszählungen Statistik Austria, FGW

Grafik 16: Wohnbevölkerung Wiens nach Staatsangehörigkeit und Altersstruktur, 2001



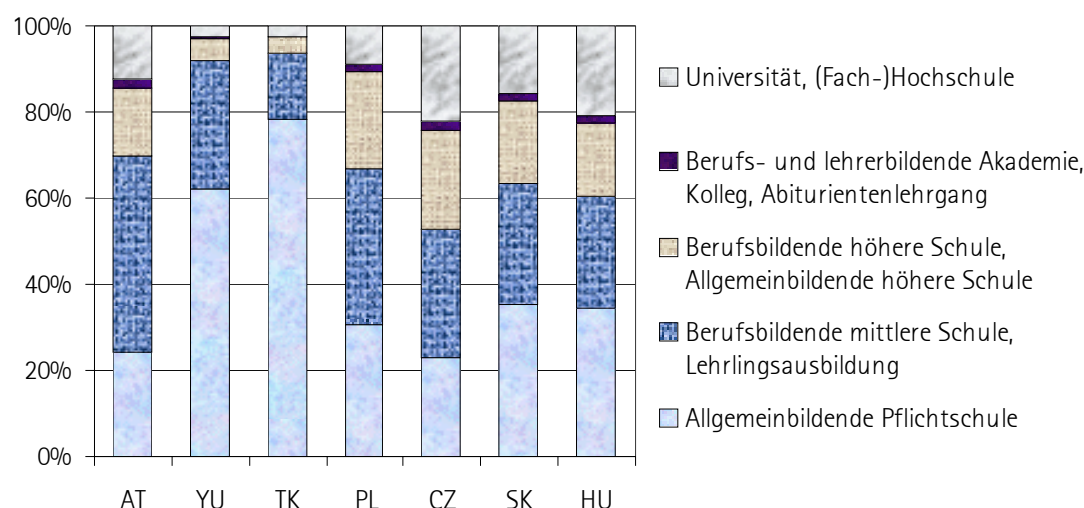
Quelle: Statistik Austria, VZ 2001

Migranten unterschiedlicher Herkunft zeigen stark abweichende demografische Strukturmerkmale. Die großen Gruppen der Türken und Personen aus Ex-Jugoslawien zeichnen sich durch überdurchschnittliche Anteile jüngerer Altersgruppen aus. Insbesondere bei den Türken sind die jüngeren Altersgruppen stark vertreten. 55% der Türken sind jünger als 30 Jahre. In Bezug auf die Gesamtbevölkerung sind dies gerade 30%.

Migrantanten aus den MOE-Ländern gehören demgegenüber weit überproportional den mittleren Altersgruppe an. Kinder und Jugendliche sind ebenso unterrepräsentiert, wie die älteren Gruppen.

Migranten aus der Türkei und Ex-Jugoslawien zeigen ein deutlich geringeres Ausbildungsniveau als Inländer. Die Pflichtschule als höchste abgeschlossene Ausbildung dominiert mit fast 80% bei den Türken und über 60% bei den Ex-Jugoslawen bei weitem. Migranten aus den MOE-Ländern zeigen demgegenüber eine ganz ähnliche Ausbildungsstruktur wie österreichische Staatsangehörige.

Grafik 17: Privathaushalte nach Staatsangehörigkeit des Haushaltsrepräsentanten und höchster abgeschlossener Bildung, 2001



Quelle: Statistik Austria, VZ 2001

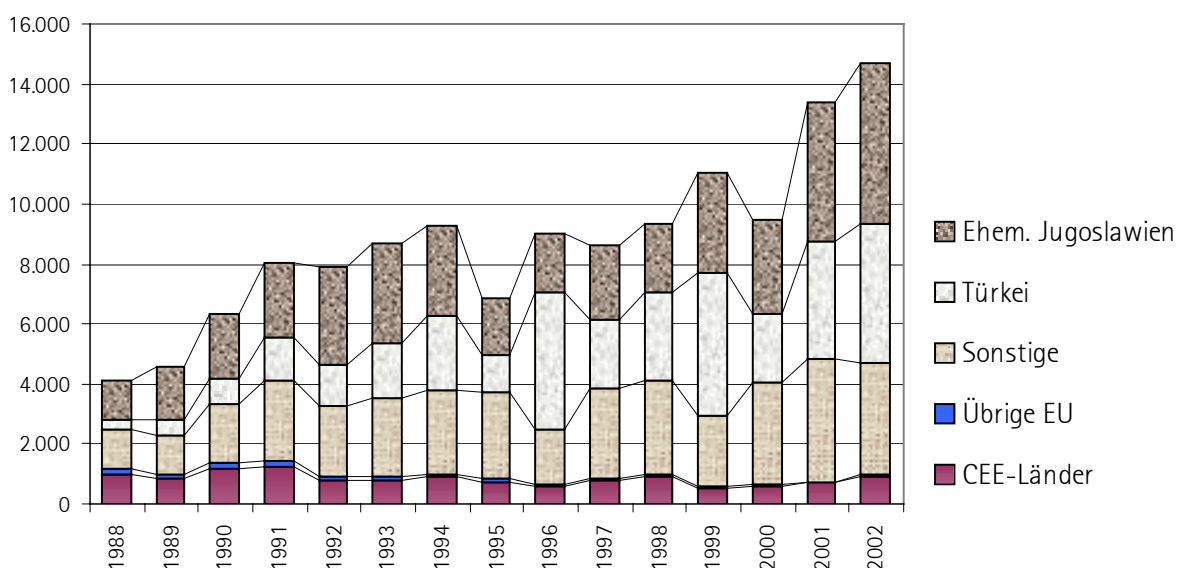
### 1.1.7 EINBÜRGERUNGEN

Die Mindestaufenthaltsdauer, nach der ein Antrag auf Einbürgerung gestellt werden kann, liegt in Österreich bei zehn Jahren und kann auf vier bis sechs Jahre reduziert werden, wenn berücksichtigungswürdige Gründe vorliegen. Im Jahr 2002 hat die Zahl der Einbürgerungen in Wien mit insgesamt fast 15.000 Personen erneut zugenommen (gegenüber dem Vorjahr mit 13.700 um rund 10%). Unter den Eingebürgerten halten sich Frauen und Männer die Waage. Bei den Herkunftsländern der neuen österreichischen Staatsbürger in Wien liegt die Türkei mit fast 4.650 Eingebürgerten an der Spitze. Das entspricht einem Plus von rund 19% gegenüber dem Vorjahr und rund 31% aller Einbürgerungen. Am stärksten zugenommen hat die Zahl der Einbürgerungen unter den polnischen Staatsangehörigen von 360 im Jahr 2001 auf 620 im Jahr 2002. 2003 erreichte die Zahl der Einbürgerungen einen neuen Höchstwert mit fast 18.100 Personen: Unter den Herkunftsländern war die Türkei mit fast 13.700 Eingebürgerten absoluter

Spitzenreiter, gefolgt von Serbien und Montenegro (9.800), Bosnien (8.300), und Kroatien (2.600). 60% der Neo-Österreicher sind jünger als 30 Jahre, ein Drittel wurde bereits hier geboren.

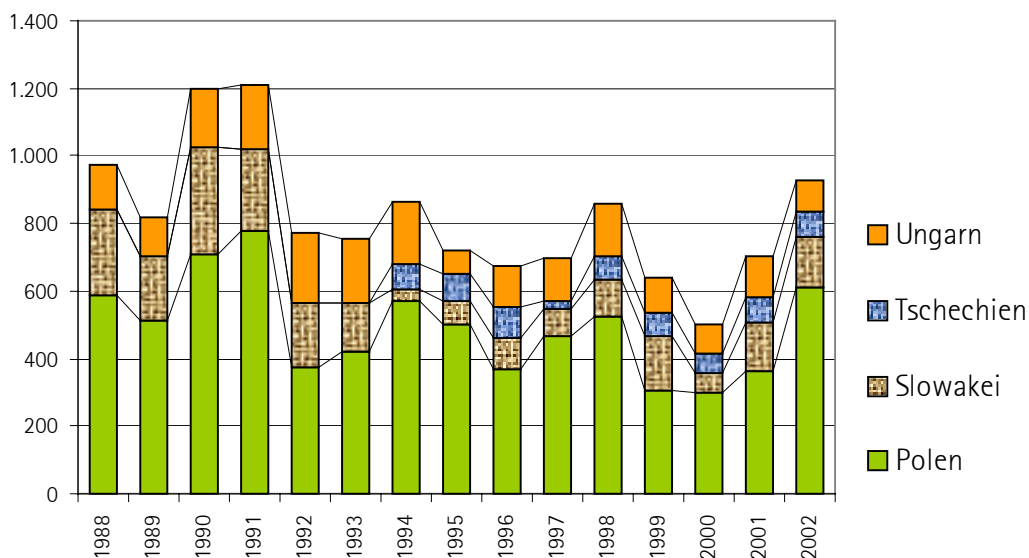
Die Zahl der Einbürgerungen in Wien ist im Ablauf der letzten 20 Jahre kontinuierlich gestiegen. Ende der achtziger Jahre lagen die jährlichen Einbürgerungen bei rund 4.000, zwischen 1991 und 1998 pendelten sie zwischen 8.000 und 10.000. Diese dynamische Entwicklung geht einher mit der gesamt-österreichischen Entwicklung, wo die Zahl der Einbürgerungen von rund 7.000 Ende der achtziger Jahre auf zuletzt 36.000 angestiegen ist.

**Grafik 18: Einbürgerungen der Wiener Wohnbevölkerung nach bisheriger Staatsangehörigkeit, 1988-2002**



Quelle: Statistik Austria

**Grafik 19: Einbürgerungen von Staatsbürgern der MOE-Staaten 1988-2002**

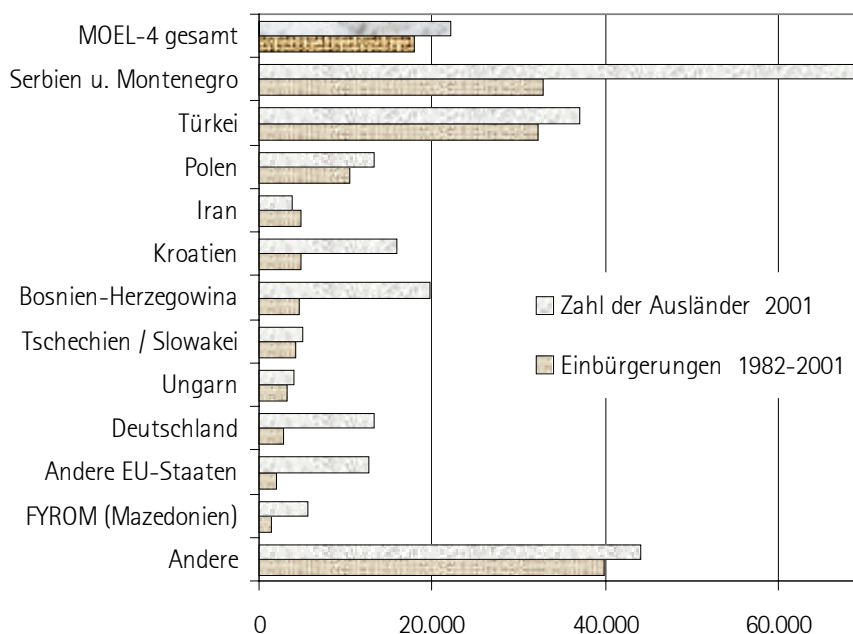


Quelle: Statistik Austria

Die Einbürgerung von Bürgern aus den MOE-Ländern folgt nicht dem allgemeinen Trend. Diese Gruppe erreichte den Höhepunkt an Einbürgerungen Anfang der neunziger Jahre als direkte Folge des Falls des Eisernen Vorhangs mit bis zu 1.200 Einbürgerungen pro Jahr. Seither ist die Tendenz mit Ausnahme der jüngsten Vergangenheit rückläufig. Im Durchschnitt des Zeitraums von 1982 bis 2001 wurden circa 900 MOEL-Bürger pro Jahr eingebürgert: durchschnittlich 160 Ungarn, 210 Tschechen und Slowaken und 520 Polen.

Aufschlussreich ist der Vergleich der derzeit in Wien lebenden Mitbürger mit ausländischem Pass zu den Einbürgerungen während eines längeren Zeitraums. In den 15 Jahren zwischen 1988 und 2002 wurden ca. 131.000 Personen in Wien eingebürgert. Im Vergleich dazu lebten 2001 244.000 Ausländer in Wien.

Grafik 20: Einbürgerungen 1982 bis 2001 und Ausländerzahl 2001



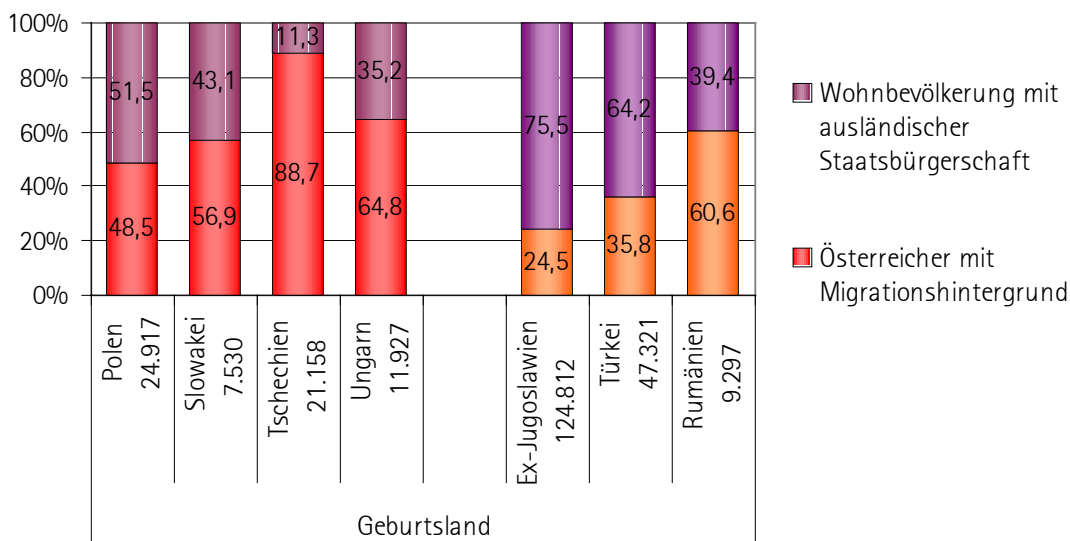
Quelle: Statistik Austria

### 1.1.8 BEVÖLKERUNG AUS DEN MOEL-4

In Österreich leben mit Stand Dezember 2002 rund 9.000 Tschechen, 10.700 Slowaken, 17.800 Ungarn und 20.000 Polen mit einem gültigen Aufenthaltstitel. In Wien wurden bei der Volkszählung 2001 12.840 Polen, 3.250 Slowaken, 2.390 Tschechen und 4.200 Ungarn gezählt.<sup>1</sup> Die Zahl der Österreicher mit Migrationshintergrund aus den MOE-Ländern übertrifft – besonders was die benachbarten Herkunftsländer betrifft – jene, die noch ihre ursprüngliche Staatsbürgerschaft besitzen. In Wien leben 12.080 Österreicher mit Geburtsland Polen, 4.290 Österreicher mit Geburtsland Slowakei, 18.770 Österreicher mit Geburtsland Tschechische Republik und 7.730 Österreicher mit Geburtsland Ungarn. Damit ist bestätigt, was bereits unter Kapitel 1.1.7, S 22 gezeigt wurde: Die Zuwanderung aus den MOEL-4, besonders aus der ehemaligen Tschechoslowakei und Ungarn liegt vielfach schon weiter zurück, hier haben Einbürgerungen schon großteils stattgefunden.

<sup>1</sup> Statistik Austria, Statistisches Jahrbuch 2003, 2.3.4.

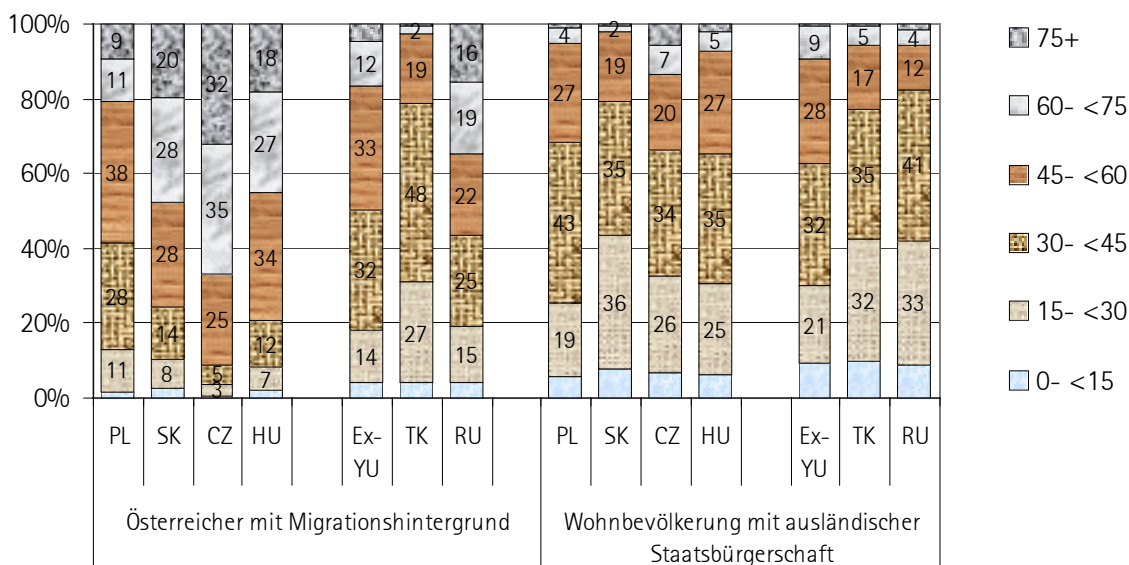
Grafik 21: Wohnbevölkerung aus den MOEL-4 nach Geburtsland und Staatsangehörigkeit, 2001



Anm.: Ex-YU: Bosnien und Herzegowina, Serbien und Montenegro, Kroatien, Mazedonien  
 Quelle: Statistik Austria, Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien, 2003, 2.3.4

Grafik 22, S 25 zeigt ebenso eindeutig, dass hinsichtlich der altersgruppenspezifischen Verteilung der Wohnbevölkerung Wiens jene deutlich jünger sind, die eine ausländische Staatsbürgerschaft besitzen. Österreicher mit Migrationshintergrund haben deutlich geringere Anteile bei den jungen Altersgruppen und deutlich höhere Anteile bei den über 60-Jährigen. Zur besseren Veranschaulichung wurden auch die weitaus größeren Bevölkerungsgruppen mit Geburtsländern in Ex-Jugoslawien und der Türkei sowie dem bei der nächsten EU-Erweiterungsrunde zum Beitritt vorgesehene Rumänien dargestellt.

Grafik 22: Wohnbevölkerung aus den MOEL-4 nach Altersgruppen, Geburtsland und Staatsangehörigkeit, 2001

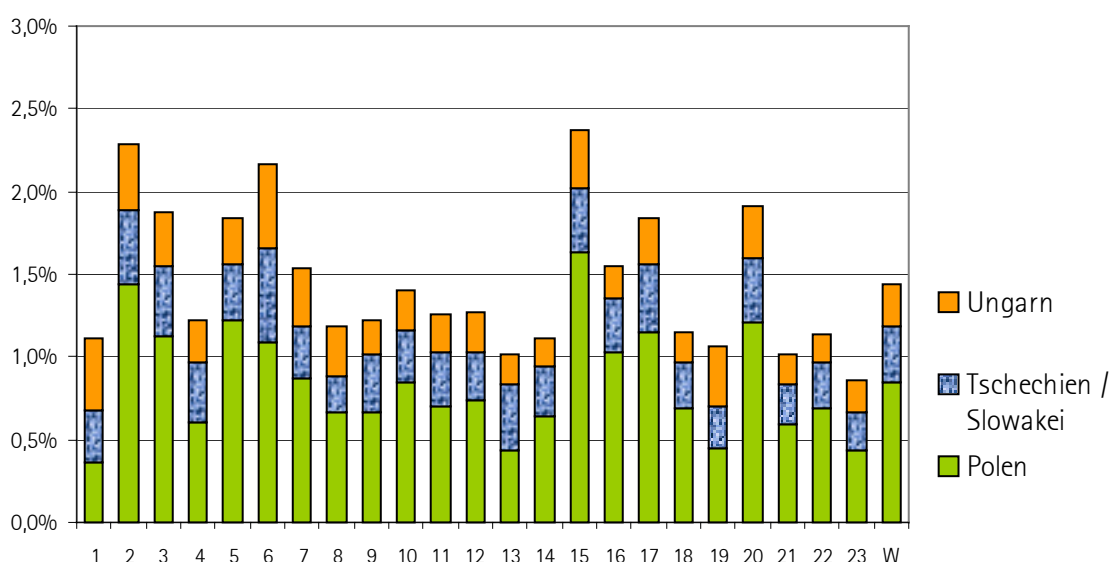


Anm.: Ex-YU: Bosnien und Herzegowina, Serbien und Montenegro, Kroatien, Mazedonien  
 Quelle: Statistik Austria, Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien, 2003, 2.3.4

Die Verteilung der MOE-Ausländer auf die Bundesländer ist sehr unterschiedlich. Deutlich auf Wien konzentriert sind Polen (61,4% aller Polen) und neben den Serben und Montenegrinern auch noch Mazedonier und Slowaken. In Niederösterreich sind 40,8% der Tschechen und im Burgenland 32,9% der Ungarn anzutreffen.<sup>1</sup>

Der Bevölkerungsanteil aus den MOE-Ländern in Wien ist mit 1,4% vergleichsweise niedrig (22.000). Die relativ höchsten Anteile finden sich in den Bezirken 15. (2,4%), 2. (2,3%) und 6. (2,2%). Zahlenmäßig liegt auch bei dieser Gruppe der 10. Bezirk voran. Die regionale Streuung ist vergleichsweise groß. In den fünf zahlenmäßig stärksten Bezirken 10., 2., 22., 3. und 15. leben „nur“ 40% der Bevölkerungsgruppe. Schwach vertreten sind Bürger aus den MOE-Ländern in den hochpreisigen bürgerlichen Bezirken 13. (1%) und 19. (1,1%) sowie in den Randbezirken 21. (1%), 22. (1,1%) und 23. (0,9%). Dieser Befund relativiert sich allerdings angesichts des insgesamt niedrigen Ausländer-Anteils in allen diesen Bezirken. In Prozent aller Ausländer sind MOEL-Bürger in genau diesen Bezirken sogar überproportional vertreten.

Grafik 23: Anteile der Ausländer nach Herkunftsländern und Bezirken, 2001



Quelle: MA 66, FGW

Die Polen tragen mit insgesamt 0,85% zur Bevölkerung Wiens bei (13.000). Die relativ höchsten Anteile finden sich in den Bezirken 15. (1,63%), 2. (1,44%) und 5. (1,22%). Zahlenmäßig ist auch bei dieser Gruppe der 10. Bezirk stark. Die regionale Streuung entspricht in etwa der Gesamtheit der MOEL-Bürger. In den fünf zahlenmäßig stärksten Bezirken 2., 10., 15., 22. und 3. leben 42% der Bevölkerungsgruppe.

Tschechen und Slowaken tragen gemeinsam 0,33% zur Bevölkerung Wiens bei (5.000). Die relativ höchsten Anteile finden sich in den Bezirken 6. (0,57%), 2. (0,45%) und 3. (0,42%). Zahlenmäßig liegt

<sup>1</sup> FIS: Fremdeninformationssystem. Drittstaatsangehörige. WIFO, Biffl, Bock-Schappelwein, 2003.



auch bei dieser Gruppe der 10. Bezirk voran. Die regionale Streuung ist relativ groß. In den fünf zahlenmäßig stärksten Bezirken 10., 2., 22., 3. und 21. leben 38% der Bevölkerungsgruppe.

Die Ungarn schließlich tragen nur 0,25% zur Bevölkerung Wiens bei (4.000). Die relativ höchsten Anteile finden sich in den Bezirken 6. (0,5%), 1. (0,43%), 2. (0,39%) und 19 (0,37%). Die regionale Streuung ist relativ groß. In den fünf zahlenmäßig stärksten Bezirken 2., 10., 3., 20. und 19. leben 37% der Bevölkerungsgruppe. Die lokale Verteilung der ungarischen Bevölkerung weicht von den anderen Gruppen ab. Die Ungarn sind überproportional in den bürgerlichen Bezirken vertreten. Dies dürfte mit den Netzwerkbeziehungen zu den nach dem Volksaufstand von 1956 nach Österreich geflüchteten Ungarn zu tun haben, die damals rasch gesellschaftlich assimiliert wurden. Demgegenüber folgen die Migranten aus Polen, Tschechien und der Slowakei eher dem Muster der großen Migrationskohorten der Türken und Ex-Jugoslawen.

### 1.1.9 STUDIENAUFENTHALTE

Wien ist ein wichtiger Studienort für Studierende aus den MOE-Ländern mit stark steigender Tendenz. Im Wintersemester 00/01 lag die Zahl der Studenten aus den MOEL-4 für alle Universitäten Österreichs mit 3.700 um ein Drittel über jener von 1998/99. Bei insgesamt rückläufigen Studierenden-Zahlen (ohne Fachhochschulen) hat der Anteil der Kommilitonen aus den MOE-Ländern innerhalb von vier Jahren von 1% auf 1,5% zugenommen. Auch bei den Studien-Abschlüssen sind starke Steigerungen zu verzeichnen, vor allem bei ungarischen und tschechischen Studierenden.

Tabelle 24: Ausländische Studierende sowie Studienabschlüsse von Ausländern an Universitäten nach Staatsbürgerschaft, Durchschnitt 1999-2002

Staat	Ausländische Studierende, insgesamt	Studienabschlüsse insgesamt von Ausländern im Studienjahr
Polen	840	29
Slowakei	960	21
Tschechien	330	12
Ungarn	1.080	46
Ausländer, insg. <sup>1</sup>	34.970	
Inländer, insg. <sup>1</sup>	237.430	
Insgesamt <sup>1</sup>	272.390	

Anm.: <sup>1</sup>) ordentliche Studierende insgesamt (Diplom- und Doktoratsstudien), jeweil WS

Quelle: Statistik Austria, Statistisches Jahrbuch Österreichs 2001-2004, 4.23, 4.26

Die Zahlen inländischer Studenten an Fachhochschul-Studiengängen in Wien stiegen innerhalb von nur drei Jahren (2001 bis 2003) um 50% auf 4.600 Studenten, der Anteil ausländischer Studenten beträgt demgegenüber nur 4%. Das Angebot an Fachhochschul-Studiengängen in Wien wird von Studenten aus den MOEL-4 kaum wahrgenommen.

### 1.1.10 GRENZGÄNGER, PENDLER UND SAISONIERS

Aufgrund der neuen Rechtslage ab Jänner 2003 gibt es einerseits Grenzgänger und Pendler mit noch aufrechten Aufenthaltserlaubnissen, andererseits Grenzgänger, Pendler und Personen mit aufrechten Aufenthaltserlaubnissen im Rahmen des Pendler-Abkommens nach gültiger Rechtslage. Die Zahl der Personen, die im Rahmen des Pendler-Abkommens in Österreich erwerbstätig sind, wird durch ein – zwischen BMWA und Nachbarstaat vereinbartes – Kontingent festgelegt.

Die Erwerbstätigkeit der Pendler ist nicht auf Grenzbezirke beschränkt, Pendler kehren zumindest einmal wöchentlich in ihren Heimatstaat zurück. Die Zahl der Pendler ist wesentlich geringer als die der Grenzgänger, obwohl sie in den letzten Jahren bei weitem stärker anstieg. Zur Jahresmitte 2003 betrug sie 2.200 (2002: 1.500; 2001: 900). Gemessen an der Summe aller Grenzgänger und Pendler erhöhte sich der Pendleranteil von gut 10% bis 2001 auf 21% im Jahr 2002 bzw. 26% im Jahr 2003. Die Slowaken stellen den Großteil der Pendler mit 36% gefolgt von Ungarn (25%) und Tschechen (24%).

Rund 38% der Pendler sind in Niederösterreich registriert, 20% in Wien. Von allen nach Wien Pendelnden (430) sind 67% Slowaken, 19% Tschechen und 14% Ungarn. Von den insgesamt nach Österreich pendelnden Slowaken pendeln 37% nach Wien, von den insgesamt nach Österreich pendelnden Tschechen kommen 16% nach Wien, der Anteil der nach Wien pendelnden Ungarn beträgt 11%. Im Rahmen des Pendler-Abkommens wurden insgesamt 25 Aufenthaltstitel erteilt, 20 davon in Niederösterreich, einer in Wien (ein Slowake).

Tabelle 25: Aufrechte Aufenthaltstitel „Pendler“ nach Staatsangehörigkeit, 2003

	Ungarn	Tschechien	Slowakei	Slowenien	Sonstige	Summe
Wien	60	81	288	0	2	431
Österreich	549	515	770	296	31	2.161

Quelle: BMI, FIS.

Die Zahl der Grenzgänger<sup>1</sup> (ca. 6.000) und Saisonarbeitskräften (ca. 4.500) mit Aufenthaltserlaubnis übersteigt mit jene der Pendler.<sup>2</sup> Die Zahl der Grenzgänger und Pendler ist also noch recht bescheiden, allerdings von erheblicher Dynamik gekennzeichnet.

Statistisch nicht erfasst sind naturgemäß die Pendler in illegalen Arbeitsverhältnissen, die insbesondere bei haushaltsbezogenen Dienstleistungen zahlenmäßig die legalen Pendler übertreffen dürften.

<sup>1</sup> Derzufolge sind Grenzgänger Fremde, die ihren Wohnsitz in einem Nachbarstaat haben, in den sie täglich zurückkehren. Ihre Erwerbstätigkeit üben sie in einem unmittelbar an diesen Staat grenzenden politischen Bezirk aus.

<sup>2</sup> BMI – Statistik Dezember 2002.



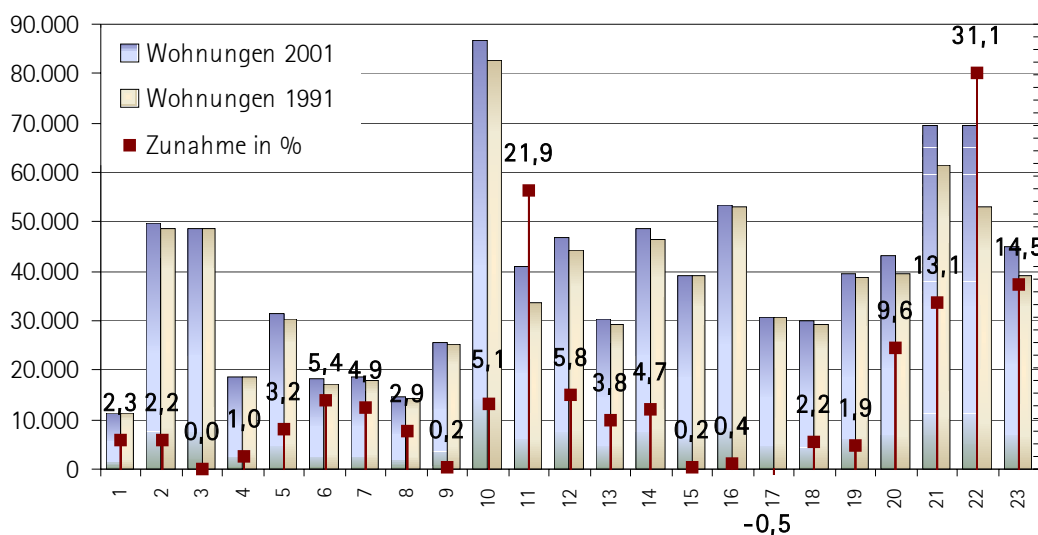
## 1.2 WOHNUNGSBESTAND UND WOHNUNGSNEUBAU

### 1.2.1 ENTWICKLUNG DES GEBÄUDE- UND WOHNUNGSBESTANDES

Im Bundesland Wien wurden zum Stichtag der Gebäude- und Wohnungszählung 15. Mai 2001 168.167 Gebäude und 910.745 Wohnungen gezählt. Gegenüber der letzten Vollerhebung 1991 bedeutet dies für die Gebäude (1991: 153.693) eine Zunahme von 9,4% und für den Bestand an Wohnungen gegenüber 1991 (853.091) eine Zunahme von 6,8% (Grafik 26).

Damit liegt die Dynamik des Wohnungszuwachses in Wien erheblich unter dem Durchschnitt aller Bundesländer: Österreichweit betrug die Zunahme der Gebäudezahl 13,1%, die der Wohnungen 13,9%. Anders als im übrigen Österreich liegen in Wien nur 10% der Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern, hingegen 89% in größeren Wohngebäuden, und nur 1% der Wohnungen befindet sich in Gebäuden mit überwiegend anderer Nutzung. Einen Vergleich des Wohnungsbestandes in Bezug auf die Wohnbevölkerung für Österreich und die MOEL-4 im Jahr 2001 bietet Grafik 135, S 173.

Grafik 26: Veränderung des Wohnungsbestandes 1991 – 2001 nach Bezirken

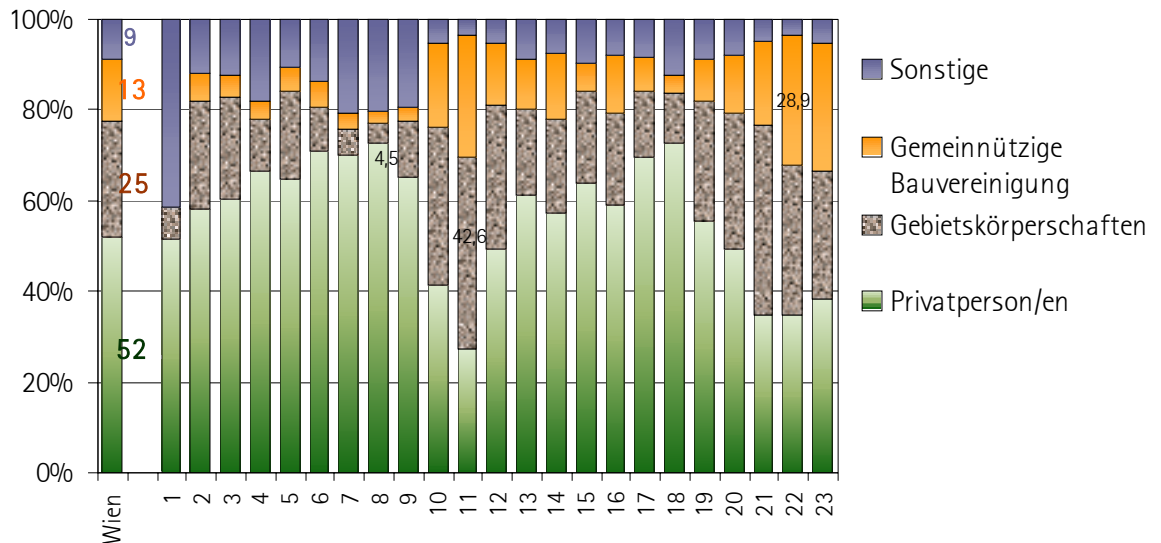


Quelle: Statistik Austria, GWZ 2001

### 1.2.2 STRUKTUR DES WOHNUNGSBESTANDES

Laut Gebäude- und Wohnungszählung 2001 wurden in Wien 771.000 Wohnungen mit Hauptwohnsitz gezählt. Davon entfallen insgesamt drei Viertel (76,11%) auf Hauptmietwohnungen (vgl. Grafik 28). Von den Hauptmietwohnungen entfällt der überwiegende Teil (93%) auf unbefristete Mietverhältnisse und 7% auf befristete Mietverhältnisse. Österreichweit sind fast 14% aller Hauptwohnsitzmieten befristet. Hier kommt in Wien der hohe Anteil von Wohnungen im Besitz von Gemeinde Wien und Gemeinnützigen Bauvereinigungen zum Tragen.

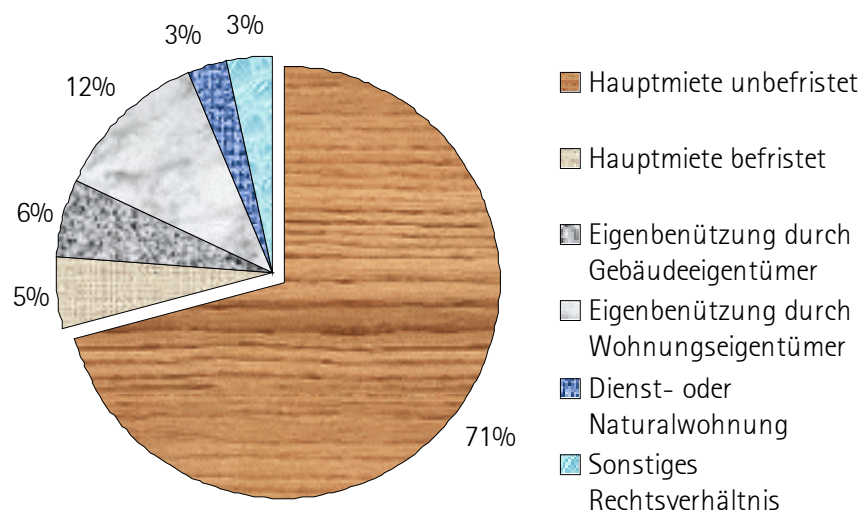
Grafik 27: Wohnungen nach Eigentumsverhältnissen und Bezirken, 2001



Quelle: Statistik Austria, HWZ 1971, 1981, 1991, GWZ 2001

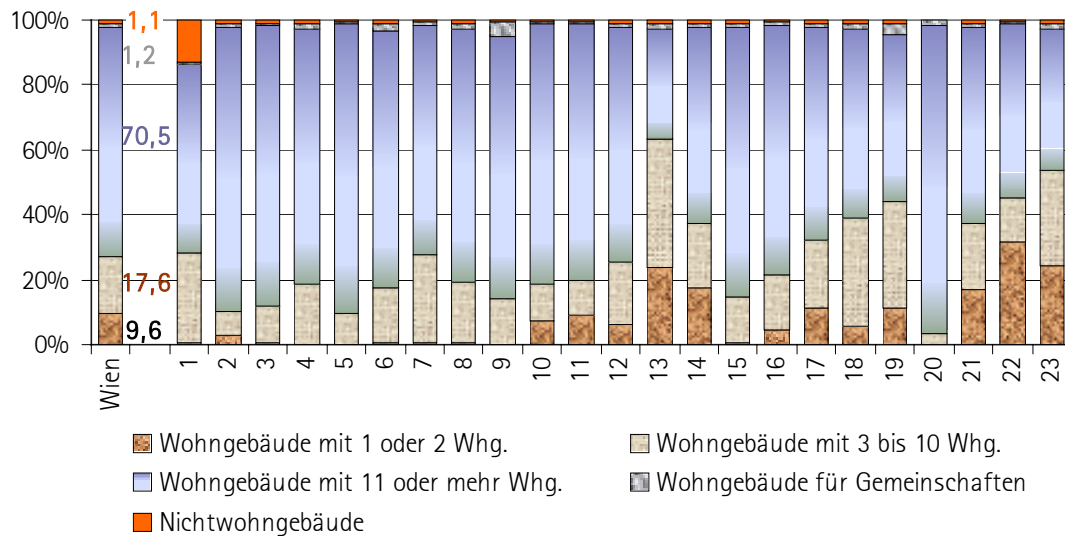
Die durchschnittliche Nutzfläche aller Wohnungen mit Hauptwohnsitz beträgt 71m<sup>2</sup>. Mit abnehmendem Grad der Ausstattungskategorie reduziert sich auch die Größe der Wohnung: So weisen Kategorie A Wohnungen im Durchschnitt eine Nutzfläche von 74,5 m<sup>2</sup>, Kategorie D Wohnungen nur 43,4 m<sup>2</sup> auf. Die größten Wohnungen finden sich in der Inneren Stadt, dies in allen Kategorien, hier weist die Durchschnittswohnung eine Nutzfläche von 103,8 m<sup>2</sup> auf. Am unteren Ende der Skala sind mit knapp 60m<sup>2</sup> die Bezirke Rudolfsheim-Fünfhaus und Brigittenau zu finden. Unter dem Wiener Durchschnitt liegen weiters noch - mit zunehmender Nutzfläche - Ottakring, Favoriten, Margareten, Meidling, Hernals, Simmering und Leopoldstadt. (Siehe dazu Tabelle 128, S 171).

Grafik 28: Hauptwohnsitze nach dem Rechtsgrund für die Wohnungsbenützung in Wien, 2001



Quelle: St.at, GWZ 2001

Grafik 29: Art des Wohngebäudes nach Bezirken, 2001



Quelle: St.at, GWZ 2001

In einem Vergleich europäischer Großstädte führt Wien gemessen an der Anzahl der Wohnungen je 1.000 Einwohner die Reihung vor Kopenhagen und Berlin an, ein Faktum, das nicht nur über relative Knappheiten am regionalen Wohnungsmarkt, sondern auch über regionale Unterschiede in den Haushaltsgrößen und die dafür verantwortlichen Bestimmungsgründe Aufschluss gibt.<sup>1</sup>

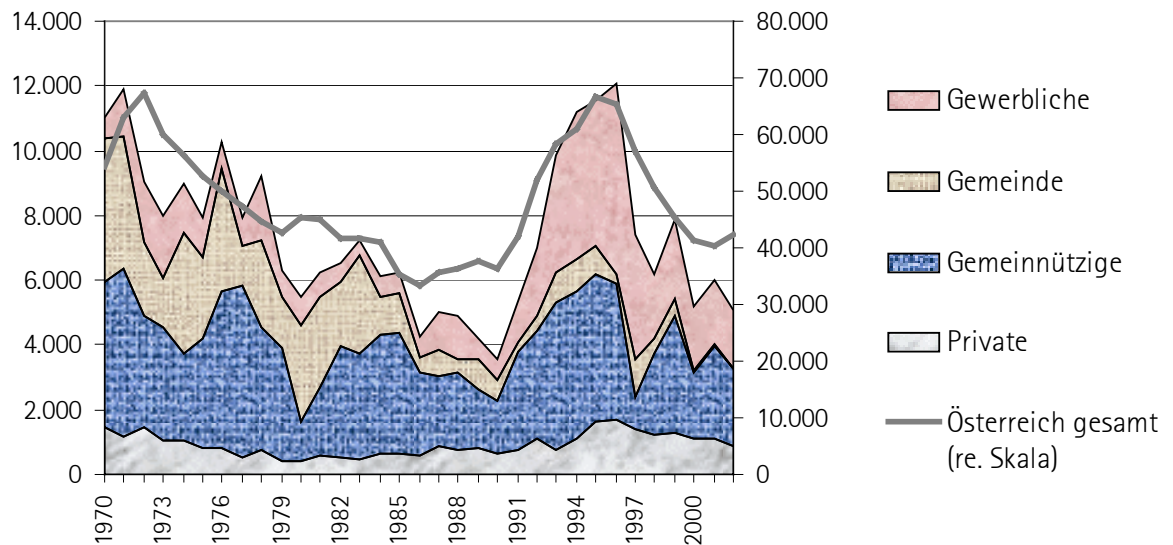
### 1.2.3 WOHNUNGSNEUBAU

Für das Jahr 2001 wurden für Wien 6.329 fertig gestellte Wohnungen gemeldet. Mit einem Minus von 46% ist der Rückgang in Wien gegenüber 2000 mit Abstand der stärkste, in Niederösterreich ist die Wohnbauleistung mit einem Plus von 8% steigend. Für Österreich insgesamt ergibt sich ein deutliches Minus von 15%. Im Vergleich 2002 zu 2001 ergibt sich ein Rückgang von -11,1%.

2002 sank die Wohnbautätigkeit weiter: In Wien wurden 5.050 Wohnungen bewilligt, 5.628 wurden fertig gestellt. Bezogen auf die Bevölkerung lag die Wohnbaurate in Wien bereits 2001 mit 4,1 Wohnungen pro 1.000 Einwohner unter dem Durchschnittswert. 2002 wies Wien mit nur 3,6 Wohnungen pro 1.000 Einwohner die geringste Quote auf. Niederösterreich lag im Vergleich mit 6,8 Wohnungen (2002: 5,5) über dem Bundesdurchschnitt von 5,7 Wohnungen (2002: 5,2).

<sup>1</sup> Vgl. Grafik 135, S 173. Nach empirischen Erkenntnissen wird die Haushaltsgröße auch durch die Einkommensverhältnisse mitbestimmt, letztlich sind Rückschlüsse auf das erreichte ökonomische Entwicklungsniveau am jeweiligen Standort möglich. Mayerhofer, WIFO, S 213. Wien 2003.

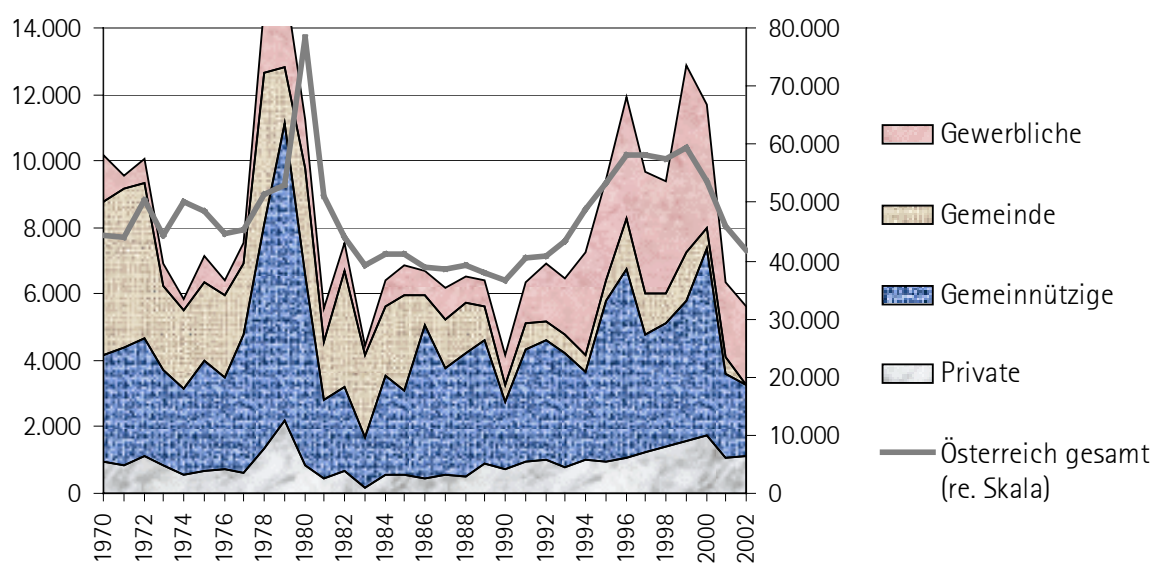
Grafik 30: Wohnungsbewilligungen Wien und Österreich



Quelle: Statistik Austria, FGW-Sonderauswertung

Der Anteil der privaten Bauherren an den im Jahr 2001 fertig gestellten Wohnungen (inklusive Auf-, Zu- und Umbautätigkeit) betrug in Wien 12%. Der Anteil Gemeinnütziger Bauvereinigungen lag 2001 in Wien mit 46% deutlich über dem österreichischen Durchschnitt (30%). In Niederösterreich wurde je ein Drittel der Wohnungen von diesen Bauträgern errichtet. Gebietskörperschaften sind mit 9% nur in Wien von nennenswerter Bedeutung; hier befinden sich 70% aller von Bund, Ländern oder Gemeinden errichteten Wohnungen. „Sonstige juristische Personen“ wurden in Wien mit 33% der Fälle als Bauträger angegeben, damit liegt ihr Anteil erheblich über dem Bundesdurchschnitt. (Grafik 33). Von den 2001 insgesamt 6.329 fertig gestellten Wohnungen entfielen 842 oder 13% auf neue Wohnungen in bestehenden Gebäuden. Österreichweit beträgt deren Anteil 17%.

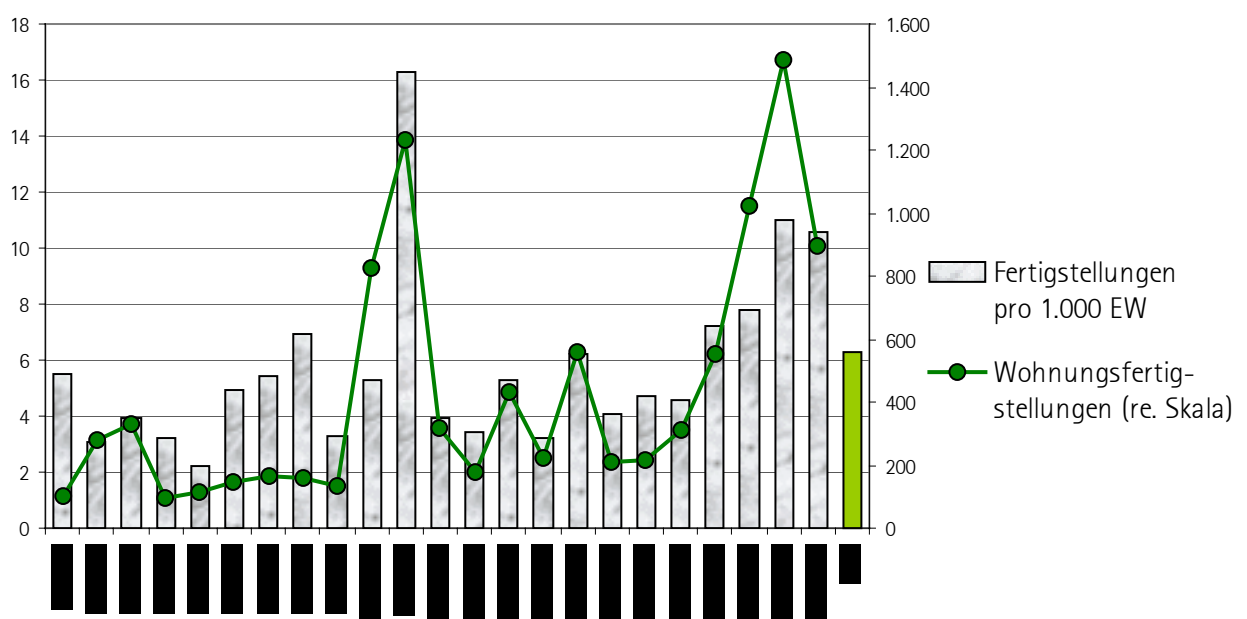
Grafik 31: Wohnungsfertigstellungen Wien und Österreich



Quelle: Statistik Austria, FGW-Sonderauswertung

Nach dem Rechtsverhältnis entfielen auf den Anteil der Mietwohnungen in Wien 56%. Die Anteile an fertig gestellten Eigentumswohnungen lagen in Wien bei 31%. Die durchschnittliche Nutzfläche aller 2001 fertig gestellten Wohnungen in Österreich betrug 101m<sup>2</sup> (2000: 96 m<sup>2</sup>). In Wien betrug die durchschnittliche Nutzfläche 75 m<sup>2</sup>, dies aufgrund des geringen Anteils an Eigenheimen: Private Personen errichteten auch 2001 wieder die größten Wohnungen mit einer durchschnittlichen Nutzfläche von 123 m<sup>2</sup> (meist in Ein- und Zweifamilienhäusern). Die durchschnittliche Nutzfläche von Gemeinnützigen Bauvereinigungen errichteten Wohnungen betrug 72 m<sup>2</sup>. In den von Gebietskörperschaften (meist Gemeinden) errichteten Neubauten waren es 66 m<sup>2</sup> und in jenen von „Sonstigen juristischen Personen“ 79 m<sup>2</sup>.

Grafik 32: Wohnungsfertigstellungen nach Bezirken pro 1.000 EW, Durchschnitt 1997-2001

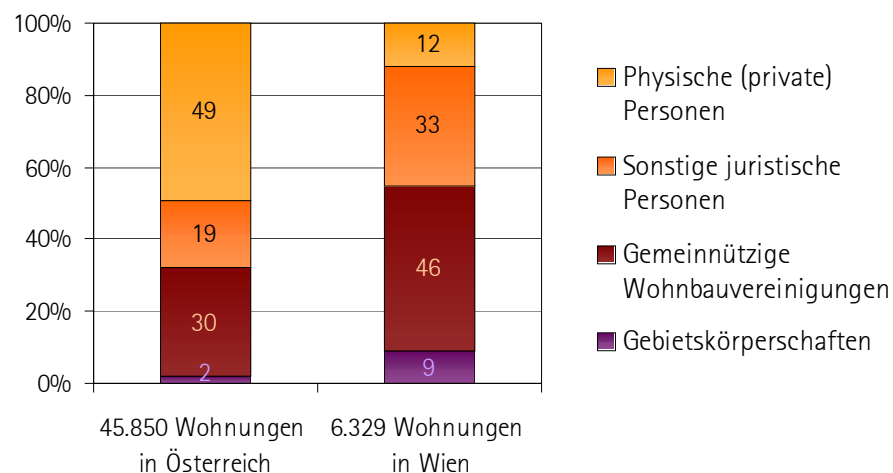


Quelle: Statistik Austria, ISIS, Bevölkerungsevidenz Wien, FGW-Sonderauswertung

Bei den Bewilligungszahlen 2001 wies Wien einen Anstieg von +16% gegenüber dem Vorjahr auf. Die Anzahl der bewilligten Wohnungen in Wien betrug 2001 insgesamt 5.994 (2000: 5.167). Im Jahr 2002 allerdings waren die erteilten Baubewilligungen schon wieder rückläufig (5.050). Von den insgesamt 5.050 erteilten Baubewilligungen entfallen knapp die Hälfte (47,2%) auf gemeinnützige Wohnbauvereinigungen, 35,3% auf sonstige juristische Personen und 17,5% auf Privatpersonen.

Die vorläufigen Zahlen für 2003 machen 6.290 bewilligte Wohnungen insgesamt aus, davon liegt der Großteil in dem in Wien dominanten mehrgeschoßigen Wohnbau (4.380), 914 (15%) Wohnungen wurden in Ein- oder Zweifamilienhäusern bewilligt. Fast 16% der insgesamt bewilligten Gebäude werden in bestehenden Gebäuden durch Auf-, Zu- und Umbautätigkeit errichtet.

Grafik 33: Fertig gestellte Wohnungen nach dem Bauherrn, 2001



Quelle: Statistik Austria, Wohnbautätigkeit 2001, S 71

Aus der Perspektive der Wohnungspolitik trägt der Wohnungsneubau dazu bei, die Wohnversorgung spezifischer Haushalte sicher zu stellen. Das dadurch gewonnene Potenzial kann aus der Gegenüberstellung von neu errichteten Wohneinheiten per 1.000 Personen der Wohnbevölkerung dargestellt werden.<sup>1</sup> Im Jahr 2001 beträgt diese Neubaurate in Wien 4,1.

Zu Wohnungsbewilligungen und –fertigstellungen siehe Tabelle 142, S 178 und Tabelle 143, S 179. Wohnungsfertigstellungen im Vergleich 1991 bis 2001 für Österreich und die MOEL-4 zeigt Grafik 136, S 174. Vergleichende Darstellungen der Intensität des Wohnungsbaus von 1991 bis 2001 bzw. des Neubaus 2001 bezogen auf die Bevölkerung Österreichs und der MOEL-4 finden sich in Grafik 137, S 174 und Grafik 138, S 175.

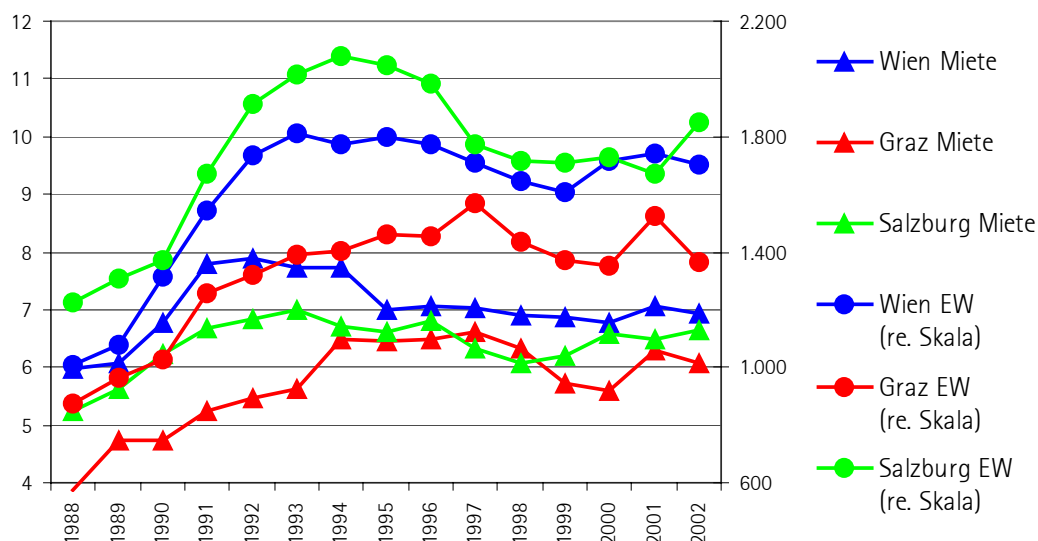
#### 1.2.4 WOHNKOSTEN: MARKT UND BESTAND

Die Gruppe der (relativ) Armen ist in Österreich nur unwesentlich kleiner als im Durchschnitt der EU-Mitgliedstaaten, für Wien ergaben Untersuchungen zur Einkommensentwicklung und –verteilung eine im Zeitablauf zunehmende, aber im internationalen Vergleich weiterhin niedrige Einkommensdisparität auf Personen- bzw. Haushaltsebene. Einkommensunterschiede sind danach maßgeblich durch innerbetriebliche „wage-gaps“ – den zunehmenden Abstand zwischen Kollektivvertrags- und Ist-Löhnen – bestimmt. Dabei kann die Ausbildung als prägender Einflussfaktor für die Streuung der Einkommen gesehen werden, was einmal mehr die Bedeutung des Ausbildungs- und Weiterbildungssystems (und den breiten Zugang zu diesem) für die Standortqualität Wiens anschaulich unterstreicht.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Siehe dazu Grafik 138, S 175.

<sup>2</sup> Weigl, 1999; Czasny/Bständig, 2001. In: Mayerhofer, WIFO, S 212. Wien 2003.

Grafik 34: Entwicklung der Marktpreise für private Miet- und Eigentumswohnungen



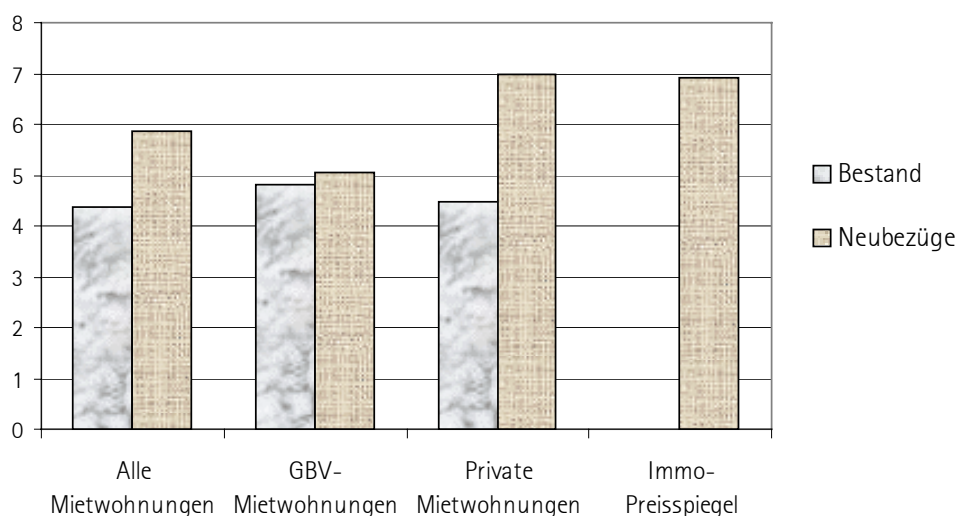
Anm.: Ungewichtete Mittelwerte über alle Lagen, Größen und Ausstattungen, Revision der Daten vor 2001 aufgrund eines Datenbruchs mit diesem Jahr.

Quelle: Immobilienpreisspiegel des FV der Immobilientreuhänder, FGW-Sonderauswertung

Einen tendenziell egalisierenderen Einfluss auf Einkommensunterschiede haben die Wohnungskosten, die am Standort Wien durch ein ausgebautes Normen- und Förderungssystem ausgleichend beeinflusst werden. Zweifellos spielt hier auch das vergleichsweise hohe Angebot an Wohnraum am Standort Wien eine Rolle.

Ein über viele Jahrzehnte preisregelter Wohnungsmarkt hat im Zuge seiner sukzessiven Liberalisierung ab den achtziger Jahren zu erheblichen Unterschieden zwischen Bestands- und Marktpreisen geführt. Die Marktpreise für private Miet- und Eigentumswohnungen sind insbesondere

Grafik 35: Wohnkosten in unterschiedlichen Marktsegmenten in Wien



Anm.: Hauptmietwohnungen mit Angaben über die Wohnkosten; Neubezüge = Wohnungsbezug 1998-2001 (ca. 40 Monate); Immo-Preisspiegel Durchschnitt über alle Lagen, Ausstattungskategorien und Wohnungsgrößen 1998-2001.

Quelle: St.at MZ 2000, FGW-Sonderauswertung, Immobilienpreisspiegel des FV der Immobilientreuhänder



Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre stark angestiegen. Seit mittlerweile mehr als zehn Jahren ist nunmehr allerdings eine Stagnation der Marktpreisentwicklung zu beobachten (Grafik 34). Im Zeitverlauf wurden mehr und mehr zuvor billige Bestandswohnungen zu neuen Marktkonditionen vermietet. Das hat in jüngerer Vergangenheit zu einer neuerlichen Annäherung von Markt- und Bestandspreisen geführt. Dieser Prozess einer stufenweisen Anhebung der Wohnkosten von Bestands- auf Marktniveau scheint mittlerweile weitgehend abgeschlossen zu sein. Das ist daran zu erkennen, dass sich die Wohnkostenentwicklung im Gesamtbestand seit ca. 2000 weitgehend der allgemeinen Preisentwicklung angeglichen hat.

Grafik 35 zeigt aktuelle Bestands- und Neuvermietungspreise für die beiden Wohnungsmarktsegmente privater und gemeinnütziger Mietwohnungen sowie aller Mietwohnungen in Wien. Gut ersichtlich ist der nach wie vor erhebliche Unterschied zwischen Bestands- und Marktpreisen bei privaten Mietwohnungen auf der einen Seite und den fast gleichlaufenden Preisen im gemeinnützigen Bereich. Zweites ist offensichtlich eine Folge der Preisbildung im gemeinnützigen Bereich sowie der Erfolge der jüngeren Wohnungspolitik hinsichtlich einer Dämpfung der Neuerrichtungskosten im Zuge der Etablierung von Bauträgerwettbewerben und Grundstücksbeirat. Ein aussagekräftiges Ergebnis der Grafik ist auch die Übereinstimmung der Neubezugskosten im privaten Bereich gemäß Mikrozensus-Auswertung und den Marktpreisen gemäß Immobilienpreisspiegel. Es belegt die grundsätzliche Eignung des Immobilienpreisspiegels zur Preisbeobachtung trotz dessen methodischer Ungenauigkeiten.

Tabelle 36: Wohnungsaufwand nach Ausstattungskategorien, Wien, 2001

Ausstattungs- kategorie <sup>1</sup>	Entgeltlich benützte Wohnungen			Eigentumswohnungen		Mietwohnungen	
	insgesamt	in Euro pro		Aufwand in Euro pro			
		Whg.	m <sup>2</sup>	Whg.	m <sup>2</sup>	Whg.	m <sup>2</sup>
A	617.000	329,0	4,6	266,0	3,3	341,0	4,9
B	35.400	230,0	3,8	157,0	2,4	234,0	3,8
C	14.600	225,0	4,0	218,0	2,8	222,0	4,1
D	69.400	149,0	3,6	212,0	3,6	145,0	3,5
Zusammen	736.600	306,0	4,5	263,0	3,3	313,0	4,7

Quelle: Statistik Austria

### 1.2.5 WOHNKOSTENBELASTUNG

Zur Wohnkostenbelastung liegen abweichende Datenquellen vor. Die Konsumerhebung 1999/2000 wurde für 786.400 Haushalte hochgerechnet und ergab durchschnittliche Haushaltsausgaben für Wiens Haushalte von 2.460 Euro. Für die Ausgabengruppe „Wohnen, Beheizung, Beleuchtung“ beträgt der Aufwand absolut 543 Euro bzw. 22,1%. Zieht man die Äquivalenzausgaben<sup>2</sup> heran, so verringern

<sup>1</sup> A: Bad, Dusche, WC u. Zentralheizung. B: Bad, Dusche und WC. C: mit WC und Wasserentnahme. D: kein WC oder keine Wasserinstallation.

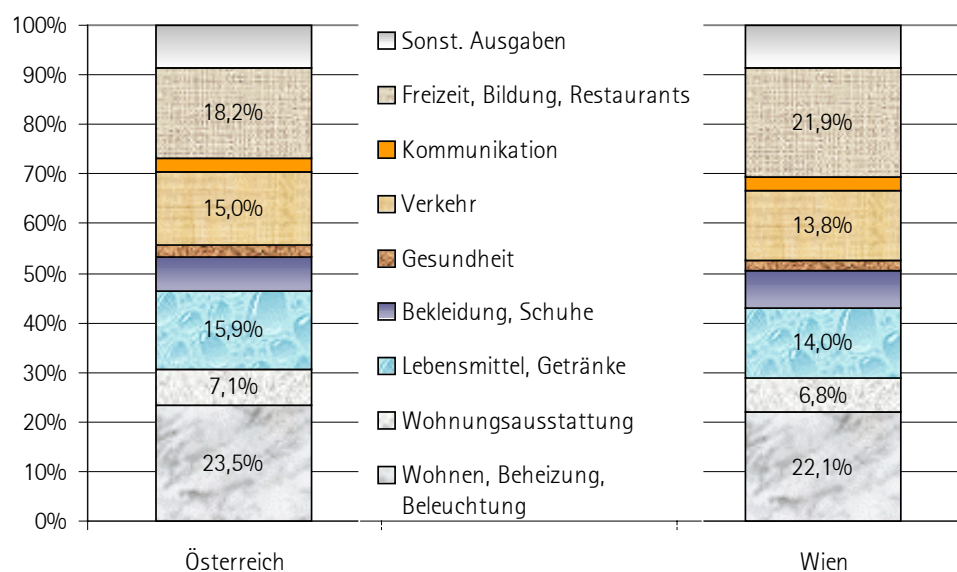
<sup>2</sup> Die Äquivalenzausgaben sind nach folgendem Schema berechnet: Erste erwachsene Person = 1,00; jede weitere erwachsene Person = 0,70; Kind 0-3 Jahre = 0,33; Kind 4-6 Jahre = 0,38; Kind 7-10 Jahre = 0,55; Kind 11-15 Jahre = 0,65; Kind 16-18 Jahre = 0,70; Kind 19-21 Jahre = 0,80; Kind 22-26 Jahre = 0,70.



sich die Verbrauchsausgaben insgesamt auf 1.590 Euro, der Anteil der Ausgaben für Wohnen steigt anteilmäßig geringfügig auf 23,4%, absolut sind das 373 Euro.

Demgegenüber weisen anderen Quellen deutlich niedriger Kosten für das Wohnen aus (vgl. Tabelle 36, S 36 und Tabelle 39, S 38). So betrug der Wohnungsaufwand 2001 für entgeltlich benützte Wohnungen (736.600) durchschnittlich 306 Euro bzw. 4,5 Euro pro Quadratmeter. (Siehe dazu Tabelle 36, S 36). Der durchschnittliche Wohnungsaufwand pro Monat im Jahr 2002 in Wien betrug laut Mikrozensus und Wohnbaustatistik insgesamt 310 Euro, darunter 43,5% bzw. 135 Euro Betriebskosten; pro Quadratmeter sind das 4,61 Euro.

Grafik 37: Monatliche Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte Wiens



Quelle: Statistik Austria, Ergebnisse der Konsumerhebung 1999/2000

Gemäß Konsumerhebung ergibt sich eine deutliche Disparität der Wohnkostenbelastung hinsichtlich unterschiedlicher Einkommensgruppen. Demnach hat das unterste Einkommensquartil Wohnkosten von ca. 30%, das oberste Einkommensquartil demgegenüber nur von 16% zu tragen.

Die Beurteilung der Wohnkostenbelastung nach unterschiedlichen Einkommensgruppen verlangt nach einer differenzierteren Betrachtung. Eine Mikrozensus-Sonderauswertung der FGW ergab folgendes Bild. Demnach liegt der Median der Wohnkostenbelastung für alle Haushalte mit 13,6% wesentlich unter den Werten gemäß Konsumerhebung. Auch das unterste Quartil hat mit 18% wesentlich geringere Aufwendungen für das Wohnen zu tragen, als gemäß Konsumerhebung ausgewiesen. Die deutlichen Unterschiede sind insbesondere auf die unterschiedlichen Definitionen zurück zu führen. Die Konsumerhebung beinhaltet auch Kosten für Heizung und Beleuchtung (Strom).

Tabelle 38: Anteil der Wohnkostenbelastung an den durchschnittlichen monatlichen Verbrauchsausgaben je Haushalt in Wien, 1999/2000

	1. Quartil bis 1.475€	2. Quartil >1.475-2.311€	3. Quartil >2.311-3.270€	4. Quartil über 3.270€
Wohnen, Beheizung, Beleuchtung	430	500	620	680
Verbrauchsausgaben insgesamt	1.430	1.970	2.840	4.190
Anteil Wohnen	30%	25%	22%	16%

Quelle: Statistik Austria, Konsumerhebung 1999/2000

Gemäß der projektbezogen durchgeführten Mikrozensus-Auswertung bestätigt sich, was bereits in Grafik 35 erkennbar ist: die preisliche Nähe der unterschiedlichen Wohnungsmarktsegmente in Wien, auch hinsichtlich der Wohnkostenbelastung. Gemeindewohnungen, gemeinnützige Mietwohnungen und private Mietwohnungen zeigen nur moderate Abweichungen bei der Wohnkostenbelastung. Selbst beim untersten Einkommensquartil bzw. beim untersten Dezil liegen die einzelnen Segmente eng beieinander. Dies lässt auf eine gut entwickelte Durchlässigkeit der Segmente schließen. Die Preissituation der einzelnen Segmente beeinflussen sich aufgrund des Wahlverhaltens der Konsumenten gegenseitig. Laut Eurostat war der Anteil für die Wohnung (einschließlich Elektrizität, Gas und anderer Brennstoffe) an den Konsumausgaben der Haushalte in den MOE-Länder ähnlich hoch wie in Österreich. Im Jahr 2000 betrug der Anteil für Wohnen in Österreich und Polen je 23,9%, in Tschechien 21,5%, der Slowakei 20,7% und in Ungarn 20%.

Tabelle 39: Haushaltseinkommen, Wohnkosten und Wohnkostenbelastung in Wien 1999

	Mittelwert	Median	1. Quartil	1. Dezil
<b>Gesamt</b>				
Haushaltseinkommen netto / M €	2.110	1.790	1.210	850
Wohnkosten / M €	254	243	218	204
Wohnkostenbelastung	12,1%	13,6%	18,0%	23,9%
<b>Gemeindewohnungen</b>				
Haushaltseinkommen netto / M €	1.970	1.755	1.170	820
Wohnkosten / M €	225	220	211	202
Wohnkostenbelastung	11,4%	12,5%	18,0%	24,8%
<b>GBV-Mietwohnungen</b>				
Haushaltseinkommen netto / M €	2.450	2.170	1.510	1.120
Wohnkosten / M €	332	336	313	300
Wohnkostenbelastung	13,6%	15,5%	20,7%	26,8%
<b>Private Mietwohnungen</b>				
Haushaltseinkommen netto / M €	2.000	1.670	1.140	785
Wohnkosten / M €	247	232	203	204
Wohnkostenbelastung	12,4%	13,9%	17,8%	26,0%

Anm.: Persönliches Einkommen aller Haushaltsmitglieder einschl. anteiliger 13. und 14. Monatsgehalt, Familienbeihilfe und Zusatzpension. Wohnkosten sind mit einiger statistischer Unsicherheit behaftet. Berechnung nur der Haushalte mit Angaben zu den Wohnkosten.

Quelle: Statistik Austria, Mikrozensus 1999; EOS-Aufbereitung, FGW-Auswertung

## 1.2.6 WOHNQUALITÄT UND WOHNVERSORGUNG

Für die Wohnversorgungspolitik ist die Zahl der Haushalte maßgeblich. Ansprüche an die Wohnversorgung werden stets von Haushalten, nicht von einzelnen Personen geltend gemacht. Wien weist 2001 etwa 435.100 Familienhaushalte und 364.900 Singlehaushalte auf. Insgesamt wurden laut der GWZ 2001 in Wien 910.750 Wohnungen gezählt, davon sind 771.000 (84,7%) Hauptwohnsitzwohnungen, 59.540 (6,5%) Wohnungen nur Nebenwohnsitz und 80.250 (8,8%) ohne Wohnsitzangabe. Laut endgültigem Ergebnis der Volkszählung 2001 nahm die Zahl der Haushalte in Wien im zehnjährigen Abstand nur um 4% zu, Österreichweit um 12%. Die durchschnittliche Haushaltsgröße in Wien betrug im Jahr 2001 1,98 Personen je Haushalt.

Besondere Aufmerksamkeit der Wohnungspolitik erfordern jene soziokulturellen Trends, die eine Zunahme der Singlehaushalte unter der urbanen Wohnbevölkerung anzeigen. Solche Einpersonenhaushalte ergeben sich einerseits durch „passive Segregation“<sup>1</sup> aufgrund von Scheidungen und Todesfällen unter den älteren Jahrgängen der Wohnbevölkerung. Andererseits verweist die Zunahme der Haushaltszahlen, besonders jene der Single-Haushalte unter den jüngeren Jahrgängen auf eine bewusste Entscheidung für einen spezifischen Lebensstil hin. Der Trend zu kleineren Haushalten setzt sich in allen Bundesländern fort: Die durchschnittliche Haushaltsgröße sank von 2,57 im Jahr 1991 auf 2,38 Personen. Österreichweit ist bereits jeder dritte Haushalt ein Singlehaushalt, in Wien liegt der Anteil der Single-Haushalte bei rund 45%. Wienweit stellen Zweipersonenhaushalte 30%, Dreipersonenhaushalte 13% und Vierpersonenhaushalte 8% der Haushalte. In den restlichen knapp 4% Privathaushalten leben fünf und mehr Personen.

Die Wohnversorgung der Wiener Bevölkerung ist quantitativ und qualitativ gut. Von den rund 771.000 Wohnungen mit Hauptwohnsitz (2001) verfügen 656.181 über Zentralheizung, Bad und WC (= Kategorie A: 85,1%). Die Zahl der schlechtest ausgestatteten Wohnungen konnte mittlerweile auf ca. 58.000 reduziert werden (Substandard ohne WC und Wasser in der Wohnung: 7,5%). Kategorie B (Bad/ Dusche, WC) Wohnungen weisen einen Anteil von 5,8% auf, Kategorie C Wohnungen (WC und Wasserentnahme in der Wohnung) von nur 1,5%. Besonders gut wohnversorgt sind Beamte, Angestellte und Selbständige (95%, 92% bzw. 90% Kategorie A). Signifikant schlechter gestellt sind Pensionisten-Haushalte mit 83% Kategorie A und Arbeiterhaushalte<sup>2</sup> mit nur 69% Kategorie A Wohnungen.<sup>3</sup> (Zur Wohnversorgung nach Berufsgruppen.<sup>4</sup>)

Nach den großen Sanierungsanstrengungen in den siebziger und achtziger Jahren konnte die Wohnqualität der Haushalte auch in den neunziger Jahren wesentlich verbessert werden. Teile schlecht ausgestatteter Wohnungen sind durch Sanierung und zu einem guten Teil auch durch Zusammenlegung vom Markt verschwunden. Substandardwohnungen, die oft Kleinwohnungen sind, sind allerdings aufgrund ihrer Grundrissgestaltung häufig nur sehr schwer auf Kategorie A (Einbau von Bad, WC) anzuheben.

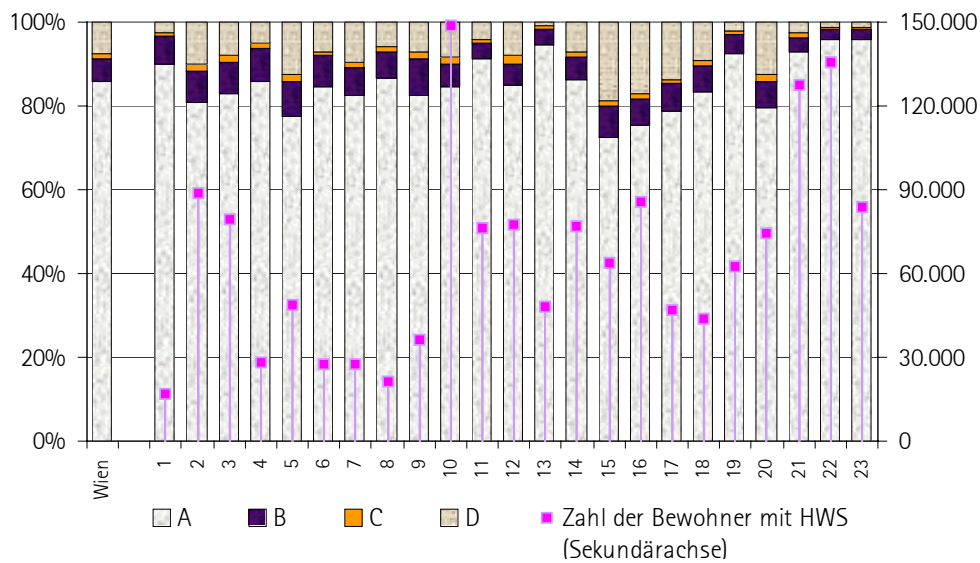
<sup>1</sup> Synthesis, 2001: Wohnungspolitisches Monitoring.

<sup>2</sup> Facharbeiter: 77% bzw. sonstige Arbeiter: 64% Kategorie A Wohnungen.

<sup>3</sup> St.at MZ 2001, ISIS-Datenbank, FGW-Sonderauswertung.

<sup>4</sup> Vgl. auch Grafik 43, S 42.

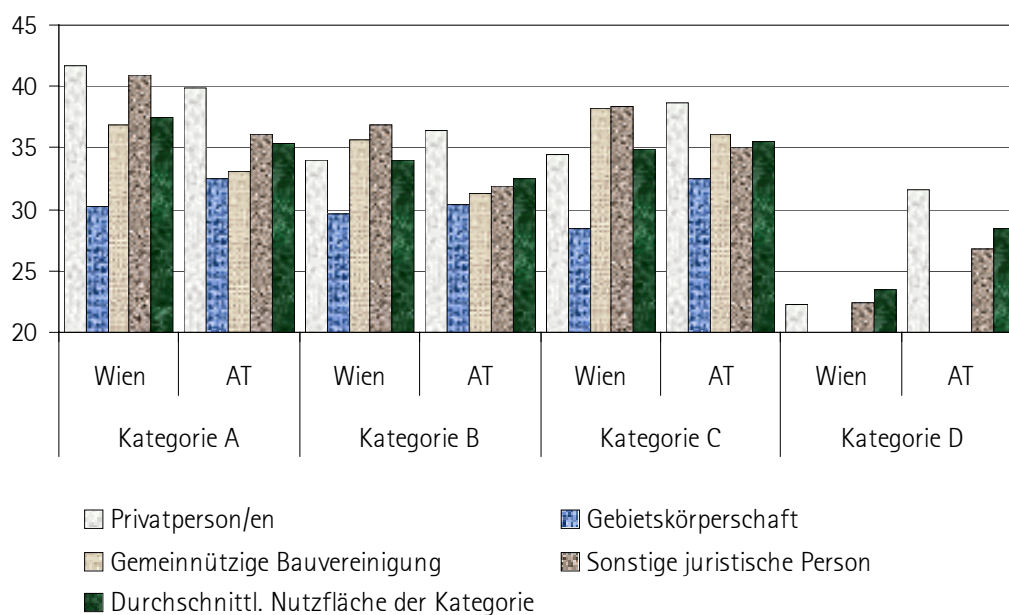
Grafik 40: Bewohner nach Bezirken und Ausstattungskategorie der Wohnung, 2001



Quelle: Stat.at, GWZ 2001

Einen vergleichsweise hohen Anteil an Substandardwohnungen mit jeweils knapp 20% haben die klassischen Arbeiter- bzw. Ausländerbezirke 15, 16, 17 und 20. Einen besonders gut ausgestatteten Wohnungsbestand haben demgegenüber nicht nur die bürgerlichen Bezirke 1, 13 und 19, sondern auch jene Gebiete, wo in den letzten Jahrzehnten besonders intensiv geförderter Wohnbau betrieben wurde, die Bezirke 21 bis 23.

Grafik 41: Durchschnittliche Nutzfläche von Wohnungen pro Bewohner nach Gebäudeeigentümer und Ausstattungskategorie, 2001



Anm.: Aufgrund der geringen, zur Verfügung stehenden Absolutwerte sind Angaben bei Gebietskörperschaften und Gemeinnützigen Bauvereinigungen nicht zielführend.

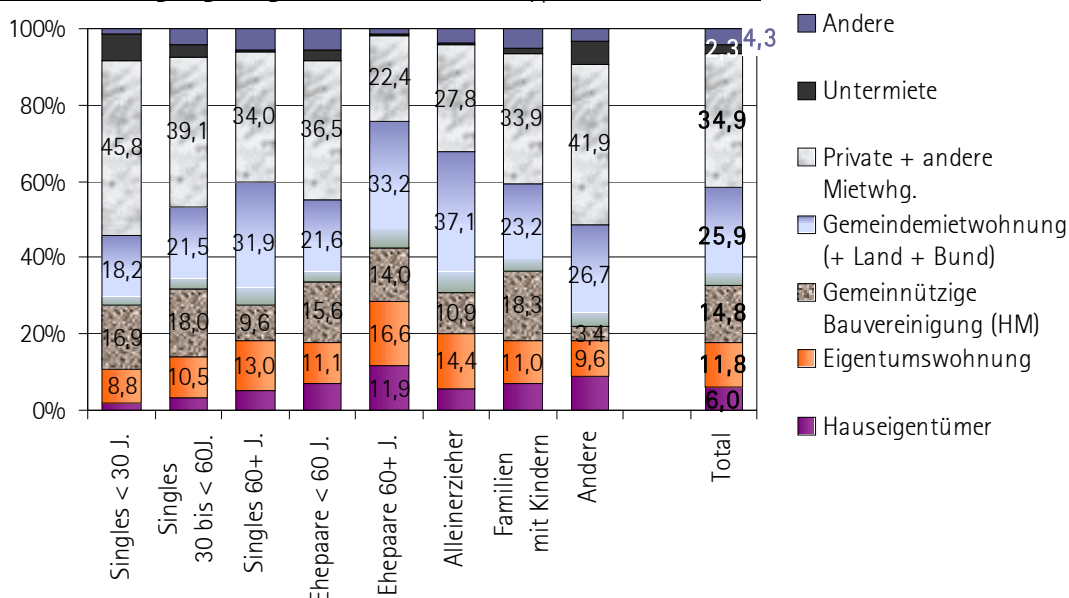
Quelle: Stat.at, GWZ 2001

2001 betrug die durchschnittliche Nutzfläche pro Bewohner in Wien fast 36 m<sup>2</sup>, in Österreich liegt diese Größe bei 38 m<sup>2</sup> (1991 waren es 33 m<sup>2</sup>). Damit hat sich die Erhöhung der Nutzfläche pro Person verlangsamt, gegenüber 1991 stieg die Nutzfläche nur noch um 8,1%, während sie von 1981 bis 1991 noch um 9,2% anstieg.<sup>1</sup>

Die Wohnungen der Gebietskörperschaften weisen die kleinsten Differenzen der Nutzflächen pro Person zwischen den einzelnen Kategorien und auch die Spanne zwischen Kategorie A und D ist mit 7,5 m<sup>2</sup> die geringste. Die nächstgeringsten Spannen finden sich bei den Gemeinnützigen mit 10,7 m<sup>2</sup> Unterschied bei der Nutzfläche pro Person zwischen der Kategorie A und D. Dies ist Indiz für eine gelungene Förderungspolitik, die die Vergabe von Wohnungsgrößen auch an die Zahl der Bewohner koppelt.

Die verschiedenen Haushaltstypen sind deutlich unterschiedlich wohnversorgt (Grafik 42 und Grafik 43). Im Kernbestand des sozialen Wohnbaus, dem mit 26% der Hauptwohnsitze sehr großen Bestand der Gemeindewohnungen, sind besonders stark Haushalte mit arbeitslosem Haushaltsvorstand, AlleinerzieherInnen, alleinstehende Senioren und Senioren-Paarhaushalte, überdurchschnittlich stark aber auch Arbeiter-Haushalte vertreten. Aus anderen FGW-Untersuchungen<sup>2</sup> wissen wir, dass genau diese Gruppen von Haushalten mit besonders prekären ökonomischen und sozialen Situationen konfrontiert sind. Wesentlich kleiner aber stark wachsend ist das Segment der gemeinnützigen Mietwohnungen mit 14,1%. Hier finden sich in überdurchschnittlicher Zahl Familienhaushalte, Single-Haushalte im mittleren

Grafik 42: Wohnversorgung ausgewählter Haushaltstypen in Wien, 2001



Anm.: Ehepaare: inkl. Lebensgemeinschaften ohne Kinder ohne weitere Person im Haushalt  
 Familie mit Kindern: mit und ohne weiterer Person im Haushalt  
 Hauseigentümer: inkl. Verwandter, Schwägerter des Hauseigentümers

Quelle: MZ 2001, FGW-Berechnungen

<sup>1</sup> Vgl. auch Grafik 41, S 40.

<sup>2</sup> Amann u.a.: Familienrelevanz der Wohnbauförderung. Wien: BMUJF, 1999. Amann: Neuer Sozialer Wohnbau für die Steiermark. Graz: Land Steiermark, 2002.

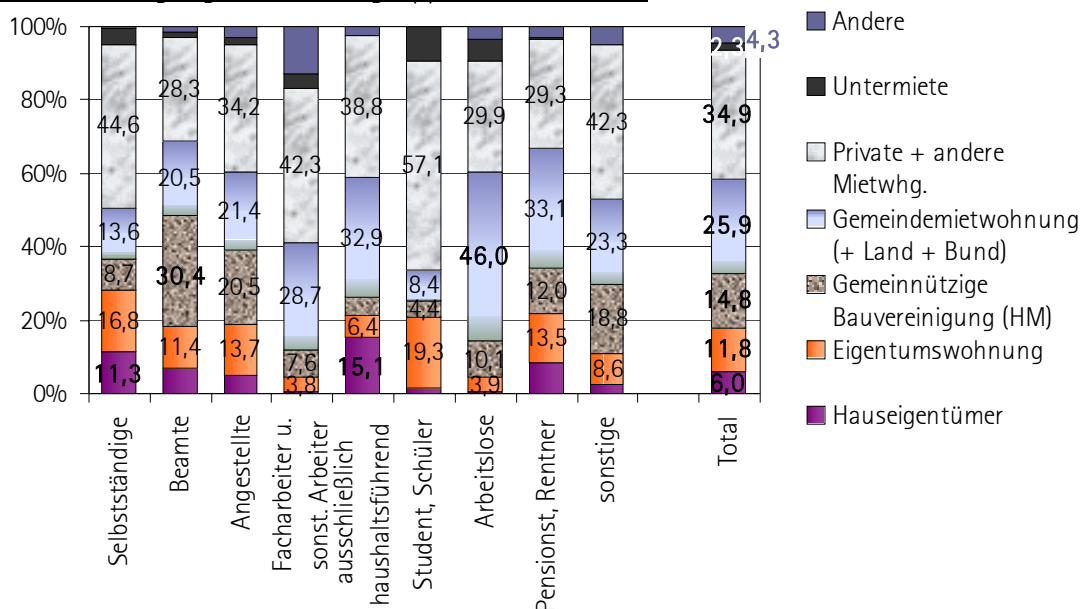
Lebensabschnitt, junge Singles und Paarhaushalte im mittleren Lebensabschnitt. Nach Berufsgruppen gegliedert dominieren hier mit großem Abstand Beamten-Haushalte, überdurchschnittlich vertreten sind auch Angestellten-Haushalte.

Das Segment privater Mietwohnungen ist mit 34,9% mittlerweile deutlich kleiner als Gemeinde- und gemeinnützige Wohnungen zusammen genommen. Hier sind überdurchschnittlich die jungen bzw. die Single-Haushalte im mittleren Lebensabschnitt, nach Berufsgruppen gegliedert die Selbständigen und Arbeiter-Haushalte, vor allem aber Ausländer-Haushalte<sup>1</sup> und Studenten zu finden. In Eigentumswohnungen (11,8% der Hauptwohnsitze) sind vor allem ältere Ehepaare, nach Berufsgruppen gegliedert Selbständigen-Haushalte und überraschender Weise Studenten überrepräsentiert.

Die Wohnqualität in Österreich ist überdurchschnittlich hoch.<sup>2</sup> In der EU registrieren 17% der Haushalte Vandalismus und Kriminalität in ihrer Wohnumgebung. In Österreich sind es nur 7%, das ist der mit Abstand niedrigste Wert. Auch das Wohnumfeld ärmerer Bevölkerungsschichten zeigt ähnlich gute Werte, während der EU-Durchschnitt bei 21% liegt.

Der Grund dafür wird in der Wohnpolitik der vergangenen Jahrzehnte gesehen, die leistbares Wohnen für breite Bevölkerungsschichten ermöglicht hat. Die starke Durchmischung der Einkommensgruppen in allen Segmenten des Wohnungsmarktes hat zur Folge, dass Segregation und Ghettobildung selbst in

Grafik 43: Wohnversorgung nach Berufsgruppen in Wien, 2001



Anm.: Sonstige: Mithelfende, Lehrlinge für Angestellte, Lehrlinge für Arbeiter, Karenzurlauberrinnen und sonstige Personengruppen. Hauseigentümer: inkl. Verwandter, Verschwägerter des Hauseigentümers

Quelle: MZ 2001, FGW-Berechnungen

<sup>1</sup> Vgl. Grafik 50, S 46.

<sup>2</sup> Siehe 2. Nationaler Aktionsplan für soziale Eingliederung 2003-2005, NAP inclusion. BM für soziale Angelegenheiten. Wien 2003.

Städten kein virulentes Problem sind. Der Wermutstropfen dieser Durchmischung ist demgegenüber, dass im billigsten Teilssegment des Wohnungsmarktes einkommensschwache Haushalte kaum überrepräsentiert sind.

Tabelle 44: Wohnzufriedenheit und soziale Kohäsion im Vergleich Österreich – NL – EU

	Österreich	Niederlande	EU-Mittel
Anteil der untersten 20% der Einkommen in den billigsten Wohnungen	22%	47%	36%
Anteil der armen Haushalte mit schlechter sozialer Qualität der Wohnumgebung	6%	28%	21%
Anteil der übrigen Haushalte mit schlechter sozialer Qualität der Wohnumgebung	7%	17%	17%
Anteil der armen Haushalte mit geringer Wohnzufriedenheit	13%	18%	25%
Anteil der übrigen Haushalte mit geringer Wohnzufriedenheit	8%	7%	14%

Quelle: Karl Czasny (SRZ): Ungleichheit und Gefährdung des sozialen Zusammenhalts aus Sicht der Wohnversorgungssysteme. Vortrag am 6.3.2003 in Wien.

### 1.2.7 WOHNVERSORGUNG AUSLÄNDISCHER MITBÜRGER

Von den insgesamt 802.700 Wiener Haushalten entfallen knapp 693.000 (86%) auf österreichische Staatsbürger, 42.200 (5,3%) sind aus dem ehemaligen Jugoslawien, 17.600 (2,2%) stammen aus der Türkei und 49.950 (6,2%) entfallen auf andere Staatsbürgerschaften, inklusive der neuen EU-Mitgliedsstaaten.

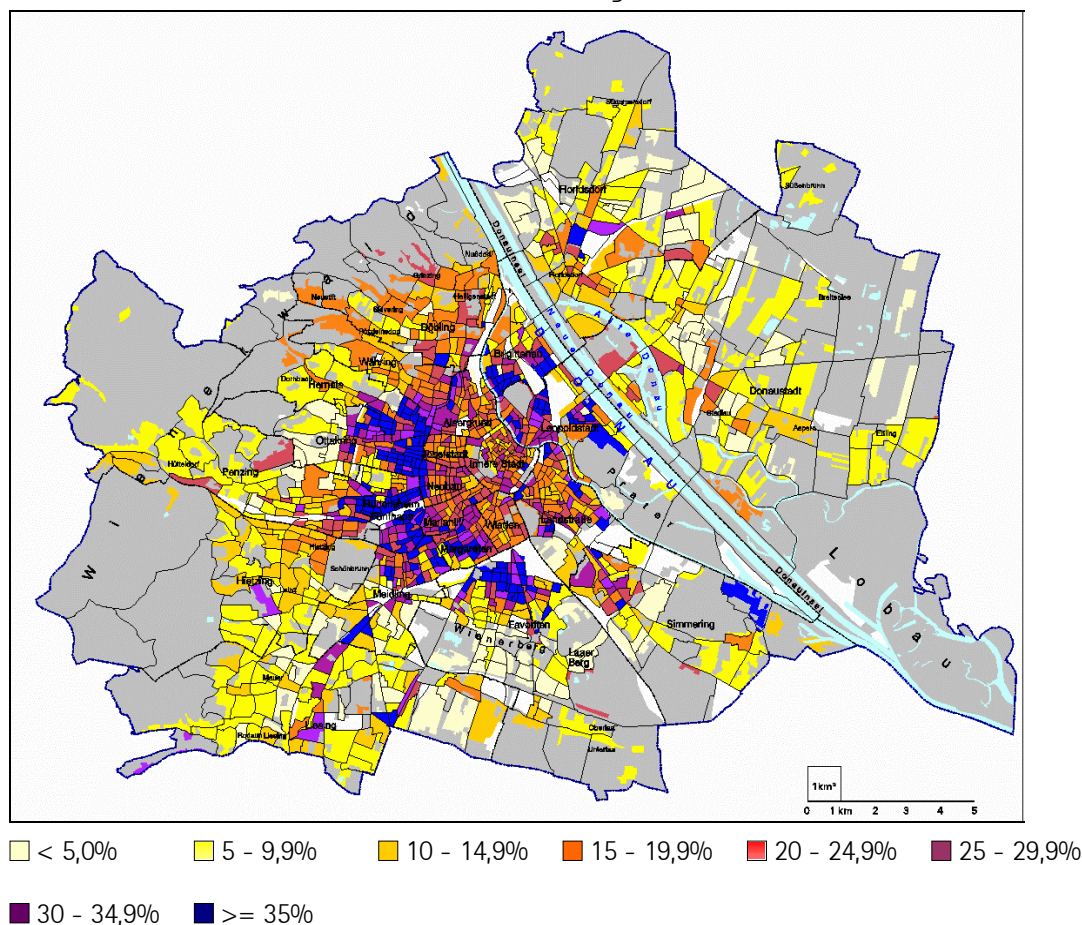
Ausländer-Haushalte konzentrieren sich auf fast den gesamten Süd- und Westgürtel. Diesen Stadtteilen stehen Gebiete mit nur geringem ausländischem Bevölkerungsanteil gegenüber. Es sind dies hauptsächlich Gebiete, in denen gemeinnützige Wohnbauten und Gemeindebauten dominieren bzw. solche mit hohem Einfamilienhausbestand und Gebiete mit großen Altbauwohnungen aus der Hoch- bzw. Spätgründerzeit (Grafik 45).

Die Zahl der Ausländer ist zwischen 1991 und 2001, Bezirksweise gesehen, sehr ungleich gestiegen. Insgesamt betrug die Steigerung 26%. Deutlich geringer war die Zunahme in den Bezirken innerhalb des Gürtels; etwa im Durchschnitt lag sie demgegenüber in vielen der „klassischen“ Ausländerbezirken am Gürtel (16., 17. und 15.). Stark überdurchschnittlich gestiegen ist die Zahl der Ausländer hingegen im 11. und 20. Bezirk. Die größte Zunahme wird in den Bezirken mit reger Bautätigkeit und bis dahin relativ geringem Ausländeranteil registriert: Im 21. Bezirk etwa stieg der Ausländeranteil um zwei Drittel auf insgesamt 8%, im 22. hat er sich auf 7% mehr als verdoppelt.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Vgl. Grafik 48, S 45.



Grafik 45: Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung in Wien, 2001



Quelle: Magistrat der Stadt Wien, MA 18, Geschäftsgruppe Stadtentwicklung und Verkehr

Mitbürger aus dem ehemaligen Jugoslawien stellen 7,1% der Wiener Bevölkerung (110.600 Einwohner). Die höchsten Bevölkerungsanteile mit jeweils über 11% haben sie in den Bezirken 15., 16., 17., 5., 20. und 2. Die größte Ex-Jugoslawische Gemeinde lebt im 10. Bezirk mit knapp 12.000 Personen. Der prozentuelle Anteil liegt aufgrund der Größe des Bezirks nur knapp über dem gesamtstädtischen Durchschnitt. Knapp die Hälfte (47%) der Ex-Jugoslawischen Bevölkerung lebt in den fünf zahlenmäßig stärksten Bezirken 10., 16., 15., 2. und 20.

Türkischer Staatsangehörigkeit sind 2,4% der Wiener Bevölkerung (37.000). Sie sind relativ am stärksten vertreten in den Bezirken 20. (5,4%), 15. (5,3%), 16. (5%) und 5. (4%). Zahlenmäßig liegt auch bei den Türken der 10. Bezirk voran. Die Türken sind regional etwas stärker konzentriert als die Ex-Jugoslawen. 54% leben in den fünf zahlenmäßig stärksten Bezirken 10., 16., 20., 15. und 2.

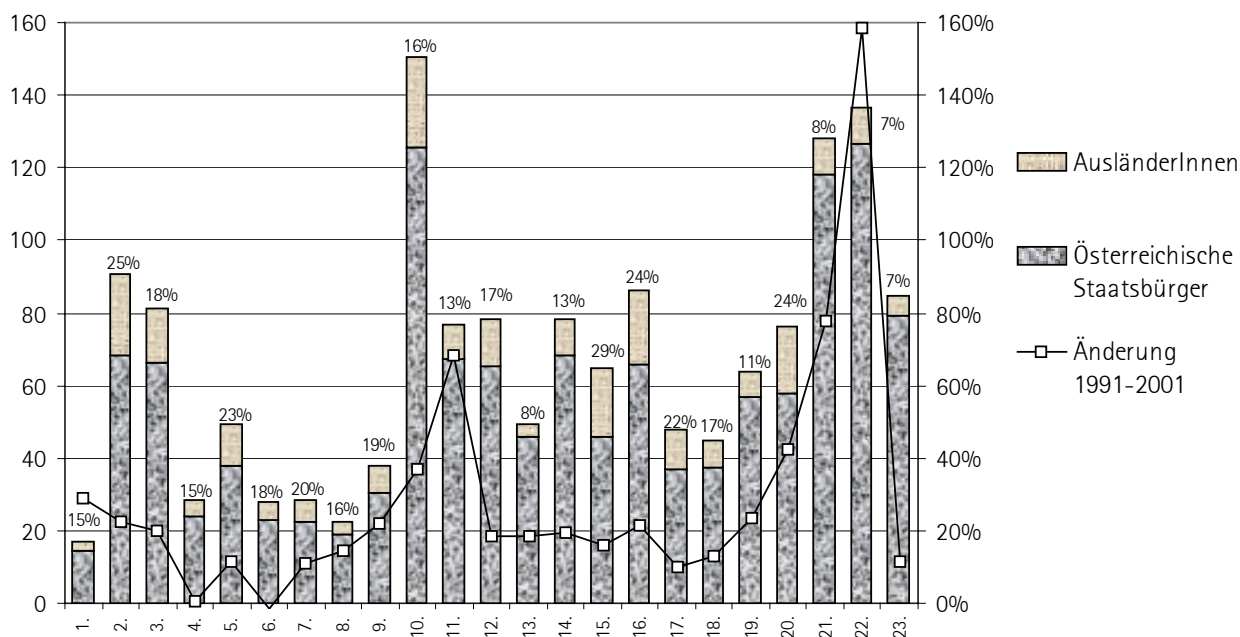
Tabelle 46: Bezirke mit mehr als 20% Ausländer-Anteil gemäß Volkszählung 2001

Bezirk	15.	2.	20.	16.	5.	17.	7.
Ausländeranteil	29,2%	24,7%	24,1%	23,8%	23,2%	22,4%	20,2%

Quelle: VZ 2001, Statistik Austria, FGW



Grafik 47: Wohnbevölkerung Wiens nach Bezirken in 1.000 und Veränderung Ausländeranteil

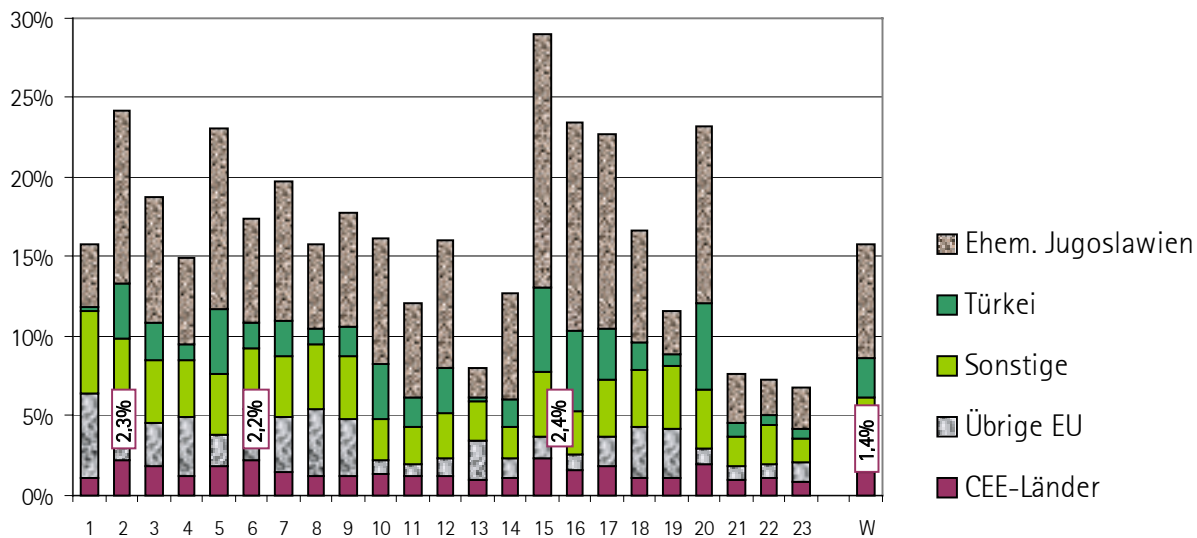


Quelle: Volkszählungen Statistik Austria, FGW

Haushalte aus den MOE-Ländern sind überdurchschnittlich stark in den Bezirken 15, 2 und 6 vertreten bei einem Gesamt-Bevölkerungsanteil von 1,4%. Zur Wohnversorgung der Zuwanderer aus den mittel-ost-europäischen neuen EU-Mitgliedsländern siehe auch Kapitel 1.1.8, S 24 ff. und Kapitel 6.3, S 153.

Die Wohnversorgung der ausländischen Wohnbevölkerung in Wien findet stark überproportional im privaten Mietwohnungssektor bzw. Althausbestand statt. Ausländer aus dem ehemaligen Jugoslawien leben zu 94%, jene aus der Türkei sogar zu 98% in diesen Marktsegmenten. Diese Wohnungen sind

Grafik 48: Ausländer nach Herkunftsland in den Wiener Bezirken, 2001



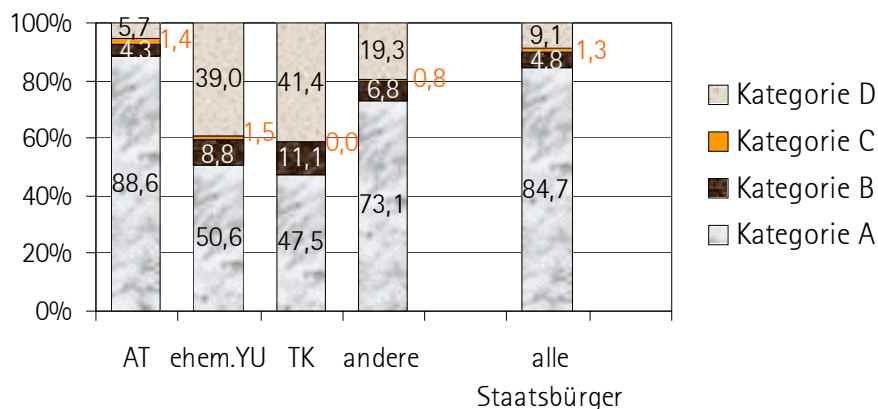
Anm.: CEE-Länder = Mittel-Ost-Europäische Länder

Quelle: MA 66, FGW

durchschnittlich deutlich schlechter ausgestattet als jene der Inländer (ca. 40% Substandard-Wohnungen). Meist handelt es sich um Klein- oder Kleinstwohnungen. Durch die geringeren durchschnittlichen Wohnflächen ergibt sich eine ungünstige Belagssituation.<sup>1</sup>

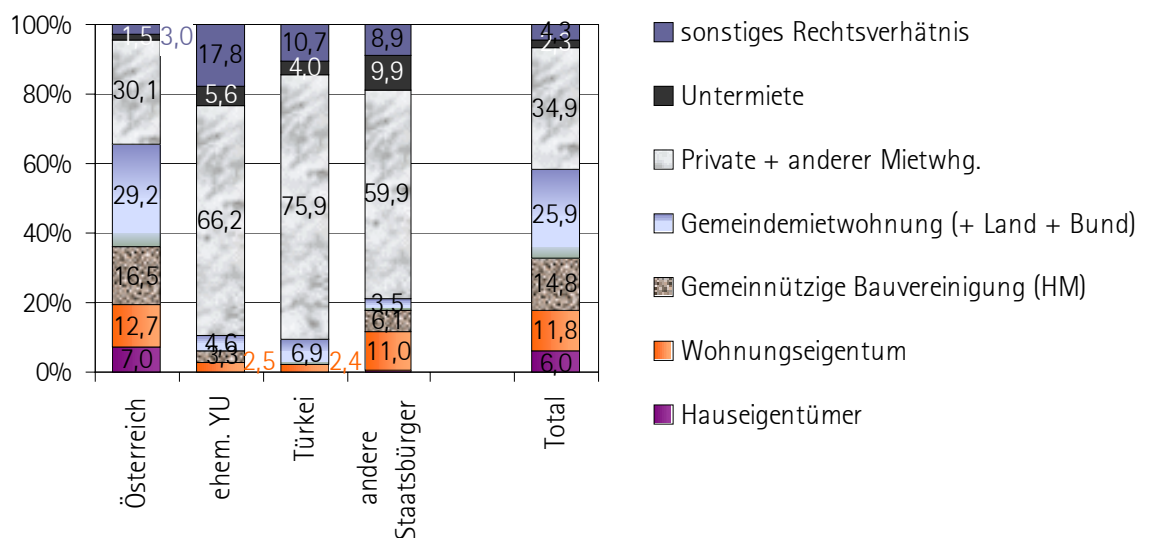
Ausländer-Haushalte leben weit überproportional in privaten Mietwohnungen. Bei Haushalten aus Ex-Jugoslawien sind es zwei Drittel, bei türkischen Haushalten sogar drei Viertel. Auffallend stark vertreten sind überdies Wohnungen mit „sonstigen Rechtsverhältnissen“. Wenngleich die Zugänglichkeit zu Gemeindewohnungen und geförderten Wohnungen in den letzten Jahren stark verbessert wurde, sind Ausländer-Haushalte hier noch stark unterrepräsentiert. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang allerdings darauf, dass Gemeindewohnungen seit je in großer Zahl an österreichische Staatsbürger mit Migrationshintergrund vergeben werden.

Grafik 49: Versorgung nach Ausstattungskategorien und Staatsbürgerschaft, 2001



Quelle: Mikrozensus 2001

Grafik 50: Rechtsverhältnis nach Staatsbürgerschaft, 2001



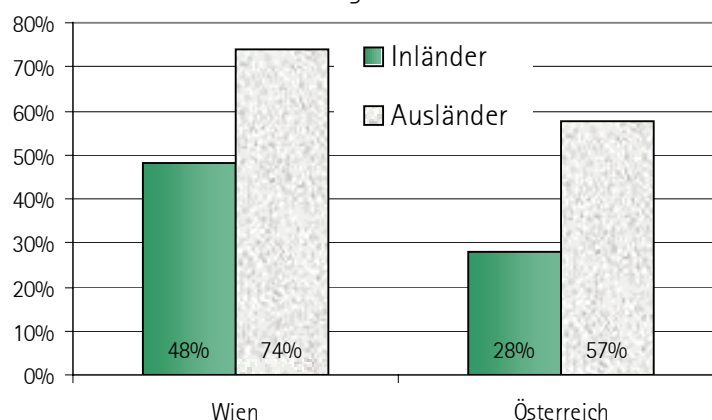
Quelle: MZ 2001, FGW

<sup>1</sup> Vgl. dazu Grafik 51, S 47.

Den Überbelag einer Wohnung (Grafik 51) zu definieren, ist problematisch. Eine gängige und leicht nachvollziehbare Größe ist die Anzahl der Wohnungen, in denen die Zahl der Bewohner die Zahl der Wohnräume um mehr als eins übersteigt. Das heißt, dass eine von einem Paar bewohnte Garconnière noch nicht als überbelegt gewertet wird. Nach dieser Formel leben 2,6% der Inländer-Haushalte und 19,5% der Ausländer-Haushalte in überbelegten Wohnungen. Der Hauptgrund für die viel stärkere Überbelegung bei Ausländer-Haushalten ist der wesentlich höhere Anteil an Ein- und Zweiraum-Wohnungen (57% gegenüber 28%).<sup>1</sup>

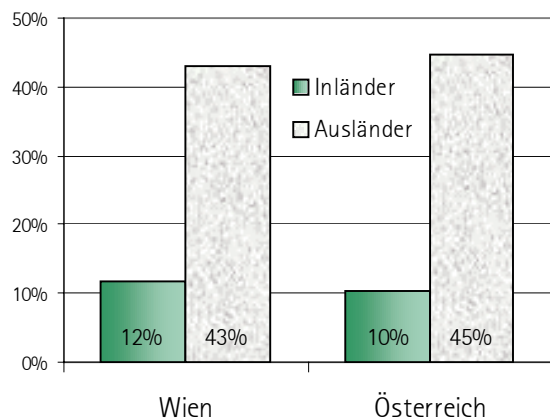
Grafik 51: Kennzahlen zum Überbelag von Wohnungen Wien und Österreich

Anteil an Haushalten in Ein- und Zweizimmer-Wohnungen



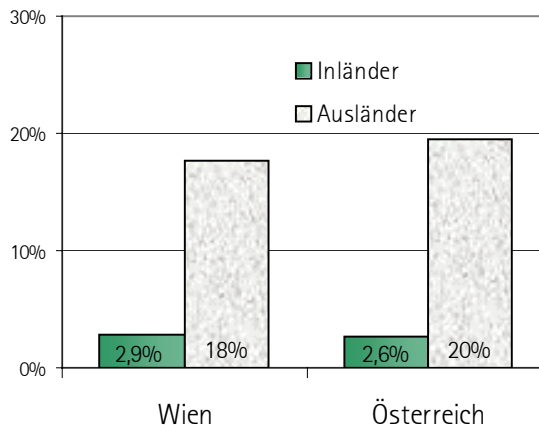
Überbelag:

Anzahl der Personen > Anzahl der Wohnräume



Überbelag:

Anzahl Personen minus eins > Anzahl der Wohnräume<sup>2</sup>



Quelle: St.at MZ 2001, FGW-Sonderauswertung

<sup>1</sup> St.at MZ 2001, FGW-Sonderauswertung.

<sup>2</sup> Nach dieser Berechnung ist ein Paar in einer Garconnière nicht überbelegt, ein Paar mit einem Kind jedoch schon.



## 2 EU-ERWEITERUNG UND MIGRATION

Migration ist eines der zentralen Themen heutiger Gesellschaftspolitik. Es geht Hand in Hand mit einem zweiten „Mega“-Thema: der sinkenden Geburtenrate der europäischen Bevölkerung mit allen Problemen und Entwicklungen, die damit zusammenhängen.

In Deutschland machte der Bericht der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“ unter dem Vorsitz von Rita Süßmuth Furore, in dem nachgerechnet wurde, dass unter den heutigen demografischen Bedingungen ohne weitere Zuwanderung die Bevölkerungszahl innerhalb der nächsten 50 Jahre von 82 Millionen auf 60 Millionen sinken würde. Wenn demgegenüber die heutige Relation der Erwerbsbevölkerung zur nicht erwerbstätigen Bevölkerung (bei gleichbleibendem Rentenantrittsalter) aufrecht erhalten werden sollte, müsste die Bevölkerung im selben Zeitraum um nicht weniger als 50% zulegen. Es muss also einiges geschehen, um den Sozialstaat europäischer Prägung wie auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit aufrecht erhalten zu können.

Zur Bewältigung des demografischen Schocks wird es notwendig sein, Instrumente der effektiven Steuerung der Zuwanderung zu entwickeln: wie viele Zuwanderer mit welchen Qualifikationen, wird die Kernfrage sein, die es zu lösen gilt. In Wien sind die zuwandernden ausländischen Arbeitskräfte zumeist geringer qualifiziert als in den anderen Bundesländern, die überwiegende Mehrheit der Wachstumsbranchen der Wiener Stadtwirtschaft ist allerdings vor allem durch hohe Anforderungen an das Qualifikationsniveau ihrer Mitarbeiter gekennzeichnet. Europa hat sich in den achtziger und neunziger Jahren zu einem echten Einwanderungskontinent entwickelt. Tatsächlich sind in den neunziger Jahren mehr Menschen in die EU als in die USA eingewandert. Der alte Kontinent war gesellschaftspolitisch auf diese Situation nicht wirklich vorbereitet. Anders als die USA, deren Selbstverständnis seit je das eines Einwanderungslandes ist, häuften sich in den neunziger Jahren in allen EU-Staaten die Probleme, wie mit der starken und teilweise ungewollten Zuwanderung umgegangen werden soll. Der ansässigen Bevölkerung war und ist es bei steigendem Druck am Arbeits- und Wohnungsmarkt nur schwer näher zu bringen, dass einem Bevölkerungseinbruch in mehreren Jahrzehnten mit vermehrter Zuwanderung heute begegnet werden muss.

Durchdachte Stadtentwicklungskonzepte für schrumpfende Städte sollten daher nicht bei stadt- und wohnungspolitischen Strategien enden, sondern über Ressortgrenzen hinweg multidisziplinär entworfen werden. Geht man von den demografischen Prognosen und der Notwendigkeit aus, die bestehenden sozialen Sicherungssysteme zu reformieren, so muss die Politik vorausschauend und schnell handeln, indem sie eine wirtschaftliche Stabilisierung durch Bildungs- und Migrationspolitik anstrebt und dabei die soziale und ökologische Verantwortung im Blick behält.

Eine Abschätzung von Migrationspotenzialen kann nach ökonometrischen Schätzungen und in der Befragung der Bürger der MOEL durchgeführt werden. Ein Vorteil der Befragung liegt darin, Informationen über die Struktur der Wanderungswilligen zu gewinnen, wie sie durch makro-ökonometrische Untersuchungen nicht möglich sind. Jedoch werfen Befragungen Probleme der Repräsentativität und der Validität auf und sind teuer. Zudem bleibt immer die Frage bestehen, wie verlässlich die gewonnenen

Aussagen sind. Migrationspläne sind zumeist auf die Zukunft gerichtet. Interviewte haben daher oft ein Problem, sehr vage Migrationswünsche von konkreten Plänen zu trennen. Befragungen sind daher immer Momentaufnahmen der gegenwärtigen Migrationswünsche.<sup>1</sup>

Künftig dürfte sich u.a. am sogenannten Qualifikationsmix, am Anteil der Hochqualifizierten unter allen Beschäftigten, entscheiden, welche Stadt, welche Wirtschaftsregion im globalen Wettbewerb führend ist.

Langsam beginnt sich die Einsicht durchzusetzen, dass gesteuerte Zuwanderung von außen (ohne Vernachlässigung der Aufnahme aus humanitären Gründen) ein Gewinn und nicht nur Belastung ist. Es wird auch Aufgabe der Politik sein, die dynamischsten, aufstiegsorientierten Talente bewusst anzuwerben und hier zu binden. Wirtschaftsregionen werden künftig untereinander nicht nur um Betriebsansiedlungen, sondern vor allem um junge, qualifizierte Menschen konkurrieren.

Andere Länder haben ihre Strategien dahingehend entwickelt, gezielt Einwanderer anzuwerben und ihnen bei der Gründung von sog. „minority businesses“ zu helfen, wissend, dass aufstiegsmotivierte Ausländer – spätestens in der zweiten oder dritten Generation – überdurchschnittlich zur Wertschöpfung und zum Entstehen neuer Arbeitsplätze beitragen.<sup>2</sup>

Eine Wanderung von Personen kann sich auf eine Vielzahl von Arten vollziehen. So unterscheidet man zwischen Arbeitsmigration, Tagespendlern, Wochenpendlern und Saisoniers. Bei der Arbeitsmigration handelt es sich um eine dauerhafte Verlagerung des Wohnortes und des Arbeitsortes. Saisoniers und Wochenpendler hingegen verlegen vorübergehend sowohl Arbeitsort und Wohnort, behalten aber in der Regel den ursprünglichen Hauptwohnsitz.<sup>3</sup>

Beim neoklassischen Modell wird die Migration von Arbeitskräften auf Unterschiede in den Reallöhnen zurückgeführt, deren Ursachen in unterschiedlichen Faktorausstattungen oder Technologieniveaus der Länder liegen. Internationale Bewegungen des Faktors Arbeit wird man solange beobachten können, wie sich die reale Entlohnung in den Ländern unterscheidet. Ein risikoneutrales Individuum wird dann wandern, wenn die erwarteten Gewinne die erwarteten Wanderungskosten übersteigen, wobei jenes Zielland gewählt wird, welches den höchsten Nutzenzuwachs zu ermöglichen scheint. Die Anreize zur Wanderung verschwinden, wenn die erwarteten Einkommen im Empfängerland die erwarteten Einkommen im Senderland plus Migrationskosten nicht mehr übersteigen. Sind die Individuen risikoavers, müssen die erwarteten Gewinne einer Migration die erwarteten Wanderungskosten plus einen vom Ausmaß der Risikoaversion abhängigen Zuschlag übersteigen.

Neben bestehenden Reallohndifferenzen werden auch unterschiedliche Arbeitslosenquoten zwischen Regionen zu einem zusätzlichen Bestimmungsgrund von Arbeitskräftewanderungen. Hohe Arbeitslosigkeit im

---

<sup>1</sup> Huber, Peter: Migration und Pendeln infolge der EU-Erweiterung, S 15f..

<sup>2</sup> Einem von, Eberhard: Schrumpfende Städte: Chancen der Einwanderung. In: Der Architekt 4/01, S 19ff..

<sup>3</sup> Huber, Peter: Migration und Pendeln infolge der EU-Erweiterung. WIFO, Wien 2001, S 4.

Zielland erhöht das Risiko arbeitslos zu sein und mindert somit Migrationsanreize. Umgekehrt führen niedrige Löhne und hohe Arbeitslosigkeit im Herkunftsland zu einem verstärkten Wanderungsdruck.<sup>1</sup>

Neben monetär schwer bewertbaren und international nicht handelbaren Gütern, sog. „Amenities“, wie z.B. Schulen, Infrastruktur, kulturelles Ambiente, etc. kann auch das Vorhandensein von Infrastruktureinrichtungen für bestimmte ethnische Gruppen einen Ort für Zuwanderer attraktiv machen. Regional unterschiedliche Preise und Qualitäten für öffentliche Infrastruktur und in den Lebenshaltungskosten können wiederum zu Migrationsanreizen bzw. -hemmnissen werden.

In Bezug auf ethnische Gruppen beschreiben Netzwerktheorien, dass durch eine Ballung von Migranten mit ähnlichen Charakteristika Externalitäten entstehen: Einerseits in der Form positiver Externalität, die es Neuankömmlingen leichter macht, eine Arbeit und Wohnung zu finden oder auch Geld zu borgen. Durch den Netzwerk-Effekt verringern sich Informations- und Suchkosten; das Risiko einer Umsiedlung und der Übergang in neue Kulturen und Sprachen, der einen Teil der psychologischen Migrationskosten ausmacht, wird erleichtert.

Andererseits können negative Externalitäten in weiterer Folge zu einer Dezentralisierung der Siedlungsmuster von Migranten führen. Sie entstehen durch eine Verminderung der Aufstiegschancen von Migranten durch Gettoisierung oder durch die schlechtere Einkommenssituation der Migranten, die zu geringeren Steuereinnahmen der lokalen Gebietskörperschaften und schlechteren Infrastrukturlösungen führen. Die Wanderungsentscheidung eines Einzelnen hängt also auch stark positiv von der Zahl der schon vorher in dieses Land Emigrierten ab.

## 2.1 ZEITPLAN DER ERWEITERUNG – RECHTLICHE VORAUSSETZUNGEN

Schon nach dem Fall des Eisernen Vorhangs stand der Europäische Integrationsprozess vor neuen Herausforderungen. Die Europäische Union konnte nicht an der Grenze zum ehemaligen „Ostblock“ stehen bleiben. Ostmitteleuropa und Osteuropa mussten mittel- und langfristig Teil der Europäischen Union werden. So wurden nach zahlreichen bi- und multilateralen Vorgesprächen auf dem EU-Gipfel in Kopenhagen (Juli 1993) die Aufnahmekriterien für die EU-Osterweiterung festgesetzt. Im Dezember 1994 folgte die Tagung des Rates in Essen, wo eine Heranführungsstrategie der beitrittswilligen Staaten beschlossen wurde.

Polen und Ungarn bekundeten bereits 1994 ihren Beitrittswunsch, die Slowakei im Jahre 1995 und Tschechien 1996.<sup>2</sup> Der im Dezember 1997 in Luxemburg tagende Rat vereinbarte mit Estland, Polen,

<sup>1</sup> Huber, Peter: Migration und Pendeln infolge der EU-Erweiterung. WIFO, Wien 2001, S 6f..

<sup>2</sup> Ungarn beantragt am 31.03., Polen am 05.04.1994 offiziell die Aufnahme in die Europäische Union. Am 27.06.1995 beantragt die Slowakei die Aufnahme in die Europäische Union. Die Tschechische Republik stellt ihren Antrag auf Beitritt zur Europäischen Union am 17.06.1996.

Am 30.03. werden die Beitrittsverhandlungen mit Österreich abgeschlossen, am 12.06. spricht sich Österreich in einer Volksabstimmung mehrheitlich für den Beitritt zur Europäischen Union aus und keine zwei Wochen später werden die Akten über den Beitritt Österreichs unterzeichnet.

Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern Beitrittsverhandlungen zu führen. Mit Ungarn, Tschechien und Polen wurden im Jahr 1998 Beitrittsverhandlungen aufgenommen, mit der Slowakei im Jahr 2000.<sup>1</sup>

Im April 2003 wurde der Beitrittsvertrag vom Europäischen Rat in Athen unterzeichnet, d.h. die EU-Mitgliedstaaten unterschrieben den Beitrittsvertrag mit jedem Beitrittskandidaten. Der Europäische Rat stimmte dem Beitrittsvertrag einstimmig zu. In den MOE-Ländern erfolgten schließlich die Volksabstimmungen über den Beitritt zur EU.<sup>2</sup> Der Beitrittsvertrag wurde durch alle EU-Mitgliedstaaten und jedes Beitrittsland ratifiziert. Tschechien, die Slowakei, Ungarn und Polen wurden am 1. Mai 2004 als Mitglieder in die Europäische Union aufgenommen.

Die 15 EU-Staaten haben für die Bereiche Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit flexible und zeitlich begrenzte Übergangsfristen vereinbart, um ein schrittweises Zusammenwachsen der Märkte zu ermöglichen und somit die beitriffsbedingten wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen abzufedern.

Für die Arbeitnehmerfreizügigkeit gelten Übergangsfristen nach dem 2+3+2-Modell. Damit haben die Mitgliedsstaaten grundsätzlich die Wahl, ihren Arbeitsmarkt bis zu sieben Jahre lang zu schützen:

- 1. Phase: Im Rahmen einer zweijährigen Übergangsfrist ist die gemeinschaftsrechtliche Arbeitnehmerfreizügigkeit in allen Mitgliedstaaten ausgesetzt. Die Mitgliedstaaten haben allerdings die Möglichkeit, ihre Arbeitsmärkte ab Beitritt auf Grund nationaler Maßnahmen (Änderung des Ausländerrechts/Arbeitserlaubnisverfahren etc.) für MOE-Staatsangehörige zu öffnen.
- 2. Phase: Vor Ablauf der ersten Phase sind die Alt-Mitgliedstaaten verpflichtet, im Rahmen einer förmlichen Mitteilung die EU-Kommission darüber zu unterrichten, ob sie gemäß des auf EU-Ebene vereinbarten Übergangsregimes nationale Maßnahmen zur Beschränkung des Arbeitsmarktzugangs für weitere drei Jahre weiterführen wollen oder Freizügigkeit nach Gemeinschaftsrecht unter Einschluss einer Schutzklausel für ihren nationalen Arbeitsmarkt zu gewähren beabsichtigen. Alt-Mitgliedstaaten, die die Freizügigkeit nach EG-Recht ohne Schutzklausel gewähren, können auf eine Mitteilung an die Kommission verzichten. Zusätzlich haben die Neu-Mitgliedstaaten zwischen dem zweiten und fünften Jahr die einmalige Möglichkeit, einen Antrag auf Abkürzung der Übergangsfrist zu stellen. Es gilt das gleiche Mitteilungsverfahren wie beschrieben. Das heißt wiederum, dass bei nicht erfolgter Mitteilung automatisch das Gemeinschaftsrecht (volle Freizügigkeit) in dem besagten Alt-Mitgliedstaat gilt.
- 3. Phase: Alt-Mitgliedstaaten, für die nach fünf Jahren immer noch nationale Beschränkungen gelten, müssen der EU-Kommission förmlich mitteilen, dass sie diese Beschränkungen noch weitere zwei Jahre aufrechterhalten wollen. Damit wäre dann die Maximaldauer von sieben Jahren erreicht. Spätestens sieben Jahre nach dem Beitritt gilt überall volle Freizügigkeit.

Die MOE-Länder konnten für sich insbesondere folgende Zusatzregelungen erreichen:

- Sie können – sofern sie es wünschen – spiegelbildliche Beschränkungen einführen.
- Sie haben eine Bemühensklausel der EU 15 durchgesetzt, deren Arbeitsmärkte auf Grund nationaler Regelungen sogar schon vor Beitritt zu liberalisieren

<sup>1</sup> Fassmann, Heinz/ Vorauer, Karin: Stand und Perspektiven der EU-Erweiterung. In: Forum Politische Bildung (Hg.), Materialpaket Politische Bildung (Hg.), Wien 2001. S 2.

<sup>2</sup> Zu Zeitpunkt, Wahlbeteiligung und Abstimmungsergebnissen siehe Tabelle 151, S 182.



Ausschließlich zur Flankierung dieser Regelung (d.h. bei eingeschränkter Arbeitnehmerfreizügigkeit ein Ausweichen in die Dienstleistungserbringung zu verhindern) können Deutschland und Österreich die Dienstleistungsfreiheit in bestimmten Bereichen einschränken. In Deutschland sind dies das Bau- und Baunebengewerbe sowie Teilbereiche des Handwerks (Gebäudereinigung, Innendekorateure), in Österreich sind hiervon das Baugewerbe, gärtnerische Dienstleistungen, Reinigungs- und Sozialdienste sowie Schutzdienste betroffen. Die Einschränkung der Dienstleistungsfreiheit gilt also nur für Arbeitnehmer, die bei der grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringung eingesetzt sind. Sie gilt nicht für Selbständige, die allein arbeiten. Diese können nach dem Beitritt grenzüberschreitende Dienstleistungen erbringen, wobei sie allerdings geltendes europäisches Recht zu beachten haben, wonach der Selbständige im Handwerk seine Befähigung (z. B. durch mindestens sechsjährige Leitung eines Betriebes im Heimatland) nachweisen muss. Es gilt also Anforderungsgleichheit für alle EU-Bürger.

## 2.2 INKONSISTENTE MIGRATIONS PROGNOSEN

Die Zahl an Prognosen zu den Auswirkungen der EU-Erweiterung auf die Migration nach Mittel- und Westeuropa ist groß. Huber<sup>1</sup> und Hönekopp<sup>2</sup> zählen 21 allein zwischen 1997 und 2000 erstellte Studien auf. Methodisch sind sie im Wesentlichen in drei Gruppen zu unterteilen:

### PROGNOSEN AUF BASIS VON MODELLRECHNUNGEN

Dazu zählen vor allem die Studien von Tito Boeri und Herbert Brückner „The Impact of Eastern Enlargement on Employment and Labour Markets in the EU Member States“<sup>3</sup> sowie von Ewald Walterskirchen und Raimund Dietz (1998) „Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf den österreichischen Arbeitsmarkt“. Neben Berechnungen auf Basis von Einkommensunterschieden, räumlich divergierenden Arbeitslosenraten oder – wie bei Walterskirchen/ Dietz – von Unterschieden im Wohlstandsniveau werden auch Distanz-Interaktionsmodelle, sogenannte Gravitationsmodelle zur Schätzung der künftigen Mobilität herangezogen. Sie beruhen auf der geografischen Distanz oder der Menge der Arbeitsplätze als Einflussfaktoren auf den Umfang der Migration zwischen zwei Orten. In der Literatur finden sich Schätzungen zur Migration allerdings nur bezogen auf Gleichgewichtssituationen, d.h. ohne Disparitäten und/ oder staatliche Mobilitätshemmnisse. Nachdem Parameter des Binnenpendelns nicht ohne weiteres auf das Pendeln über internationale Grenzen übertragen werden können, sind solche Prognosemodelle von nur eingeschränktem Belang für den vorliegenden Untersuchungsgegenstand.

### PROGNOSEN AUF BASIS HOCHGERECHNETER BEFRAGUNGEN

Dazu zählen vor allem die Studie von Heinz Fassmann und Christiane Hintermann „Migrationspotenzial Ostmitteleuropa“<sup>4</sup>, weiters Endre Siks<sup>5</sup> Analyse der Migrationsströme auf Basis des ungarischen Haushaltspanels oder die Befragung der CEORG<sup>6</sup> zu den Migrationsabsichten von Polen, Tschechen und Ungarn.

---

<sup>1</sup> Huber, 2001. a.a.O. S 17f.

<sup>2</sup> Hönekopp, 1999.

<sup>3</sup> European Integration Consortium: DIW, CEPR, FIEF, IAS, IGIER. Berlin, Mailand, 2000.

<sup>4</sup> ISR-Forschungsberichte 15, Institut für Stadt- und Regionalforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Wien, 1997.

<sup>5</sup> Siks, Endre: The social, economic and legal aspects of migration in contemporary Hungary in relation to the accession to the European Union. Centre for Migration and Refugee Studies, Hungarian Academy of Science, Budapest, 1998.

<sup>6</sup> Central European Opinion Research Group Foundation, Free movement of labor, migration intentions. Brüssel, Mai 2001.

Vorteil dieser Forschungstradition ist die Fähigkeit, Informationen über die Struktur der Wanderungswilligen zu gewinnen, wie sie durch makro-ökonomische Untersuchungen nicht verfügbar sind. Allerdings werfen solche Befragungen immer Probleme der Repräsentativität und der Validität auf. Die Stichprobengröße bleibt eingeschränkt. In allen Fällen liegt ein geringer Anteil an Migranten bzw. Migrationswilligen vor. Ergebnisse sind daher mit Vorsicht zu interpretieren. Selbst wenn das Problem der Repräsentativität gelöst wäre, ist die Frage, wie verlässlich die gewonnen Aussagen sind. Befragungen sind nur eine Momentaufnahme der gegenwärtigen Migrationswünsche, -absichten und -neigungen, aber kein prognostisches Instrument zur Erhebung von Migrationspotenzialen für die Zukunft.

### PROGNOSEN AUF BASIS VON ZEITREIHENANALYSEN

Dazu zählen vor allem die Studien von M. Fertig<sup>1</sup>, die Bevölkerungsvorausschätzung 1996 bis 2021 nach Teilgebieten der Wiener Stadtregion von Kytir u.a.<sup>2</sup> sowie die für die vorliegende Studie hauptsächlich zugrunde gelegten aktuellen Prognoseberechnungen der Statistik Austria.

Den beiden letzteren liegt eine multiregionales (in mehrere Teile – hier Bundesländer – gegliederter Untersuchungsraum) multistate (unterschiedliche Bevölkerungsgruppen, Inländer und Ausländer) Kohorten-Komponenten-Modell (mit den drei demografischen Komponenten der Bevölkerungsentwicklung – Fertilität, Mortalität, Migration) zugrunde. Ein vorgegebener Ausgangsbestand der Bevölkerung wird also durch Addition von Geburten und Zuzügen sowie Subtraktion von Sterbefällen und Wegzügen von Periode zu Periode fortgeschrieben.

Die prognostizierten Zuwanderungszahlen in die EU variieren außerordentlich stark. Allerdings beruhen einige Studien mit den höchsten Werten auf Annahmen zu einem Beitrittsfahrplan, der heute obsolet ist. Adaptiert man die Prognoseergebnisse hinsichtlich dem tatsächlichen Beitrittsfahrplan mit siebenjährigen Übergangsfristen, einer einheitlichen Auswahl der Sender-Länder (MOEL), einer Aufgliederung zwischen dauerhafter Migration und Pendlern und beschränkt die Betrachtung auf Österreich, gelangt man zu wesentlich konsistenteren Ergebnissen.

Mehrere Studien sehen weitgehend übereinstimmend ein Gesamt-Migrationspotenzial aus den MOEL nach Österreich als Folge der EU-Erweiterung von nicht mehr als 150.000 bis 200.000 Personen, das sind jährlich in etwa 20.000 bis 30.000 Zuwanderer bei einer gesamten internationalen Zuwanderung nach Österreich von 90.000 bis 100.000 Personen<sup>3</sup>. Nicht immer klar ausgesprochen ist, ob es sich dabei um die Gesamt-Zuwanderung aus dem MOE-Raum handelt oder lediglich um die zusätzliche Zuwanderung

---

<sup>1</sup> „Potential Migration from the East to Germany: Time Series Analysis and Scenario. Heidelberg, 1999.

<sup>2</sup> Institut für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften: Kytir, Josef/ Lebhart, Gustav/ Kaufmann, Albert/ Hanika, Alexander/ Ulrich, Ralf: Bevölkerungsvorausschätzung 1996 bis 2021 nach Teilgebieten der Wiener Stadtregion. Wien, 1998.

<sup>3</sup> Fassmann und Hintermann (1997) sehen ein Migrationspotenzial von insgesamt 150.000 Personen; Hofer (1998) rechnet mit jährlichen Zuwanderungen von 25.000-40.000; Walterskirchen/ Dietz (1998) ermitteln insgesamt 150.000-200.000 und jährliche Wanderungsraten von max. ca. 32.000; Birner/ Huber/ Winkler (1999) kommen auf jährliche Zuwanderungen nach Österreich von ca. 24.000; Boeri/ Brückner (2000) weisen ein wesentlich höheres Potenzial von 350.000 aus, allerdings bei abweichenden Rahmenbedingungen, entsprechend adaptiert gelangt man zu einer Schätzung von ca. 175.000 und maximalen jährlichen Wanderungsraten von 20.000. Huber (2001) liefert keine Berechnungen zur Migration (wohl aber zum Pendeln), spricht sich aber für Übergangsregelungen unter Zugrundelegung von Beschränkungen auf 20.000-25.000 Zuwanderern aus den MOEL aus.

als Folge der EU-Erweiterung. Tatsächlich sind im Durchschnitt der Jahre 1996 bis 2001 jährlich ca. 11.500 Personen aus den MOE-Ländern nach Österreich zugewandert.

Die Bevölkerungsprognose der Statistik Austria von Herbst 2003 geht von Zuwanderungsraten aus den MOEL von insgesamt nicht mehr als 14.500 p.a. im laufenden Jahrzehnt und von 15.500 p.a. im Jahrzehnt 2011 bis 2020 aus<sup>1</sup>. Gegenüber der bisherigen Zuwanderung aus dem MOE-Raum wird also eine Zunahme um nur wenige tausend Migranten erwartet.

## 2.3 ERGEBNISSE BISHERIGER STUDIEN ZU AUSWIRKUNGEN DER EU-ERWEITERUNG AUF MIGRATION

Gegenwärtig liegen mehr als zwei Dutzend Schätzungen des Migrationspotenzials vor, deren Bandbreite in dem Bereich zwischen 41.000 und 680.000 Zuwanderern aus den MOEL in die gesamte EU pro Jahr liegen. Im Folgenden werden die wichtigsten Studien betreffend die Pendler- und Migrationspotenziale der MOEL skizziert.

### 2.3.1 FASSMANN/ KYTIR/ MÜNZ: ÖROK-BEVÖLKERUNGSPROGNOSEN FÜR ÖSTERREICH AUS 1996<sup>2</sup>

Die ÖROK-Annahmen gehen von drei Außenwanderungsvarianten aus, nämlich einer niedrigen Variante, wo von jährlichen Nettowanderungsgewinnen Österreichs gegenüber dem Ausland im Ausmaß von 10.000 Personen ausgegangen wird. Bei der mittleren Variante wird von einem jährlichen Nettowanderungsgewinn von 17.000 Personen ausgegangen, und die hohe Variante spricht von einem jährlichen Nettowanderungsgewinn von 30.000 Personen.

### 2.3.2 FASSMANN/ HINTERMANN: MIGRATIONSPOTENZIAL IN OSTMITTELEUROPA AUS 1997

Entsprechend der Haushaltsbefragung von Fassmann/ Hintermann bezüglich der Migrationsabsichten in Polen, Tschechien, Ungarn und der Slowakei ergibt sich für Österreich ein mittelfristiges Migrationspotenzial von 150.000 Personen bzw. für die EU-15 von 700.000 Personen oder circa 1% der 14- und mehrjährigen Bevölkerung dieser Staaten. Es ist anzunehmen, dass es sich bei diesem kumulierten Wert um Pendler- und Migranten handelt: In der 1996 durchgeführten Erhebung wurde eingangs die Frage gestellt „Denken Sie daran, ins Ausland zu gehen?“. Alle, die darauf mit einem Ja antworteten, wurden in der Kategorie „allgemeines Migrationspotenzial“ zusammengefasst. Als „wahrscheinliches Migrationspotenzial“ zählen Personen, die konkrete Schritte (Informationsbeschaffung, Arbeitsplatzsuche etc.) in Richtung einer künftigen Migration gesetzt haben. Das tatsächliche Migrationspotenzial umfasst nur mehr diejenigen, die bereits um eine Aufenthalts- bzw. Arbeitsgenehmigung angesucht haben.

<sup>1</sup> Hinsichtlich aller MOE-Länder liegt der Durchschnitt 1996 bis 2001 bei 14.500 Zuwanderern p.a., die Prognose für das laufende Jahrzehnt liegt bei knapp 20.000, für das nächste Jahrzehnt bei knapp 22.000 Zuwanderern pro Jahr.

<sup>2</sup> Fassmann Hein, Kytir Josef, Münz Rainer: Bevölkerungsprognosen für Österreich 1991 bis 2021. Szenarien der räumlichen Entwicklung von Wohn- und Erwerbsbevölkerung. Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK). Schriftenreihe Nr. 126. Wien 1996. S 40, 46.

Tabelle 52: Migrationswahrscheinlichkeit der potenziellen Migranten nach Österreich  
nach Fassmann/ Hintermann

Potenzielle Migranten nach Österreich	allgemeines Migrationspotenzial		wahrscheinliches Migrationspotenzial		tatsächliches Migrationspotenzial	
	absolut	in%	absolut	in%	absolut	in%
Tschechien	378.138	4,5	209.488	2,5	54.830	0,66
Slowakei	324.127	7,8	160.119	3,9	19.772	0,48
Polen	876.337	2,9	285.686	1,0	61.344	0,21
Ungarn	523.697	6,3	216.810	2,6	16.235	0,19

Quelle: Fassmann/ Hintermann, 1997. S 15

### 2.3.3 WALTERSKIRCHEN/ DIETZ: AUSWIRKUNGEN DER EU-ÖSTERWEITERUNG AUF DEN ÖSTERREICHISCHEN ARBEITSMARKT AUS 1998

Walterskirchen/ Dietz haben versucht, das Potenzial der Migranten und Pendler aus den fünf mittel- und osteuropäischen Ländern (PL, HU, CZ, SLO, SK) abzuschätzen, das nach Gewährung der Freizügigkeit auf dem österreichischen Arbeitsmarkt auftreten könnte. Unter der Annahme, dass der Beitritt im Jahre 2005 erfolgt und dass von einer zehnjährigen Übergangsfrist<sup>1</sup> (bis 2015) ausgegangen werden muss, kommen die Autoren zu folgenden Ergebnissen:

Aufgrund des Wohlstandsgefälles tritt ein zusätzliches Arbeitskräfteangebot von etwa 31.600 Personen (12.000 Migranten und 19.600 Pendler) pro Jahr auf dem österreichischen Arbeitsmarkt auf. Von diesen 31.600 Personen werden etwa 9.000 aus der Slowakei kommen. Die Abwanderungsraten in diesem Modell werden im Zeitlauf spürbar geringer (auf Grund des kleiner werdenden Wohlstandsgefälles). In Tschechien könnte sich bis 2015 das Wohlstandsgefälle zum Westen auf 25 bis 30% verringern. Nachdem dieser Wert der „Migrationsschwelle“<sup>2</sup> entspricht, würde zumindest die Zuwanderung daher bereits 2015 weitgehend aufhören. In Ungarn und der Slowakei wird dieser Aufholprozess noch länger dauern. Aus Polen, dem Land mit dem niedrigsten Wohlstandsniveau, werden die meisten Migranten kommen.

Mittelfristig gesehen, gehen die Autoren, unter Heranziehung von Umfrageergebnissen in den MOEL davon aus, dass etwa 150.000 bis 200.000 osteuropäische Arbeitskräfte auf dem österreichischen Arbeitsmarkt (als Migranten und Pendler) auftreten werden. Langfristig wird sogar ein Pendlerpotenzial von 150.000 Personen erwartet. Bei einem jährlichen Pendlerzuwachs von 20.000 bis 25.000 Personen (der sich aber im Laufe der Jahre verringern wird) wird dieser Bestand in etwa zehn Jahren nach Gewährung der Freizügigkeit am österreichischen Arbeitsmarkt erreicht sein. Die Pendler werden vor allem in das Umland Wiens, aber auch jenes von Linz und Graz einpendeln. Etwa ein Drittel wird dabei aus dem Raum Bratislava kommen.

<sup>1</sup> D.h. die Arbeitsmärkte werden erst 2015 liberalisiert. Bis dahin kann der Zugang zum Arbeitsmarkt durch nationale Bestimmungen geregelt werden, wie es bei der Süderweiterung der EU der Fall war.

<sup>2</sup> Es wird angenommen, dass Migrationsströme versiegen, wenn das Wohlstandsgefälle nur noch 30% ausmacht.

### 2.3.4 BOERI/ BRÜCKER: THE IMPACT OF EASTERN ENLARGEMENT ON EMPLOYMENT AND LABOUR MARKETS IN THE EU MEMBER STATES AUS 2000

Boeri/ Brücker gehen in ihren Berechnungen von einem Beitritt der MOEL-10<sup>1</sup> 2002 ohne Übergangsfristen aus. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass sofort bei Einführung der Freizügigkeit im Jahr 2002 335.000 Personen aus den MOEL-10 in der EU-15 zu erwarten sind. Die Anzahl zusätzlicher MOEL-Bürger nimmt dann pro Jahr kontinuierlich ab und sinkt bis 2010 auf unter 150.000 Personen jährlich. Insgesamt ist für 2010 mit 2,9 Millionen und 2020 mit 3,7 Millionen zusätzlichen Migranten aus den MOEL zu rechnen. Der Höchstwert von 3,9 Millionen Personen aus den MOEL – das entspricht einem 1,1% Anteil an der Bevölkerung in der EU-15 – wird 30 Jahre später erreicht. Von besonderem Interesse sind im Rahmen dieser Studie die Ergebnisse für Österreich und Deutschland:

Tabelle 53: Jährlicher Zustrom von Migranten aus den CEEC-10 nach Boeri/ Brücker<sup>2</sup>

	Bewohner aus den CEEC <sup>3</sup>	Landesanteil in Prozent	Entwicklung der jährlichen Zuwanderungsraten aus den MOEL						
	1998		2002	2005	2010	2015	2020	2025	2030
Österreich	103.000	12	40.547	30.020	17.739	9.972	5.107	2.101	286
Deutschland	554.869	65	218.430	161.720	95.560	53.721	27.510	11.320	1.539
EU-15	853.128	100	335.843	248.649	146.926	82.598	42.297	17.405	2.366

Quelle: European Integration Consortium 2001, S 104

Nach Österreich würden im ersten Jahr nach der Erweiterung etwa 40.000 Personen zuwandern. Diese Zahl würde dann sukzessive abnehmen, 2020 wären nur mehr 5.000 Migranten zu erwarten. Der Bestand an in Österreich wohnhaften Staatsbürgern aus den MOEL wäre im Jahr 2020 um etwa 350.000 Personen höher als vor der Erweiterung.

Tabelle 54: Anzahl von Migranten aus den CEEC-10 nach Boeri/Brücker

	Bewohner aus den CEEC	%	Entwicklung Bewohnerzahl aus den MOEL						
	1998		2002	2005	2010	2015	2020	2025	2030
A	103.000	12	140.000	240.000	351.000	415.000	449.000	465.000	470.000
D	554.869	65	754.000	1.293.000	1.891.000	2.235.000	2.421.000	2.506.000	2.532.000
EU-15	853.128	100	1.160.000	1.989.000	2.907.000	3.437.000	3.722.000	3.854.000	3.892.000

Quelle: European Integration Consortium 2001, S 105

<sup>1</sup> Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Slowakische Republik, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Bulgarien und Rumänien.

<sup>2</sup> Dieser Berechnung liegt die Verteilung der Migranten aus dem Jahr 1998 zu Grunde.

<sup>3</sup> CEEC: Central and Eastern European Countries.

Das langfristige Migrationspotenzial von den MOEL-10 wird rund 4% der Bevölkerung der MOEL-10 ausmachen.<sup>1</sup> EU-weit wird mit einer Million Arbeitnehmern aus den MOEL für 2010, 1,2 Millionen für 2020 und 1,3 Millionen für 2030 gerechnet. Deutschland und Österreich mit einem Anteil von 65 bzw. 12% an der Wohnbevölkerung aus den MOEL (1998) werden die am meisten betroffenen Länder sein. Daraus ergeben sich für Österreich folgende Zahlen: Im Jahr 2010 werden etwa 18.000 Personen aus den MOEL-10 nach Österreich emigrieren, der Bestand an der MOEL-Bevölkerung in Österreich wird von 140.000 (2002) auf 350.000 (2010) und bis 2030 weiter auf 470.000 ansteigen.<sup>2</sup>

Es ist zu dieser Untersuchung einschränkend anzumerken, dass von der unrealistischen Annahme ausgegangen wird, dass alle zehn MOEL gleichzeitig beitreten werden. Außerdem steht eine EU-Erweiterung ohne Übergangsfristen nicht mehr zur Diskussion. Unter realistischeren Annahmen werden sich daher die angeführten Migrationszahlen nach Einschätzung von Huber etwa um 50% reduzieren.<sup>3</sup> Damit ist für den Fall des Beitritts Ungarns, Polens, Tschechiens, Sloweniens und der Slowakei für Österreich im ersten Jahr eine Zuwanderung von etwa 20.000 Personen zu erwarten und langfristig bis 2020 eine Veränderung im Bestand von etwa 175.000 Personen.<sup>4</sup>

Obwohl quantitative Aussagen hinsichtlich des grenzüberschreitenden Pendelns auf Grundlage des verwendeten Modells nicht getroffen werden können, gehen Boeri/ Brücker davon aus, dass grenzüberschreitendes Pendeln das geschätzte Migrationspotenzial nicht stark verzerren wird.<sup>5</sup>

Auf einen nur moderaten Anstieg des Pendelns nach Einführung der Freizügigkeit deutet die niedrige Bevölkerungsdichte und geringe ökonomische Aktivität in Grenznähe in der EU-15 sowie den MOEL-Ländern hin. Das trifft insbesondere auf die tschechische Grenze mit Bayern und Österreich zu. Ein weiterer Aspekt ist, dass ab einer Pendeldistanz von über 90 Minuten das Pendeln stark zurückgeht. Wirtschaftliche Zentren wie Helsinki, Berlin, Dresden, Nürnberg, München und Saloniki sind nicht binnen 90 Minuten (per Auto bzw. Fähre) von größeren Städten auf der anderen Seite der Grenze erreichbar – Wien ist die Ausnahme.<sup>6</sup>

---

<sup>1</sup> Fassmann/Hintermann (1997) kommen vergleichsweise auf ein Migrationspotenzial von 1% für die MOEL-4.

<sup>2</sup> Huber, Peter: Migration und Pendeln infolge der EU-Erweiterung. S 19.

<sup>3</sup> Siehe Huber 2001, S 19.

<sup>4</sup> Da es sich bei dieser Prognose um eine Bevölkerungsprognose handelt, wären all diese Personen nicht vollzählig am Arbeitsmarkt aktiv.

<sup>5</sup> „Border commuting and temporary migration may mean that actual numbers of workers from CEECs are slightly higher than in our projections, while the actual numbers of residents might be slightly below our estimates“ (Boeri/Brücker 2001, S 107).

<sup>6</sup> Vgl. Boeri/ Brücker 2001, S 107f..

### 2.3.5 HUBER: MIGRATION UND PENDELN INFOLGE DER EU-ERWEITERUNG, TEILPROJEKT 10 – PREPARITY AUS 2001

Huber schätzt das gesamte Tagespendlerpotenzial der an Österreich angrenzenden MOEL-4 (Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien) bei einer EU-Erweiterung 2005 mit einer siebenjährigen Übergangsfrist auf etwa 76.000 Personen.<sup>1</sup> Die Ergebnisse basieren auf der Überlegung, dass von Pendeldaten zwischen Regionen innerhalb von Österreich (nach Abzug von Abschlägen ergeben sich die verschiedenen Varianten) auf grenzüberschreitendes Pendeln geschlossen werden könne. Bei diesem Szenario werden sich die Pendler (in absoluten Zahlen) auf Wien, Niederösterreich und die Steiermark konzentrieren.

Das verwendete Prognosemodell fokussiert vor allem auf Lohnunterschiede und Unterschiede in der Beschäftigungsquote. Um den offensichtlichen Einfluss von Sprachbarrieren und Landesgrenzen zur berücksichtigen, variiert Huber die modelltechnisch ermittelten Pendler-Zahlen mittels des Verhältnisses von Pendler-Raten über Bezirksgrenzen bzw. über Staatsgrenzen in verschiedenen Regionen Österreichs. Die Hauptvariante lehnt sich an die Werte von Oberösterreich an, wo die Pendlerquote über die Staatsgrenze ein Drittel von jener über innerösterreichische Bezirksgrenzen erreicht. Die obere Variante orientiert sich an Vorarlberg, wo die Auslandspendler ca. 75% der Binnenpendler ausmachen. Die untere Variante schließlich fasst die Werte aller österreichischen Grenzregionen zusammen (25%).

Grafik 55: Tagespendlerpotenzial nach Bundesländern nach Huber<sup>2</sup>

	Hauptvariante (33%)	Obere Var. (75%)	untere Var. (25%)	Hauptvariante (33%)	obere Var. (75%)	untere Var. (25%)
	absolut			in% der Beschäftigten		
Wien	30.290	68.210	22.740	3,9	8,9	3,0
NÖ	23.180	52.210	17.400	4,5	10,2	3,4
österreichische Grenzregionen insgesamt	76.210	171.640	57.210	2,8	6,3	2,1
Burgenland	4.730	10.650	3.550	6,0	13,5	4,5
Steiermark	8.500	19.140	6.380	2,0	4,5	1,5
Kärnten	4.550	10.250	3.420	2,4	5,5	1,8
OÖ	4.970	11.190	3.730	1,0	2,1	0,7

Anm.: Prognose bei einem Beitritt 2005 mit Übergangsfristen bis 2012

Quelle: WIFO-Berechnungen, Huber, 2001. S 51

Dieses Pendlerpotenzial sollte in Relation zu bereits bestehenden Pendelverflechtungen gesehen werden.<sup>1</sup> Nachdem gegenwärtig nur rund 6.000 Pendler und Grenzgänger in Österreich beschäftigt sind, bleibt ein Potenzial von 70.000.

<sup>1</sup> Die Freizügigkeit würde damit erst 2012 in Kraft treten; auf dieses Jahr beziehen sich auch die 76.000 Personen.

<sup>2</sup> Die Prozentsätze in den Klammern beziehen sich auf das Verhältnis grenzüberschreitendes Pendeln zu Binnenpendeln. Die 33% der Hauptvariante sind dahingehend zu interpretieren, dass den Berechnungen die Annahme zu Grunde liegt, das grenzüberschreitende Pendeln mache 33% vom Binnenpendeln aus. Außerdem wurde von einer maximalen Pendel-

Das von Huber geschätzte Pendlerpotenzial von etwa 76.000 liegt deutlich unter dem von Walterskirchen als realistisch angesehenen Wert von 150.000 Personen.<sup>2</sup> Diese Studien unterscheiden sich sowohl in der Dauer der Übergangsfristen als auch darin, dass Huber von einem Bestand an Pendlern ausgeht, der gleich bei Realisierung der Freizügigkeit 2012 am Arbeitsmarkt auftritt, während Walterskirchen nach Ende der Übergangsfristen 2015 mit rd. 20.000 zusätzlichen Pendlern pro Jahr mit abnehmender Rate rechnet.

Das langfristige Pendlerpotenzial von 150.000 ist gleich hoch wie das Pendler- und Migrationspotenzial von Fassmann/ Hintermann. In deren Umfragen haben aber über 870.000 Ostmitteleuropäer angegeben, für eine gewisse Zeit nach Österreich gehen zu wollen und bereits Informationen eingeholt zu haben. Es ist denkbar, dass ein Teil dieses wahrscheinlichen Migrationspotenzials mit den Jahren aktuell wird.

Unter der Annahme, dass Migrationsströme der MOEL entlang bestehender ethnischer Netzwerke stattfinden, ist die Verteilung der Staatsbürger aus den MOEL-10 auf die einzelnen Ländern der EU ein guter Indikator für zukünftige Wanderungsströme. Nach Boeri/ Brücker werden Deutschland und Österreich mit einem Status quo von 65 bzw. 12% den größten Zuwachs an Personen aus den MOEL-10 zu verzeichnen haben.

Für die regionale Verteilung der Personen aus den MOEL-10 innerhalb Österreichs sind die Beschäftigten nach Bundesländern aufschlussreich: Burgenland hat mit etwas über 7% den höchsten Anteil an Beschäftigten aus den MOEL-10, gemessen an der Gesamtbeschäftigung, gefolgt von Wien und Niederösterreich mit jeweils rd. 2,5%.<sup>3</sup>

Ein weiterer Indikator sind die bewilligungspflichtig beschäftigten Ausländer aus den MOEL-5 nach Bundesländern: Auf Wien, Niederösterreich und das Burgenland entfallen 65% der in Österreich bewilligungspflichtig beschäftigten Ausländer.

Wien weist damit noch vor Niederösterreich und dem Burgenland nach beiden Indikatoren den höchsten Anteil an Arbeitskräften aus den MOEL-4 aus.

Seitens der FGW werden in der vorliegenden Studie die bestehenden Schätzungen zu den Pendlerpotenzialen ab S 146 kritisch gewürdigt.

---

distanz von 90 Minuten in einer Richtung ausgegangen.

<sup>1</sup> Siehe Kapitel 1.1.10 „Grenzgänger, Pendler und Saisoniers“, S 28.

<sup>2</sup> Diese Werte von Walterskirchen beziehen sich – ebenso wie die von Huber – auf die MOEL-4, da Pendelbewegungen aus Polen auszuschließen sind.

<sup>3</sup> Vgl. Boeri/ Brücker, 2001, S 54.



Tabelle 56: Bewilligungspflichtig beschäftigte Ausländer aus den MOEL nach Bundesländern Jahresdurchschnitt 2001

	Wien	NÖ	Österreich
SLO	394	364	6.003
PL	4.570	1.967	8.765
HU	1.711	1.851	10.432
SK	1.571	1.822	4.811
CZ	614	2.135	4.182
MOEL-5	8.860	8.139	34.193
Anteil an Österreich	25,9%	23,8%	100%
MOEL-4 (ohne SLO)	8.466	7.775	28.190
Anteil an Österreich	30%	27,6%	100,0
Bulgarien	386	164	1.106
Rumänien	1.153	1.506	6.405
MOEL-7	10.399	9.809	41.704
Anteil an Ö.	24,9%	23,5%	100%

Quelle: AMS, FGW-Berechnungen

## 2.4 MIGRATION ALS FOLGE DER EU-SÜDERWEITERUNGEN

Griechenland trat der EU 1980, Spanien und Portugal traten 1986 bei. Ein Vergleich mit der aktuellen EU-Erweiterung liegt nahe, weil Bevölkerungszahl und Wohlstandsgefälle große Ähnlichkeiten aufweisen. Bekanntlich haben sich Befürchtungen einer übermäßigen Zuwanderung in die anderen EU-Mitgliedsstaaten nicht bewahrheitet. Dazu mögen auch die Übergangsfristen beigetragen haben, die damals - ganz ähnlich wie heute in Bezug auf die MOE-Länder - gehandhabt wurden.

Wesentliche Unterschiede zur Süd-Erweiterung ergeben sich jedoch daraus, dass die MOE-Länder auf einer Länge von 1.300km an Migrations-Zielländer angrenzen und klar nachgewiesen wurde, dass es auch bei insgesamt moderaten Migrationsströmen zu regional starken Konzentrationen kommen kann<sup>1</sup>.

Die Süderweiterung ist letztlich also mit dem Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder - vor allem wegen der unterschiedlichen geografischen Verhältnisse - nur bedingt vergleichbar. Gegenwärtig ist der Einkommensunterschied zwischen den MOEL und der EU bzw. Österreich größer als er zum Zeitpunkt des Beitrittes von Griechenland, Spanien und Portugal war. Dieser Unterschied wird aber für viele Länder bis nach Ende der Übergangsfristen weitgehend verschwinden. Räumlich befindet sich Österreich mit einer mit 1.300 km langen Grenze zu den MOEL in einem Raum, in dem über fünf Millionen Menschen leben. Darüber hinaus liegen Ballungszentren - wie etwa Bratislava - unweit der Grenze. Hingegen haben Pendlerbewegungen auf Grund der exponierten Lage von Griechenland, Spanien und Portugal bei der Süderweiterung keine Rolle gespielt.

<sup>1</sup> Vgl. Peter Huber: Migration und Pendeln infolge der EU-Erweiterung. Prepartiy Teilprojekt 10. Wien: WIFO, 2001, S 26.

Laut Europäischer Kommission<sup>1</sup> leben etwa 3% der Bevölkerung von Portugal, Spanien und Griechenland (das sind in absoluten Zahlen etwa zwei Millionen Personen) in anderen EU-Ländern.<sup>2</sup> Die höchste Migrationsneigung zeigt die portugiesische Bevölkerung, von der fast 10% in anderen EU-Ländern wohnt. Vergleichsweise leben etwas über 4% der Griechen und 1% der Spanier in anderen EU-Ländern. Die bedeutendsten Bestimmungsländer für die Med-3 Migrationsbewegungen waren Frankreich und Deutschland.

Dieser relativ hohe Prozentsatz an Med-3 Bürgern wird in der Regel auf die Zeit vor dem EU-Beitritt zurückgeführt. Historisch gesehen waren Portugal, Griechenland und Spanien Länder mit ausgeprägten Wanderungsbewegungen in das übrige Europa - im Speziellen in den fünfziger und sechziger Jahren. Die Verschlechterung der Arbeitsmarktperformance der EU-Kernländer Mitte der siebziger Jahre bewirkte einen signifikanten Rückgang der Migrationsströme.

Beim EU-Beitritt Griechenlands (1980), Spaniens und Portugals (1986) wurden Restriktionen in Bezug auf die Freizügigkeit der Arbeitskräfte vorgesehen, die sieben bzw. sechs Jahre in Kraft blieben.<sup>3</sup> Während dieser Übergangsfristen waren die nationalen Regelungen für die Zulassung ausländischer Arbeitskräfte auch weiterhin für Staatsbürger der MOE-Länder anwendbar. Aber selbst nach Ende der Übergangsfristen gab es keine signifikanten Auswirkungen auf die Migration aus diesen Ländern.

Die Analyse der Netto-Migrationsströme<sup>4</sup> der Med-3 von 1960 bis 1996 zeigt, dass weder der EU-Beitritt Anfang bzw. Mitte der achtziger Jahre noch die vollständige Gewährleistung der Freizügigkeit eine Abkehr vom Trend um einen Saldo von Null zwischen den Quoten der drei Länder bewirkten.<sup>5</sup>

### UNTERSCHIEDE IM WOHLSTAND

Einkommensdifferenzen sowie Arbeitslosenquoten waren immer entscheidende Faktoren für die Migration aus den Med-3 in die EU-Kernländer. Der Vergleich ist besonders für das Beitrittsjahr und den Zeitpunkt der Gewährleistung der Freizügigkeit interessant. In Griechenland betrug das BIP pro Kopf in Kaufkraftparitäten (KKP) zum Beitrittszeitpunkt (1980) 65,7% des EU-Durchschnitts und die Arbeitslosenquote 2,8%. Vergleichsweise hatten Spanien und Portugal 1986 ein BIP pro Kopf von 72% bzw. 55% bei deutlich höheren Arbeitslosenquoten von 21% bzw. 8,6%. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote der EU betrug 1980 6% bzw. 1986 rd. 10%.

Während das BIP pro Kopf (in KKP) in Spanien und Portugal von 1986 bis 1992 um 5,8 bzw. 8,8 Prozentpunkte anstiegen (auf 77,8% des EU-Durchschnitts für Spanien bzw. 63,7% für Portugal), hatte Griechenland zwischen 1980 und 1988 ein Minus von 4,8 Prozentpunkten auf 60,9% zu verzeichnen

<sup>1</sup> 2001, S 41.

<sup>2</sup> Die Zahlen beziehen sich auf das Jahr 1995.

<sup>3</sup> Für Griechenland endete die Übergangsfrist am 1.1.1988, für Spanien und Portugal im Wesentlichen am 1.1.1992 (Luxemburg hatte als einziges Land für BürgerInnen der „zweiten Süderweiterung“ eine siebenjährige Übergangsfrist ausgehandelt).

<sup>4</sup> Gemessen an der Bevölkerung.

<sup>5</sup> Vgl. Boeri/ Brücker 2000, S 185.

und erreichte erst wieder 1996 sein Ausgangsniveau zum Beitrittszeitpunkt. Im Zeitraum von 1980 und 1988 stieg die Arbeitslosenquote in Griechenland von 2,8 auf 7,7% (EU-Durchschnitt 1980: 5,9%; 1988: 9,6%). In Spanien und Portugal hingegen sank die Arbeitslosenquote von 1986 bis 1992 auf 18,4% bzw. 4,1% (EU-Durchschnitt 1992: 9,8%).

Die niedrige Migrationsbereitschaft ist nach Walterskirchen/ Dietz (1998) auf das relativ geringe Wohlstandsgefälle zwischen diesen Ländern und Westeuropa zurückzuführen. Nach internationalen Erfahrungen versiegen Migrationsströme weitgehend, wenn das Wohlstandsgefälle, gemessen am BIP pro Kopf, auf 25 bis 30% sinkt und überdies günstige Einkommensperspektiven für die junge Generation im Heimatland bestehen. Das BIP pro Kopf (in KKP) betrug zum Zeitpunkt der Gewährleistung der Freizügigkeit in Griechenland 61% bzw. in Spanien 78% und in Portugal 64% des EU-Durchschnitts. Obwohl Portugal und Griechenland über diesem Schwellenwert von 30% liegen, sind stärkere Migrationsströme ausgeblieben.

Die für 2015 prognostizierten BIPs pro Kopf von Tschechien und der Slowakei entsprechen in etwa den Werten der Med-3 am Ende der Übergangsfristen.<sup>1</sup> Das Wohlstandsniveau Polens und der Slowakei liegt deutlich darunter und lässt bei Realisierung der vollen Freizügigkeit auf verstärkte Migration aus diesen Gebieten schließen.<sup>2</sup>

Die Ausgangsbasis der potenziellen Migration ist die Bevölkerung in den jeweiligen Beitrittskandidatenländern. In Bezug auf diese Komponente sind die Med-3 mit etwa 60 Millionen Einwohnern durchaus mit den circa 64 Millionen der MOEL-4 (PL, HU, CZ, SK) vergleichbar. Im Unterschied zu den MOEL grenzt allerdings keines der damaligen MOE-Länder unmittelbar an bevorzugte Zielgebiete von Migranten bzw. Pendlern. Einzige direkte Grenze ist die Pyrenäengrenze zwischen dem strukturschwachen Südfrankreich und Nordspanien. Daher war die Pendlerfrage bei der Süderweiterung kein Thema.

Zieht man hingegen die geografische Lage Österreichs in Bezug auf die angrenzenden MOEL in Betracht, so zeigt sich, dass in den grenznahen Bezirken von Tschechien, der Slowakei und Ungarn etwa fünf Millionen Menschen leben. Pendlerströme hängen vor allem von der Größe der Bevölkerung jenseits der Grenze, von der Entfernung zu den Ballungszentren und von den Unterschieden im Lohn- und Preisniveau ab. Daraus ergibt sich, dass die Zahl der Einpendler aus dem Raum Bratislava aufgrund der geografischen Nähe besonders hoch sein wird.

Die Mobilität der Arbeitskräfte zwischen den Ländern wird als Beitrag zu einem hohen Beschäftigungsgrad und einer ausgewogenen nachhaltigen Entwicklung gesehen und versetzt die Wirtschaft in die Lage, sich effizienter an den Wandel in einer wettbewerbsorientierten globalen Wirtschaft anzupassen.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Nachdem hier die potenziellen Auswirkungen der Osterweiterung auf Österreich im Mittelpunkt des Interesses stehen, ist das BIP pro Kopf (in KKS) der einzelnen MOE-Länder in Relation zum BIP pro Kopf in Österreich relevant.

<sup>2</sup> Vgl. Tabelle 57, BIP pro Kopf, S 67.

<sup>3</sup> <http://europa.eu.int/eures>.

In Anbetracht der Bevölkerungsalterung und der damit zusammenhängenden Qualifikationsdefizite könnte die Gestaltung und Dynamik der Einwanderung in mehreren Sektoren zur Lösung von kurzfristigen Personalproblemen von Be-

Europa bietet allen, die ihr berufliches Fortkommen durch einen Umzug fördern wollen, enorme Möglichkeiten; trotzdem bleiben die Europäer weitgehend ortsgebunden: 1999 zogen 1,2% der EU-Bevölkerung von einer Region in eine andere<sup>1</sup>, 225.000 Menschen (0,1% der EU-Bevölkerung) zogen im Jahr 2000 von einem EU-Land in ein anderes. 0,2% der Gesamtbevölkerung der EU leben in einem Land und arbeiten in einem anderen. Von den 34 Millionen Arbeitnehmern in Grenzregionen arbeiten 1,4% oder 497.000 in einem anderen Land als dem, in dem sie wohnen (Zahlen von 1999).<sup>2</sup>

---

deutung sein. Auf lange Sicht könnte Einwanderung die Art und Weise beeinflussen, in der die EU die Alterung und die demografischen Ungleichgewichte sowie deren Auswirkungen auf Beschäftigung und Wirtschaftswachstum bewältigt.

<sup>1</sup> In den USA wechselten 5,9% die Region.

<sup>2</sup> <http://europa.eu.int>.

### 3 MIGRATIONSRELEVANTE RAHMENBEDINGUNGEN DER EU-ERWEITERUNG – PUSH- UND PULL-FAKTOREN

Migrationsrelevante Rahmenbedingungen sind nach gängigen Migrationsmodellen:

- Bevölkerungen der Herkunfts- und Zielländer:  
Die demografischen Ursachen beziehen sich auf die Größe der Bevölkerung und deren inneren Aufbau. Zwischen großen Populationen entstehen in der Regel stärkere Wanderungsverflechtungen als zwischen kleinen Bevölkerungen. Wanderungen sind altersselektiv. Altersgruppen in den jüngeren Erwerbsjahren haben die höchste Mobilität. Zwischen Struktur und Wanderungsdynamik besteht also ein enger Zusammenhang. Junge Bevölkerungen mit hohen Geburtenüberschüssen sind charakteristische Abwanderungsländer, wenn die Arbeitsmärkte die nachwachsenden Gruppen nicht integrieren können.<sup>1</sup>
- Distanz zwischen Herkunfts- und Zielland:  
Die Distanz steht in einem reziproken Verhältnis zur Wanderungshäufigkeit. Distanz ist im geografischen Sinne zu verstehen, aber auch im Sinne der vom Verkehrssystem abhängigen Erreichbarkeit. Dies ist insbesondere für temporäre Migration und Pendlerwesen ausschlaggebend.
- Kulturelle Affinitäten oder Netzwerke:  
Neben der geografischen beeinflussen auch soziale und kulturelle Distanz die Wanderungsneigung. Befinden sich im Zielland bereits Personen aus dem Herkunftsland und bilden diese ein soziales Netz, das den Migranten eine möglichst hohe Transparenz über die Situation im Zielland verschafft und dadurch den Zugang erleichtert, verlieren die Distanzfaktoren an Bedeutung<sup>2</sup>.
- Push-Faktoren auf Seiten des Herkunftslands.
- Pull-Faktoren auf Seiten des Ziel-Landes.

Die Wohnversorgung in den Sender-Ländern wird als besonderer Faktor aufgefasst. Wenngleich eine schlechte Wohnsituation definitiv kein vorrangiger Auslöser für eine Migrationsentscheidung ist, bedeutet eine gute Wohnsituation eine starke Motivation zum Verbleib. Die Wohnungsfrage könnte aber für diejenigen, die eine konkrete Migrationsabsicht äußern und für weibliche Migranten zunehmend an Bedeutung gewinnen. Stabilisierende Auswirkungen hat zweifellos die Privatisierung des sozialen Wohnungsbestandes in allen MOE-Ländern. Sie erreichen mittlerweile Eigentumsquoten zwischen 60% (in Tschechien) und über 90% (in Ungarn).

---

<sup>1</sup> Vgl. Bucher, 2001.

<sup>2</sup> Vgl. Abschnitt 3.6.2, S 99.

### 3.1 PUSH-FAKTOREN FÜR WANDERUNG

Push-Faktoren (engl. „Schub“) stehen für Einflussgrößen im Herkunftsland von Migranten, die die Entscheidung für eine Abwanderung beeinflussen. Die "Push-Pull-Hypothese" ist ein Begriff zur theoretischen Erklärung von Migrationsbewegungen. Der Ansatz geht davon aus, dass bestimmte "Abstoßungsfaktoren" (Push) einer Herkunftsregion in Kombination mit "Anziehungsfaktoren" (Pull) einer Zielregion für Wanderungsentscheidungen verantwortlich sind. Push-Faktoren veranlassen also jemanden, seine Heimat zu verlassen. Push-Faktoren sind z.B.

- Hohe Arbeitslosigkeit und niedrige Löhne im Herkunftsland führen zu einem verstärkten Wanderungsdruck.
- Auch soziale, psychische oder politische Bestimmungsfaktoren spielen bei der Migrationsentscheidung eine Rolle.
- Werden Personen im Heimatland diskriminiert, ist die Migrationswahrscheinlichkeit höher.
- Fällt die Zufriedenheit mit der aktuellen Lebenssituation, aber auch deren prospektive Einschätzung ungünstig aus, so kann dies – gemeinsam mit anderen Push-Faktoren – eine Migrationsüberlegung stärken.

#### 3.1.1 WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN IN DEN SENDER-LÄNDERN

Push- und Pull-Faktoren sind im Wesentlichen wirtschaftlicher Natur, d.h. Einkommens-/Kaufkraftunterschiede, Arbeitsmarktsituation etc. Hohe Arbeitslosigkeit und niedrige Löhne im Herkunftsland führen zu einem verstärkten Wanderungsdruck. Unzureichende Beschäftigungschancen sind eine der stärksten Triebkräfte für eine Migrationsentscheidung.

Push- und Pullfaktoren werden durch ökonomische Disparitäten gebildet. Dabei spielen Wohlstandsunterschiede eine wesentliche Rolle. Vor allem die Arbeitsmarktsituation mit Lohnniveau, Qualifikationsstruktur und Arbeitslosigkeit gibt Anreize für Wanderungsentscheidungen. Ein einfacher Ansatz der Neoklassischen Theorie führt die Wanderungen auf regionale Unterschiede der Reallöhne zurück, weiter entwickelte Modelle beziehen weitere Arbeitsmarktgegebenheiten ein. Es wird berücksichtigt, dass vielfach nicht Einzelpersonen, sondern private Haushalte umziehen, deren Gesamtnutzenfunktion komplexer ist. Neuere empirische Arbeiten über den Zusammenhang zwischen Binnenwanderung und Arbeitslosigkeit erbrachten lediglich schwache Zusammenhänge.

Starke Push-Faktoren liegen vor allem in Bezug auf Polen vor: Hohe Kaufkraftunterschiede zwischen Polen und Österreich, hohe Arbeitslosigkeit bei geringer Erwerbsquote, sehr hoher Anteil des primären sowie des Grundstoffsektors. Eine Angleichung an EU-Durchschnittswerte wird die Freisetzung einer großen Zahl an Erwerbstätigen zur Folge haben. Dazu kommt die große Bevölkerungszahl von 38,2 Millionen Menschen.

Starke Push-Faktoren weist auch die Slowakei auf, insbesondere die gleichfalls hohen Kaufkraftunterschiede in Bezug auf Österreich und die hohe Arbeitslosenquote. Die Slowakei weist überdies die im

MOEL-Vergleich größten Anteile an jüngeren Bevölkerungskohorten auf.<sup>1</sup> In den beiden anderen MOE-Ländern sind die Push-Faktoren schwach ausgeprägt. Die wesentlichen Indikatoren sind auf westeuropäischem Niveau. Die Strukturanpassung ist offensichtlich weitgehend abgeschlossen. Produktivitätsgefälle bestehen nicht nur zwischen den MOE-Ländern und zur EU, sondern auch innerhalb der MOE-Länder, zwischen den Zentren bzw. Gebieten nahe dem Westen und den übrigen Regionen.

Gegen eine vermehrte Abwanderung wirken die viel versprechenden Prognosen zum BIP-Wachstum, die niedrige Arbeitslosigkeit (CZ, HU) bzw. positiven Prognosen zum Beschäftigungswachstum (SK), die niedrigen Arbeitskosten (besonders niedrig in der Slowakei, vergleichsweise hoch in Polen), über allem aber das hohe Maß an wirtschaftlicher und politischer Stabilität und der erfolgreich vollzogene EU-Beitritt. Die MOEL sind mit Ausnahme der Stadtregionen Prag und Bratislava flächendeckend Zielgebiet der EU-Strukturförderung. Es ist mit Sicherheit davon auszugehen, dass dies erhebliche wirtschaftliche Impulse mit sich bringen wird.

Tabelle 57: Indikatoren zu den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Österreich und MOEL<sup>2</sup>

	Österreich	Polen	Slowakei	Tschechien	Ungarn
BIP in Mrd. Euro, 2001	211,9	196,7	22,3	63,3	58,0
VPI Verbraucherpreisindex Ø 2000-2003	1,8%	4,6%	7,8%	2,8%	7,2%
BIP-Wachstum in % 2001	0,8%	1,0%	3,3%	3,1%	3,8%
Prognostiziertes Wirtschaftswachstum Ø 2003-2005 <sup>3</sup>	1,8%	4,1%	4,1%	2,7%	3,1%
BIP pro Kopf in Kaufkraftparitäten in Euro, 2002	26.400 €	9.500 €	11.400 €	14.400 €	13.600 €
Kaufkraftparität pro Kopf, 2002. Index EU(15)=100	110	40	48	60	57
Inflation (BIP-Preisdeflator) 2001	2,1%	4,2%	4,7%	6,3%	8,6%
Prognose Inflation Ø 2003-2005	1,2%	1,6%	5,0%	2,5%	6,6%
Erwerbsquote <sup>4</sup> 2001	71,0%	66,1%	70,4%	70,7%	59,7%
Arbeitslosenquote <sup>5</sup> 2002	4,3%	19,9%	18,6%	7,3%	5,6%
Erwerbstätige nach Wirtschaftssektoren, 2001	5-30-65	19-31-50	6-37-57	5-41-55	6-35-59
Prognose Beschäftigungsentwicklung Ø 2003-2005 <sup>6</sup>	0,3%	0,6%	1,4%	-0,1%	0,8%
Wertschöpfung nach Sektoren, 2001	2-32-66	3-36-60	5-35-61	4-40-56	4-34-62
Arbeitskosten (Löhne plus Lohnnebenkosten) in der Sachgütererzeugung auf Stundenbasis in Euro 2002	20,96 €	5,40 €	3,23 €	4,19 €	4,56 €
Veränderung der Arbeitskosten 1995 – 2002 in %	+15,4%	+167,3%	+94,6%	+103,4%	+116,1%
F&E-Anteil in % des BIP (2000)	1,86%	0,70%	0,69%	1,35%	0,81%

Quelle: EUROSTAT, EU-Kommission, IMF, OECD, WIFO, WIIW, Bundeskanzleramt, FGW-Berechnungen, Employment in Europe, 2003, <http://portal.wko.at>, EUROSTAT, OECD

<sup>1</sup> Vgl. Tabelle 62.

<sup>2</sup> MOEL = Mittel-Ost-Europäische Länder (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn).

<sup>3</sup> Durchschnittliche jährliche Veränderung in Prozent.

<sup>4</sup> Erwerbspersonen in Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre).

<sup>5</sup> Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen.

<sup>6</sup> Durchschnittliche jährliche Veränderung in Prozent.

Bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung der MOE-Länder bestehen einige Unsicherheiten: Ein rasches wirtschaftliches Aufholen nach der Erweiterung ist keineswegs gesichert. Griechenland musste beispielsweise nach seinem Beitritt zur EU 1980 fast ein Jahrzehnt der Stagnation hinnehmen. Polen, die Slowakei und Ungarn weisen sehr niedrige F&E-Quoten von weit unter 1% des BIP auf. Im Rahmen des „World Competitiveness Scoreboard 2003“ des Schweizer Forschungsinstituts IMD haben diese drei Länder in allen untersuchten Kategorien (Ökonomische Performance, Effizienz der Regierung, Effizienz der Wirtschaft, Infrastruktur) im Jahresabstand Plätze eingebüßt und auch in der Gesamtwertung gegenüber 1999 an Rängen verloren.

Tabelle 58: Relative Wettbewerbsfähigkeit der CEE-Staaten im Vergleich

	Deutschland	Österreich	Irland	Estland	Tschech. Republik	Ungarn	Slowakei	Polen
IMD Gesamtreihung	5	10	11	17	21	23	27	27
Änderung 1999-2003	→	→	↓	→	→	↓	↓	↓
IMD Ökonomische Performance	3	13	9	21	15	22	27	27
Änderung 2002-03	→	↓	↓	↑	→	↓	↓	↓
IMD Effizienz der Regierung	12	12	10	9	19	22	24	28
Änderung 2002-03	↓	↓	↓	→	→	↓	↓	↓
IMD Effizienz der Wirtschaft	6	8	6	16	27	21	26	26
Änderung 2002-03	→	↑	↓	→	↓	↓	↓	→
IMD Infrastruktur	4	8	18	22	20	23	29	24
Änderung 2002-03	→	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓

Anm.: Die Reihung wird für große und kleinere Staaten getrennt vorgenommen. Dadurch kommt es zu gleichen Rängen.  
Quelle: IMD World Competitiveness Scoreboard 2003

### 3.1.2 ARBEITSMÄRKTE IN DEN MOE-STAATEN

In den MOEL weisen die regionalen Arbeitsmärkte eine starke Tendenz zur Polarisierung auf. Es ist eine Segmentierung der Regionen mit hoher und mit niedriger Arbeitslosenquote bei nur wenigen Regionen mit durchschnittlicher Quote zu beobachten.<sup>1</sup> Die erheblichen Unterschiede der regionalen Betroffenheit von Arbeitslosigkeit resultieren aus dem Zusammenspiel regionaler Beschäftigungsschwankungen, des Strukturwandels und nationaler Charakteristika zur Verringerung der Arbeitslosigkeit. Der Strukturwandel der Beschäftigung erfolgt sehr ungleichmäßig: So baute die Sachgütererzeugung seit 1992 in der Slowakei, Polen und Ungarn durchwegs Arbeitskräfte ab oder schuf zumindest keine zusätzlichen Arbeitsplätze (Slowakei, Polen). In Polen erhöhte sich dadurch der Anteil der Landwirtschaft an der Beschäftigung. Dies bestätigen Befunde von Mickiewicz (2001)<sup>2</sup>, wonach sich die Transformationsländer hinsichtlich Richtung und Geschwindigkeit der Entwicklung unterscheiden. Die Beschäftigungsstruktur der MOEL ist im Allgemeinen durch eine höhere Industrialisierung und einen höheren Agraranteil geprägt. Eine Bewältigung dieses Strukturwandels ohne weitere Verschärfung der Arbeitsmarkt-

<sup>1</sup> Vgl. dazu Grafik 59, S 69 und Tabelle 61, S 71.

<sup>2</sup> In: Huber, Traistaru, 2004.

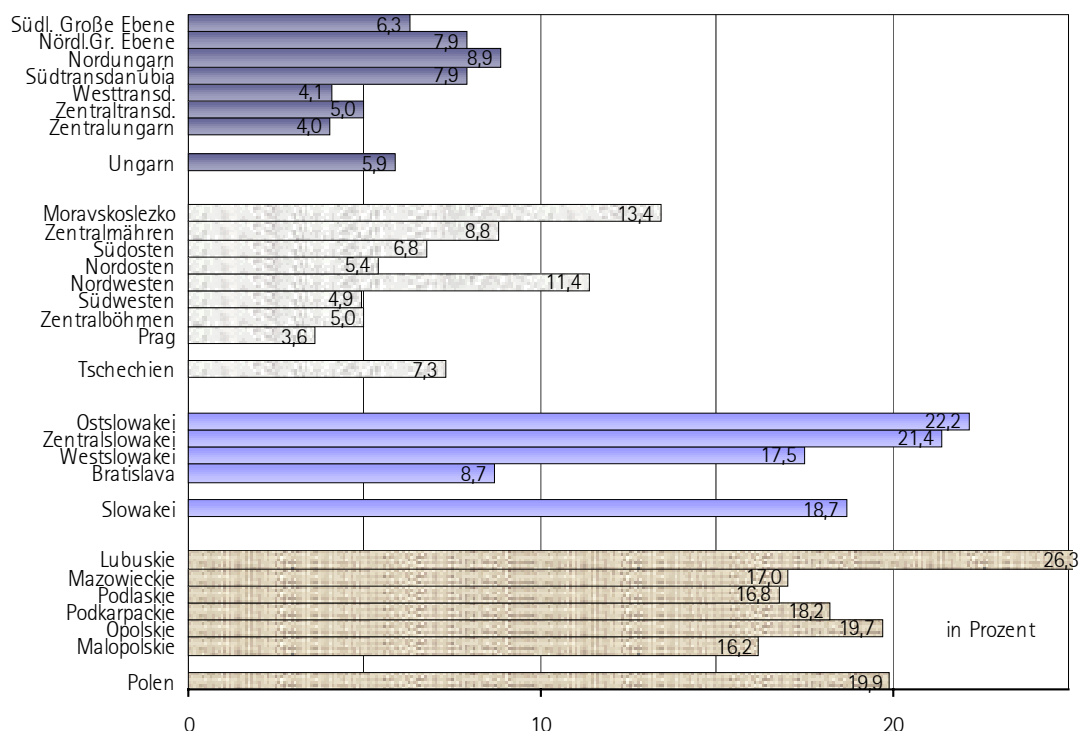


probleme stellt damit eine der wichtigsten Herausforderungen dar. In den MOE-Ländern haben zwar regionale Standortfaktoren großen Einfluss auf das Beschäftigungswachstum, die Höhe der Arbeitslosigkeit wird aber insbesondere durch nationale Institutionen wie das System der Arbeitslosenversicherung, das Sozialsystem, das Lohnverhandlungssystem und Regulierungen, die die sektorale und regionale Mobilität beschränken, bestimmt.

Nach Überwindung der durch den Systemumbruch bedingten Rezession Anfang der neunziger Jahre wird durch den EU-Beitritt eine Verstärkung des internationalen Wettbewerbs und des gesamtwirtschaftlichen Strukturwandels zu erwarten sein. Zwar passen sich die Löhne in den MOE-Ländern stärker an die regionale Arbeitsmarktlage an als in den meisten EU-Ländern, die internen Migrationsraten in den MOE-Ländern sind aber – trotz etwa gleich großer regionaler Disparitäten des Einkommens und der Arbeitslosigkeit wie in der EU – ausgesprochen niedrig und liegen deutlich unter den EU-Werten. Die Mobilität von Arbeitskräften innerhalb der MOE-Länder ist äußerst gering.

Arbeitsmarktexperte Elmar Hönekopp vom deutschen Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung meint, dass aller Voraussicht nach die Volkswirtschaften der MOE-Länder bis 2011 so gut entwickelt seien, dass vergleichsweise wenige Arbeitskräfte auf EU-Arbeitsmärkte drängen werden. Erfahrungen beim Beitritt der Mittelmeerländer Spanien, Portugal und Griechenland haben gezeigt, dass mit zunehmendem Wohlstand die Schwellen für eine Abwanderung immer höher geworden seien.<sup>1</sup> Mit diesem Effekt ist nach Ansicht Hönekopps auch für Osteuropa zu rechnen. Seiner Ansicht nach könnten

Grafik 59: Regionale Arbeitslosigkeit in den MOE-Ländern, 2002



Quelle: EUROSTAT

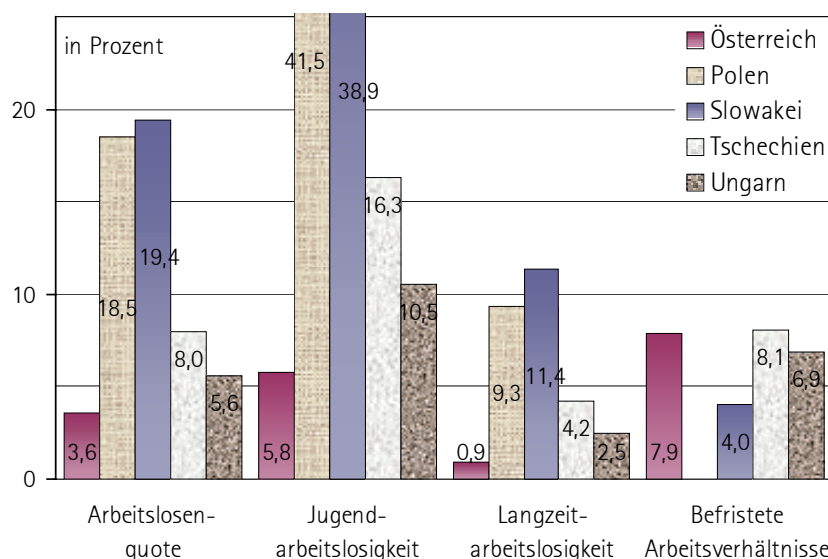
<sup>1</sup> Vgl. dazu Kapitel 2.4, S 61.

allenfalls die weniger gut Qualifizierten Interesse an einer Abwanderung haben, da Hochqualifizierte schon jetzt in ihren Heimatländern gute Chancen hätten. Bedarf an diesen Arbeitskräften bestehe aber nur im Pflegebereich, bei Haushaltshilfen und für Saisonarbeit in der Landwirtschaft.<sup>1</sup>

Die Arbeitslosenquote quer über alle MOE-Länder betrug 2002 knapp 13%. Von diesem Durchschnittswert gab es auf regionaler Ebene deutliche Abweichungen. Bezogen auf NUTS-2-Regionen schwanken die Arbeitslosenquoten von 3,6% in Prag bis 26,3% in der polnischen Region Lubuskie. Ganz ähnliche regionale Disparitäten bestehen in den EU-15-Ländern, wo auf NUTS-2-Ebene die Arbeitslosenquote gleichfalls zwischen 2% und 29% schwankt. Die Entwicklungen laufen in der EU-15 und in den neuen Mitgliedsländern parallel. In den EU-15-Ländern stieg die Arbeitslosenrate von 7,5% im Jahr 2001 auf 7,8% im Jahr 2002, in den vier MOE-Ländern von 12,9% im Jahr 2001 auf 13% im Jahr 2002.

Von den betrachteten 35 Regionen auf NUTS-2-Ebene weisen im Jahr 2002 sechs eine Arbeitslosenquote von bis zu 5% auf, acht weitere Regionen verzeichnen Werte bis zu 10%. Am anderen Ende der Skala verzeichnen zehn Regionen Werte über 20%, die alle in Polen (acht) und der Slowakei (zwei) liegen. Tabelle 61 vermittelt einen Eindruck von den regionalen Unterschieden innerhalb der Länder, wobei die Slowakei die stärksten Differenzen zwischen den Regionen verzeichnet.

Grafik 60: Arbeitslosigkeit im Vergleich, 2001



Arbeitslosenquote: Anteil der Arbeitslosen am Arbeitsangebot (Beschäftigte und Arbeitslose) in Prozent

Jugend-arbeitslosigkeit: Arbeitslose im Alter von 15-24 Jahren in Prozent der Erwerbspersonen dieser Altersgruppe

Langzeit-arbeitslose: Anteil der Langzeitarbeitslosen (12 Monate und länger arbeitslos) in Prozent des Arbeitsangebots

Befristete Arbeitsverhältnisse in Prozent der Gesamtbeschäftigung, Stand 2000

Quelle: <http://portal.wko.at>, EUROSTAT, OECD, EVD, Statistik Austria, FGW, Employment in Europe

<sup>1</sup> Hönekopp, 1999.

Nach Stephens gibt es Anzeichen dafür, dass Unterschiede in der Höhe der Arbeitslosigkeit für Migration bedeutsamer sind als bestehende Einkommensunterschiede zwischen Herkunfts- und Zielland.<sup>1</sup> Dies gilt umso mehr für die Migration zwischen Ländern, die sprachliche und kulturelle Ähnlichkeiten aufweisen.

Tabelle 61: Regionale Unterschiede der Arbeitslosenquoten auf NUTS-2-Ebene für 2002

	NUTS-2-Region mit minimalem Wert		NUTS-2-Region mit maximalem Wert	
PL	Malopolskie	16,2%	Lubuskie	26,3%
SK	Bratislava	8,7%	Ostslowakei	22,2%
CZ	Prag	3,6%	Moravskoslezsko	13,4%
HU	Zentralungarn	4,0%	Nordungarn	8,9%

Quelle: EUROSTAT, 2003.

### 3.1.3 DEMOGRAFISCHE UND SOZIOÖKONOMISCHE RAHMENBEDINGUNGEN IN DEN SENDER-LÄNDERN

Die MOE-Länder weisen eine noch geringere demografische Dynamik als Österreich auf. Während der neunziger Jahre hat die Bevölkerungszahl in Polen, der Slowakei und Tschechien annähernd stagniert und ist in Ungarn sogar gesunken. Dies ist nur zum Teil auf Abwanderung zurück zu führen, auch die natürliche Bevölkerungsdynamik ist schwach. Die jüngeren Bevölkerungskohorten sind noch etwas stärker ausgeprägt als in Westeuropa. In Tschechien und Ungarn sind knapp 40% der Bevölkerung unter dreißig Jahre alt, in Polen 43%, in der Slowakei 44%, im Vergleich dazu sind es in Österreich nur mehr 36%. Charakteristisch für Abwanderungsländer sind junge Bevölkerungen mit hohen Geburtenüberschüssen. Dies trifft heute auf keines der MOE-Länder zu.

Ein spezifisches Problem ist die Situation der Roma und Sinti<sup>2</sup> etwa in der Ost-Slowakei, gekennzeichnet durch extrem hohe Arbeitslosigkeit, gesellschaftliche Ausgrenzung und ein Übergewicht jüngerer Alterskohorten. Auf diese Bevölkerungsgruppe treffen einige der Push-Faktoren in hohem Maße zu. Für die Bewältigung dieser gesellschaftlichen Herausforderungen werden derzeit noch kaum Lösungsansätze gesehen. Fest zu stehen scheint jedoch, dass allfällige Lösungen vor Ort zu greifen haben. An Brisanz gewinnt diese Thematik bei einem EU-Beitritt von Rumänien und Bulgarien.

<sup>1</sup> Stephens, Mark. Solange die Arbeitslosigkeit in Irland um 2,4 Prozentpunkte höher lag als in Großbritannien, fand Migration statt. Nachdem diese Differenz auf unter 2,4 Prozentpunkte gefallen war, fand wiederum eine Rückwanderung nach Irland statt.

<sup>2</sup> Schätzungen zufolge leben in der Slowakei etwa 400.000 Roma. Die Arbeitslosenrate unter den Angehörigen der Roma-Volksgruppe beträgt etwa 90%.

Tabelle 62: Demografische Indikatoren Österreich und MOEL

	Österreich	Polen	Slowakei	Tschechien	Ungarn
Bevölkerung in Mio. 2001	8,1	38,2	5,4	10,2	10,0
Bevölkerungswachstum Ø 1991-2001	0,4%	0,1%	0,2%	0%	-0,4%
Anteil Kohorte < 15 Jahre	16,8%	18,2%	19,1%	16,2%	16,3%
Anteil Kohorte 15-30 Jahre an der Bevölkerung 2001	18,7%	24,4%	25,2%	23,4%	22,2%
Durchschnittliche Haushaltsgröße 2001	2,4	2,8	2,6	2,4	2,6
Anteil der Singlehaushalte 2001	34%	25%	29%	30%	26%

Quelle: EUROSTAT, EU-Kommission, IMF, OECD, WIFO, WIIW, Bundeskanzleramt, FGW-Berechnungen

### 3.1.4 WANDERUNGSMOTIVE / WANDERUNGSABSICHT

Die projektbezogen durchgeführte empirische Erhebung zeigt bezüglich der Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen folgendes Bild:

	PL	CZ	SK	HU
Allgemeine Zufriedenheit mit der aktuellen Lebenssituation im Land	😊	😊	😐	😐
Beziehung zu Familie, Nachbarschaft	😊	😊	😊	😊😊
Zufriedenheit mit Wohnung, Wohnumgebung	😊	😊	😐	😊
Zufriedenheit mit Beruf und Arbeitsplatz	😐	😐	😐	😊
Lebensstandard	😐	😊	😊	😊
Einschätzung der zukünftigen Wohnsituation (Ausstattung, Kosten)	😐	😐	😐	😐
Einschätzung des zukünftigen Arbeitsplatzes (Qualität, Sicherheit)	😐	😐	😐	😐
Zukünftiges Einkommen	😐	😐	😐	😊
Einschätzung der zukünftigen Arbeitsmarktsituation	😞	😞	😞	😐
Einschätzung der zukünftigen Wirtschaftslage	😐	😞	😞	😊

Tendenziell optimistischer zeigen sich also die Ungarn, tendenziell pessimistischer die Slowaken.

Die Erhebung ergab eine klare Reihung der Motive, die eine Migrationsentscheidung begünstigen bzw. unwahrscheinlich machen. Im Vordergrund sowohl bei den Motiven pro als auch contra Migration stehen Familienbelange. In der Gesamtheit der Respondenten spielen Fragen zur Beschäftigung keine herausragende Rolle. Die Wohnversorgung im Heimat- wie auch im Zielland ist kein vorrangiges Thema.

PRO Migration		CONTRA Migration	
• Gut bezahlte Arbeit	1,8	• Trennung von der Familie	1,6
• Besseres Leben für die Familie	1,9	• Trennung von Freunden/Bekanntem	1,8
• Geld für Aufbau einer Existenz im Heimatland	2,0	• Ungenügende Sprachkenntnisse	2,0
• Verbesserung der Lebenssituation	2,1	• Zufriedenheit mit Status Quo	2,0
• Interessante Arbeit	2,1	• Unsicherheit (weiß nicht, was mich erwartet)	2,0
• Weiterführende Qualifizierung	2,1	• Keine Arbeit im Ausland	2,1
• Land und Leute kennen lernen	2,2	• Keine leistbare Wohnung im Ausland	2,2
• Schöne, große Wohnung	2,3	• Keine Verwandten/Bekanntem	2,2
• Überhaupt Arbeit	2,5	• Zufriedenheit mit der Arbeit	2,2
• Neugestaltung des Lebens	2,5	• Feindlichkeit und Intoleranz im Ausland	2,3
• Verwandte/Bekanntem im Ausland	2,6	• Gut bezahlte Arbeit im Inland	2,3
• Wegkommen von zu Hause	2,7	• Keine so schöne Wohnung im Ausland	2,5

1=Hauptgrund; 2=mit ein Grund; 3=kein Grund

Vergleichsweise hohe Wanderungspotenziale werden bei den Slowaken gesehen. 33% haben in der Vergangenheit aus Gründen von Beruf oder Ausbildung ihren Wohnort im Inland gewechselt (Tschechen 23%, Ungarn 20%, Polen 7%). Auch bei arbeitsbedingten Aufenthalten im Ausland liegt die Slowakei mit überraschend hohen 12% voran (Tschechen 10%, Polen 6%, Ungarn 3%). Der Anteil von 6% der Slowaken, die bereits Auslandspendler-Erfahrung haben, liegt etwa beim Doppelten von Ungarn oder Tschechen. 10% geben an, sich bereits für eine Migration entschlossen zu haben. Das ist annähernd der doppelte Wert der anderen MOE-Länder.

Besonders geringe Wanderungspotenziale werden demgegenüber bei den Ungarn gesehen. Sowohl bei den Fragen nach früheren Arbeitsaufenthalten im Ausland als auch hinsichtlich Auslandsreisen, Migrationsabsicht, Migrationserfahrungen in Familie und Freundeskreis u.a. zeigen sich die Ungarn signifikant weniger reisefreudig als die Bewohner der anderen MOE-Länder. Entsprechend weisen Ungarn auch die geringsten Raten interner Migration (innerhalb des eigenen Landes) auf und sind damit als immobilste Gruppe unter den MOEL-4 anzusehen.

Nur der geringste Teil der Migrationswilligen legt sich bereits auf eine Auswanderung auf Dauer fest, wesentlich mehr halten sich diese Option offen. Rund die Hälfte der Migrationswilligen - in Tschechien und Ungarn deutlich mehr - wollen nur auf Zeit (oder wiederholt) auswandern.

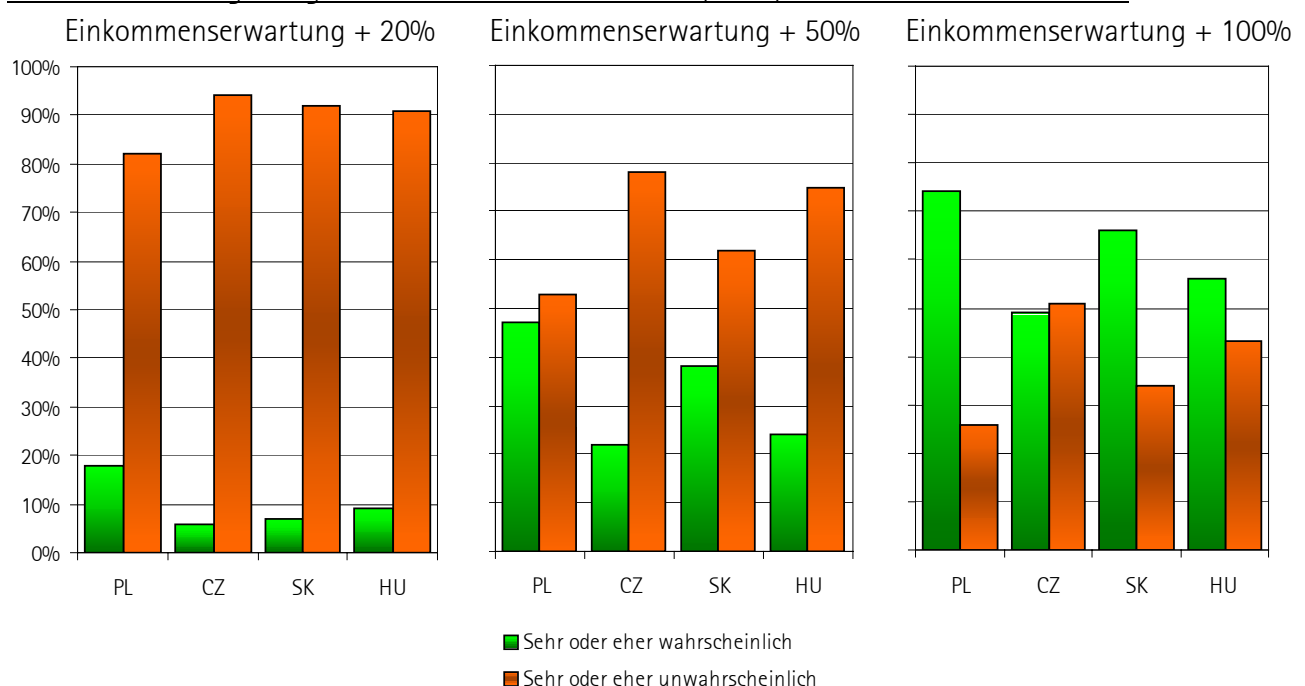
Überraschende 42% der Polen und Slowaken geben an, sich durch bereits absolvierte oder geplante Sprachkurse für eine allfällige Migration vorzubereiten. Bei den Tschechen und Ungarn sind es „nur“ 33% bzw. 30%. Je 43% der Tschechen und Slowaken geben an, Deutsch zu beherrschen; bei den Polen und Ungarn sind es 27% bzw. 29%. Die Deutsch-Kenntnisse sind demnach annähernd so weit verbreitet wie die Englisch-Kenntnisse, was angesichts der Begrenzung der Stichprobe mit 45 Jahren einigermaßen überrascht. Die Slowaken sind auch hinsichtlich sonstiger Maßnahmen der Fortbildung und Informationsgewinnung aktiver als deren Nachbarn.

Die hohe Sprachkompetenz in den MOE-Ländern, wie sie aus der empirischen Erhebung schließbar ist, wird durch andere Quellen bestätigt. Weiterbildungsanbieter sehen in Österreich kein Marktpotenzial

für Ostsprachen. Wenn überhaupt, so gibt es nur in den Grenzregionen, wo persönliche Erfahrungen Sprachkenntnisse nötig machen, Interesse an Sprachkursen. Ein Grund für die geringe Nachfrage im Inland seien die guten Englisch- und Deutschkenntnisse junger Ost- und Mitteleuropäer: 2,13 Millionen Schüler werden allein in Polen in Deutsch unterrichtet, 3,26 Millionen in Englisch, in Tschechien lernen 624.000 Schüler Deutsch. Die österreichische Industrie empfindet das geringe Interesse an Ostsprachen als Manko. Bei einer Umfrage unter 150, in den Wachstumsmärkten tätigen Firmen, erklärten nur 13%, auf dem Arbeitsmarkt genug sprachenkundige Österreicher zu finden. Der Rest sieht großen Bedarf, v.a. an Tschechisch, gefolgt von Russisch, Ungarisch und Polnisch. Dies insbesondere, weil bereits 16% aller Exporte nach Mittel- und Osteuropa gehen.<sup>1</sup>

Die empirische Erhebung befasste sich auch mit den Auswirkungen von Einkommensunterschieden auf das Wanderungspotenzial. Unter der Annahme eines gegenüber dem bisherigen um 20% höheren Einkommens gaben 2% der Befragten an, dass eine Emigration sehr wahrscheinlich wäre. Bei einem um die Hälfte höheren Einkommen gaben sich 8%, bei einem doppelt so hohen Einkommen schließlich 35% der Befragten stark migrationswillig. Die Polen reagieren deutlich über-, die Tschechen unterdurchschnittlich auf steigende Einkommensdifferenzen.

Grafik 63: Bedingte Migrationsbereitschaft bei um 20%/ 50%/ 100% höherem Einkommen



Quelle: FGW/Triconsult, 2003

Gemäß dieser bedingten Migrationsbereitschaft halten es 50% der Polen, 74% der Tschechen, 68% der Slowaken und 77% der Ungarn für sehr unwahrscheinlich, dass sie auswandern würden, wenn ihr Einkommen um 20% höher wäre als ihr jetziges. Gleichzeitig halten das nur zwischen 1% (Tschechen und Slowaken) und 5% (Polen) für sehr wahrscheinlich. Bei einem um 50% höheren Einkommen halten

<sup>1</sup> Salzburger Nachrichten, 19.04.2003.

das 17% der Polen für sehr wahrscheinlich, bei den restlichen Ländern tun das vier bzw. 6%. Ein um 100% höheres Einkommen motiviert 47% der Polen, 42% der Slowaken, aber nur 22% der Tschechen und 28% der Ungarn.

In der Realität reagieren Menschen deutlich geringer auf Einkommensunterschiede, insbesondere dann, wenn dafür Grenzen und kulturelle Barrieren zu überwinden sind<sup>1</sup>. Offensichtlich führen selbst starke Lohndifferenzen nicht zu massenhafter Wanderung. Folgende Schlüsse können aus diesen Daten gezogen werden: Es macht offensichtlich einen Unterschied, ob der Einzelne selbst aktiv werden muss, um entsprechende Einkommensunterschiede lukrieren zu können oder ob er passiv auf entsprechende Angebote reagieren kann. Zur Realisierung einer Migrationsabsicht ist die Information des höheren Einkommens allein nicht ausreichend. Die Entscheidung wird viel wahrscheinlicher, wenn dem Einzelnen ein konkretes Angebot unterbreitet wird. So lange die Einkommensunterschiede zwischen dem Westen und den MOEL hoch bleiben, bilden diese Länder ein Arbeitskräftereservoir, das mit geeigneter Information relativ leicht erschlossen werden kann. Besonders groß sind die Potenziale in Polen.

Eine valide Beurteilung der Wanderungsabsichten erweist sich als sehr schwer. In der Literatur wird vielfach auf die Schwierigkeit hingewiesen, von empirischen Erhebungen zur Migrationsabsicht auf tatsächliche Wanderungsentscheidungen zu schließen<sup>2</sup>. Eine Hochrechnung der empirischen Ergebnisse verbietet sich allerdings schon allein aufgrund der geringen Stichprobe von insgesamt nur 1.400 Interviews. Dennoch sind klare Schlussfolgerungen zur Beurteilung der relativen Wanderungspotenziale möglich.

### 3.1.5 MOTIVE FÜR PENDLER UND SAISONIERS

Folgende Determinanten für eine Entscheidung zum Pendeln werden gesehen:

- Unterschiede in den Lebenshaltungskosten zwischen Wohn- und Arbeitsort;
- Distanz bzw. Erreichbarkeit des Wohn- und Arbeitsortes.
- Arbeitsplatzangebot in der Herkunfts- bzw. Zielregion;
- Familiäre Bindungen;
- Haushaltsstruktur: In den „Neuen Theorien der Migration“ wird räumliche Mobilität von Arbeitskräften als Haushaltsentscheidung angesehen. Mitglieder von Mehrpersonenhaushalten sollten demnach häufiger pendeln als Einpersonenhaushalte. Verheiratete Männer und vor allem Männer in Doppelverdienerhaushalten pendeln über weitere Distanzen.<sup>3</sup>
- Zugänglichkeit zu preisgünstigen Wohnungsmarktsegmenten am Arbeitsort: Formelle und informelle Zugangsbarrieren zu preisgünstigen Wohnungsmarktsegmenten, also etwa fehlende Informationen über den Zugang zu geförderten oder Gemeindewohnungen in Wien, können den Ausschlag gegen eine dauerhafte Migration geben.
- Wohnsituation im Herkunftsort: In den MOE-Ländern wurde der soziale Wohnungsbestand in großem Umfang privatisiert. Die unzureichende Bewirtschaftbarkeit der Wohnbauten – häufig stark

<sup>1</sup> Vgl. Kapitel 3.7.5 „Einkommen“, S 108.

<sup>2</sup> Darstellung unterschiedlicher Prognosemethoden siehe Seite 53 f..

<sup>3</sup> Punpuing, S: „Correlates of Commuting Patterns: A Case Study of Bangkok, Thailand, Urban Studies“,1993. S 527-546. In: Huber, Peter (2001), S 11.

sanierungsbedürftige Plattenbauten – führt dazu, dass sich bisher kein Markt für solche Eigentumswohnungen bilden konnte. Die unzureichende Verwertbarkeit der Herkunfts-Wohnung wirkt sich tendenziell negativ auf die Mobilität aus. Sie kann eine Pendel-Entscheidung begünstigen.

- Unterschiede im Sozialsystem können zu einem Pendelmotiv werden.
- Pendeln als Vorstufe für Migration: Personen, die vor einer Migrationsentscheidung stehen, sind sehr häufig nur unvollkommen über die Entwicklung der Zielregion informiert. Pendeln kann daher auch als eine Vorstufe zur Migration gesehen werden. Zunächst wird in einer Region ein Arbeitsplatz gesucht, ohne den Wohnort zu verlegen. Erst nachdem ausreichend Informationen über den Arbeitsort gesammelt wurden, folgt eine Übersiedlung.<sup>1</sup>
- Von großer Bedeutung für eine Entscheidung zum Pendeln sind rechtliche Rahmenbedingungen. Gerade bei grenzüberschreitendem Pendeln sind attraktive Arbeitsmärkte häufig leichter erschließbar, wenn keine dauerhafte Migration erfolgt. Pendler aus den MOE-Länder unterliegen zwar bis zum Auslaufen der Übergangsfristen (längstens 2011) dem Ausländerbeschäftigungsgesetz und somit der Quotenregelung für die Zuwanderung. Grenzgängerabkommen und Saisonier-Regelungen eröffnen jedoch zusätzliche Potenziale. Es ist klar nachvollziehbar, dass die Pendlerpotenziale im wesentlichen entsprechend den rechtlichen Rahmenbedingungen ausgeschöpft werden. Die Ausweitung von Quoten etwa im Rahmen von Grenzgängerabkommen führt rasch zu deren Auffüllen.<sup>2</sup>
- Illegale Arbeitsmigration unterliegt denselben Determinanten wie legale, doch ist üblicher Weise von einem größeren Migrationsdruck auszugehen. Sie findet sich in Österreich vor allem in haushaltsbezogenen Dienstleistungen. Die Migranten halten sich im Rahmen von Touristenvisa wiederkehrend im Land auf. Ihre Arbeits- und Wohnverhältnisse sind naturgemäß prekär. Allerdings mangelt es gänzlich an statistischen Informationen zu einer Beurteilung von Ausmaß und Qualität der Problematik.

Neben den beiden Formen von Tagespendeln und dauerhafter Migration gibt es noch weitere Formen von Arbeitskräftemobilität. Unterschieden werden können diese einerseits nach der Aufenthaltsdauer der wandernden Person im Gastland, andererseits nach der Frequenz, mit der diese Wanderung wiederkehrt. Wochenpendler zeichnen sich durch eine kurze Aufenthaltsdauer, aber wiederholte Wanderung aus, Saisoniers oder Erntehelfer durch eine längere Aufenthaltsdauer, oftmals auch durch eine wiederkehrende Wanderung. Für „temporary migrants“ – einmalig und kurzfristig Wandernde – kommen zusätzlich noch Ausbildungs- und Karrieremotive hinzu.

In grenzüberschreitenden Migrationen lässt sich eine immer stärkere Tendenz zu kurzfristigen Wanderungen beobachten. Ein Teil dieses Trends ist auf institutionelle Faktoren wie z.B. die Bestimmungen der Empfängerländer zurückzuführen.

---

<sup>1</sup> Huber, Peter: Migration und Pendeln infolge der EU-Erweiterung. S 8ff.

<sup>2</sup> Die Aufenthaltstitel werden als Aufenthaltserlaubnis und Niederlassungsbewilligung oder Niederlassungsnachweis (langfristige Aufenthaltsberechtigung-EG, §24) erteilt. Aufenthaltstitel berechtigen zum Aufenthalt für einen bestimmten Zweck oder zum dauernden Aufenthalt sowie zu den mit diesen Aufenthalten verbundenen Einreisen.



In Bezug auf jene MOE-Staatsbürger, die bereits im Ausland als Pendler gearbeitet haben, zeigt die projektbezogen durchgeführte empirische Befragung markante Werte nur für die Slowakei. 6% der Slowaken haben schon im Ausland gearbeitet, ohne dort zu wohnen. Zu 3% haben die befragten Slowaken in anderen ehemaligen Ostblockstaaten und zu je 2% in Österreich und in Deutschland gearbeitet. Tschechen und Ungarn sind zu je 1% nach Österreich gependelt, während naturgemäß Polen dies nicht können.

Werden die Auslandspendler nach der Absicht befragt, sich dort anzusiedeln, wo sie arbeiten oder gearbeitet haben (unter der Voraussetzung, dass es dazu die Möglichkeit gibt), antworten 4% der Slowaken, dass sie dies ganz sicher bzw. eher sicher tun werden. Nur jeweils 1% der Polen und Tschechen ist sich ganz sicher, jeweils 1% der Polen, Tschechen und Ungarn ist sich eher sicher, diese Möglichkeit zu nutzen.

Die gegenwärtige Struktur von Pendlern und Grenzgängern sowie Pendler-Potenziale aufgrund der EU-Erweiterung werden in der vorliegenden Studie ausführlich diskutiert.<sup>1</sup>

## 3.2 POLEN

Polen nimmt im Vergleich zu den anderen Beitrittskandidaten eine Sonderstellung ein. Mit einer Wohnbevölkerung von rund 40 Millionen ist es so bevölkerungsreich wie Spanien und mit einer Fläche von rund 313.000 km<sup>2</sup> so groß wie Italien. Damit ist ein wichtiger neuer Partner der EU beigetreten, wobei die geopolitische Bedeutung Polens höher einzuschätzen ist als die ökonomische.

Polen hat zwar vor den anderen Visegrad-Staaten Slowakei, Tschechien und Ungarn eine radikale Transformationspolitik eingeleitet, ist aber vergleichsweise immer noch durch hohe Armut und strukturelle Rückständigkeit gekennzeichnet. Polens Wirtschaft fehlt es in mehreren Bereichen noch an „Europareife“. Das BIP pro Kopf beträgt nur 40% des EU-Durchschnitts<sup>2</sup>. Im Bereich der Industrie, des Bergbaus und der Landwirtschaft gibt es erhebliche Strukturprobleme. Knapp 19% aller Erwerbstätigen Polens sind in der Landwirtschaft tätig, sie tragen jedoch nur 3,3% zum Bruttoinlandsprodukt bei.<sup>3</sup>

Wenn auch der Vergleich mit den EU-Durchschnittswerten eher ungünstig ausfällt, so hat sich Polens Wirtschaft im zeitlichen Vergleich positiv entwickelt, Arbeitslosigkeit und Inflation konnten reduziert werden.

<sup>1</sup> Kap. 1.1.10, S 28 sowie 5.5, S 146 ff..

<sup>2</sup> Vgl. Tabelle 57, S 67.

<sup>3</sup> Europäische Kommission 2001, Die Erweiterung erfolgreich gestalten. Strategiepapier und Bericht der Europäischen Kommission über die Fortschritte jedes Bewerberlandes auf dem Weg zum Beitritt.

Grafik 64: Untersuchte NUTS 2-Regionen in Polen



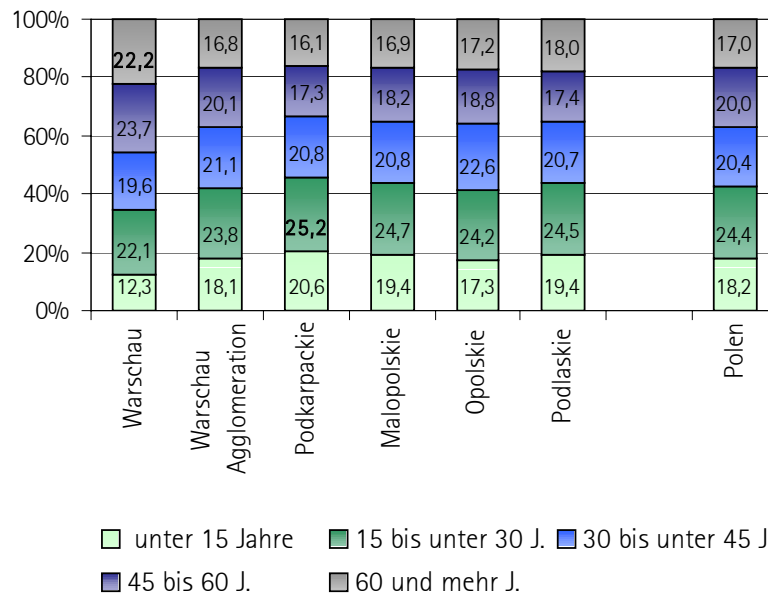
Quelle: Country Report Polen

Von den im Country Report Polen untersuchten Regionen liegen drei im tschechisch-slowakischen Grenzgebiet und damit noch relativ nahe am österreichischen Staatsgebiet. Eine dieser beiden Woiwodschaften, Opolskie – an der tschechischen Grenze gelegen – weist traditionellerweise Emigrationsverbindungen nach Deutschland, die andere – Malopolskie – solche zu Österreich auf. Auch die beiden anderen strukturell untersuchten Woiwodschaften sind von Auswanderung betroffen. Podkarpackie (im Südosten Polens, mit Grenzen zur Slowakei und zur Ukraine) kann ebenso wie die Region Malopolskie auf Beziehungen zu Österreich verweisen. Podlaskie im Nordosten weist keine historischen Beziehungen zu Deutschland oder Österreich auf, ist aber ebenfalls stark von Migration betroffen. Dabei wird die USA von Emigranten der Podlaskie-Region als Zieldestination bevorzugt.

### 3.2.1 DEMOGRAFIE POLEN

In Warschau ist der Anteil der über 60-jährigen um mehr als 5% höher als im Durchschnitt, der Anteil der unter 15-Jährigen ist signifikant geringer. Schränkt man die Betrachtung auf die Altersgruppe der 15- bis unter 45-Jährigen entsprechend der empirischen Erhebung ein, dann weist die Region Opolskie mit einem Bevölkerungsanteil von fast 47% in dieser Altersgruppe das größte Migrationspotenzial auf. In Warschau dagegen macht diese Gruppe nur einen Anteil von insgesamt knapp unter 42% aus. Im Durchschnitt beträgt die Altersgruppe der 15- bis unter 45-Jährigen in Polen 45%. Betrachtet man diejenigen Polen im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 44 Jahren, so ergibt sich eine Zahl von insgesamt mehr als 17 Millionen Menschen. Dabei macht der Anteil der Frauen 49,3%, der der Männer 50,7% aus.

Grafik 65: Verteilung der Altersgruppen in Polen, 2001



Anm.: Warschau Agglomeration ohne die Hauptstadt Warschau

Quelle: Country Report Polen, FGW-Auswertung

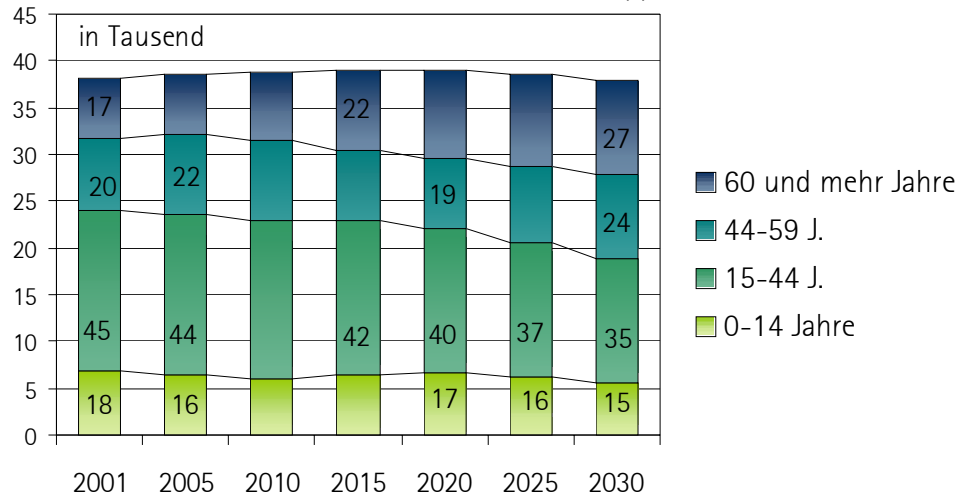
Die durchschnittliche Haushaltsgröße liegt in Polen mit fast drei Personen pro Haushalt am oberen Ende im europäischen Vergleich. Das Statistische Amt prognostiziert eine deutliche Beschleunigung der Haushaltsbildung für das laufende Jahrzehnt. Bis 2010 soll die durchschnittliche Haushaltsgröße auf 2,5 sinken. Aufgrund der polnischen Wirtschafts- und Wohnungsmarktentwicklung scheint es aber unrealistisch, den so entstehenden Nachfrageüberhang abzubauen.

Die Bevölkerungsentwicklung Polens bis zum Jahr 2030 zeigt eine Verschiebung zuungunsten der Erwerbsbevölkerung. 2001 betrug der Anteil der über 60-Jährigen 17%, 2030 wird er voraussichtlich 27% betragen; dies bei einer gleichzeitigen Verringerung des Anteils der unter 15-Jährigen (2001:18%, 2005 – 2015 konstant mit 16% bis 2030: 15%). Bis zum Jahr 2015 wird die Bevölkerungszahl Polens noch geringfügig auf 39 Millionen Einwohner ansteigen, das Niveau bis 2020 halten und dann wieder sinken.

Hinsichtlich des Bildungsgrades (höchste abgeschlossene Ausbildung, 2002) entsprachen die untersuchten Regionen mit sieben bzw. 8% Akademikeranteil dem landesweiten Durchschnitt (8%). In absoluten Zahlen sind das für Polen insgesamt 3,2 Millionen Menschen. Podlaskie im Nordosten weist mit 32% im Vergleich den relativ höchsten Anteil an Bevölkerung auf, die nur über einen Pflichtschulabschluss verfügen (Polen gesamt: 27%).

Podkarpackie weist mit 44% den höchsten Anteil an Familien mit Kindern auf, im übrigen entspricht die Haushaltsstruktur der einzelnen Regionen im Wesentlichen der Polens. Nur Warschau, als größte Agglomeration des Landes weist mehr als ein Drittel an Singlehaushalten auf.

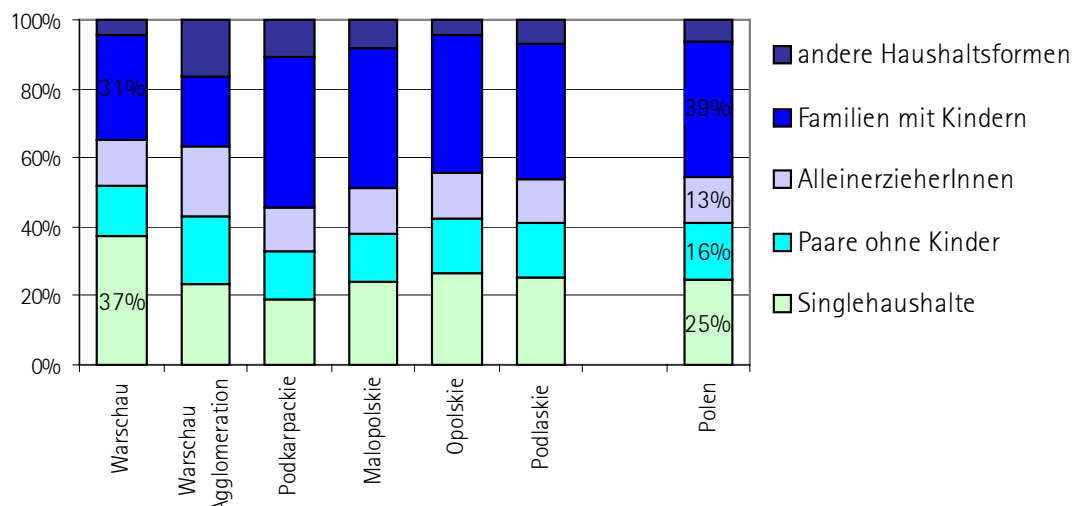
Grafik 66: Bevölkerungsentwicklung in Polen nach breiten Altersgruppen von 2005 bis 2030



Anm.: Die im Diagramm angeführten Werte sind Prozentwerte.

Quelle: Country Report Polen, FGW-Auswertung

Grafik 67: Struktur privater Haushalte in Polen, 2002



Anm.: Für Warschau Agglomeration Schätzungen.

Quelle: Country Report Polen, FGW-Auswertung

### 3.2.2 ARBEITSMARKT POLEN

Polen weist unter den MOEL-4 die höchste Arbeitslosigkeit und die geringste Kaufkraft pro Kopf auf. 19% aller Beschäftigten sind im primären Sektor tätig, dabei werden nur 3% der gesamten Wertschöpfung in diesem Sektor erzielt<sup>1</sup>. Inwieweit aus der polnischen Landwirtschaft ein größeres Abwanderungspotenzial zu erwarten ist, ist schwer einzuschätzen. Einerseits könnte der Abbau landwirtschaftlicher Erwerbstätigkeit in Polen nicht so sehr durch Abwanderung, sondern angesichts des Vorherrschens älterer Alterskohorten vorwiegend durch Übertritte in den Ruhestand erfolgen, andererseits werden die mit dem Beitritt erfolgenden Transferzahlungen aus der EU die Attraktivität der Nettoeinkommen in der

<sup>1</sup> Vgl. Tabelle 57, S 67.

Landwirtschaft wieder erhöhen. Mit 19,2 Milliarden Euro soll fast die Hälfte der für die EU-Erweiterung bereitgestellten Fördergelder nach Polen fließen. Der bevorstehende Strukturwandel in der polnischen Wirtschaft wird auch im Grundstoffsektor und in der Sachgüterproduktion zu einer Freisetzung von Arbeitskräften führen.

In der Woiwodschaft Mazowien, der bevölkerungsreichsten Woiwodschaft des Landes mit Hauptstadt Warschau, findet sich die mit 13,8% geringste Arbeitslosenrate aller Regionen Polens. Im boomenden Warschau beträgt diese sogar nur 6%. Allerdings steigt sie in manchen Provinzstädten bis auf 30%. Damit ist jeder Neunte der über drei Millionen registrierten Arbeitslosen in Mazowien beheimatet. Vor allem in ländlichen Regionen sind viele Arbeitslose nicht registriert. Fachleute gehen davon aus, dass ein Viertel von Polens Berufsbevölkerung derzeit ohne Beschäftigung ist. Ein Problem stellen die geburtenstarken Jahrgänge der achtziger Jahre dar, die nun verstärkt auf den Arbeitsmarkt drängen. Bereits ein Viertel der Arbeitslosen Mazowiens ist zwischen 18 und 24 Jahren alt, bei den Schulabgängern sind 41% ohne Job. Die schwache Konjunktur der letzten beiden Jahre ist mit ein Grund dafür, dass sich auch unter hoch qualifizierten Jungakademikern die Arbeitslosigkeit seit 2000 von sechs auf 20% mehr als verdreifacht hat.<sup>1</sup>

Laut Eurostat<sup>2</sup> lag die durchschnittliche Arbeitslosenquote 2001 bei 18,2% (2002: 19,9%). Die Schwankungsbreite der Arbeitslosigkeit auf NUTS 2-Ebene in Polen lag 2001 zwischen 13% in Malopolskie – als geringstem Wert, 16% in Podlaskie, 18% in Podkarpackie und 18,1% in Opolskie sowie 24,3% als höchstem Wert (2002: 16,2%-26,3%). Damit stieg die Gesamtarbeitslosenquote zwischen 2001 und 2002 um 1,7 Prozentpunkte, was unter allen MOE-Ländern der höchste Anstieg war. Von den 16 auf NUTS 2-Ebene liegenden Regionen Polens lagen 2002 acht über dem landesweiten Durchschnitt und damit bereits über 20%. Die Frauenarbeitslosigkeit lag 2001 im Durchschnitt bei 19,8% (2002: 20,9%), die Jugendarbeitslosigkeit (Personen zwischen 15 und 24 Jahren) bei 39,5% im Jahr 2001 (42,5% im Jahr 2002). Die Jugendarbeitslosigkeit wies 2001 eine Schwankungsbreite von 33,5% bis 48,8% auf (2002: 37,5% bis 54,6%).<sup>3</sup>

Arbeitgeber zahlen zwar 2,45% des Gehalts in die Arbeitslosenversicherung ein, mit staatlichen Hilfsleistungen ist aber nur bedingt zu rechnen. Das Arbeitslosengeld beträgt unabhängig vom letzten Gehalt rund 110 Euro. In Regionen mit überdurchschnittlicher Arbeitslosenzahl wird es ein Jahr gewährt, liegt die regionale Arbeitslosenrate unter dem Landesschnitt nur sechs Monate.

Arbeitslose, die länger als fünf Jahre beschäftigt waren, erhalten einen 20-prozentigen Zuschlag, kürzer Beschäftigte einen Abschlag in gleicher Höhe. Nur ein Fünftel von Polens oft langjährigen Arbeitslosen hat noch Anspruch auf Arbeitslosengeld.

<sup>1</sup> Die Presse, 23.07.2003.

<sup>2</sup> Eurostat: Allgemeine Statistik, Thema 1-10/2003.

<sup>3</sup> Vgl. dazu Grafik 59, S 69 und Grafik 60, S 70 sowie Tabelle 61, S 71.

Grafik 68: Beschäftigung nach Regionen, 2002 (in 1.000)

	Polen	Warschau	Warschau Agglom.	Podkarpackie	Malopolskie	Opolskie	Podlaskie
Selbständige	2.739	688	520	132	238	63	144
Angestellte von Bund/ Provinzen	4.423			486	378	122	123
Privatangestellte	5.193			415	151	138	
Studenten	765	118		29	85	15	21
Arbeitslose	3.558	108	101	184	260	93	99
Pensionisten	5.324	311	180	295	379	156	193
Total	38.230	1.707	1.293	2.104	3.232	1.065	1.209

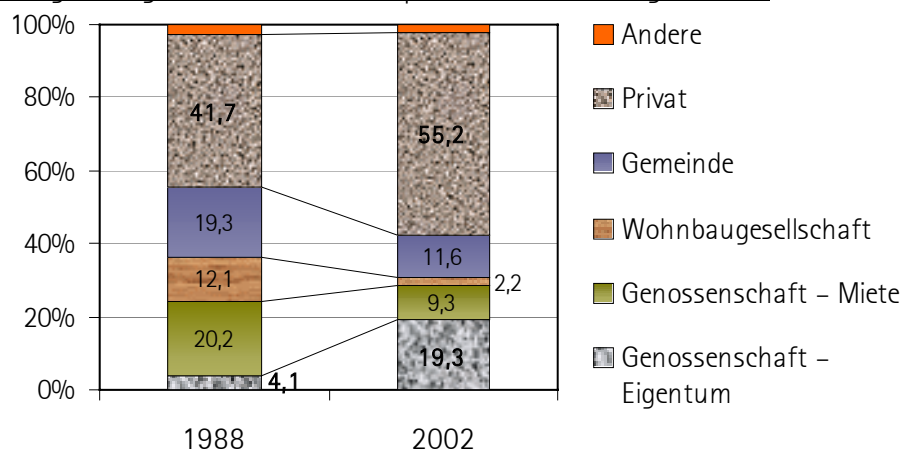
Quelle: Country Report Polen

Nach NACE-Wirtschaftsklassen arbeiten 29%## der polnischen erwerbstätigen Bevölkerung im Bereich „A-Land- und Forstwirtschaft“, die nächstwichtigere Branche ist „D-Sachgütererzeugung“ mit 19%, gefolgt von „G-Handel, Instandhaltung und Reparaturen von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern“, in der 13% der Erwerbstätigen arbeiten.

### 3.2.3 WOHNUNGSMARKT POLEN

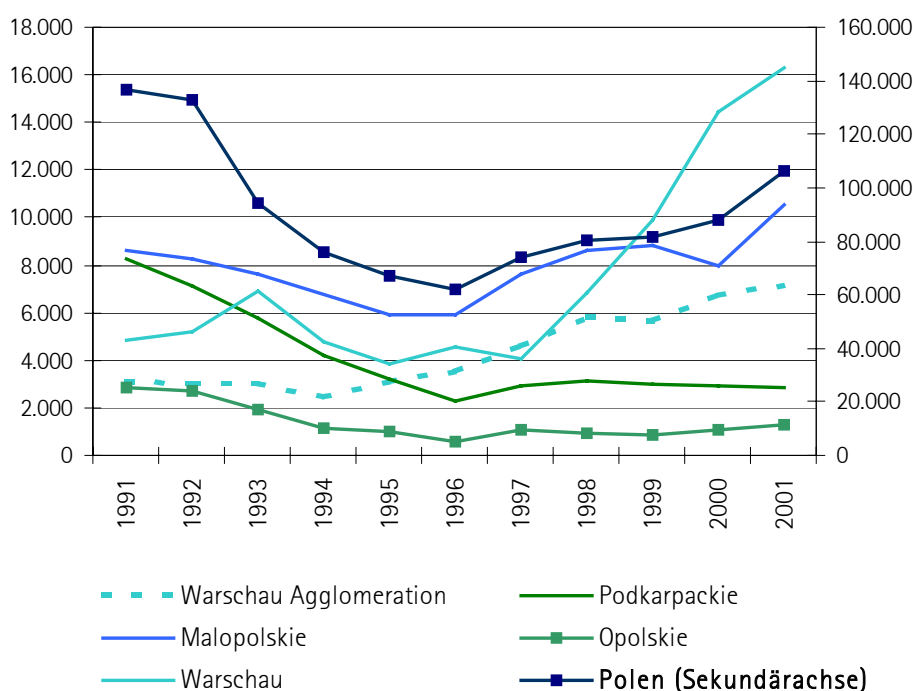
Der Wohnungsbestand und die Wohnraumversorgung der polnischen Bevölkerung sind durch den Prozess der Privatisierung massiv betroffen: 1988 waren nur rund 46% des Wohnungsbestandes in privater Hand, dieser Anteil stieg bis 2002 dramatisch auf 74,5%. Auch die Tatsache, dass der Anteil der Genossenschaften beim Wohnungsneubau zurückgeht (1991: 55%, 2001: 25%), dokumentiert eine Krise der in Polen traditionell wichtigen Form genossenschaftlichen Wohnbaus. Die Neubauproduktion in Polen hat sich nach den Boomjahren 1991 und 1992 bis Mitte der neunziger Jahre mehr als halbiert, steigt aber seitdem wieder langsam an. 2001 lagen die Fertigstellungen mit fast 106.000 Wohnungen nur noch um etwa 23% unter dem Wert von 1991 - das bei fast verdoppeltem Anteil des privaten Eigenheimbaus.

Grafik 69: Veränderung der Eigentümerstruktur im polnischen Wohnungsbestand



Quelle: Country Report Polen

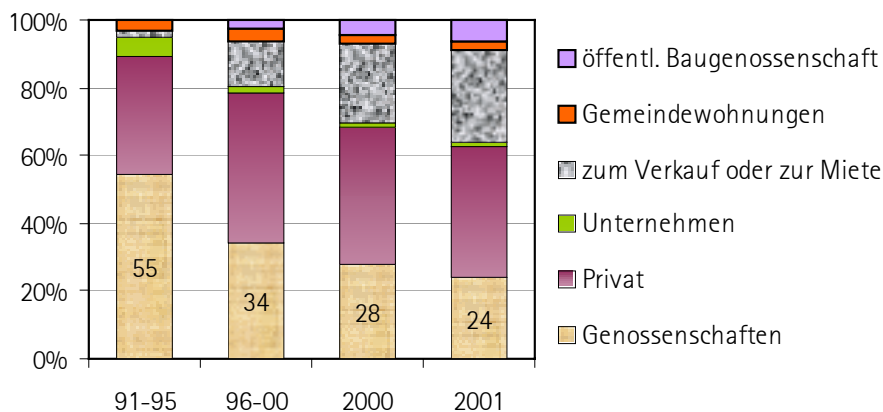
Grafik 70: Fertiggestellte Wohnungen 1991-2001 in Polen



Quelle: Country Report Polen, FGW-Auswertung

Bei einer durchschnittlichen Wohnungsgröße von 61,7m<sup>2</sup> und einer durchschnittlichen Belagszahl von 3,17 Personen per Wohnung ergibt das eine Nutzfläche von 19,5m<sup>2</sup> pro Person. Polens Wohnungsbestand ist im Vergleich zu Westeuropa zwar durch ein relativ junges Durchschnittsalter gekennzeichnet – nach 1970 gebaute Wohnungen machen 40% des Bestandes aus (EU: 30%), dieser ist jedoch von vielfach schlechter Qualität. Viele Wohnungen sind darüber hinaus zu klein: 60% der Haushalte leben in Wohnungen mit 60m<sup>2</sup> oder geringerer Größe.<sup>1</sup> Von den Fertigstellungen des Jahres 2001 entfiel der Hauptteil auf Private, gefolgt von den Kooperativen. Dabei ist allerdings man der beträchtliche Anteil von Kooperativen mit privatem individuellen Wohnungseigentum zu berücksichtigen.

Grafik 71: Fertiggestellte Wohnungen nach Wohnbauträgern, Polen 1991-2001



Quelle: Country Report Polen

<sup>1</sup> CLC - Center of Legal Competence, Wien-Graz 2004.

Tabelle 72: Kennzahlen zum Wohnungsbestand in Polen von 1988/2002

	1988	2002
	in Tausend	
Wohnungen gesamt	10.900	12.500
Bewohnte Wohnungen	10.700	11.800
Nutzfläche der bewohnten Whg. in m <sup>2</sup>	636.800	804.600
Bevölkerung in Wohnungen	37.100	37.800
Durchschnittliche Nutzfläche	59,1m <sup>2</sup>	68,6 m <sup>2</sup>
Durchschnittliche Nutzfläche pro Person	17,2 m <sup>2</sup>	21,1 m <sup>2</sup>
Durchschnittliche Belagszahl	3,44	3,25
Anteil privater Wohnungen (%)	41,7%	74,5%
Substandard – Wohnungen (%)	33,0%	15,9%
Anteil der in Substandard-Wohnungen lebenden Bevölkerung (%)	34,2%	17,1%

Quelle: Country Report Polen

### 3.3 SLOWAKEI

Im Zuge der Kooperation mit dem wissenschaftlichen Partner in der Slowakei wurden die Regionen Bratislawa, Bratislawa-Umgebung, West-Slowakei, Zentral-Slowakei und Ost-Slowakei untersucht.

Grafik 73: Slowakische Republik



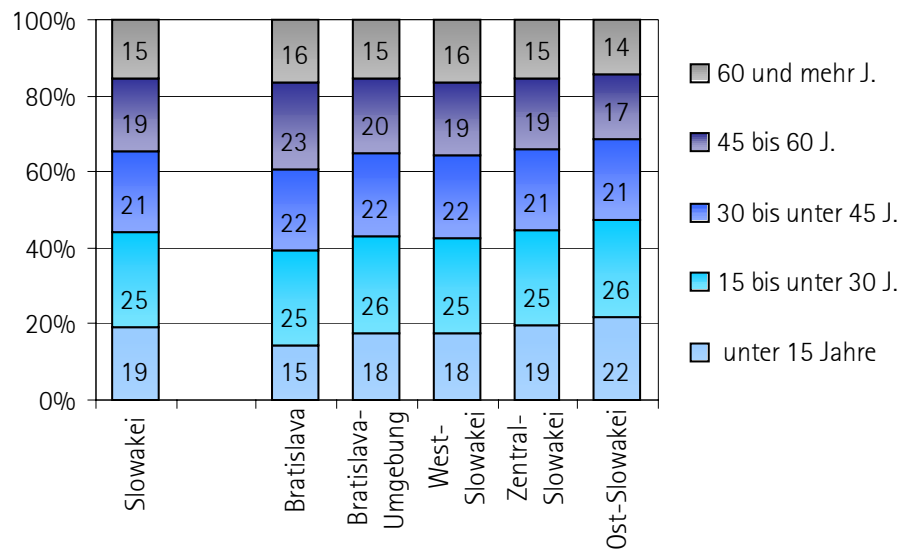
Quelle: [www.theodora.com/maps](http://www.theodora.com/maps)

#### 3.3.1 DEMOGRAFIE SLOWAKEI

5,4 Millionen Slowaken leben in etwa 2,1 Millionen Privathaushalten. Das ergibt eine durchschnittliche Haushaltsgröße von 2,6 Personen pro Haushalt. Regional betrachtet liegen Bratislawa mit 2,27 unter, die Ostslowakei mit 2,8 Personen pro Haushalt über diesem Durchschnitt. Strukturell betrachtet verteilt sich die Zahl der Haushalte auf 31% Familienhaushalte mit Kind, 12% sind Alleinerzieher, 5% sind Singlehaushalte unter 30 Jahren. Gegenüber 1991 wuchs die Bevölkerung der Slowakei deutlich, um 2,5% oder 134.000 Personen.



Grafik 74: Verteilung der Altersgruppen in der Slowakei nach Regionen, 2001

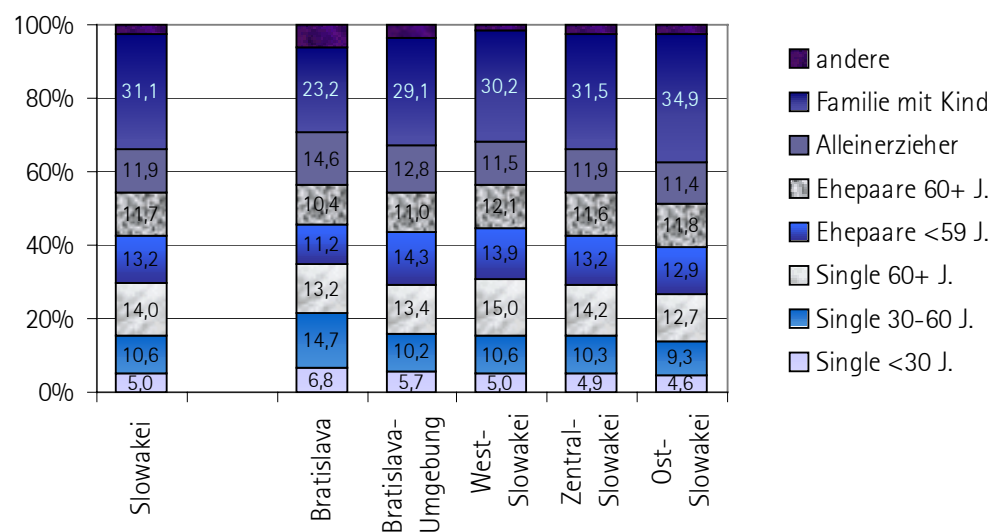


Quelle: Country Report Slowakei, FGW-Auswertung

Das Wachstum der Wohnungsnachfrage wird wesentlich von der Haushaltsbildung beeinflusst. Mit einer durchschnittlichen Haushaltsgröße von 2,8 Personen pro Haushalt liegt die Slowakei ebenso wie Polen eher am oberen Rand der europäischen Verteilung. Diese wird sich aber im Ausmaß der Anpassung an die Einkommensniveaus und Lebenseinstellungen der übrigen EU-Länder verringern.

45% der slowakischen Bevölkerung haben einen Pflichtschul- bzw. Lehrabschluss als höchste abgeschlossene Ausbildung, 26% verfügen über Maturaniveau und fast 8% haben einen Universitäts- oder Fachhochschul-(Akademie-)abschluss. Bratislava weist einen Anteil von sogar 21% Akademikern auf. Die übrigen Regionen liegen hinsichtlich des Akademikeranteils etwas unter dem landesweiten Durchschnitt

Grafik 75: Struktur slowakischer Privathaushalte, 2001



Quelle: Country Report Slowakei, FGW-Auswertung

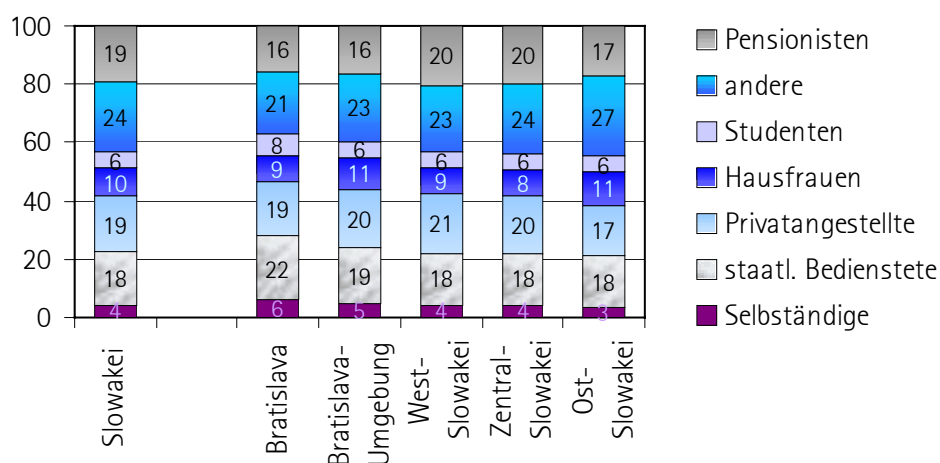
(6,5 bis 7,3%).<sup>1</sup> Im Studienjahr 2000/01 studierten 970 Studenten aus der Slowakischen Republik an Wiener Universitäten, die Hauptanteile verzeichneten die Universität Wien mit 47% und die Wirtschaftsuniversität Wien mit 42% der slowakischen Studenten.<sup>2</sup>

### 3.3.2 ARBEITSMARKT SLOWAKEI

Die Erwerbsbevölkerung macht in der Slowakei etwa 51% der Gesamtbevölkerung aus, regional am höchsten liegt der Anteil in Bratislava (55,6%) und der prosperierenden Agglomeration um Bratislava (54,7%). Nach Branchen gereiht liegt „D-Sachgütererzeugung“ mit nahezu 20% weit vor der nächststärkstbesetzten Branche „G-Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern“ mit 9,9%. Eine weitaus geringere Rolle als im Landesdurchschnitt spielt die Branche D in Bratislava (9,1%) bzw. Bratislava-Umgebung (15,2%). Überdurchschnittlich viele Beschäftigte finden sich in Bratislava in der Branche „K-Realitätenwesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen“ (9,8%). Immer noch bedeutenden Anteil an Erwerbstätigen in der Slowakei hat das Militär mit 7,2%. Der Anteil der in der Land- und Forstwirtschaft (Branche A) Tätigen liegt mit 5,4% vergleichsweise niedrig.<sup>3</sup>

Der durchschnittliche monatliche Bruttolohn beträgt in der Slowakei knapp 290 Euro. Die landesweit höchsten Bruttolöhne sind mit 570 Euro in der Branche „J-Kredit- und Versicherungswesen“ zu finden, mit einigem Abstand gefolgt von „K-Realitätenwesen“ mit 360 und Militär mit 340 Euro. Die niedrigsten Löhne werden in der Land- und Forstwirtschaft (220 Euro) und im Beherbergungs- und Gaststättenwesen (230 Euro) bezahlt. Im Raum Bratislava und Umgebung werden generell höhere Löhne bezahlt als im Landesdurchschnitt.

Grafik 76: Bevölkerung nach Beschäftigungsverhältnissen, Slowakei, 2001



Quelle: Country Report Slowakei, FGW-Auswertung

<sup>1</sup> Vgl. dazu Grafik 134, S 173.

<sup>2</sup> Statistik Austria, Hochschulstatistik 2000/01, Wien 2002.

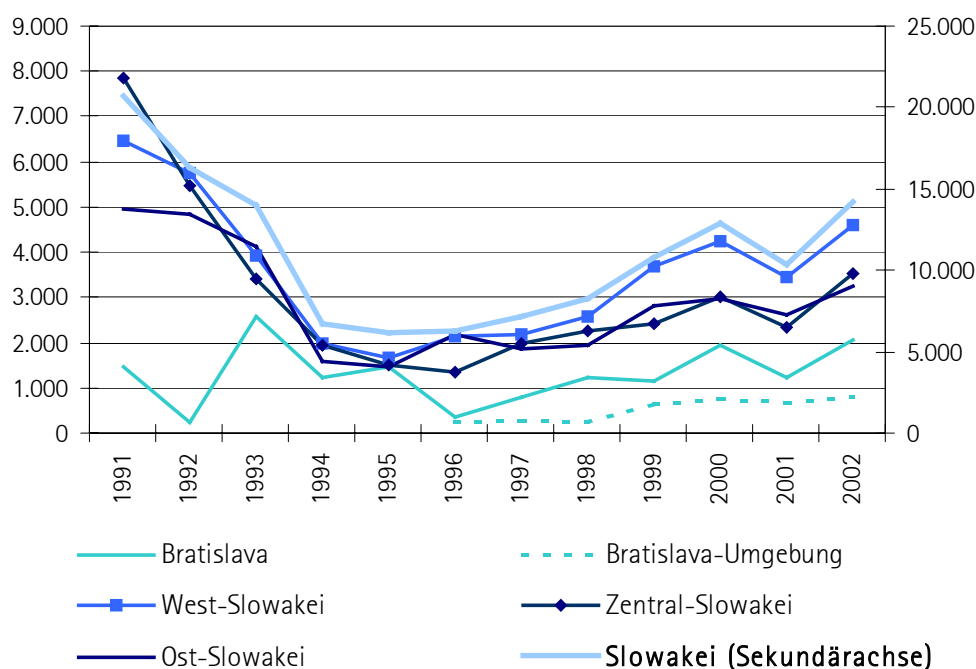
<sup>3</sup> Vgl. dazu Grafik 139, S 175.

Laut Eurostat<sup>1</sup> lag die durchschnittliche Arbeitslosenquote in der Slowakei 2001 bei 19,3% (2002: 18,7%). Die Schwankungsbreite der Arbeitslosigkeit auf NUTS 2-Ebene lag 2001 zwischen 8,3% in Bratislava - als geringstem Wert - und 23,9% - als höchstem Wert (2002: 8,7% bis 22,2%). Die Frauenarbeitslosigkeit lag in den Jahren 2001 und 2002 im Durchschnitt bei je 18,7%, die Jugendarbeitslosigkeit (Personen zwischen 15 und 24 Jahren) bei 39,2% im Jahr 2001 (37,7% im Jahr 2002). Die Jugendarbeitslosigkeit wies 2001 eine Schwankungsbreite von 21% bis 47,2% auf (2002: 18,4% bis 44,4%).<sup>2</sup>

### 3.3.3 WOHNUNGSMARKT SLOWAKEI

Anfang der neunziger Jahre kam es zu einer Belebung der Wohnungsproduktion. Lag 1990 der Schwerpunkt des Neubaus noch bei den durch staatliche Zuschüsse kofinanzierten Genossenschaften, so wurden 2001 fast 87% des Neubaus durch private Bauherren betrieben. Durch den überwiegenden Bau von Einfamilienhäusern stiegen die durchschnittlichen Flächen im Neubau stark an.<sup>3</sup>

Grafik 77: Fertiggestellte Wohnungen 1991-2002 in der Slowakei



Anm.: 1996 wurden die administrativen Grenzen der Slowakei geändert. Bis 1996 stellten Bratislava-Umgebung und die West-Slowakei eine Einheit dar.

Quelle: Country Report Slowakei, FGW-Auswertung

Im Jahr 2001 sind nach Ergebnissen des Wohnungszensus von den insgesamt 1,885 Millionen Wohnungen in der Slowakei 88% ständig bewohnt. In Bratislava beträgt der Anteil der ständig bewohnten Wohnungen 91% (181.000 Gesamtbestand), in Bratislava-Umgebung 86% (Gesamtbestand: 61.000). Die Leerstandsquote ist sowohl im Westen (Bratislava) als auch im Osten des Landes (Kosice) mit jeweils

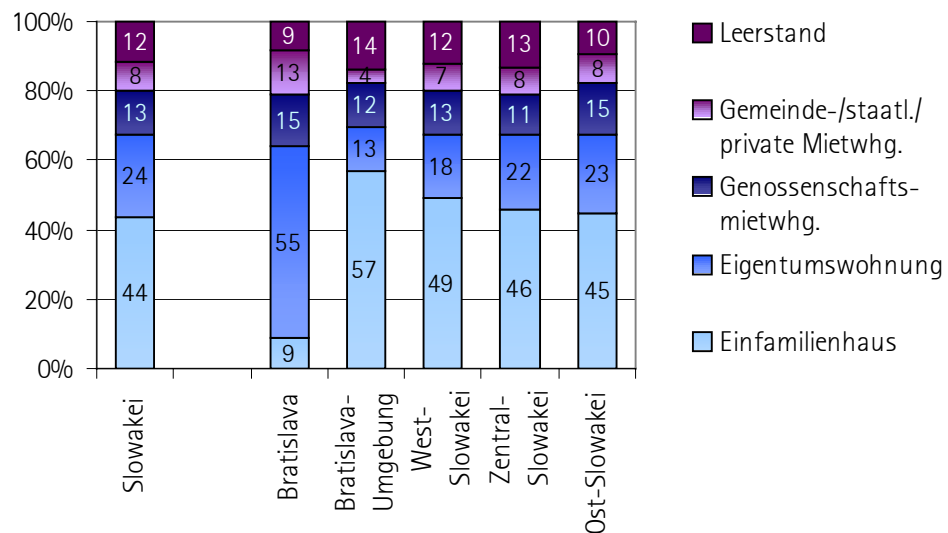
<sup>1</sup> Eurostat: Allgemeine Statistik, Thema 1-10/2003.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Grafik 59, S 69 und Grafik 60, S 70 sowie Tabelle 61, S 71.

<sup>3</sup> CLC - Center of Legal Competence, Wien-Graz 2004.

unter 10% am niedrigsten, in den ländlichen Gebieten in der Mitte des Landes mit bis zu 14,4% (Banska Bystrica) dagegen am höchsten. Die Erklärung für die niedrigen Leerstände im Ostteil des Landes trotz hoher Abwanderung und geringer Erwerbsbeteiligung ist in dem zu geringen Wohnungsangebot vor Ort zu sehen.

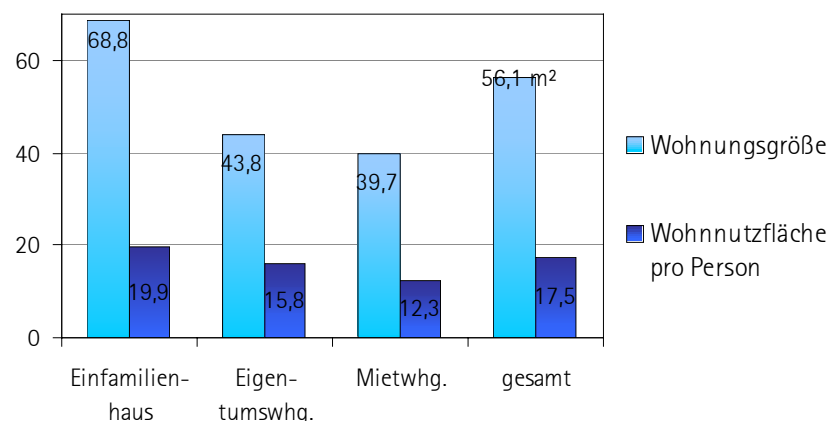
Grafik 78: Wohnungsbestand nach Nutzungsart in der Slowakei, 2001



Quelle: Country Report Slowakei, FGW-Auswertung

Damit weist die Slowakei nach Ungarn die zweithöchste Leerstandsrate der Vergleichsländer auf. Die etwa 6.000 Wohnungen pro Jahr, die in den neunziger Jahren durch Leerstandszuwachs und Abriss abgingen, entsprechen 55% der Neubauproduktion, der höchste Wert in den untersuchten MOE-Ländern. Damit bleiben die Fertigstellungszahlen zur Deckung des Haushaltswachstums unzureichend.

Grafik 79: Durchschnittliche Wohnungsgrößen (m<sup>2</sup>) nach Rechtsverhältnis in der Slowakei, 2001

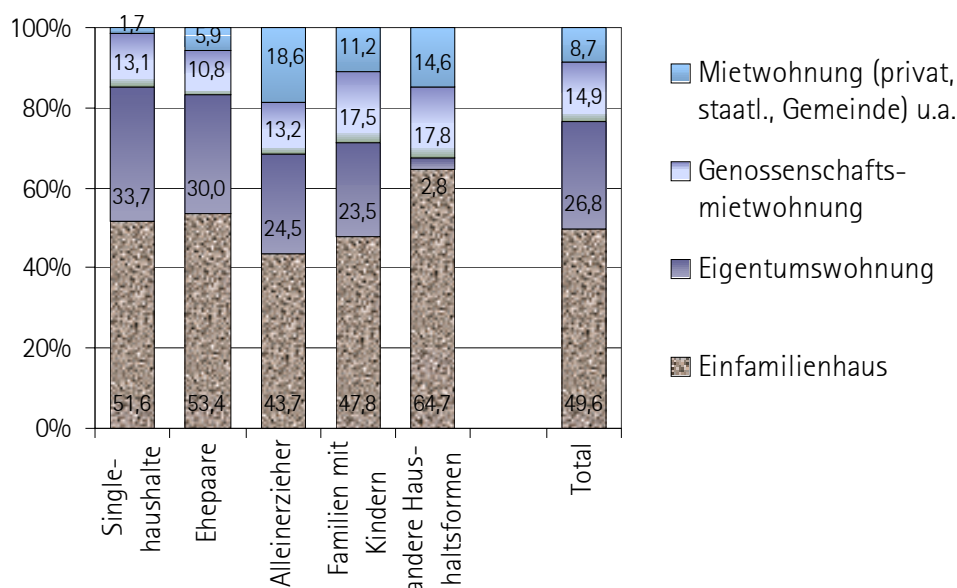


Quelle: Country Report Slowakei, FGW-Auswertung

Aufgrund von Abwanderungen ist im weiteren Verlauf der Dekade mit einer weiteren leichten Zunahme der Leerstände, insbesondere in ländlichen und abgelegenen Regionen sowie im Ostteil des Landes zu rechnen. Qualitätsrückstände im Wohnungsbestand aufgrund von Material- und Konstruktionsmängeln insbesondere der Plattenbauten sowie einer veralteten technischen Ausstattung werden zu weiteren Abgängen führen, sind aber durch den Mangel an finanzierbaren Alternativen beschränkt. Die in Grafik 79, oben, dargestellten Wohnungsgrößen nach Rechtsverhältnis ergeben bei durchschnittlichen Belagszahlen von 3,5 Personen im Einfamilienhaus, 2,8 Personen in Eigentumswohnungen und 3,2 Personen in Mietwohnungen nachfolgende Wohnnutzflächen pro Person.

Von insgesamt 1.645.000 slowakischen Haushalten lebt fast die Hälfte in Einfamilienhäusern, 27% leben in Eigentumswohnungen, 15% in Genossenschafts- und 9% in Mietwohnungen. Betrachtet man die Singlehaushalte, so sind diese zur Hälfte über Einfamilienhäuser mit Wohnraum versorgt, Mietwohnungen spielen in der Wohnraumversorgung der Singles keine Rolle. Hingegen lebt nahezu ein Fünftel der Alleinerzieher in Mietwohnungen.

Grafik 80: Wohnraumversorgung unterschiedlicher Haushaltstypen in der Slowakei, 2001



Quelle: Country Report Slowakei, FGW-Auswertung

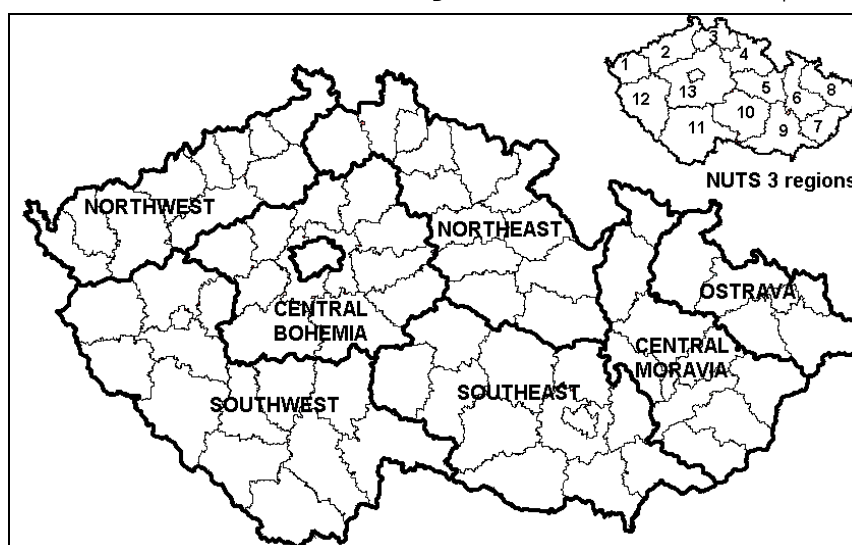
Der Zunahme der Zahl der Haushalte stehen nur geringe Fertigstellungszahlen gegenüber, sodass das Ausmaß der Kohabitation, d.h. der gegen ihren Willen zusammenlebenden Haushalte ansteigt. Die Wohnungsnachfrage ist aufgrund unterschiedlicher Wirtschaftsleistung und Arbeitsnachfrage und fehlendem Wohnungsangebot regional sehr unterschiedlich verteilt. Ein hoher Wohnungsbedarf besteht im Raum Bratislava mit hoher Binnenwanderung. Die Wohnungsknappheit im Osten und Nordosten der Slowakei wird durch ein ererbtes sehr geringes Wohnungsangebot verursacht. Mit zwischen 290 und 330 Wohnungen je 1.000 Einwohner liegt hier die Wohnungsversorgung um 25% unter derjenigen im Raum Bratislava und Trnov.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> CLC – Center of Legal Competence, Wien-Graz 2004.

## 3.4 TSCHEDIEN

Die Tschechische Republik ist historisch-kulturell eng mit ihren mitteleuropäischen Nachbarstaaten verbunden. Gemessen an makroökonomischen Indikatoren liegt Tschechien gemeinsam mit Slowenien auf den ersten Plätzen und gilt daher als leicht „integrierbarer“ neuer Mitgliedstaat. Wirtschaftliche Faktoren, insbesondere die allmähliche Angleichung der Real- und Nominaleinkommen an das Niveau in den EU 15-Staaten werden in Zukunft einen Rückgang der Migration bewirken.<sup>1</sup> Hauptaugenmerk der vorliegenden Untersuchung lag auf jenen Regionen, bei denen am wahrscheinlichsten von einer Migration nach Österreich und Wien im besonderen ausgegangen werden kann. Gemäß nachstehender Grafik sind dies auf NUTS 3-Ebene die Regionen 9 - Südmähren, 10 - Vysocina und 11 - Südböhmen.

Grafik 81: Untersuchte NUTS 2- und NUTS 3 - Regionen der Tschechischen Republik



Anm.: NUTS 3 Ebene: 1: Karlovy Vary, 2: Usti, 3: Liberec, 4: Hradec Kralove, 5: Pardubice, 6: Olomouc, 7: Zlin, 8: Moravia-Silesia, 9: Südmähren, 10: Vysocina, 11: Südböhmen, 12: Plzen, 13: Zentralböhmen und Prag im Zentrum Zentralböhmens.

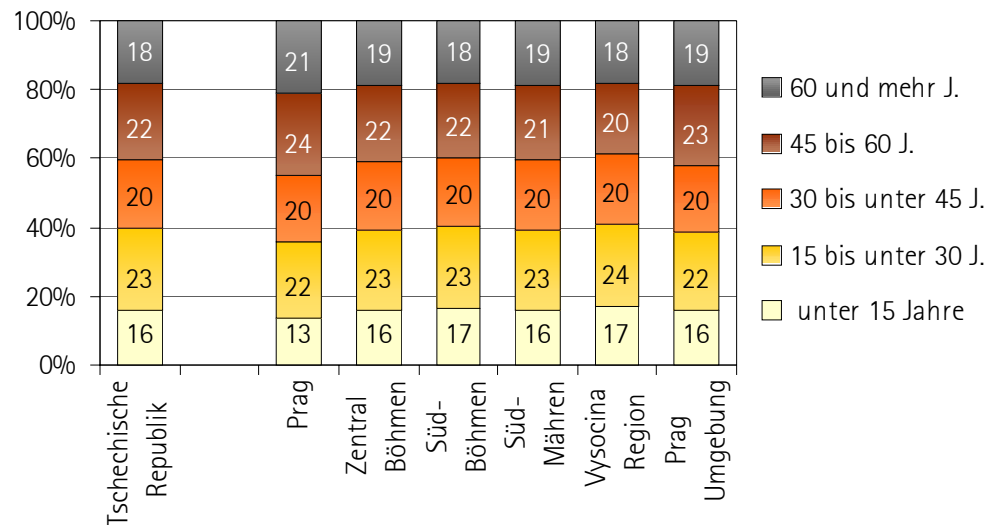
Quelle: Country Report Tschechische Republik

### 3.4.1 DEMOGRAFIE TSCHEDIEN

In der Tschechischen Republik leben rund 10,3 Millionen Menschen (2001). Seit Anfang der neunziger Jahre stagniert das Bevölkerungswachstum und seit 1994 ist ein Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen. Aufgrund der Altersstruktur ist von einer leichten Beschleunigung des Bevölkerungsrückgangs auszugehen. 70% der Bevölkerung sind als urban zu bezeichnen, 63,6% leben in Städten mit mehr als 5.000 Einwohnern. Die regionale Differenzierung des Bildungsstandes korreliert mit dem Urbanisierungsgrad: Prag und Prag-Umgebung weisen mit 18,8% bzw. 10,2% die höchsten Anteile an Akademikern an der über 15-jährigen Wohnbevölkerung auf, ebenso wie Südmähren mit der Universitätsstadt Brünn (10,3%). Der durchschnittliche Akademikeranteil (höchste abgeschlossene Ausbildung, 2001) an der über 15-jährigen Wohnbevölkerung (8.575.000) liegt bei 8,8%.

<sup>1</sup> Siehe auch Kap.4.2, S 120.

Grafik 82: Verteilung der Altersgruppen in der Tschechischen Republik nach Regionen, 2001



Quelle: Country Report Tschechische Republik, FGW-Auswertung

### 3.4.2 ARBEITSMARKT TSCHECHIEN

Die durchschnittliche Arbeitslosenquote lag 2001 bei 8,2% (2002: 7,3%). Die Schwankungsbreite der Arbeitslosigkeit auf NUTS 2-Ebene in Tschechien lag 2002 zwischen 3,6% in Prag und 13,4% in Moravskoslezsko als höchstem Wert (2001: 3,9% bis 14,4%). Die Frauenarbeitslosigkeit lag im Durchschnitt bei 9,9% (2002: 9,0%), die Jugendarbeitslosigkeit (Personen zwischen 15 und 24 Jahren) bei 17,6% im Jahr 2001 (16,9% im Jahr 2002). Die Jugendarbeitslosigkeit wies 2001 eine Schwankungsbreite von 8,7 bis 31% auf (2002: 8,5% bis 29,1%).<sup>1</sup>

### 3.4.3 WOHNUNGSMARKT TSCHECHIEN

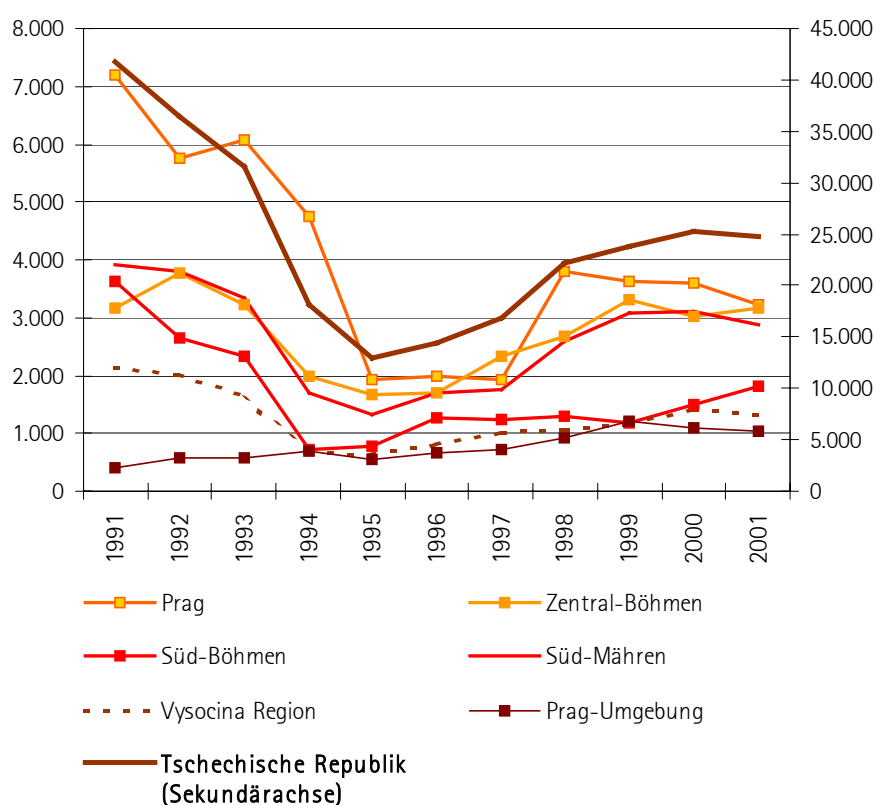
Die Entwicklung der Struktur und Qualität des Wohnungsbestandes in Tschechien verläuft sehr heterogen. Der Wohnungsbestand in den Städten ist aufgrund einer umfassenden Neubautätigkeit in den siebziger Jahren zwar jünger geworden, die neuen Wohnbauten wurden aber fast ausschließlich in Form von Plattenbausiedlungen errichtet, deren Technologie wegen des hohen Energieverbrauchs ineffizient und deren Sanierung äußerst schwierig ist. Rund 33% des gesamten Wohnungsbestands der Tschechischen Republik wurden zwischen 1970 und 1990 errichtet, in den größeren Städten (>10.000 Einwohner) waren es sogar 39%. Auf dem Land ist das Einfamilienhaus die dominierende Bauform. 2001 entfielen auf Gemeinden mit bis zu 2.000 Einwohnern 95% des dauerhaft bewohnten Wohnungsbestands auf Einfamilienhäuser, in Gemeinden mit 2.000 bis 5.000 Einwohnern lag der Anteil bei 90%.

2001 wurden nahezu 4,37 Millionen Wohnungen gezählt. Seit 1991 ist der Wohnungsbestand um 292.000 Einheiten (7,2%) gestiegen. Die Wohnungszahl pro 1.000 Einwohner stieg von 396 im Jahr 1991 (davon 91% dauerhaft bewohnte Wohnungen) auf 424 im Jahr 2001 (davon 88% dauerhaft bewohnte Wohnungen).

<sup>1</sup> Eurostat: Allgemeine Statistik, Thema 1-10/2003.  
Siehe Grafik 59, S 69 und Grafik 60, S 70 sowie Tabelle 61, S 71.

Die Zahl der bewilligten Wohnungen fiel ab 1990 dramatisch, das absolute Tief wurde 1993 erreicht. Seit 1997 hat sich der Wohnungsneubau mit etwa 33.000 neu bewilligten Wohnungen pro Jahr wieder stabilisiert, die Zahl der Fertigstellungen liegt bei etwa 25.000 Wohnungen pro Jahr. Eine regionale Differenzierung im Wohnungsneubau ist insbesondere in den boomenden, suburbanen Bereichen, im Besonderen in der Agglomeration um Prag bemerkbar, wo die wohlhabenden Bevölkerungsschichten ihre Eigenheime errichten. In den zwei Prag umgebenden Bezirken liegt die Neubaurate (Zahl der fertig gestellten Wohnungen pro 1.000 Einwohner) fast dreimal so hoch wie im nationalen Durchschnitt.

Grafik 83: Fertiggestellte Wohnungen 1991-2001 in der Tschechischen Republik



Quelle: Country Report Tschechische Republik, FGW-Auswertung

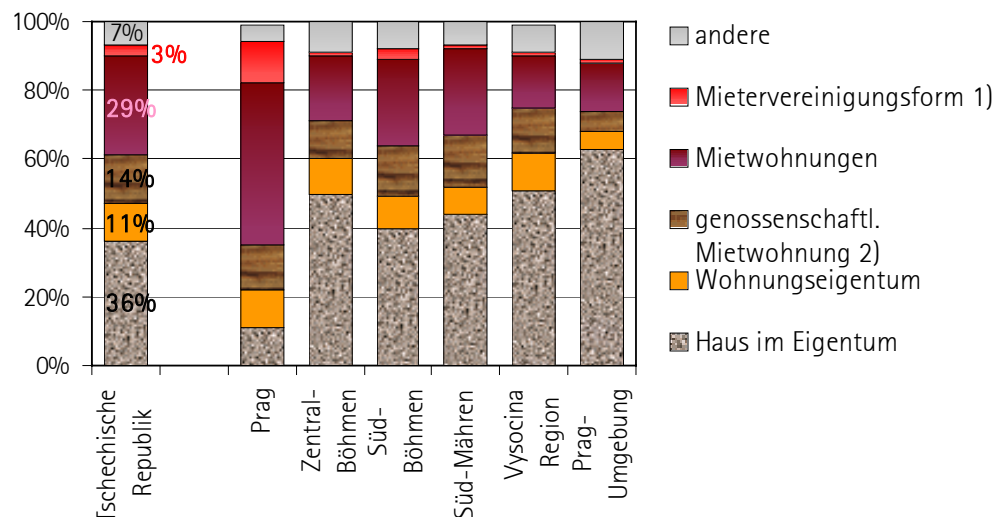
Neben dem Neubau findet zunehmend eine Modernisierung des Bestands statt. Zwischen 1996 und 2001 erhöhte sich die Zahl der modernisierten Wohnungen um das Fünffache auf über 13.000 Einheiten. Damit hat die Wohnungsanierung die Hälfte des Wohnungsneubaus erreicht.

Nach der Rechtsform untergliedert stehen 47% der Wohnungen im Eigentum (36% Einfamilienhäuser, 11% Eigentumswohnungen), 29% sind Mietwohnungen (davon sind 6% private Mietwohnungen), 17% sind Genossenschaftswohnungen (davon stammen 14% aus Genossenschaftsformen kommunistischer Zeit, 3% sind Mieterwohnformen, die während der Privatisierung gebildet wurden). Die restlichen 7% entfallen auf andere Rechtsformen.



In der Tschechischen Republik gibt es einen wesentlich stärkeren Mietwohnungssektor als in den anderen MOE-Ländern. Die Privatisierung des sozialen Wohnungsbestandes ging hier wesentlich weniger weit als etwa in Ungarn.

Grafik 84: Anteile des Wohnungsbestandes nach der Rechtsform, Tschechische Republik, 2001



Anm.: 1) Genossenschaftsform aus den sechziger Jahren  
2) neue Genossenschaftsform, gegründet während der Privatisierung in den neunziger Jahren

Quelle: Country Report Tschechische Republik, FGW-Auswertung

Hinsichtlich der Wohnraumversorgung ist seit 1991 eine qualitative Verbesserung im Bestand eingetreten. Die Wohnnutzfläche pro Wohnung stieg im Zeitraum von 1991 bis 2001 von 45,9 auf 49,5m<sup>2</sup> an (Gesamtfläche pro Wohnung 2001: 76,3m<sup>2</sup>), die Wohnnutzfläche pro Person von 17,0 auf 18,8m<sup>2</sup> (Gesamtfläche pro Person 2001: 28,9m<sup>2</sup>). Die durchschnittliche Belagszahl pro Wohnung lag bei 2,64 Personen im Jahr 2001.

Die Leistbarkeit des Wohnens im Mietwohnungsbereich hängt von der Art der Miete ab. Schätzungen gehen davon aus, dass 90% der Wohnungen in diesem Sektor einer Mietpreisregelung unterliegen. Der regulierte Miethöchstpreis für eine durchschnittliche Wohnung von 60m<sup>2</sup> Größe stieg von 4,1 Euro 1990 um das Zehnfache auf 41 Euro im Jahr 2002. Dieser Anstieg ist auch von der Siedlungsgröße abhängig.

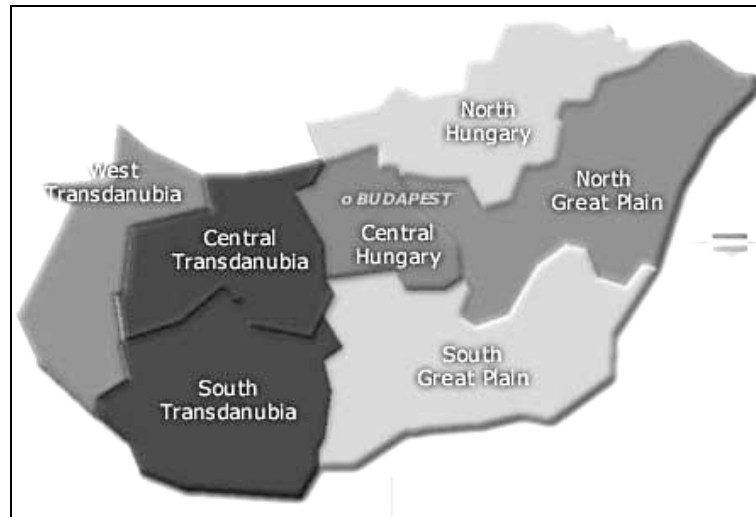
Die durchschnittlichen monatlichen Wohnausgaben von 84 Euro<sup>1</sup> im Jahr 2000 machten 16% des Nettohaushaltseinkommens aus. Im Mietwohnungsbereich betrug der Anteil der Wohnkosten 20,3% am Haushaltseinkommen. Die Belastung war für Pensionisten mit 24% ihres Einkommens am höchsten. Der Anteil der Wohnungskosten am Haushaltseinkommen war im Mietwohnungsbereich am höchsten (18,1%), gefolgt vom genossenschaftlichen Wohnbau (15,8%). Die geringste Wohnkostenbelastung fand sich in Familienhäusern im Eigentum (11,7%).

<sup>1</sup> Bei einem Kurs von 0,9 Euro je US-Dollar im Jahr 2000.

### 3.5 UNGARN

Im Zuge der Kooperation mit dem wissenschaftlichen Partner in Ungarn wurden die Regionen Budapest, Zentralungarn, West-Transdanubien, Süd-Transdanubien und Nordungarn untersucht.

Grafik 85: Regionen Ungarns

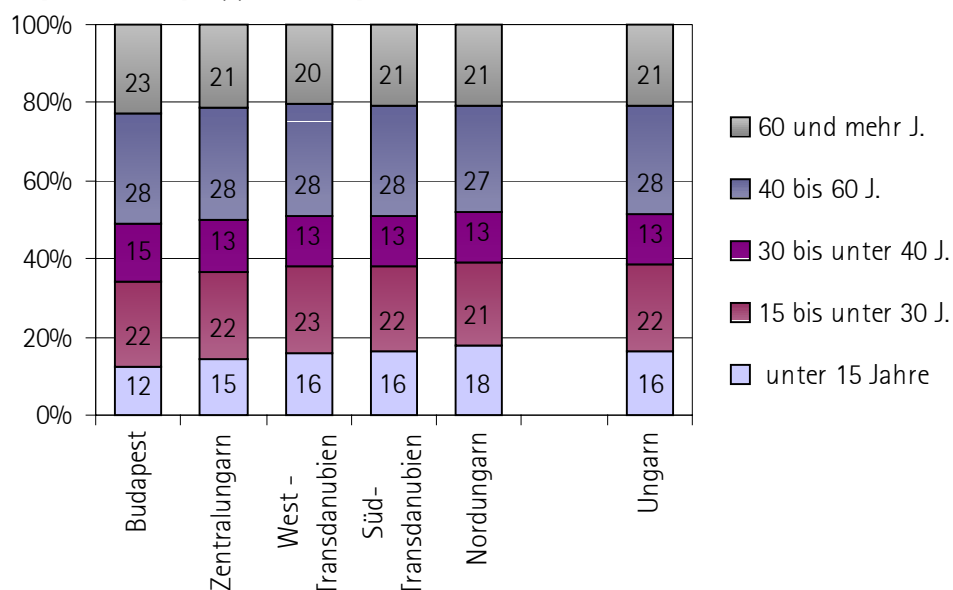


Quelle: Country Report Ungarn

#### 3.5.1 DEMOGRAFIE UNGARN

Die Bevölkerungszahl Ungarns sinkt seit Anfang der achtziger Jahre. In den neunziger Jahren verlor das Land rund 300.000 Einwohner. Bei einer Bevölkerungszahl von 10,175 Millionen Menschen im Jahr 2001 lebten etwa 1,7 Millionen in Budapest (17,5%). Der Großraum Budapest (Zentralungarn) beherbergt 2,8 Millionen Einwohner (28% der Gesamt-Bevölkerung).

Grafik 86: Verteilung der Altersgruppen in Ungarn, 2001



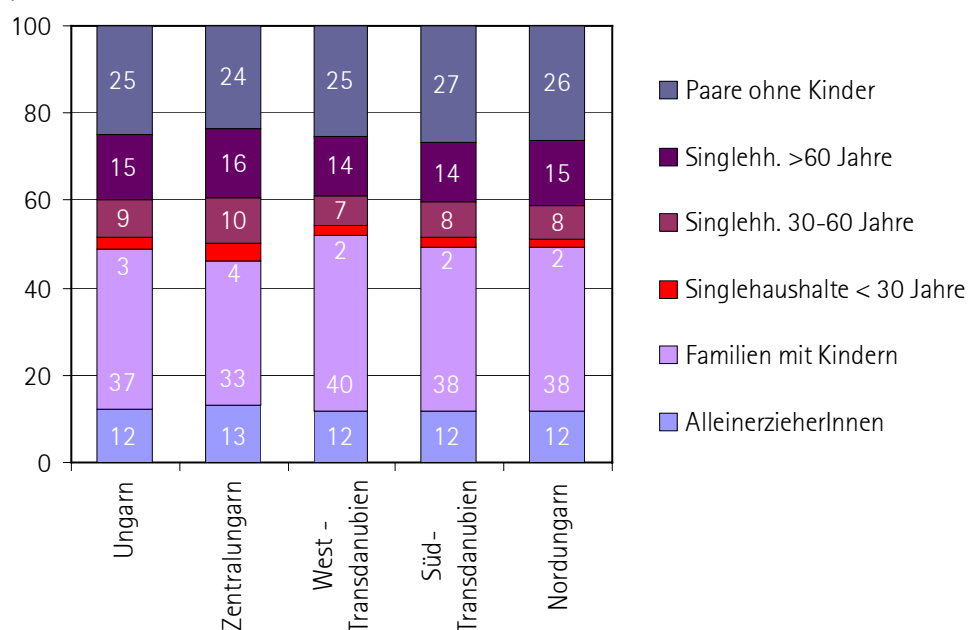
Quelle: Country Report Ungarn, FGW-Auswertung

Während die Überalterung in Budapest nicht wesentlich über dem Landesdurchschnitt liegt, ist die Abweichung beim Anteil der unter 15-Jährigen auffällender. Die Altersgruppe der 15- bis unter 40-Jährigen macht rund 3,6 Millionen Menschen oder 37% der Gesamtbevölkerung aus.

Die insgesamt mit 3.860.000 bezifferten Haushalte untergliedern sich nach Haushaltstyp zu 74% in Familienhaushalte (davon sind 49% Alleinerzieher bzw. Familien mit Kind und 25% Ehepaare oder Lebensgemeinschaften ohne Kind) und zu 26% in Einpersonenhaushalte. Die durchschnittliche Haushaltsgröße liegt zwischen 2,31 Personen in Budapest und 2,83 in West-Transdanubien bei einem Durchschnittswert für Ungarn von 2,68.

Ungarn mit akademischem Abschluss machen im landesweiten Durchschnitt 8% der Bevölkerung aus. In der Region Zentralungarn, die auch die Hauptstadt Budapest und ihre Agglomeration mit einschließt, liegt der Akademikeranteil bei 10,6%, in West-Transdanubien bei 7,2%, in Süd-Transdanubien bei 7,9% und in Nordungarn bei nur 6,4%.

Grafik 87: Struktur privater Haushalte in Ungarn, 2001



Quelle: Country Report Ungarn, FGW-Auswertung

### 3.5.2 ARBEITSMARKT UNGARN

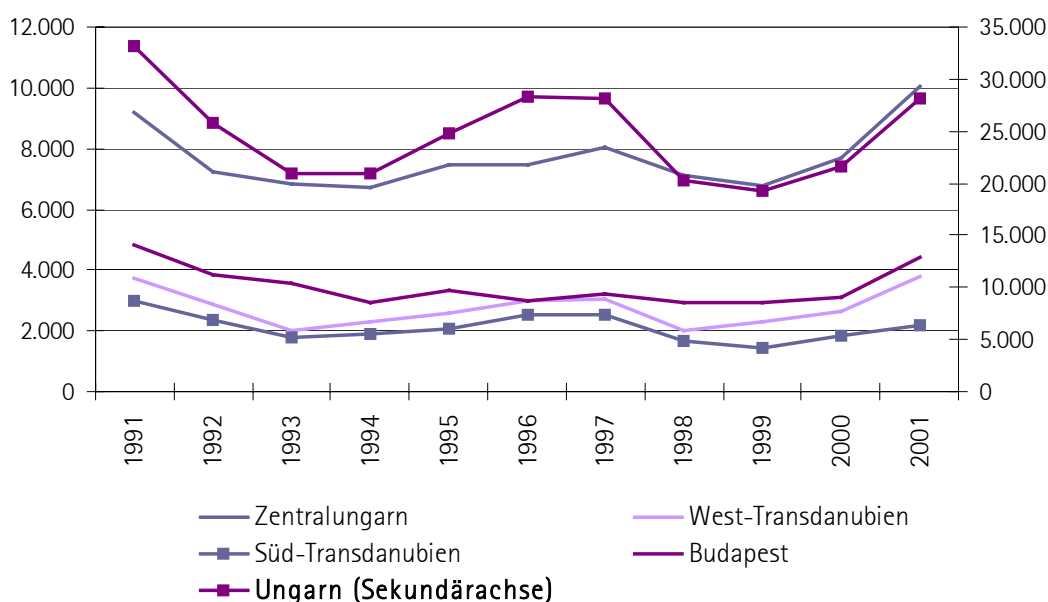
Nach NACE-Wirtschaftsklassen gegliedert arbeiten insgesamt nur 4% der erwerbstätigen Ungarn im Bereich „A-Land- und Forstwirtschaft“. Lediglich in Süd-Transdanubien ist der Anteil der in dieser Branche Beschäftigten mit 8,4% überdurchschnittlich hoch. Die Branche mit dem höchsten Anteil an Erwerbstätigen ist „D-Sachgütererzeugung“ mit 28%, gefolgt von „G-Handel, Instandhaltung und Reparaturen von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern“ mit einem Anteil von 11% der Erwerbstätigen.

Laut Eurostat<sup>1</sup> lag die durchschnittliche Arbeitslosenquote in Ungarn 2001 bei 5,7% (2002: 5,9%). Die Schwankungsbreite der Arbeitslosigkeit auf NUTS 2-Ebene lag 2001 zwischen 4,2% - als geringstem Wert - und 8,6% - als höchstem Wert (2002: 4,0% bis 8,9%). Die Frauenarbeitslosigkeit lag in den Jahren 2001 und 2002 im Durchschnitt bei 5,0% bzw. 5,4%, die Jugendarbeitslosigkeit (Personen zwischen 15 und 24 Jahren) bei 11,1% im Jahr 2001 (12,4% im Jahr 2002). Die Jugendarbeitslosigkeit wies 2001 eine Schwankungsbreite von 7% bis 15,7% auf (2002: 8,8% bis 19,4%).<sup>2</sup>

### 3.5.3 WOHNUNGSMARKT UNGARN

Die ungarische Wohnbauproduktion ist während der neunziger Jahre weniger stark eingebrochen als in den anderen MOE-Ländern. Es gab jedoch eine signifikante Verschiebung vom Geschoßwohnbau zu Eigenheimen. 2001 wurden insgesamt wieder 30.000 Fertigstellungen erreicht.

Grafik 88: Fertiggestellte Wohnungen 1991-2001 in Ungarn



Quelle: Country Report Ungarn, FGW-Auswertung

Eine der wesentlichen Veränderungen in der Struktur des Wohnungsbestandes in Ungarn während der neunziger Jahre war die Übereignung des Bestandes staatlicher Mietwohnungen an die Gemeinden. Der Großteil der Gemeindemietwohnungen wurde zwischen 1993 und 1995 obligatorisch und danach auf freiwilliger Basis privatisiert. Als Ergebnis dieses Privatisierungsprozesses änderte sich die Struktur der Rechtsform dramatisch: Ende der achtziger Jahre waren 28% des gesamten Wohnungsbestandes Mietwohnungen (staatliche Miete), im Jahr 2000 waren es nur noch 5%. In Budapest betrug der Anteil an Mietwohnungen in den achtziger Jahren 61%, bis 2000 sank er auf 11%. Mietwohnungen wurden zu äußerst günstigen Konditionen mit der Möglichkeit langfristiger Ratenzahlung an die Mieter verkauft. In Ungarn gibt es keinen genossenschaftlichen Mietwohnungsbau.

<sup>1</sup> Eurostat: Allgemeine Statistik, Thema 1-10/2003.

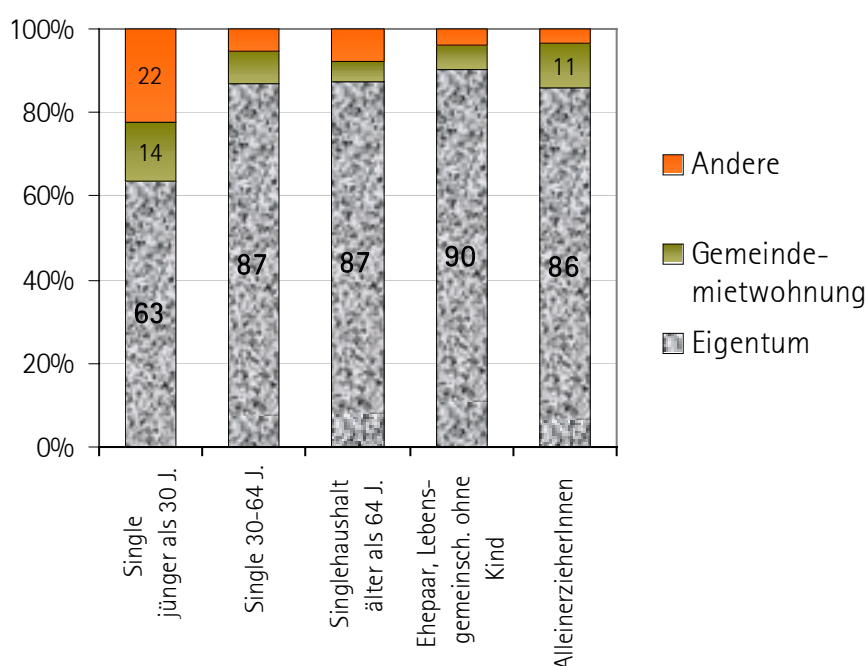
<sup>2</sup> Siehe auch Grafik 59, S 69 und Grafik 60, S 70 sowie Tabelle 61, S 71.

Weil eben der Mietwohnungsmarkt sehr klein ist, ist daher vor allem für junge Haushalte oft ein Mitwohnen die einzige Alternative. Ein Faktor der Wohnungsnachfrage in Ungarn ist der Abbau von Überbelegungen von Wohnungen durch mehrere Haushalte. Derzeit leben nach Angaben des Statistischen Zentralamts in etwa 6% der Wohnungen mindestens zwei Haushalte. Die Zahl der überbelegten (mehr als zwei Personen pro Zimmer) Wohnungen wird mit 480.000 angegeben. Damit leben etwa zwei Millionen Menschen in überbelegten Wohnungen.

Im Gesamtwohnungsbestand beträgt die durchschnittliche Wohnungsgröße (Wohnungen und Einfamilienhäuser) laut Volkszählung 2001 in Ungarn 75m<sup>2</sup>, in Budapest 63m<sup>2</sup>. Eigentumswohnungen sind durchschnittlich 77m<sup>2</sup> groß, private Mietwohnungen 55m<sup>2</sup>, Kommunale Mietwohnungen nur 47m<sup>2</sup>.

Die Anzahl an Substandardwohnungen macht 580.000 Wohnungen bzw. 15% des Gesamtwohnungsbestandes aus. Zum Großteil sind dies traditionelle Bauernhäuser, oftmals noch aus Lehm.

Grafik 89: Wohnraumversorgung unterschiedlicher Haushaltstypen in Ungarn, 2001



Quelle: Country Report Ungarn, FGW-Auswertung

## 3.6 PULL-FAKTOREN FÜR WANDERUNG

Pull-Faktoren (engl. „Sog“) stehen für Einflussgrößen im Zielland von Migration, die die Entscheidung zu einer Wanderung beeinflussen. Zu den Pull-Faktoren zählen die wirklichen oder vermeintlich besseren Arbeitsbedingungen, höheres Einkommen, Schul- und Ausbildungsangebote, die größere Auswahl an Konsumgütern, etc.

### 3.6.1 WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN IM EMPFÄNGER-LAND

Zuwanderung ist im wesentlichen arbeitsplatzdeterminiert. Nur bei Aussicht auf Jobs ziehen Menschen zu. Bestimmender Faktor zur Attraktivierung von Zuwanderung ist die wirtschaftliche Entwicklung. Andere Bestimmungsgrößen, wie die Qualität der sozialen Infrastruktur, das Wohnungsangebot oder Netzwerke von Landsleuten mögen auch von Bedeutung sein, reichen aber an die wirtschaftliche Motivation nicht heran.

Bei gängigen Migrationsmodellen werden Einkommensunterschiede als Hauptbestimmungsfaktor angesehen. Neuere Arbeiten gehen allerdings dahin, dass Arbeitslosigkeit bzw. der Verfügbarkeit von Jobs in Sender- bzw. Empfänger-Land noch größere Bedeutung zukommt.<sup>1</sup> Einer Studie des International Centre for Migration Policy Development zufolge kommt ein Großteil der Migranten aufgrund einer konkreten Arbeitsplatzzusage nach Österreich.<sup>2</sup> Auch der Umstand, dass ein Großteil der Migranten über nachgefragte Ausbildungen verfügt, spricht für diese These (vgl. Grafik 17, S 22). Wie in Tabelle 57, S 67, dargestellt, weisen vor allem Polen und die Slowakei hohe Arbeitslosenraten auf, zweitens allerdings mit Aussicht auf überproportionales Job-Wachstum.

Die empirische Erhebung befasste sich auch mit den Auswirkungen von Einkommensunterschieden auf das Wanderungspotenzial. Unter der Annahme eines gegenüber dem bisherigen um 20% höheren Einkommens gaben 2% der Befragten an, dass eine Emigration sehr wahrscheinlich wäre. Bei einem um die Hälfte höheren Einkommen gaben sich 8%, bei einem doppelt so hohen Einkommen schließlich 35% der Befragten stark migrationswillig. Die Polen reagieren deutlich über-, die Tschechen unterdurchschnittlich auf steigende Einkommensdifferenzen. In der Realität reagieren Menschen deutlich geringer auf Einkommensunterschiede, insbesondere dann, wenn dafür Grenzen und kulturelle Barrieren zu überwinden sind. Offensichtlich führen selbst starke Lohndifferenzen nicht zu massenhafter Wanderung. Folgende Schlüsse können aus diesen Daten gezogen werden: Es macht offensichtlich einen Unterschied, ob der Einzelne selbst aktiv werden muss, um entsprechende Einkommensunterschiede lukrieren zu können, oder ob er passiv auf entsprechende Angebote reagieren kann. Zur Realisierung einer Migrationsabsicht ist die Information des höheren Einkommens allein nicht ausreichend. Die Entscheidung wird viel wahrscheinlicher, wenn dem Einzelnen ein konkretes Angebot unterbreitet wird. So lange die Einkommensunterschiede zwischen dem Westen und den MOEL hoch bleiben, bilden diese Länder ein Arbeitskräftereservoir, das mit geeigneter Information relativ leicht erschlossen werden kann. Besonders groß sind die Potenziale in Polen.

---

<sup>1</sup> Mark Stephens: A Note on Migration from the Central and East European Countries to the European Union. 2000. Solange die Arbeitslosigkeit in Irland um 2,4 Prozentpunkte höher lag als in Großbritannien, fand Migration statt. Nachdem diese Differenz auf unter 2,4 Prozentpunkte gefallen war, fand wiederum eine Rückwanderung nach Irland statt.

<sup>2</sup> ICMPD/ÖFM: Qualifikationsniveau von slowenischen, tschechischen und ungarischen ArbeitsmigrantInnen und ihre Position am österreichischen Arbeitsmarkt. Wien, 1999.

### 3.6.2 NETZWERKTHEORIE

Einzelne Migrationsmodelle fokussieren stark auf die Annahme, dass Migranten überproportional Zielländer ansteuern, wo bereits Bekannte, Verwandte oder Landsleute leben. Diese geben Informationen über das Zielland weiter und helfen bei der Eingewöhnung ins neue Leben/ neue Land: Ortsspezifisches Wissen wird transferiert, damit werden Informations- und Suchkosten für den Emigranten verringert.

Die empirische Erhebung scheint diese Hypothese zu stützen. Bei der Bewertung der Glaubwürdigkeit einzelner Informationsquellen zur Migrationsentscheidung genießen Familienangehörige, Freunde und Bekannte im Ausland die mit Abstand größte Glaubwürdigkeit, gefolgt von Verwandten und Freunden im Inland, offiziellen Broschüren, künftigen Arbeitgebern im Ausland, TV-Kanälen und schließlich Arbeitskollegen und Zeitungsberichten.

Hinsichtlich weit entfernter Wanderungsziele mag die Netzwerktheorie zutreffen. Bei kürzeren Wanderungsdistanzen oder im kleinräumigen Kontext zeigt die Realität deutlich abweichende Ergebnisse. Um nur eines heraus zu greifen: Von den ca. 42.000 polnischen Staatsbürgern in Österreich leben fast 60% in Wien. Wien hat eine starke polnische Gemeinde. Die polnische Neuzuwanderung während der neunziger Jahre erfolgte allerdings nur zum kleineren Teil nach Wien (28%). Weit mehr (43%) ließen sich in Niederösterreich nieder. Tatsächlich spricht vieles dafür, dass das primäre Wanderungsziel Wien war, dass sich die Migranten aber schließlich dort niedergelassen haben, wo sie Arbeit gefunden haben.

### 3.6.3 INFRASTRUKTURELLE ANGEBOTE

Die Verfügbarkeit leistbarer Wohnungen wie auch sozialer Infrastruktur kann ein wichtiger Pull-Faktor sein, sofern die primäre Bedingung des Arbeitsplatzes erfüllt ist. Bestehen an einem Ort besondere Infrastruktureinrichtungen (Schule, Kirche, Sportvereine) für gewisse ethnische Gruppen, so macht das diesen Ort für Zuwanderer der jeweiligen Gruppe attraktiver.

Die empirische Erhebung gibt diesbezüglich Auskunft über die relative Position Wiens im Vergleich zu anderen Metropolen. Hinsichtlich der sozialen Sicherheit wird Wien gegenüber Berlin, München, London, Paris, Mailand und New York/Chicago eindeutig der Vorzug gegeben. Wohnungsbezogene Wanderungsmotive finden sich in der Liste S 73.

### 3.7 WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN IN WIEN

Trotz einer allmählichen Konjunkturerholung blieb das Wirtschaftswachstum in Österreich im Jahr 2003 mit real +0,7% zum dritten Mal in Folge unter dem langjährigen Durchschnitt. Eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt ist nicht zu erwarten, die Arbeitslosigkeit wird laut WIFO<sup>1</sup> aber aufgrund der Ausweitung des Arbeitskräfteangebots nicht zurückgehen.<sup>2</sup>

Über die konjunkturell bedingte Verschärfung des Problemdrucks hinaus müssen aber auch die Trends auf dem Wiener Arbeitsmarkt beobachtet werden: Dies ist einerseits die räumliche Umverteilung von Arbeitsplätzen zwischen Wien und seinem Umland und andererseits die veränderte demografische Zusammensetzung der Erwerbsbeteiligung.<sup>3</sup>

Zwar liegt Wien, gemessen am BIP pro Kopf mit 36.800 Euro (2001) nach wie vor mit Abstand an erster Stelle unter den österreichischen Bundesländern, im Vergleich zu 1995 hat sich der Abstand zu den übrigen Regionen Österreichs jedoch verringert. An fünfter Stelle folgt bereits der Südteil des Wiener Umlandes, der ebenfalls ein BIP pro Kopf von über 30.000 Euro erreicht. Der österreichische Durchschnitt lag 2001 bei etwa 26.500 Euro, wobei nur zwölf der NUTS 3 Regionen über diesem Schnitt lagen, die übrigen 23 Regionen lagen darunter.<sup>4</sup>

Gemessen am nominellen Wachstum des regionalen BIP ist die Region Wiener Umland-Südteil der Gewinner der wirtschaftlichen Entwicklung der Jahre 1995 bis 2001. Ihr Anteil am BIP Österreichs ist von 3,7% im Jahr 1995 auf 4,2% im Jahr 2001 gestiegen.<sup>5</sup> Die jährliche Zuwachsrate in diesem Zeitraum lag mit durchschnittlich 5,8% deutlich über dem Österreichschnitt von 3,6%. Wien zählt mit einer Wachstumsrate von 2,9% zu den am schlechtesten abschneidenden Regionen; sowohl der Produktions- als auch der Dienstleistungssektor entwickelten sich in Wien unterdurchschnittlich.

#### 3.7.1 STRUKTURDATEN ZUR BESCHÄFTIGUNG

Im Vergleich zu 1991 hat sich der Anteil der Erwerbspersonen (ohne geringfügig Erwerbstätige) an der Gesamtbevölkerung in Wien 2001 nur um 0,6% erhöht (von 50,3% im Jahr 1991 auf 50,9% im Jahr 2001), der Anteil der Pensionisten blieb fast unverändert (bei 23,2 bzw. 23,3%), der Anteil der ausschließlich Haushaltsführenden sank im Vergleichszeitraum von 5,4% auf 4,0%, der Anteil der Schüler und Studenten ab 15 Jahren stieg von 4,5% auf 4,8%.<sup>6</sup> In Wien sind 24% der Beschäftigten Österreichs tätig. Besonders im Realitäten- (K), dem Kredit- und Versicherungswesen (J), in der Öffentlichen Verwaltung inkl. Sozialversicherung (L) sowie in der Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher

<sup>1</sup> WIFO-Presseinformation, 19.12.2003. Marterbauer, Markus: Prognose für 2004 und 2005: Konjunkturerholung gewinnt an Kontur.

<sup>2</sup> Marterbauer führt dies einerseits auf Erleichterung des Zugangs für ausländische Arbeitskräfte, die schon länger in Österreich sind und andererseits auf die lockerere Handhabung der Saisonierregelungen zurück.

<sup>3</sup> Wiener Arbeitsmarkt – Herausforderungen und Perspektiven. Synthesis Forschung. Wien, 2003.

<sup>4</sup> Statistik Austria, 1/2004.

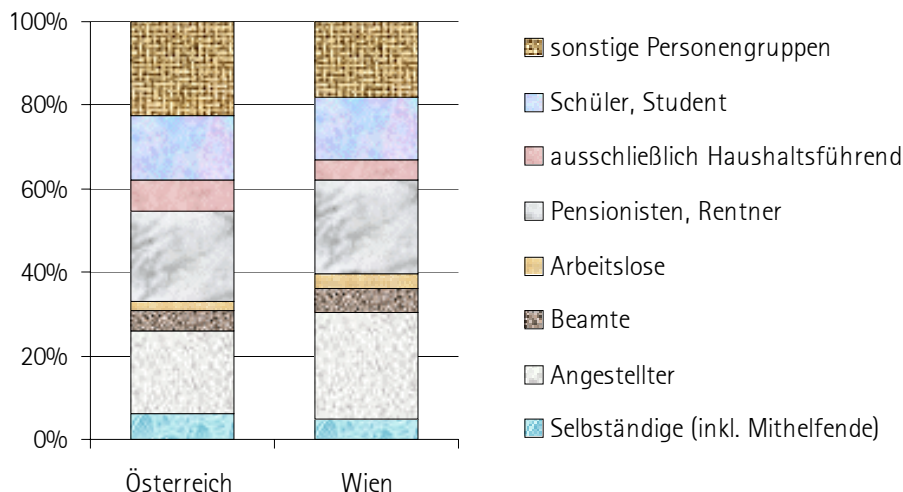
<sup>5</sup> Grund dafür waren das (preisbedingte) Wachstum im Mineralölbereich sowie die Zuwächse im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung.

<sup>6</sup> Statistik Austria, VZ 1991, 2001. Wohnbevölkerung nach Lebensunterhalt und Bundesländern 1991-2001.



Dienstleistungen (O) fällt der hohe Anteil der Beschäftigten in Wien an den Gesamtbeschäftigten Österreichs auf (K: 44%, J: 34%, L: 33%, O: 32%). Die Beschäftigten exterritorialer Organisationen arbeiten fast ausschließlich in Wien (96%).

Grafik 90: Bevölkerung nach Berufstätigkeit, 2001



Quelle: MZ 2001, Lebensunterhalt<sup>1</sup>

Tabelle 91: Unselbständig Beschäftigte nach Wirtschaftsklassen 2001

		Wien		Österreich	
		Absolut	in%	Absolut	in%
A	Land- und Forstwirtschaft	2.540	0,3	25.400	0,8
B	Fischerei und Fischzucht	-	-	100	0,0
C	Bergbau und Gewinnung von Steinen u. Erden	1.000	0,1	13.440	0,4
D	Sachgütererzeugung	91.300	11,9	613.900	19,5
E	Energie- und Wasserversorgung	3.400	0,4	28.700	0,9
F	Bauwesen	48.600	6,3	247.500	7,9
G	Handel; Reparatur v. Kfz u. Gebrauchsgütern	110.850	14,4	498.300	15,8
H	Beherbergungs- und Gaststättenwesen	31.300	4,1	150.600	4,8
I	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	61.800	8,0	224.200	7,1
J	Kredit- und Versicherungswesen	37.600	4,9	110.200	3,5
K	Realitätenwesen, Unternehmensdienstl.	118.150	15,4	266.900	8,5
L	Öffentliche Verwaltung, Sozialversicherung	154.300	20,1	469.700	14,9
M	Unterrichtswesen	14.800	1,9	124.700	4,0
N	Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	30.300	3,9	155.700	4,9
O	Erbringung v. sonst. öffentl. u. pers. Dienstl.	46.200	6,0	142.200	4,5
P	Private Haushalte	660	0,1	3.900	0,1
Q	Exterritoriale Organisationen	2.600	0,3	2.700	0,1
	Präsenzdiener	1.200	0,2	11.400	0,4
	Karenzurlauber/innen	10.960	1,4	58.600	1,9
	Insgesamt	767.500	100,0	3.148.200	100,0

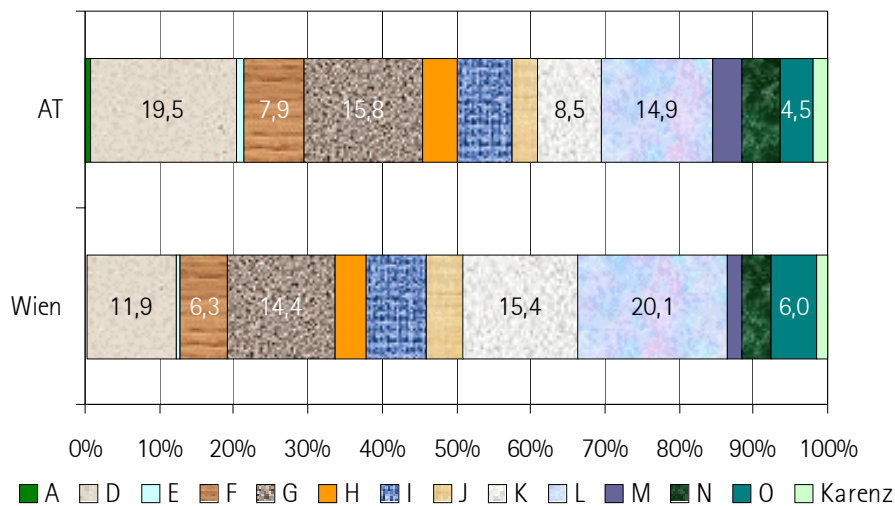
Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. - Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen. Gleitender Durchschnitt. Systematik der Wirtschaftstätigkeiten - ÖNACE 1995.

<sup>1</sup> Nach dem Lebensunterhaltskonzept (LUK) werden unter „Erwerbstätigen“ Personen mit einer wöchentlichen Normalarbeitszeit von mindestens 12 Stunden verstanden (inkl. Präsenz- und Zivildienstler und Karenzurlauber).

Österreichweite Arbeitsplatzgewinner nach Branchen waren im Vergleich zu 2002 das Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen mit einem Plus von 3,8%, unternehmensbezogene Dienstleistungen mit +3,1% und das Beherbergungs- und Gaststättenwesen mit +2,2%. Arbeitsplatzverlierer waren Verkehr und Nachrichtenübermittlung mit einem Minus von 2,3%, die Sachgütererzeugung mit -1,7% und das Bauwesen mit -1,2% aber auch der Handel bzw. KFZ-Gebrauchsgüter-Reparatur, der mit -0,4% zwar nur geringfügig verlor, aber nach Absolutwerten immerhin noch 2.210 Beschäftigte abbaute.

Hinsichtlich der Verteilung von Männern und Frauen innerhalb der einzelnen Wirtschaftsklassen sind die Branchen G, J und K weitgehend geschlechtsneutral. In Wien gilt dies auch für das Beherbergungs- und Gaststättenwesen (H), Österreichweit hingegen liegt hier das Verhältnis bei 38 zu 62 (Männer zu Frauen). In den Branchen L, P, N und O sind Frauen überrepräsentiert.

Grafik 92: Beschäftigte in Wien und Österreich nach ÖNACE-Wirtschaftsklassen, 2001



Quelle: Statistik Austria

### 3.7.2 ARBEITSLOSIGKEIT UND OFFENE STELLEN

2003 waren in Wien fast 79.900 arbeitslose Personen vorgemerkt. Die Jugendarbeitslosigkeit (15-25 Jahre) lag bei 11,8%, die Altersarbeitslosigkeit (50 Jahre und älter) bei 24,7% und die Langzeitarbeitslosigkeit bei 13,5%. Die Zahl der arbeitslosen Ausländer betrug in Wien nahezu 17.100 Personen und lag mit 21,4% um 5,5 Prozentpunkte über dem gesamtösterreichischen Wert (15,9%). Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der Arbeitslosen um 3,3%, die der arbeitslosen Ausländer um 0,4%.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> AMS Österreich, HV der Sozialversicherungsträger.

Tabelle 93: Arbeitslosigkeit nach ÖNACE-Wirtschaftsklassen in Wien, 2001

ÖNACE	Unselbständig Beschäftigte	Vorgemerkte Arbeitslose, Jahresdurchschnitt	Arbeitslosen in Prozent innerhalb der Branche
A Land- und Forstwirtschaft	2.540	560	22%
C Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1.000	70	7%
D Sachgütererzeugung	91.300	10.250	11%
F Bauwesen	48.560	10.360	21%
G Handel; Instandhaltung und Reparatur von KFZ und Gebrauchsgütern	110.860	13.740	12%
H Beherbergungs- und Gaststättenwesen	31.300	6.500	21%
I Verkehr und Nachrichtenübermittlung	61.780	3.230	5%
J Kredit- und Versicherungswesen	37.600	800	2%
K Realitätenwesen, Vermietung bewegl. Sachen, Erbringung von unternehmensbez. Dienstleistungen	118.140	7.610	6%
N Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	30.300	2.040	7%
O Erbringung sonst. öffentl. u. persönlicher Dienstleistungen	46.200	3.420	7%
P Private Haushalte	660	120	18%
Total	767.500	63.460	8%

Quelle: AMS, Statistik Austria

Tabelle 94: Offene Stellen 1970 bis 2003

Jahresdurchschnitt	Offene Stellen		Arbeitslosenquote <sup>1</sup>		Offene Stellen in % des Arbeitskräftepotenzials <sup>2</sup>	
	Wien	AT	Wien	AT	Wien	AT
1970	13.900	44.800	0,9%	2,4%		1,9%
1980	8.000	36.500	1,5%	1,9%		1,3%
1990	11.900	55.600	5,8%	5,4%		1,8%
1998	4.700	23.100	8,7%	7,2%	0,6%	0,7%
1999	6.200	31.200	8,1%	6,7%	0,7%	0,9%
2000	7.000	35.500	7,2%	5,8%	0,8%	1,1%
2001	5.200	29.700	7,6%	6,1%	0,6%	0,9%
2002	3.500	23.200	9,0%	6,9%	0,4%	0,7%
2003	2.900	21.700	9,5%	7,0%	0,3%	0,6%

Quelle: AMS, Statistik Austria, Statistisches Jahrbuch Österreichs, 7.21, 7.28

### 3.7.3 BESCHÄFTIGUNGSENTWICKLUNG

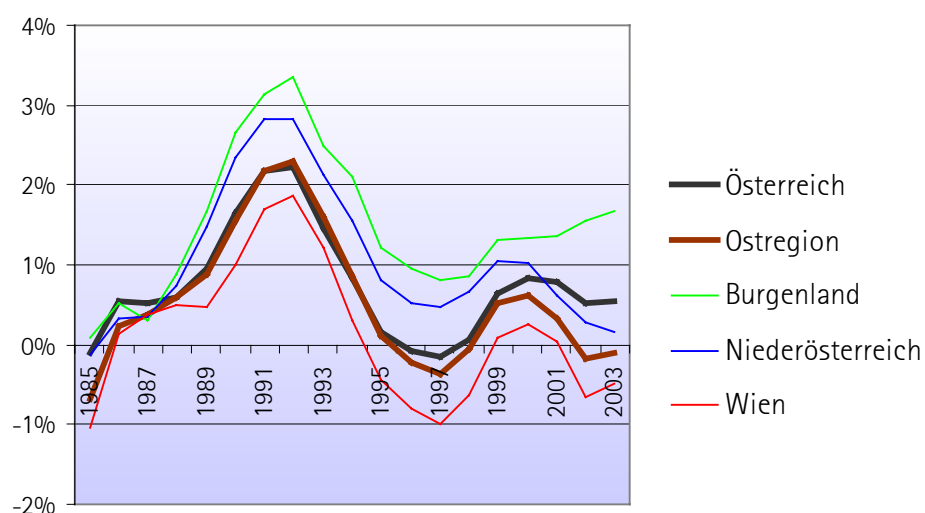
Die Entwicklung der Beschäftigungszahlen in Wien und der Ostregion sind aus nachfolgender Grafik 95 ersichtlich. Gegenüber dem Jahr 2002 ist die Zahl der Unselbständig Beschäftigten in Wien 2003 nur um 0,3% gestiegen (Österreich: 0,9%), im Bundesländervergleich ist das die geringste Steigerung. Von 2001 auf 2002 war Wien sogar das einzige Bundesland, das eine negative Beschäftigungsentwicklung von -1,3% zeigte (Österreich: +0,2%).

<sup>1</sup> Arbeitslosenquote: Anteil der Arbeitslosen am Arbeitskräftepotenzial.

<sup>2</sup> Arbeitskräftepotenzial: Unselbständig Beschäftigte und vorgemerkte Arbeitslose.

Die Beschäftigtenzahl (Unselbständig Beschäftigte) hat sich von 1985 bis 2003 Österreichweit um ca. 15% erhöht (Jahresmittelwert 0,8%). In Wien fiel der Zuwachs mit knapp 4% viel bescheidener aus. Seit 1992, dem Jahr mit dem höchsten Beschäftigungsstand, ist sogar ein Rückgang um insgesamt ca. 4% zu verzeichnen. Von den knapp 3,2 Millionen Unselbständigen Österreichweit arbeiten ca. 760.000 in Wien. Deutlich über dem Bundestrend haben sich Niederösterreich und das Burgenland entwickelt. Niederösterreich konnte seine Beschäftigtenzahl im Vergleichszeitraum um 22% auf zuletzt 524.000 erhöhen, das Burgenland sogar um 34% auf 84.000. Zusammen beherbergen die drei Bundesländer der Ostregion rund 43% aller Arbeitsplätze in Österreich. Dass das Burgenland den zwischen 2000 und 2003 bestehenden Abwärtstrend in anderen Bundesländern nicht nachvollzogen hat, liegt offensichtlich am Wirken der EU-Strukturfonds. Die Beschäftigungslage in Niederösterreich entwickelt sich seit Mitte der achtziger Jahre über dem Bundestrend. Dass der Beschäftigungszuwachs in Niederösterreich seit 2001 unter dem Bundesdurchschnitt liegt, dürfte zum Teil damit zusammen hängen, dass der Suburbanisierungstrend im Umland von Wien an seine Grenzen stößt.

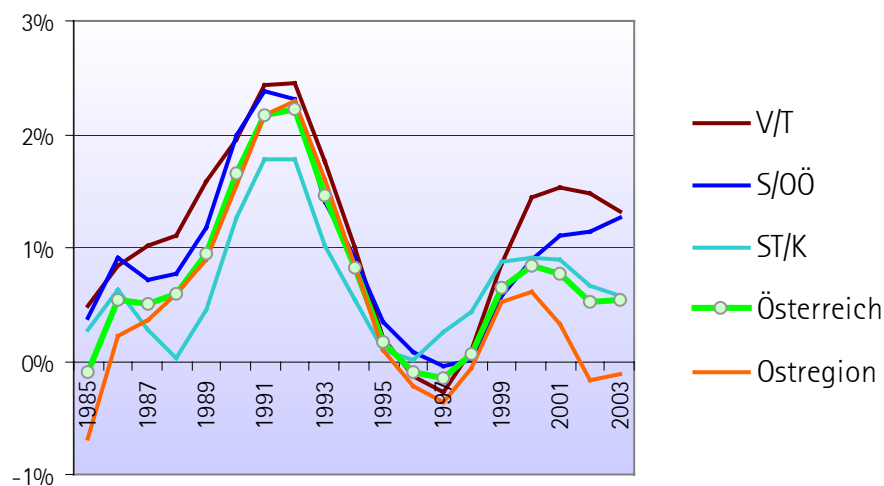
Grafik 95: Veränderung der Beschäftigtenzahlen in der Ostregion



Anm.: Änderungsraten, dreijähriger gleitender Durchschnitt, Unselbständig Beschäftigte im Jahresdurchschnitt  
 Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, FGW-Berechnung

Als zusammengefasster Wirtschaftsraum muss es der Ostregion darum gehen, bei der Schaffung neuer Jobs nicht den Anschluss an andere Regionen Österreichs zu verlieren. Die drei Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland zusammengefasst erreichten im Beobachtungszeitraum Wachstumsraten, die selten um mehr als ein bis zwei Zehntelprozentpunkte vom Österreich-Durchschnitt abwichen. Dies hat sich seit 2000 deutlich geändert. Seither wächst die Beschäftigtenzahl Österreichweit weiter um 0,6% p.a., während sie in der Ostregion stagniert. Die positiven Entwicklungen in Niederösterreich und dem Burgenland können die Job-Verluste in Wien nicht mehr kompensieren. In jüngster Vergangenheit zeigen vor allem die westlichen Bundesländer sowie Salzburg und Oberösterreich eine deutlich bessere Entwicklung der Beschäftigtenzahlen als die Ostregion. Die Stagnation der Beschäftigung kann also nur zum Teil mit der erweiterungsbedingten Absiedlung von Unternehmen des produzierenden Gewerbes erklärt werden. Die südlichen Bundesländer und Oberösterreich agieren unter den selben Rahmenbedingungen.

Grafik 96: Veränderung der Beschäftigtenzahlen in Österreich nach Regionen



Anm. und Quelle wie Grafik 95

Dieser Befund deckt sich mit dem „Bericht zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit Wiens“ von Peter Mayerhofer, der eine sehr gute Entwicklung der Einkommen, der Erwerbsquote und der Produktivität bei einer im internationalen Städtevergleich schwachen Beschäftigungsentwicklung konstatiert<sup>1</sup>.

Die beobachteten Wanderungsströme in die Ostregion erlauben den Schluss, dass sich Migration dort hinwendet, wo Jobs verfügbar sind.<sup>2</sup> Migranten mögen aus vielen Gründen kommen. Gerade Migranten aus näher gelegenen Regionen kehren aber auch leicht wieder zurück oder wandern weiter. Eine dauerhafte Niederlassung hängt zweifellos überproportional von der Verfügbarkeit von Arbeit ab.

### 3.7.4 AUSLÄNDISCHE ERWERBSTÄTIGE

Der Anteil ausländischer Beschäftigter ist im Beobachtungszeitraum (1982-2003) Österreichweit von 5,6% auf 11% gestiegen, in Wien von 9,4% auf 14,9%. Während die Gesamtzahl der Unselbständig Beschäftigten in Wien im Zeitraum von 1982 bis 2003 nur um 0,6 Prozentpunkte anstieg, erhöhte sich die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte um 59%. Österreichweit nahm die Zahl der Unselbständig Beschäftigten um 15% zu, die Zahl ausländischer Arbeitskräfte stieg um 124%. Der Anteil ausländischer Arbeitskräfte an Unselbständig Beschäftigten in Österreich stieg von 5,6% im Jahr 1982 auf 11% 2003.

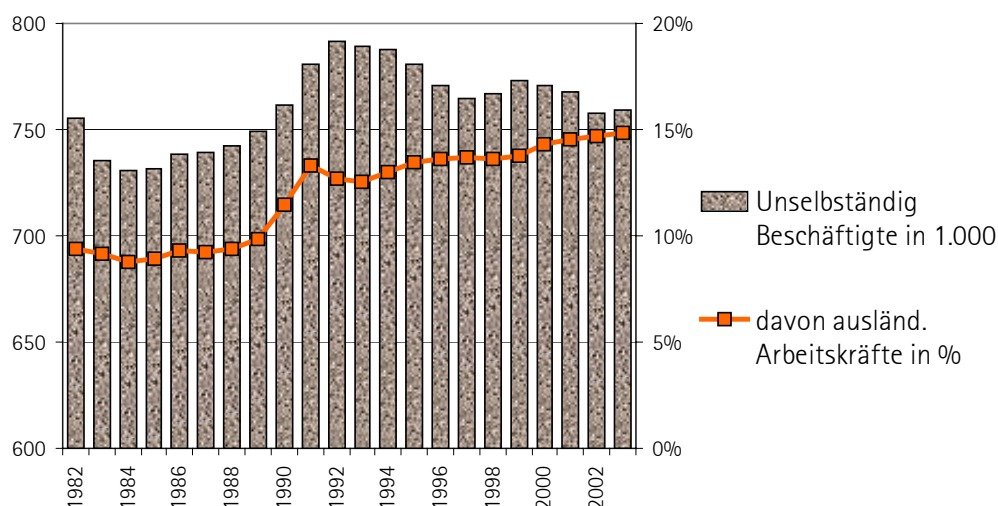
Niederösterreich und das Burgenland haben nach sehr niedrigen Anteilen in den achtziger Jahren heute annähernd den Bundesdurchschnitt erreicht (9,4% bzw. 11,4%). Der Zuwachs ausländischer Beschäftigter in Wien erfolgte vor allem während der achtziger Jahre. Seit Anfang der neunziger Jahre nahm ihre Zahl nur mehr um knapp 9.000 zu. In Niederösterreich und vor allem im Burgenland nahm die Zahl ausländischer Beschäftigter seit Anfang der neunziger Jahre deutlich stärker zu. Im Burgenland hat sie sich in diesem Zeitraum auf fast 10.000 mehr als verdoppelt.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Peter Mayerhofer: Bericht zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit Wiens. Wien: WIFO, 7/2003. S 217 f..

<sup>2</sup> Vgl. Tabelle 113, S 135.

<sup>3</sup> Vgl. dazu Tabelle 149, S 181 bzw. Grafik 97, S 106.

Grafik 97: Unselbständig Beschäftigte in Wien, 1982 - 2003



Quelle: Statistik Austria, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

Unter den in Wien arbeitenden MOEL-Bürgern arbeiten Polen vergleichsweise überproportional als Hilfsarbeitskräfte und in Handwerksberufen. Die Bürger aus den drei anderen MOE-Ländern gehen höherwertigen Berufen nach. Zuwanderer aus diesen Regionen verfügen also im allgemeinen über gute Qualifikationen und dürften geringere Probleme haben, sich im Arbeitsmarkt zu integrieren. Auch die Arbeitserhebung 1999 spiegelt dieses Bild wieder: Das Ausbildungsniveau der MOEL-Arbeitskräfte liegt über dem Niveau anderer Ausländer (v.a. aus Ex-Jugoslawien und der Türkei), aber unter jenem der EU-Ausländer und jenem der Inländer. Dies zeigt sich auf allen Ausbildungsstufen.

Grafik 98: Erwerbspersonen aus den MOEL-4 in Wien nach ISCO-Berufshauptgruppe (des Erhaltes), 2001

	PL	SK	CZ	HU	MOEL-4	AT
Angehörige gesetzgebender Körperschaften, leitende Verwaltungsbedienstete und Führungskräfte in der Privatwirtschaft	5%	6%	8%	8%	7%	9%
Wissenschaftler	4%	12%	7%	9%	8%	13%
Techniker und gleichrangige nichttechnische Berufe	13%	23%	21%	14%	18%	23%
Bürokräfte, kaufmännische Angestellte	7%	7%	9%	8%	8%	16%
Dienstleistungsberufe, Verkäufer in Geschäften und auf Märkten	15%	22%	24%	18%	20%	14%
Fachkräfte in der Landwirtschaft und Fischerei	1%	0%	1%	0%	0%	1%
Handwerks- und verwandte Berufe	28%	13%	11%	24%	19%	8%
Anlagen- und Maschinenbediener sowie Montierer	6%	4%	5%	5%	5%	5%
Hilfsarbeitskräfte	19%	11%	15%	12%	14%	11%
Soldaten	0%	0%	0%	0%	0%	1%
Erstmals Arbeit suchend	2%	3%	2%	2%	2%	1%

Quelle: VZ 2001

Laut VZ 2001 wurden in Wien insgesamt etwa 817.000 Erwerbspersonen (einschließlich selbständig erwerbstätiger und erstmals Arbeit suchender Personen) gezählt<sup>1</sup>. Nur rund 2% der Erwerbspersonen in Wien sind Staatsbürger aus den MOEL-4. Die Branchenzugehörigkeit über die MOE-Länder ist nicht ganz homogen. Polen finden in Unternehmen der Baubranche, Slowaken im Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen überproportional Beschäftigung. Von den insgesamt in Wien erwerbstätigen Polen arbeiten fast 21% im Bauwesen (F), 15,5% im Handel bzw. im Bereich Instandhaltung und Reparatur von KFZ und Gebrauchsgütern (G), 14,5% im Realitätenwesen (K), 10,5% im Beherbergungs- und Gaststättenwesen (H), 10% in der Sachgütererzeugung (D) und 8% im Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen (N).

Tabelle 99: Erwerbspersonen mit MOEL-Staatsangehörigkeit in Wien nach ÖNACE – Wirtschaftsabschnitten, 2001

	PL	SK	CZ	HU	MOEL-4	AT
Absolut	9.220	2.270	1.440	2.850	15.780	666.440
D Sachgütererzeugung	10%	8,4%	9,2%	10,6%	9,6%	10,6%
F Bauwesen	20,8%	9,1%	7,4%	15,1%	13,1%	4,5%
G Handel; Reparatur v. Kfz u. Gebrauchsgütern	16,5%	13,8%	17,8%	20,3%	17,1%	17,7%
H Beherbergungs- und Gaststättenwesen	10,5%	15,2%	15,7%	11,5%	13,2%	5,2%
K Realitätenwesen, Unternehmensdienstl.	14,5%	14,1%	14,7%	16%	14,8%	15%
N Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	7,9%	18,3%	14,2%	5,7%	11,5%	9,9%

Quelle: VZ 2001

Kürzlich wurde das EU-Erweiterungsanpassungsgesetz beschlossen. Arbeitsmarkt und heimischer Dienstleistungssektor sollen nicht sofort für Arbeitnehmer und Unternehmer aus den neuen Mitgliedstaaten geöffnet, sondern die siebenjährigen Übergangsfristen in Anspruch genommen werden. Die neuen EU-Bürger fallen also weiterhin in den Geltungsbereich des Ausländerbeschäftigungsgesetzes.

Für jene, die am Tage des Beitritts oder nach dem Beitritt rechtmäßig im Bundesgebiet beschäftigt sind und ununterbrochen mindestens zwölf Monate zum Arbeitsmarkt zugelassen waren, gilt ab 1.Mai 2004 die volle Freizügigkeit. Dieses Recht kommt auch deren Familienangehörigen (Ehegatten und Kindern) zu. Für all jene, die nach dem 1. Mai eine Beschäftigung angetreten haben, wird - wie zuvor - nach dem Ausländerbeschäftigungsgesetz verfahren. Das bedeutet, dass für EU-Bürger, die bisher in Österreich noch nicht für eine Beschäftigung zugelassen waren, vom Arbeitgeber eine Beschäftigungsbewilligung beantragt werden muss. Diese wird nur unter bestimmten Voraussetzungen erteilt: Einhaltung der österreichischen Lohn- und Arbeitsbedingungen, keine geeigneten Ersatzkräfte vorhanden, keine Arbeitskräfteüberlassung. Erleichterte Zulassungsmöglichkeiten bestehen für hoch qualifizierte Arbeitskräfte ("Schlüsselkräfte") und Saisonarbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft sowie im Gastgewerbe.

<sup>1</sup> Vgl. Tabelle 91, S 101.



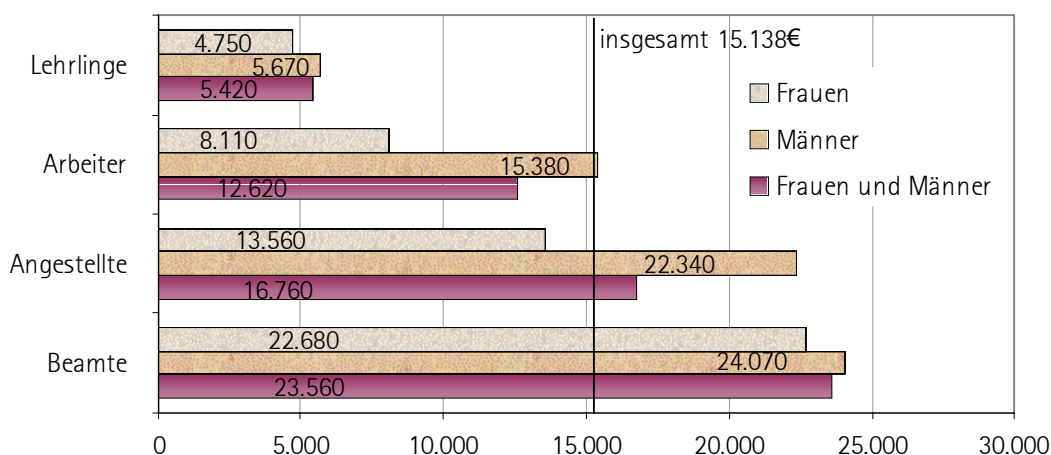
Zwischen Ungarn und Österreich gibt es seit dem Jahr 1998 ein Abkommen betreffend der Grenzgänger und Praktikanten, die Quoten werden jährlich angepasst.

### 3.7.5 EINKOMMEN

Grafik 100, S 108 zeigt die mittleren Jahresnettoeinkommen der Unselbständig Erwerbstätigen nach der sozialen Stellung und getrennt nach Geschlecht. Für alle Unselbständig Erwerbstätigen liegt das mittlere Jahreseinkommen 2001 brutto bei Euro 20.483 und netto bei Euro 15.138. Für beide Einkommensbegriffe gilt, dass bei den Beamten die höchsten mittleren Einkommen zu verzeichnen sind (brutto: 33.843 Euro, netto: 23.562 Euro). Bei den Angestellten liegt das mittlere Bruttojahreseinkommen bei 23.096 Euro bzw. das mittlere Nettojahreseinkommen bei 16.762 Euro. Hier muss erwähnt werden, dass es unter den Angestellten und auch bei den Arbeitern eine Reihe von Teilzeitkräften und Saisonbeschäftigten gibt. Die Beamten arbeiten hingegen großteils Vollzeit und ganzjährig. Weiters ist die unterschiedliche Qualifikationsstruktur der Beamten (höherer Akademikeranteil) zu berücksichtigen. Bei den Arbeitern beträgt das mittlere Einkommen brutto 16.679 Euro und netto 12.616 Euro. Die niedrigsten durchschnittlichen Einkommen weisen erwartungsgemäß die Lehrlinge auf (brutto: 6.060 Euro, netto: 5.416 Euro), da sich diese in einem Ausbildungsverhältnis befinden. Unterscheidet man zusätzlich nach dem Geschlecht, so zeigen sich weitere Differenzen. Große geschlechtsspezifische Unterschiede zeigen sich vor allem bei den Arbeitern und Angestellten. Diese sind teilweise auch durch die unterschiedlichen Arbeitszeiten bedingt (Vollzeit und Überstunden vermehrt bei Männern). Genauere Informationen zum Einfluss der Arbeitszeit auf die Einkommenshöhe finden sich bei den Auswertungen für Vollzeiterwerbstätige. Bei den Beamten und den Lehrlingen sind hingegen die Unterschiede zwischen Frauen und Männern deutlich geringer.

Eine detaillierte Aufschlüsselung nach Branchen<sup>1</sup> mittels ÖNACE ist für jene Arbeiter und Angestellte möglich, die sowohl in der Lohnsteuerstatistik als auch in der Einkommensstatistik des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger (HV) erfasst sind. Dies betrifft im Jahr 2001

Grafik 100: Mittleres Jahresnettoeinkommen (in Euro) der Unselbständig Erwerbstätigen 2001



Quelle: Statistik Austria, Rechnungshof, 2002

<sup>1</sup> Siehe unten, Tabelle 101.



insgesamt 1,36 Millionen Arbeiter und 1,54 Millionen Angestellte. Der Anteil der Frauen beträgt bei den Arbeitern 33,9% und bei den Angestellten 55,9%. Lehrlinge und ausschließlich geringfügig Beschäftigte werden hier nicht einbezogen.

In Bezug auf die Arbeitszeiten der Arbeiter und Angestellten muss erwähnt werden, dass in manchen Branchen ein relativ hoher Anteil an Teilzeitkräften zu finden ist, wie zum Beispiel in der Branche "G" - "Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern". Im ÖNACE-Abschnitt "H" - "Beherbergungs- und Gaststättenwesen" fällt das mittlere Einkommen nicht zuletzt wegen der großen Anzahl von Saisonarbeitskräften niedriger aus.

Das mittlere Bruttojahreseinkommen der Arbeiter insgesamt liegt bei 18.164 Euro. Gliedert man die Arbeiter nach ÖNACE-Abschnitten, so verdienen sie in der Branche "C" - "Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden" am meisten (28.318 Euro). Etwas niedriger liegt das mittlere Einkommen im ÖNACE-Abschnitt "E" - "Energie- und Wasserversorgung" (27.270 Euro). Für die Arbeiter in der Branche "J" - "Kredit- und Versicherungswesen" ist das niedrigste Einkommen zu verzeichnen (8.624 Euro). Getrennt nach Geschlecht zeigt sich ein etwas anderes Bild: Die Frauen verdienen im Durchschnitt in der Branche "D" - "Sachgütererzeugung" am meisten (15.937 Euro) und in der Branche "A" - "Land- und Forstwirtschaft" am wenigsten (6.875 Euro). Bei den Männern ist im ÖNACE-Abschnitt "C" das mittlere Bruttoeinkommen am höchsten (28.708 Euro) und ebenfalls im Abschnitt "A" am niedrigsten (11.143 Euro).

Die Angestellten verdienen im Jahr 2001 durchschnittlich brutto 24.383 Euro. Für diese Gruppe liegt das mittlere Bruttojahreseinkommen im ÖNACE-Abschnitt "E" - "Energie- und Wasserversorgung" am höchsten (44.963 Euro). An zweiter Stelle kommt die Branche "C" - "Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden". Hier beträgt das mittlere Einkommen 43.059 Euro. Im Unterschied zu den Arbeitern sind bei den Angestellten die geringsten durchschnittlichen Verdienste in der Branche "H" - "Beherbergungs- und Gaststättenwesen" zu verzeichnen (15.627 Euro).

Die höchsten mittleren Einkommen liegen bei den weiblichen Angestellten deutlich niedriger als bei den Männern, und sind aber vor allem in den ÖNACE-Abschnitten "E" - "Energie- und Wasserversorgung" (27.543 Euro) und "J" - "Kredit- und Versicherungswesen" (26.814 Euro) zu finden. Als Branche mit der schlechtesten Bezahlung der Frauen gilt "H", das "Beherbergungs- und Gaststättenwesen". Dort liegt das mittlere Bruttoeinkommen bei 14.461 Euro. Die männlichen Angestellten verdienen im ÖNACE-Abschnitt "C" - "Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden" am meisten (52.162 Euro). Sehr hohe Einkommen sind bei den Männern auch noch im Abschnitt "E" - "Energie- und Wasserversorgung" zu verzeichnen (48.592 Euro). Die Branche "H" - "Beherbergungs- und Gaststättenwesen" schneidet - wie bei den Frauen am schlechtesten ab (18.863 Euro).

Vergleicht man die Veränderung der Bruttojahreseinkommen zwischen den Jahren 2000 und 2001, so ergibt sich für die Arbeiter zusammen ein Zuwachs von 1,9%. Bei den Angestellten liegt die Veränderungsrate mit + 2,2% etwas höher.

Tabelle 101: Jahreseinkommen für Arbeiter und Angestellte nach Wirtschaftsklassen Österreich 2001

	Σ Personen	Brutto		Netto	
		Mittel	Median	Mittel	Median
A Land- und Forstwirtschaft	31.300	13.800	11.200	10.100	8.800
C Bergbau und Gewinnung von Steinen u. Erden	14.300	35.100	30.400	24.000	21.300
D Sachgütererzeugung	627.900	28.600	25.200	19.800	18.100
E Energie- und Wasserversorgung	28.300	44.400	39.300	29.500	26.000
F Bauwesen	258.400	23.600	22.100	16.400	15.800
G Handel; Reparatur v. Kfz u. Gebrauchsgütern	513.000	22.400	18.900	15.700	14.100
H Beherbergungs- und Gaststättenwesen	194.500	11.500	10.400	8.600	8.200
I Verkehr und Nachrichtenübermittlung	166.800	23.300	21.200	16.400	15.600
J Kredit- und Versicherungswesen	117.100	39.300	33.500	25.900	22.600
K Realitätenwesen, Unternehmensdienstleistungen	297.700	23.400	18.400	16.200	13.800
L Öffentliche Verwaltung, Sozialversicherung	285.500	23.800	22.600	17.000	16.600
M Unterrichtswesen	43.600	22.200	21.200	15.800	15.700
N Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	159.000	21.400	19.100	15.400	14.500
O Erbringung von sonst. öffentl. u. pers. Dienstleistungen	149.400	20.400	15.900	14.500	12.300
Insgesamt	2.898.900	24.100	20.900	16.900	15.400

Quelle: Rechnungshof: Bericht gemäß Art 1 §8 Bezügebegrenzungsgesetz, Reihe Einkommen, 2002/1, Wien, 2002, ÖNACE-Gliederung.

Im innerösterreichischen Vergleich liegen die Nettoaktiveinkommen der Wiener um 8,9% über dem österreichischen Durchschnitt, die mittleren Einkommenswerte (Mediane) um 4,2%. Dieser Vorteil beruht ausschließlich auf den Fraueneinkommen, die Netto um 20% über dem entsprechenden Wert für Österreich liegen, während sie bei den Männern ziemlich genau dem mittleren Österreich-Wert entsprechen. Verantwortlich für den innerösterreichischen Einkommensvorteil der Wienerinnen sind vor allem die lohnsteuerpflichtigen Einkommen von Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten. Einen Einkommensvorteil besitzen die männlichen erwerbstätigen Wiener bei den Nettoaktivbezügen nur bei den Beamten mit einem Plus von 3,5%<sup>1</sup>.

Hingegen sind bei den Pensionseinkommen die Vorteile sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen im Vergleich zu den Österreich-Werten ausgeprägt. Bei den Nettomedianeinkommen beträgt der Einkommensvorsprung der Pensionistinnen 23,8%, der der Pensionisten 12,8%.

<sup>1</sup> Statistische Mitteilungen, Heft 1/2001.

Die Daten aus der regionalisierten Lohnsteuerstatistik 1999 liefern ein aus anderen Datenquellen nicht in dieser Genauigkeit erfassbares Bild der Einkommensverteilung der Wiener Wohnbevölkerung mit Aktiv- und/oder Pensionsbezug einschließlich der Lehrlinge und Teilzeitbeschäftigten unter der Geringfügigkeitsgrenze.

Die Bezirkseinkommenshierarchie hat sich insgesamt in den letzten Jahren nur wenig verändert. Allerdings sind die transdanubischen Außenbezirke und Liesing zuletzt deutlich aufgerückt, wobei Liesing bereits als Oberschichtenbezirk zu bezeichnen ist. Hingegen ist es in Margareten, Josefstadt und Währing zu einem Rückgang der Nettoeinkommen von 1995 bis 1999 gekommen, möglicher Weise aufgrund der in diesen Bezirken ausgeprägten Verjüngung der Wohnbevölkerung.

Die relative Streuung der Einkommen ist bei Angestellten, Arbeitern und Lehrlingen vergleichsweise stark, während sie bei den Pensionisten erwartungsgemäß schwächer und bei Beamten nur gering ist. Auch wenn die Einkommen von Wienerinnen im österreichischen Vergleich überdurchschnittlich sind, bestehen dennoch nach wie vor ausgeprägte geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede. Netto liegen die Männereinkommen um 40% (Durchschnittseinkommen) bzw. 29% (Medianeinkommen) über jenen der Frauen. Noch etwas ausgeprägter sind die entsprechenden Unterschiede bei den Pensionen.

Betrachtet man Nettoaktiv- und Pensionseinkommen im Gesamten, nehmen die Einkommensvorteile von Männern gegenüber Frauen mit steigendem Alter zu, was auf die Bedeutung des Prinzips der Seniorität für Einkommensunterschiede verweist. Während bei 19- bis unter 25-Jährigen der Einkommensvorteil der Männer nur 8% beträgt, sind es bei 30- bis unter 55-Jährigen bereits knapp unter 30%. Bei den 65-Jährigen und älteren Pensionisten sind es sogar etwa 45%. Eine Analyse des Alleinverdienerabsetzbetrages und der Pendlerpauschale zeigt, dass diese steuerlichen Begünstigungen im Schnitt höheren Einkommensschichten zugute kommen.

### 3.7.6 SCHWERPUNKTE DER WIRTSCHAFTS- UND TECHNOLOGIEENTWICKLUNG IN WIEN

2003 wuchs Österreichs Wirtschaft das dritte Jahr in Folge sehr schwach. Im Jahresdurchschnitt nahm die Wertschöpfung gegenüber dem Vorjahr um nur 0,9% zu (Bruttoinlandsprodukt +0,7%). Regional verlief die Konjunktur nach dem Muster eines West-Ost-Gefälles: Im Westen Österreichs setzte die Wirtschaft ihren Kurs eines mäßigen Wachstums fort (+1,6%). Während sie sich im Süden (+0,7%) zur Jahresmitte ein wenig belebte, blieben im Osten (+0,5%) die Erholungskräfte schwach.<sup>1</sup>

Besonders stark fiel das Wirtschaftswachstum in Oberösterreich (+2,2%) und Salzburg (+2%) aus. Hingegen verlangsamte sich die Dynamik in Tirol (+0,7%) und Vorarlberg (+0,7%) deutlich im Vergleich zum Vorjahr, weil insbesondere die Sachgüterproduktion und der Tourismus weniger Impulse erhielten. Im Süden verzeichnete Kärnten (+1,5%) im gesamten Jahresverlauf eine überdurchschnittliche Expansion, während in der Steiermark erst in der zweiten Jahreshälfte eine Erholung einsetzte; das Jahresergebnis der steirischen Wirtschaft fiel wegen des Rückgangs im 1. Halbjahr mäßig aus (+0,3%). Im Osten war das Wachstum im Burgenland (+1,4%) zwar weiterhin überdurchschnittlich, die Auftriebskräfte haben sich aber im Vergleich zum Vorjahr nicht weiter verstärkt. In Niederösterreich und in Wien trat im Sommer eine Belebung ein, ohne im Jahresergebnis eine entscheidende Positionsverbesserung zu bewirken (Niederösterreich +0,6%). Wien (+0,3%) wies gemeinsam mit der Steiermark die geringste Wirtschaftsdynamik auf.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> WIFO, Mai 2004.

<sup>2</sup> Vgl. dazu die Änderungen der Beschäftigtenzahlen, Grafik 95, S 104 und Grafik 96, S 105.

Der regionale Konjunkturverlauf wurde auch im Jahr 2003 weitgehend durch die Dynamik der Sachgüterproduktion bestimmt. Dieser Sektor erholte sich im Sommer etwas, nachdem die Umsätze zwei Jahre hindurch stagniert haben oder gesunken sind. Die Belebung beschränkte sich auf einige Branchen, insbesondere auf solche mit überwiegend höherqualifizierten Arbeitskräften (Technologie- und Verarbeitungssektor). In Wien, wo der Technologie- und Verarbeitungssektor überdurchschnittliches Gewicht hat, verbesserte sich die Produktionsentwicklung zur Jahresmitte. Die Jahresumsätze der Sachgüterproduktion wurden durch rezessive Entwicklungen in der ersten Jahreshälfte gedrückt, während die Bauwirtschaft für Wien eine der wenigen Wachstumssäulen der Konjunktur blieb.

Das reale Wachstum der Bruttowertschöpfung lag mit 1,2% etwa doppelt so hoch wie im Österreich-Schnitt. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (2003: 36.800 Euro) ist in Wien seit 1975 um 92% und damit deutlich rascher gestiegen als der Durchschnitt der europäischen Großstädte (+63%). 2003 gab es mit 6.792 Betriebsgründungen einen neuen Rekord; 39 ausländische Unternehmen haben neue Niederlassungen in Wien gegründet.

Dennoch befindet sich die Wiener Wirtschaft in einer Umbruchsphase: Weg von der Produktion hin zur Dienstleistung. Wien soll zu einem der Dienstleistungszentren des neu entstehenden Wirtschaftsraumes in Mittel-Osteuropa werden. Um dieses Ziel zu erreichen, werden Arbeitsschwerpunkte in den Bereichen Ausbildung, Technologie und Innovation sowie Wirtschaftsförderung gesetzt. Dabei hat die Wiener Wirtschaft bereits jetzt einen Spitzenplatz bei den Investitionen je Beschäftigtem und eine hohe Akademikerquote aufzuweisen: So liegen die Innovationsaufwendungen in Prozent des Umsatzes in der Bundeshauptstadt bei 5,4%, im übrigen Österreich bei 4,2%. 12% der Berufstätigen in Wien haben einen Hochschulabschluss, im Österreichdurchschnitt sind es 7%. Eine höhere Schule haben in Wien 17%, in Restösterreich 12% besucht.

Einer der Schwerpunkte in der strategischen Ausrichtung der Wiener Wirtschaft ist Forschung und Entwicklung. So wurden im Zuge der seit 1997 laufenden Technologieoffensive mehr als 350 Millionen Euro für technologiepolitische Maßnahmen aufgewendet. Etwa durch finanzielle Unterstützung für Unternehmen, wissenschaftliche Einrichtungen, die Errichtung von Immobilien, die Förderung des Wissenstransfers oder die Etablierung von Betreuungsstrukturen. Schwerpunkte der Technologieoffensive sind Life Sciences (Biotechnologie & Pharmazie), Kommunikations- und Informationstechnologie sowie Verkehrstechnologie und -logistik.

Erste Erfolge sind bereits sichtbar: 50% der Technologieausgaben (etwa 1,65 Milliarden Euro) werden in Wien getätigt; drei Viertel der Biotech-Firmen in Österreich haben sich in Wien niedergelassen, 80% aller Biotechnologieunternehmen haben sich in der Vienna Region angesiedelt. Mehr als 2.000 Personen sind am Biotech-Standort Wien im F&E-Bereich tätig. Insgesamt arbeiten 44% aller im Forschungs- und Entwicklungsbereich Beschäftigten in Wien; zwei Drittel der österreichischen Unternehmen der Informations- und Kommunikationstechnologie (7.300 Unternehmen mit 70.000 Mitarbeitern) haben sich in Wien angesiedelt. Der Exportanteil dieser Betriebe liegt bei mehr als 20%. Hauptexportmarkt

sind die MOEL. 25% aller Forschungseinrichtungen sind in Wien konzentriert; mehr als die Hälfte des wissenschaftlichen Personals an den österreichischen Hochschulen arbeitet in Wien.

Das TechGate, Österreichs erster Wissenschafts- und Technologiepark, soll die Vernetzung von Wissenschaft und Praxis ermöglichen. Schwerpunkte sind neben Telekommunikation auch Informationstechnik, Softwareentwicklung, Medizintechnik und Werkstofftechnologie. Im Rahmen der Technologieoffensive wird der Biotechnologie breiter Raum gegeben: So hat sich ein viel beachtetes Biotechnologiecluster mit mehr als 20 Firmen entwickelt. Als das Paradebeispiel gilt das Vienna Bio Center, in dem 700 Forscher aus 40 Nationen arbeiten. Weitere Biotechnologie-Forschungsstätten sind das Vienna International Research Cooperation Center, das Kompetenzzentrum Austrian Center of Biopharmaceutical Technology sowie das Biozentrum Muthgasse.

Im Informations- und Kommunikationsbereich haben zwei Drittel der Unternehmen (7.300 Betriebe mit 70.000 Mitarbeitern) ihren Sitz in Wien. Der Exportanteil dieser Unternehmen liegt bei mehr als 20%, der Umsatz bei 16,4 Milliarden Euro. An die 200 österreichischen IKT-Firmen steuern ihre Aktivitäten in Mittel- und Osteuropa von Wien aus.

Im Bereich Verkehrstechnologie will Wien eine Vorreiterrolle spielen: Ein Jahr nach seiner Gründung zählt der Automotive Cluster Vienna Region bereits an die 51 Mitgliedsbetriebe, in denen mehr als 15.600 Beschäftigte arbeiten. Kooperationen mit ungarischen und slowakischen Partnern konnten im Rahmen des von der Stadt Wien und Niederösterreich initiierten Clusters, der auf die Verbindung von klassischer Autoproduktion und neuen Technologien setzt, bereits durchgeführt werden. Beispielsweise wurde gemeinsam mit dem ungarischen Autocluster PANAC ein Interreg IIIA-Projekt zum interkulturellen Sprachtraining für automotiv Zulieferbetriebe eingereicht. Ein anderes Beispiel ist die Organisation eines grenzüberschreitenden Produktionsverbundes und die Nutzung sich ergänzender Kompetenzen von österreichischen und slowakischen F&E-Unternehmen.

Zur weiteren Stärkung Wiens als Forschungs- und Hochtechnologiestandort wurde jüngst eine strategische Allianz zwischen der Stadt Wien und dem Austrian Research Center (ARC) gebildet. Im Mittelpunkt dieser Allianz stehen drei neue gemeinsame Forschungsprogramme sowie die Ansiedlung von ARC-Niederlassungen im TechGate Vienna und am Technologiestandort Paukergründe. Die drei neuen Forschungsprogramme, in die die Stadt vier Millionen Euro investiert, haben die Schwerpunkte urbane Innovationspolitik, Simulationstechnologien im Bereich intelligenter Verkehrssysteme und Energie sowie der Quanteninformatik.

Seit Mitte 2003 sind die sogenannten Creative Industries ein weiterer Schwerpunkt, für die ein eigenes Kompetenzzentrum geschaffen wurde. Die kreativen Unternehmen im Bereich Multimedia, Design, Mode und Musik weisen seit einigen Jahren ein starkes Wachstum auf – mit anhaltendem Trend. Etwa 5.000 Unternehmen mit mehr als 25.000 Arbeitnehmern sind in Wien im Bereich Multimedia, Design, Mode und elektronische Musik tätig. Werden der öffentliche Sektor sowie der Non-Profit-Bereich dazu gerechnet, sind 120.000 Menschen (Österreich: 250.000) in insgesamt etwa 18.000 Unternehmen, in dieser

Sparte tätig. Das sind etwa 14% aller Beschäftigten Wiens. Die Qualifikationsniveau der Beschäftigten in den Creative Industries liegt weit über dem Durchschnitt in der Gesamtwirtschaft. Jeder vierte Erwerbstätige verfügt über einen Hochschulabschluss, weitere 44 Prozent über Matura-Reife.

### 3.7.7 WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN ÖSTERREICHS ZU DEN MOE-LÄNDERN

Österreich hat mit einigen der neuen EU-Länder, insbesondere den Nachbarstaaten seit der Ostöffnung 1989 intensive Wirtschaftsbeziehungen aufgebaut, die sich auf eine schrittweise Integration der Region aufgrund der "Europaabkommen" sowie auf die bedeutende Wirtschaftshilfe stützen. Die Bedeutung der Länder für den Außenhandel ist in Österreich deutlich größer als in allen anderen EU-Ländern. Der Beitritt hat die Wirkungen einer EU-Integration, zumindest was den Bereich der Industrieprodukte betrifft, großteils schon vorweggenommen, sodass mit dem Beitritt selbst unmittelbar keine großen Veränderungen zu erwarten sind, sondern allenfalls eine Verstärkung der bereits seit der Ostöffnung sichtbaren Trends.

Die Nachfrage aus allen MOE-Ländern wurde zur maßgeblichen Stütze der österreichischen Ausfuhr: Die Exporte wuchsen im Zeitraum 1993 bis 2003 um durchschnittlich 11,6% pro Jahr, was einer Verdreifachung des Ausfuhrvolumens entspricht. Zugleich wuchsen die Importe Österreichs aus den MOE-Ländern mit +14,1% p. a. doppelt so schnell wie der Gesamtimport Österreichs (+6,9%). Dies ist auch ein deutliches Zeichen für die erfolgreiche Transformation der früheren Planwirtschaften, mit der ein tiefgreifender Wandel der Exportstruktur und eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit einhergingen. Hohe ausländische Direktinvestitionen in den Transformationsländern waren ein bedeutender Faktor der Exportperformance dieser Länder.

Trotz des Wachstumsvorsprungs der Importe erwirtschaftet Österreich im Handel mit den MOE-Ländern einen Exportüberschuss (2003 1,4 Mrd. Euro), der maßgeblich zur Dämpfung des Defizits im Gesamthandel beitrug. Seit 1997 zeichnet sich allerdings eine Verringerung des Exportüberschusses mit Ost-Mitteuropa ab. Dies ist zum Teil auf einen verstärkten Vorleistungsbezug im Rahmen einer fortschreitenden vertikalen Arbeitsteilung zurückzuführen. Der kostengünstige Bezug aus diesen Staaten ermöglichte in vielen Bereichen eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und damit auch die bessere Durchsetzung auf den Märkten der Industriestaaten.

Österreichs Handelsbeziehungen konzentrierten sich bisher auf die MOEL-5 (Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien). Mit Ausnahme der Slowakei erwirtschaftet Österreich mit jedem einzelnen Land dieser Gruppe Exportüberschüsse, die höchsten mit Ungarn und Slowenien. Ungarn ist der weitestwichtigste Markt für österreichische Exporte in den MOEL-5 und lag 2003 mit 4,0% der Gesamtexporte an der siebenten Stelle der Rangliste österreichischer Exportdestinationen. Tschechien ist der zweitwichtigste Markt in Ost-Mitteuropa.

Besonders dynamisch entwickelt sich der Außenhandel mit der Slowakei, die Exporte stiegen um das Vierfache, die Importe um mehr als das Sechsfache. Mit der großen Dynamik der Importe drehte sich

die Handelsbilanz mit der Slowakei 1999 in ein Passivum. Auch der Exportüberschuss mit Tschechien verringert sich seither stetig und war 2003 mit -0,2 Mrd. Euro erstmals negativ. Nach Slowenien exportiert Österreich etwa gleich viel wie nach Polen, das der weitaus größere Markt ist. Die anderen MOE-Länder spielen im österreichischen Außenhandel bisher eine unbedeutende Rolle, ihr Anteil am Gesamthandel übersteigt nicht die Marke von 0,1%.

Eine Analyse der Marktanteile zeigt die starke Position österreichischer Exporteure in den Nachbarstaaten unter den MOE-Ländern: Am höchsten ist der Marktanteil in Slowenien (15,7%) vor Ungarn (12,5%), der Slowakei (12%) sowie Tschechien (7,4%). In den Nachbarstaaten in Osteuropa ist die Marktstellung österreichischer Exporteure deutlich stärker als die aller Konkurrenzländer.

Bis etwa 1992 weitete Österreich seine Marktposition in den MOEL-5 außergewöhnlich stark aus, seither waren allerdings fast durchwegs Positionsverluste zwischen 20% und 30% zu verzeichnen. Nach der außergewöhnlichen Steigerung der Exporte nach der Ostöffnung und mit dem Nachdrängen der westlichen Mitbewerber (Ausklingen der "First-Mover"-Vorteile) waren diese Verluste teilweise unvermeidlich und sollten nicht allgemein als Misserfolg, wenn auch als Warnsignal interpretiert werden. In Slowenien, aber auch in den baltischen Ländern sowie Malta und Zypern verbesserte Österreich seine Marktstellung in dieser Zeit, in Polen wurde die Position gehalten.<sup>1</sup>

Gemäß den Simulationsanalysen des WIFO waren die Effekte der Ostöffnung bzw. der EU-Erweiterung für die österreichische Wirtschaft auf makroökonomischer Ebene vorwiegend positiv. Die Mehrheit der österreichischen Unternehmen hat sich damit an die neuen Bedingungen gut angepasst und die Chancen genutzt; die positive Gesamtbewertung verdeckt aber die teilweise großen Anpassungsprobleme in einigen der weniger wettbewerbsfähigen Produktbereiche.

**Tabelle 102: Österreichs Außenhandel mit den EU-MOE-Ländern**

	Anteile am		durchschnittl. jährl. Veränderung		Handelsbilanz		Marktanteil
	Export	Import	Export	Import	Mio. Euro	In% des BIP	
	2003		1993/2003		2003		2002
MOEL-5	12,3%	10,6%	+ 11,4%	+ 14,1%	1.171	0,52%	8,2%
Tschechien	3,1%	3,3%	+ 11,3%	+ 14,7%	-219	-0,10%	7,4%
Slowakei	1,5%	1,8%	+ 14,8%	+ 20,1%	-235	-0,11%	12,0%
Ungarn	4,0%	3,2%	+ 10,2%	+ 12,7%	579	0,26%	12,5%
Polen	1,7%	1,2%	+ 11,1%	+ 11,2%	355	0,16%	3,3%
Slowenien	2,0%	1,1%	+ 12,1%	+ 13,3%	690	0,31%	15,7%
Welt	100%	100%	+ 8,7%	+ 6,9%	-1.361	-0,61%	1,9%

Quelle: WIFO-Datenbank laut Statistik Austria.

<sup>1</sup> WIFO-Pressemitteilung: „EU-MOE-Länder 1“, 03.05.2004.

Die MOE-Länder stehen der österreichischen Industrie dabei in dreifacher Weise gegenüber: als Markt mit neuen und wachsenden Absatzchancen, als Konkurrenten und als kostengünstiger Partner in einer vertikalen internationalen Arbeitsteilung zur Steigerung der Konkurrenzfähigkeit der Produkte auf dem Weltmarkt. Seit Mitte der neunziger Jahre wird der Trend zum verstärkten Vorleistungsbezug im Rahmen des internationalen Outsourcing in die MOE-Länder immer deutlicher; mit der Erweiterung verringern sich die Transaktionskosten weiter, "Just-in-Time"-Lieferungen sind noch einfacher umzusetzen.

Die österreichische Industrie nutzte die Exportchancen seit der Ostöffnung vor allem in jenen Bereichen gut, die in einer Integration zwischen Ländern mit unterschiedlichem Entwicklungsniveau Vorteile zu erwarten haben (technologieorientierte, werbeintensive, skillintensive und qualitätsorientierte Branchen). Einbußen von Handelsvorteilen ergeben sich, weil entweder der Import von Vorleistungen und Zwischenprodukten aus den MOE-Ländern im Zuge einer intensivierten Arbeitsteilung ausgeweitet wird oder die Importe von Endprodukten einer Branche aus den MOE-Ländern wettbewerbsfähiger werden. Anbieter aus den MOE-Ländern erscheinen vermehrt konkurrenzfähig. Während dabei aber aus den MOE-Ländern häufig Produkte mit niedrigerem Preis oder geringerer Qualität als aus Österreich kommen, ist z.B. die Medizintechnik schon jetzt durch einen Austausch von Gütern gleicher Qualität gekennzeichnet. In Branchen, wo ungünstige Branchenmerkmale wie standardisierte, arbeitsintensive Produktionsverfahren, geringe Qualifikation der Arbeitskräfte oder Preiswettbewerb überwiegen, erforderte die Ostöffnung teilweise erhebliche Strukturanpassungen.

Primäre Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist es, die notwendigen Rahmenbedingungen und Anreize zu schaffen, die den Strukturwandel erleichtern und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen verbessern. Dabei ist insbesondere die Technologiepolitik gefordert, da gerade die Unterschiede zwischen dem technologischen Entwicklungsniveau von Volkswirtschaften eine wichtige Quelle nationaler Wettbewerbsvorteile sind.<sup>1</sup>

Wolfgang Petritsch<sup>2</sup>: „Österreich hat ein unglaublich positives Image und dient vielfach den Menschen am Balkan als Vorbild. Sie sehen den riesigen Erfolg, den wir innerhalb weniger Jahrzehnte auf die Beine gestellt haben. Das gibt Zuversicht. Ein Land ohne imperiale Ansprüche oder Dominanzfantasien kann sie dabei unterstützen. Die Wirtschaft nützt das erfolgreich und ist in vielen Ländern die Nummer eins bei Investoren.“

Die Aktivitäten der österreichischen Unternehmen in Osteuropa haben vor allem die Erschließung und die Sicherung der bestehenden Märkte, zum Teil auch Kostensenkungen durch die Auslagerung arbeitskostenintensiver Produktionsvorgänge zum Ziel. Sie stützen sich aber auch auf die Leistungsfähigkeit der Tochterunternehmen sowie auf die Rentabilität des dort investierten Kapitals.

---

<sup>1</sup> WIFO-Pressemitteilung: „EU-MOE-Länder 2“, 04.05.2004.

<sup>2</sup> Wolfgang Petritsch, früherer EU-Beauftragter für Bosnien-Herzegowina, dzt. UN-Botschafter in Genf in einem Interview in „Die Presse“ vom 27.06.2003.



Im Vordergrund des Interesses der österreichischen Investoren stehen gegenwärtig Tschechien und seit 2001 auch die Slowakei. Dazu tragen nicht nur die geographische Nähe, die relativ hohe Kaufkraft der Bevölkerung und die industrielle Tradition des Landes bei, sondern auch das Angebot an zu privatisierenden Unternehmen. Tschechien ist seit 1998 das wichtigste Zielland für österreichische Direktinvestitionen im Osten; lediglich 2001 nahm die Slowakei den ersten Rang ein.

In der ersten Jahreshälfte 2002 investierten österreichische Anleger in Tschechien 0,7 Mrd., das entsprach etwa 40% aller Ostinvestitionen. An zweiter Stelle lag etwas überraschend Kroatien (0,3 Mrd.) – ein Land, das erst seit Kurzem zu den EU-Beitrittskandidaten zählt. Die Neuinvestitionen in Slowenien und Ungarn erreichten mit jeweils knapp 0,2 Mrd. etwa die Hälfte des Investitionsvolumens des gesamten Jahres 2001. Wie zumeist in der Vergangenheit waren auch 2002 die Investitionen in Polen mit 80 Millionen gering.

Seit Ende der neunziger Jahre konnte die österreichische Wirtschaft ihre Position als Investor im Osten ausweiten. Der österreichische Marktanteil an den Neuinvestitionen in der Region stieg von 3,3% im Jahr 1998 kontinuierlich auf 8,3% 2001 und erreichte in der ersten Hälfte 2002 mit 10,2% seinen bisher höchsten Wert. An den Neuinvestitionen in Mitteleuropa war Österreich 2002 mit 12,3% beteiligt; hier sticht das Ergebnis in der Slowakei mit einem Anteil von 43,5% hervor. Aber auch in Ungarn (24,5%) und Slowenien kam fast ein Viertel der gesamten Auslandsinvestitionen aus Österreich.

Die zunehmende Verlagerung einzelner Funktionen in die MOEL ist aber auch für internationale Konzerne von Interesse. Österreich, insbesondere Wien ist damit allerdings in seiner Brückenkopf-Funktion zur Erschließung und Bearbeitung mittel- und osteuropäischer Märkte gefährdet. Aufgrund der deutlichen Verschlankung bestehender, in Österreich ansässiger Niederlassungen wären Staat und Unternehmen gefordert, „die Attraktivität Österreichs als Kompetenz- und Wissensstandort weiter auszubauen [...]“.<sup>1</sup>

Immer mehr Unternehmen agieren nämlich direkt vor Ort in osteuropäischen Ländern, die ihre traditionellen Standortnachteile (Bildungsniveau, Transportinfrastruktur, Informationsbeschaffung) sukzessive wettmachen und etwa mit niedrigeren Steuern und Flexibilität der Mitarbeiter punkten. Trotz des zunehmend höheren Lohnniveaus (das in den MOE-Ländern teilweise um 300% angestiegen ist), werden weitere Investitionen in diesem Raum geplant: Höhere Löhne bedeuten höhere Kaufkraft.

---

<sup>1</sup> Boston Consulting Group, Mei-Pochtler, Antonella / Reich, Rainer: Österreich als Brückenkopf nach Osteuropa gefährdet, Pressemitteilung vom 27.06.2003 zur BCG-Studie.



## 4 MIGRATIONSSZENARIOEN FÜR WIEN

### 4.1 STABILE MIGRATION

Eine stabile Migration bildet die Basis für die Einschätzung des künftigen Wohnungsbedarfes: Seit Mitte der neunziger Jahre unterliegen Zuwanderung nach Wien und Abwanderung kaum größeren Schwankungen. Die Zuwanderung durch Österreicher und Nicht-Österreicher liegt konstant bei je etwa 23.000 Personen. Dem steht eine Abwanderung von durchschnittlich ca. 15.000 Ausländern und 28.000 Inländern gegenüber. Daraus ergibt sich ein Wanderungsgewinn von durchschnittlich 4.000.<sup>1</sup>

Die Statistik Austria leitet aus den Wanderungsströmen und der natürlichen Bevölkerungsbewegung der Vergangenheit eine wenig spektakuläre Wanderungs- und Bevölkerungsprognose bis 2050 ab. Dass Wien auch größere Wanderungsströme zu bewältigen in der Lage ist, verdeutlicht ein Blick in die Vergangenheit. In den siebziger und achtziger Jahren machten die Wanderungsströme annähernd das Dreifache der heutigen Werte aus. In dieser langen Reihe relativiert sich auch der durch den Balkankrieg ausgelöste Zuwanderungsschub Anfang der neunziger Jahre.

Die Zu- und Abwanderung aus den MOE-Ländern macht sich im Vergleich zu den großen Herkunftsländern Ex-Jugoslawien und Türkei bescheiden aus mit Zuwanderungen von zuletzt durchschnittlich nicht mehr als 2.800 Personen und Abwanderungen von 2.000 Personen pro Jahr. Knapp die Hälfte der Zuwanderung aus MOE-Ländern sind Polen. Ungarn und Slowaken machen jeweils rund 20% aus, Tschechen 12%.

Wesentlich zur Beurteilung der Wanderungsdynamik aus den MOE-Ländern ist auch die Entwicklung der Einbürgerungen. Während sich die Einbürgerungen insgesamt sehr dynamisch entwickeln, haben die Einbürgerungen von Personen aus den MOEL eine sogar sinkende Tendenz bei deutlich unter 1.000 Personen pro Jahr. Der Schluss liegt nahe, dass seitens dieser Bevölkerungsgruppe wenig Neigung besteht, sich dauerhaft in Österreich niederzulassen.<sup>2</sup>

Mit Stand 2001 lebten ca. 22.000 Personen (Hauptwohnsitz) aus den vier untersuchten MOE-Ländern in Wien. Eine etwas geringere Zahl wurde innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte eingebürgert. Damit stammt nur etwa jeder zehnte Ausländer in Wien aus den MOE-Ländern. Ihr vergleichsweise geringer Stellenwert lässt Rückschlüsse auf die Wanderungspotenziale nach Ablauf der Übergangsfristen zu.

Ein Überblick über die zahlreichen, aber letztendlich inkonsistenten Untersuchungen zu den Auswirkungen der EU-Erweiterung und Prognosen zur erwarteten Migration wurde bereits in Kapitel 2.3, S 55 erörtert. In 4.5, S 134 werden, auf neueste Erkenntnisse aufbauend, revidierte Migrationsszenarien vorgestellt.

---

<sup>1</sup> Vgl. Grafik 9, S 16.

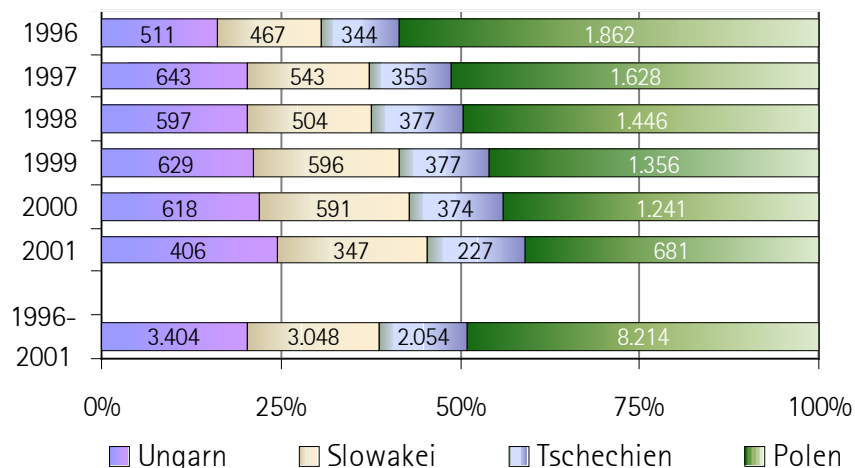
<sup>2</sup> Vgl. Grafik 18, S 23.

## 4.2 BISHERIGE MIGRATION AUS DEN MOEL-4

Es wurden in den projektbezogen erarbeiteten Country Reports große Anstrengungen unternommen, um hinsichtlich der internationalen Migration vergleichbare Daten zu erfassen. Es werden in den einzelnen Ländern nicht nur unterschiedliche Konzepte, Definitionen und Datenquellen verwendet, was einen Vergleich zwischen den Ländern schwierig macht. Sofern überhaupt Zahlen zu Wanderungsbewegungen vorliegen, werden die Weggänge im Berichtswesen auch ganz offensichtlich unterschätzt. Denn der Großteil der Abwanderung temporärer Natur ist, „they go unnoticed and are not recorded“.<sup>1</sup> Teilweise konnten Daten nicht geliefert werden. Es ist daher nur möglich, eine auf sachkundiger Bewertung beruhende Einschätzung der internationalen Migranten in Europa, ihrer Herkunfts- und Zielgebiete und ihrer demografischen Merkmale zu erhalten.

Laut Wanderungsstatistik wurden im Zeitraum 1996 bis 2001 insgesamt knapp 2.800 Zuwanderer per anno aus den MOEL-4 verzeichnet. Davon stammten fast 50% aus Polen, 20% aus Ungarn, 18% aus der Slowakei und nur 12% aus der Tschechischen Republik. Die Tendenz scheint allgemein rückläufig.

Grafik 103: Zuwanderung aus den MOEL-4 nach Wien, 1996-2001



Quelle: Statistik Austria

In den meisten MOE-Ländern verlagern nur rund 0,5% der Bevölkerung ihren Wohnsitz innerhalb eines Jahres. Für die EU liegt diese Kennzahl knapp unter 1%. Gegenüber Anfang der neunziger Jahre hat sich die interne Mobilität in diesen Ländern sogar verringert. Dies geht aus einer Studie des WIFO mit sieben internationalen Partnerinstituten hervor, die im Rahmen des Projekts „Access Lab“ die Arbeitsmarktsituation in den MOE-Ländern im Zeitraum 1992 bis 2002 untersucht.<sup>2</sup> Die Migrationsbereitschaft innerhalb

<sup>1</sup> ICMPD. Wien 1997.

<sup>2</sup> Huber / Traistaru, 2003, S 847.

Tabelle 104: Interne Migrationsraten

		Bruttomigration in% der Bevölkerung <sup>1</sup>		Nettomigration in% der Bevölkerung <sup>2</sup>		Anteil der Netto- migration	
		1992	1998	1992	1998	1992	1998
Österreich	NUTS II	0,89	0,93	0,08	0,09	2,32	2,77
Polen	Woiwodschaften	1,23	1,08	0,06	0,05	5,00	4,66
Slowakei	Okres	0,17	0,06				
Tschechien	NUTS II	0,57	0,48	0,009	0,07	1,64	13,93
Ungarn	Komitate			0,16	0,17		

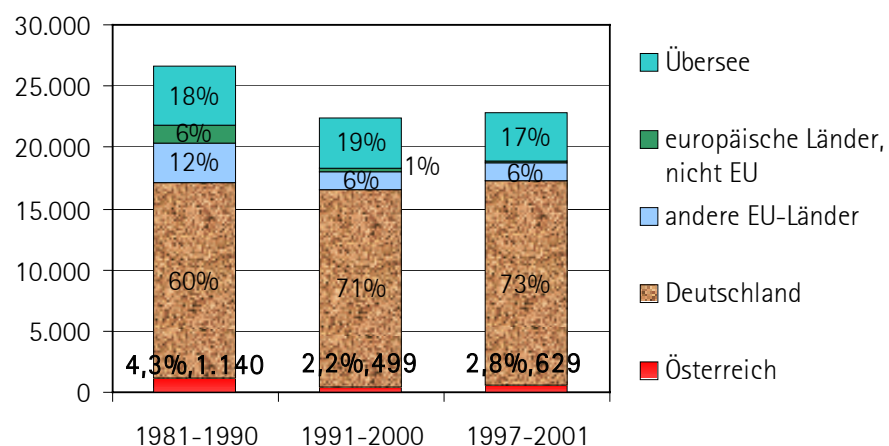
Quelle: WIFO Monatsbericht, 11/2003, S 847

der Länder ist in den vergangenen Jahren um 10 bis 15% gesunken. Die geringe Mobilität wird u.a. mit Ineffizienzen an den dortigen Wohnungs- und Kapitalmärkten begründet, die es erschweren, an einem geänderten Arbeitsort eine Wohnungen zu finden oder Kredite für deren Kauf zu bekommen.

#### 4.2.1 POLEN

Während der letzten 20 Jahre sind 515.000 Polen emigriert, Hauptziel war Deutschland mit insgesamt fast 340.000 Migranten. Der Trend nach Deutschland zu gehen, hat sich von 1997 bis 2001 sogar noch verstärkt. Für Österreich werden im Zeitraum von 1981 bis 2001 etwa 17.000 polnische Einwanderer genannt, das sind 3,3% der gesamten internationalen Emigration aus Polen.

Grafik 105: Zielländer internationaler Emigration aus Polen von 1981-2001



Quelle: Country Report Polen, FGW

Offiziellen Angaben entsprechend wanderten im Zeitraum von 1981 bis 1990 durchschnittlich 1.140 Polen pro Jahr nach Österreich aus (das waren 4,3% der Gesamtmigration aus Polen). Von 1997 bis 2001 waren es 629 Emigranten pro Jahr bzw. 2,8% der gesamten Emigration aus Polen. Wie aus obiger Grafik (Grafik 105) zu erkennen ist, stellt Deutschland das Hauptzielland polnischer Emigration dar.

<sup>1</sup> Brutto-Migrationsraten sind alle Personen die binnen eines Jahres ihren Wohnort über Regionsgrenzen verlagern in % der Bevölkerung des Landes.  
<sup>2</sup> Nettomigration ist die Summe der Absolutwerte der Differenzen zwischen Emigration und Immigration einer Region.

Dies entspricht der Wanderungsstatistik 2002 der Europäischen Kommission, laut der sich die meisten Polen in Deutschland finden.<sup>1</sup> In Deutschland ist bei den polnischen Gastarbeitern eine mittelfristige Verweildauer am häufigsten zu beobachten, Aufenthalte von einem bis vier Jahre und von acht bis zehn Jahren machen je 20% aus.<sup>2</sup>

#### 4.2.2 SLOWAKEI

Besonders für die Slowakei gelten oben angeführte Schwierigkeiten der Datenbeschaffung und Datenplausibilität zur internationalen Migration.

#### 4.2.3 TSCHECHIEN

Die Migranten aus der Tschechischen Republik setzen sich im Wesentlichen aus zwei Gruppen zusammen: Zum einen werden hoch qualifizierte Arbeitskräften aus den großen Städten wie Prag samt Umland und Brünn abwandern, zum anderen wird Wien aus den an Österreich grenzenden Regionen Südböhmen, der Region Vysocina und Südmähren auch weniger qualifizierte Arbeitskräfte anziehen.<sup>3</sup>

Einen bedeutenden Migrationsfaktor in Tschechien bilden junge, gebildete Personen mit Sprachkenntnissen.<sup>4</sup> Hauptmigrationsmotive sind gute Verdienstmöglichkeiten, Vervollkommnung der Sprachkenntnisse, Sammeln neuer Erfahrungen und das Kennenlernen eines neuen Umfelds. Häufig wird diese Form zur Überbrückung der Periode bis zum Beginn eines Hochschulstudiums gewählt. Dabei sind die jungen Leute bereit, jede beliebige Arbeit anzunehmen. Dieser Migrationstyp zieht gewissermaßen aus, um „Lehr- und Wanderjahre“ zu absolvieren und kehrt in der Regel nach ein bis zwei Jahren wieder zurück. Dank der perfektionierten Sprachkenntnisse und der gewonnenen Erfahrungen finden diese Personen dann auf dem heimischen Arbeitsmarkt bessere Beschäftigungs- und damit auch höhere Verdienstmöglichkeiten vor.

Eine weitere Möglichkeit zu migrieren, ist das Pendeln, die Fahrt zur Arbeit und die tägliche bzw. wöchentliche Rückkehr zum Aufenthaltsort im Mutterland. Pendler kommen aus allen Alterskategorien und haben das unterschiedlichste Bildungsniveau und unterschiedliche Berufserfahrungen. Im Wesentlichen reagieren sie auf die Nachfrage nach billiger Arbeitskraft. Lange Anfahrtswege, hohe Kosten für Unterkunft während der Arbeitstage und andere Unannehmlichkeiten werden für die meisten durch die Vorteile des Pendelns in den Grenzregionen – höheres Realeinkommen bei niedrigeren Lebenshaltungskosten – aufgewogen. Im Gesamtmigrationspotenzial machen die Pendler zwar nur einen geringen Prozentsatz aus, trotzdem ist mit dieser Gruppe in jedem Fall zu rechnen.<sup>5</sup>

<sup>1</sup> EUROSTAT, Europäische Sozialstatistik, Wanderung, Europäische Gemeinschaften, 2002. S 18.

<sup>2</sup> Jaroszewska, Emilia: Polen als Migrationsland. Vortrag im Rahmen des Deutsch-Polnischen Seminars an der Universität Hannover, 2000.

<sup>3</sup> Vgl. Grafik 81, S 90.

<sup>4</sup> Vgl. Ausführungen S 73.

<sup>5</sup> Vgl. 3.1.5, S 75 und 5.5, S 146.

Die am wenigsten definierte Gruppe bilden jene Personen, die auf Aufforderungen des Ziellandes reagieren. Da es sich dabei um ausgebildete Fachleute handelt, ist zu erwarten, dass gerade qualifizierte Spezialisten in Zukunft das Land verlassen und ins Ausland gehen werden. Der Unterschied zwischen dem wahrscheinlich erzielten realen Einkommen im Vergleich zum Realeinkommen im Mutterland kann ein so starkes Motiv sein, dass sich eine ursprünglich als vorübergehend beabsichtigte Migration in einen Daueraufenthalt im Ausland verwandelt.

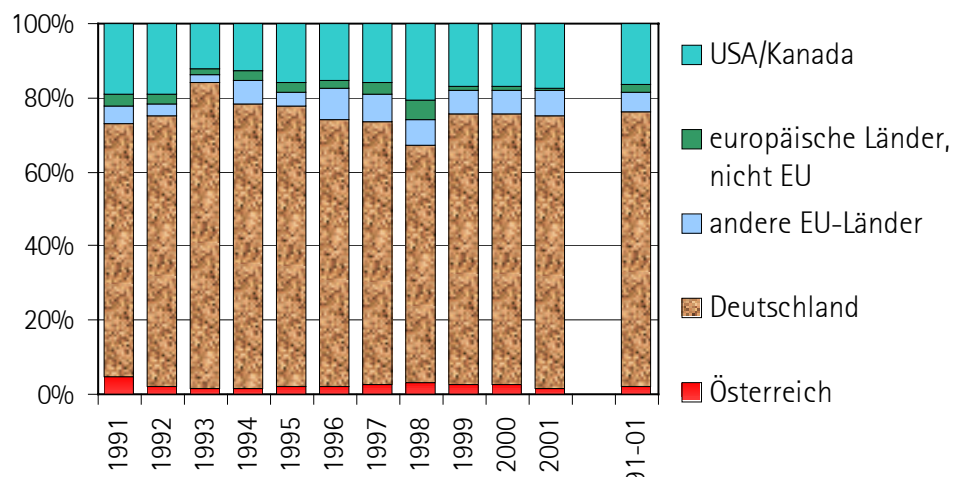
#### 4.2.4 UNGARN

Fóti und Straubhaar (1999) haben das Migrationspotenzial unter verschiedenen ökonomischen Bedingungen errechnet. Dabei stellen zwei Szenarien des ökonomischen Wachstums, ein niedrigeres von 2% und ein höheres von 6% die Grundlage dar.

Anhand von Lohndifferenzen ergeben sich 47.000 und 51.000 Migranten. Laut den Autoren werden diese Zahlen aber als viel zu hoch und unrealistisch angesehen und wurden modellimplizit errechnet, können aber nicht als Grundlage einer Schätzung verwendet werden. Auf Basis von Lohndifferenzen und der Erfahrungen der EU-Erweiterung der südeuropäischen Länder ergeben sich zwischen 12.000 und 13.000 mögliche Migranten. Werden oben genannte Bedingungen noch um den Faktor der inländischen Mobilität erweitert – die Mobilitätsrate innerhalb Ungarns ist ausgesprochen niedrig, während der neunziger Jahre veränderten nur 2% der erwerbstätigen Bevölkerung ihren Wohnsitz. –, ergibt sich letztlich ein Migrationspotenzial für Ungarn von weniger als 10.000.

Eine Studie von Sík (1998) nutzt das ungarische Haushaltspanel, um potenzielle Migrationsströme zu analysieren. Die Ergebnisse deuten nur in den unmittelbaren Grenzregionen und nur für relativ kurze Zeiten auf ein Migrationspotenzial hin. Sík stellt fest, dass in den Grenzregionen ein gewisses Potenzial an Wanderungswilligen besteht, dieses aber in der Form von Pendeln realisiert werden wird und im Übrigen das Migrationspotenzial aus Ungarn sehr gering ist.

Grafik 106: Zielländer internationaler Emigration aus Ungarn von 1991-2001



Quelle: Country Report Ungarn, FGW-Auswertung

Budapest und der westliche Teil Ungarns, im besonderen die sogenannte West-Pannonische-Region<sup>1</sup>, sind die wichtigsten Regionen der Abwanderung, Hauptziel für Migranten aus Westungarn ist – entsprechend der räumlichen Situation – Österreich. Hier wird v.a. gependelt. Für die andere Regionen Ungarns sind die Zielländer breiter gestreut, wobei Deutschland generell wichtiger ist als Österreich. Die Dauer der Migration variiert in Relation zur Distanz zwischen Wohnort und Zielregion.

Endre Sík beschreibt die Charakteristika möglicher ungarischer Migranten u.a. wie folgt:

- Hohe Anteile an jüngern, männlichen Migranten, Studenten und Arbeitslose; Menschen in größeren Familien, mit Wohnungseigentum von höherem Wert oder höherer Bildung.
- Solche, die hinsichtlich des Lebensstandards, Gesundheit und Zukunft zuversichtlich sind.
- Hinsichtlich des sozialen Status bilden einerseits Bevölkerungsgruppen von Roma und Sinti, andererseits solche mit höherem Einkommen (und höherer Bildung) zwei mögliche Extreme möglicher Auswanderergruppen.
- Der Grad der Unzufriedenheit mit der Wohnungssituation, der politischen und ökonomischen Entwicklung des Landes könnte den potenziellen Arbeitsmigranten bzw. Pendler vom Auswanderer trennen.

### 4.3 PRÄFERIERTE MIGRATIONSZIELE

Boeri/ Brückner gehen in ihrer Migrationsprognose davon aus, dass 65% der Migration aus den MOE-Ländern von Deutschland und 12% von Österreich aufzunehmen sind. Die projektbezogen durchgeführte empirische Erhebung bestätigt im Prinzip die vorrangige Rolle Österreichs als Wanderungsziel für Migranten aus dem MOE-Raum. Demnach hat rund die Hälfte der Befragten schon einmal erwogen, ins Ausland zu gehen, um ihre berufliche Situation zu verbessern. Über dem Durchschnitt liegen die Ungarn, unter dem Durchschnitt die Slowaken. Rund 5% der Befragten nennen Österreich als vorrangiges Migrationsziel bei nur einer möglichen Nennung. Deutlich überdurchschnittliche Attraktivität hat Österreich für die Slowaken mit 12%, eine deutlich unterdurchschnittliche für die Polen mit nur 1%.

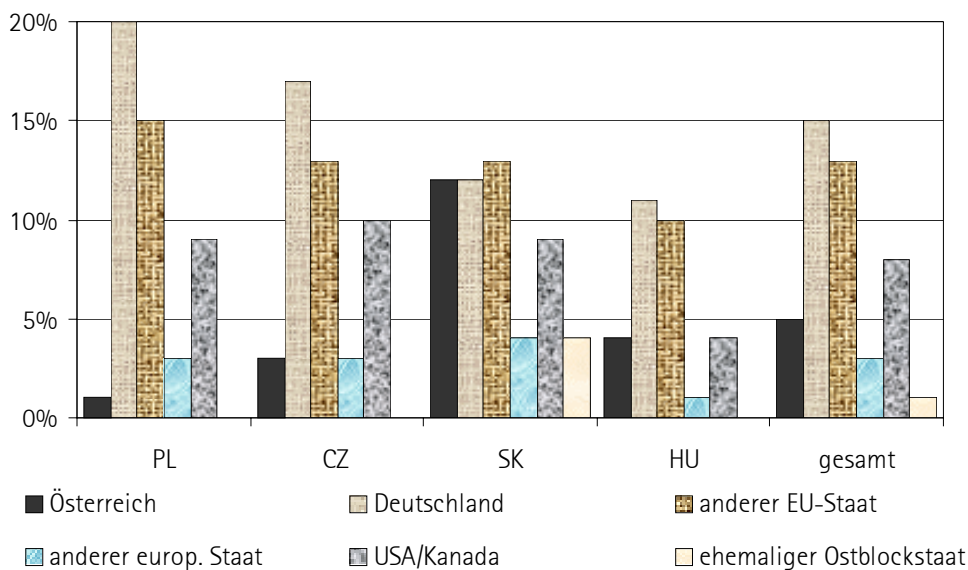
Ein Indikator für die Attraktivität oder das Image eines Migrationszieles sind die Wanderungserfahrungen, die der Respondent von „anderen Personen“ gehört hat. Wie die empirischen Ergebnisse zeigen, liegt Österreich im Wesentlichen gleichauf mit Deutschland und anderen EU-Staaten. Einzig bei den Tschechen liegt Österreich zurück. Eine Klasse für sich bildet Amerika (USA/ Kanada), das gegenüber europäischen Staaten vor allem in Polen und der Slowakei, mit einigem Abstand auch in Ungarn punkten kann.

---

<sup>1</sup> Siehe Karte S 94.



Grafik 107: Intendiertes externes Migrationsziel zur Verbesserung der beruflichen Situation

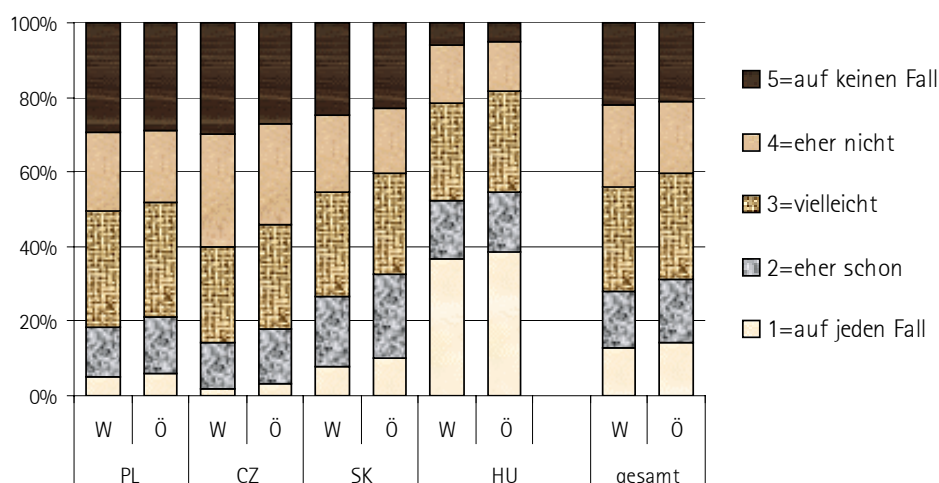


Quelle: FGW/ Triconsult, 2003, Frage 18.

Sowohl die Polen als auch die Tschechen, m.E. auch die Ungarn ziehen Deutschland als präferiertes Migrationsziel Österreich deutlich vor (Polen 38%, Tschechen 35%, Ungarn 34% bei stark unterdurchschnittlicher Migrationsbereitschaft, Slowaken 21%). Dieser Befund läuft der geringen Attraktivität deutscher Städte im Vergleich zu Wien entgegen.

Die Tschechen stehen einer Migration nach Österreich tendenziell ablehnend gegenüber. Für 54% der Tschechen kommt Österreich als Standort eher nicht bzw. auf gar keinen Fall in Frage. Am beliebtesten hinsichtlich der prinzipiellen Migrationsbereitschaft sind Wien und Österreich bei den Ungarn: 38% bzw. 37% geben an, dass Österreich bzw. Wien für sie auf jeden Fall als Land bzw. Stadt in Frage kommt, um hier länger zu arbeiten bzw. zu wohnen. Grundsätzlich erreicht die prinzipielle Migrationsbereitschaft nach Wien die höheren Zustimmungswerte als jene nach Österreich.

Grafik 108: Prinzipielle Migrationsbereitschaft nach Wien bzw. Österreich



Quelle: FGW/ Triconsult, 2003

Zeigt Österreich im Vergleich schon ein positives Bild, ist dies in Bezug auf Wien noch deutlicher sichtbar. 37% der Befragten würden sehr gerne oder gerne in Wien arbeiten und wohnen. Dieser Wert liegt deutlich über Mailand (33%), München (31%) und Berlin (27%), gleichauf mit New York/ Chicago<sup>1</sup>, jedoch hinter London (41%) und Paris (46%). Besonders attraktiv ist Wien für die Slowaken, während die Ungarn die meisten angebotenen Destinationen gegenüber Wien bevorzugen.

Erfreulich für Wien sind die Einschätzungen zu Toleranz und Aufgeschlossenheit gegenüber Zuwanderern, wo Wien gleichauf mit London und wesentlich positiver als die deutschen Städte bewertet wird. Paris und die amerikanischen Metropolen liegen auch bei dieser Frage weit voran. Anders ist es hinsichtlich der Einschätzung des sozialen Systems, wo Wien insgesamt die beste Wertung erzielt. 55% der Befragten bewerten die Absicherung bei Krankheit und Arbeitslosigkeit in Wien als gut oder sehr gut. Allerdings liegen die Werte in den meisten anderen Metropolen nicht weit darunter, in London etwa bei 51%, in New York / Chicago bei 45%. Im Widerspruch zur tatsächlichen Kaufkraft liegt Wien bei der Einschätzung, wie viel sich der Respondent nach einer Emigration leisten können wird, gemeinsam mit Mailand im Schlussfeld, die amerikanischen Städte wiederum mit Abstand in Front.

## 4.4 METHODENWAHL ZUR SZENARIENBERECHNUNG

Detaillierte Prognoseergebnisse für Wien und Österreich liefert die Bevölkerungsprognose der Statistik Austria von Herbst 2003 sowie die darauf aufbauende, im Herbst 2004 erscheinende Haushalts- und Wohnungsbedarfsprognose der Österreichischen Raumordnungskonferenz. Wie an anderer Stelle dargestellt<sup>2</sup>, erbringt die von der Statistik Austria gewählte Prognosemethode auf Basis von Zeitreihenanalysen deutlich geringere zu erwartende Migrationsströme, als die Mehrzahl der auf anderer methodischer Basis erstellten Migrationsprognosen.

### 4.4.1 BEVÖLKERUNGSPROGNOSE DER STATISTIK AUSTRIA

Die Bevölkerungsentwicklung einer räumlichen Einheit als Ergebnis des Zusammenwirkens von aktueller Bevölkerungsstruktur, natürlicher Bevölkerungsbewegung (Geburten, Sterbefälle) und räumlicher Bevölkerungsbewegung (Zuwanderung, Abwanderung) bestimmt Umfang, Richtung und Tempo der demografischen Prozesse und damit auch die künftige Bevölkerungsstruktur.

Bei der dieser Studie zugrundeliegenden Bevölkerungsvorausschätzung der Statistik Austria<sup>1</sup> handelt es sich um ein multiregionales-multistate-Kohorten-Komponenten-Modell. Die Bevölkerung wird nach Geschlecht und Alter mittels Annahmen über die drei demografischen Komponenten der Bevölkerungsentwicklung (Fertilität, Mortalität, Migration) vorausgeschätzt (Kohorten-Komponenten-Methode), wobei Annahmen auch für einen in mehrere Teilregionen (z.B. Bundesländer) gegliederten Untersuchungsraum getroffen werden können (Multiregional-Methode).

<sup>1</sup> In Tschechien, der Slowakei und Ungarn wurde nach New York, in Polen aufgrund der dort stark vertretenen polnischen Community nach Chicago gefragt.

<sup>2</sup> Vgl. Kapitel 2.2, S 54.

Dem Prognosekonzept liegt ein deterministischer, stromorientierter Ansatz zugrunde, d.h. ein vorgegebener Ausgangsbestand der Bevölkerung wird durch Addition von Geburten und Zuzügen sowie Subtraktion von Sterbefällen und Wegzügen von Periode zu Periode fortgeschrieben. Die natürlichen und räumlichen Bevölkerungsbewegungen werden dabei mittels Fertilitäts- und Mortalitätsraten, Wegzugswahrscheinlichkeiten, Allokationsquoten und Zuwanderungsvolumina für jede Berechnungsperiode gesondert ermittelt. Die Geburtenzahlen des jeweiligen Prognosejahres werden durch altersspezifische Fertilitätsraten mit der entsprechenden Jahrgangsstärke der Frauen im reproduktiven Alter berechnet. Die geschlechtsspezifische Aufteilung der Geburten zu den entsprechenden Kohorten erfolgt durch einen konstanten Faktor der Geschlechterproportion. Auf Basis von alters- und geschlechtsspezifischen Sterbewahrscheinlichkeiten wird die Zahl der Sterbefälle berechnet und von der jeweiligen Referenzbevölkerung abgezogen.

Die räumlichen Bevölkerungsbewegungen werden in drei Schritten modelliert: Die Zuwanderung aus dem Ausland wird durch Absolutzahlen mit konstanter Altersstruktur und Geschlechterproportion abgebildet. Die internationale Abwanderung basiert dagegen auf alters- und geschlechtsspezifischen Abwanderungsraten pro Bundesland. Durch Multiplikation mit der in gleicher Weise gegliederten Bevölkerung ergeben sich somit Zahl und Struktur der Wegzüge sowie die entsprechenden bundesländer-spezifischen Wanderungssalden. Die Binnenwanderungsströme zwischen den einzelnen Bundesländern werden im multiregionalen Prognosemodell durch demografisch differenzierte und richtungsspezifische Wegzugswahrscheinlichkeiten ermittelt. Im Prognosemodell wurden zudem die Ergebnisse der Bundesländerprognose bezüglich Bevölkerungszahlen sowie Geburten, Sterbefälle und Wanderungsbewegungen auf eine unabhängig gerechnete Bevölkerungsprognose für Österreich abgeglichen.

Räumlich differenzierte Wanderungsbewegungen zu prognostizieren ist im Allgemeinen mit Problemen behaftet. Je höher dabei das Disaggregationsniveau von räumlichen Einheiten, desto geringer die Zuverlässigkeit von Prognoseergebnissen.

Die aktuelle Bevölkerungsprognose der Statistik Austria geht in der Hauptvariante von einem konstanten Fertilitätsniveau von 1,40 Kindern pro Frau für Österreich und 1,39 für Wien aus.<sup>2</sup> Dies entspricht auch den Fertilitätsannahmen in vergleichbaren Ländern wie Deutschland, Italien und der Schweiz.. Für Wien steigt das durchschnittliche Fertilitätsalter von 28,3 Jahren (2002) auf 30,9 Jahre (2050). Darüber hinaus wird von einem weiteren Anstieg der Lebenserwartung ausgegangen. Demzufolge wird sich in der Hauptvariante die Lebenserwartung der in Wien lebenden Männer von 74,9 Jahre (2002) auf 82,5 Jahre (2050), die der in Wien lebenden Frauen von 80,8 Jahre (2002) auf 87,4 Jahre (2050) erhöhen. Langfristig werden sich demnach die geschlechtsspezifischen Unterschiede der Lebenserwartung von knapp sechs Jahren auf knapp fünf Jahre verringern.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Hanika, Lehart, Marik, 2003.

<sup>2</sup> Statistik Austria (Hrsg): Bevölkerung Österreichs im 21. Jahrhundert. Wien, 2003.

<sup>3</sup> Ergebnisse der Bevölkerungsprognose der Statistik Austria bzw. der Haushaltsprognose sind auch an anderer Stelle der vorliegenden Studie dokumentiert (Kapitel 1, im besonderen Kap. 1.1.3, S 13ff.).

Tabelle 109: Prognoseparameter für Wien gemäß St.at-Bevölkerungsprognose, mittlere Variante

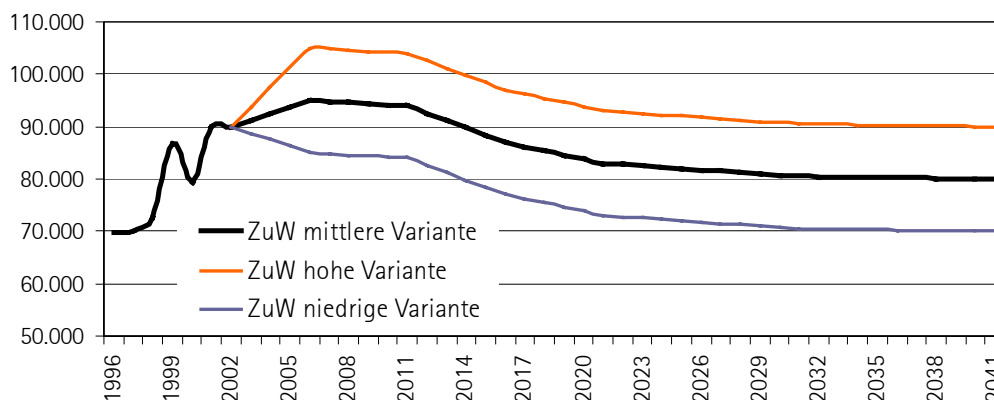
Gesamtfertilitätsrate,	2001	1,32	durchschnittl. Fertilitätsalter (in Jahren)	2001	28,2
	2002	1,45		2002	28,3
	2050	1,39		2050	30,9
Lebenserwartung der Männer (in Jahren)	2001	74,7	Lebenserwartung der Frauen (in Jahren)	2001	80,6
	2002	74,9		2002	80,8
	2050	82,5		2050	87,4
Internationale Zuwanderung	2001	19.364	Gesamtwanderungssaldo	2001	-3.943
	2006	29.640		2006	7.902
	2011	29.328		2011	7.210
	2016	27.144		2016	4.575
	2021	25.896		2021	2.833
	2031	25.115		2031	1.783
	2041	24.960		2041	2.093

Quelle: Statistik Austria

Jährlich wandern derzeit rund 90.000 Personen nach Österreich zu, etwa 65.000 verlassen das Land. In Summe bedeutet dies Wanderungsgewinne von etwa 25.000 Personen pro Jahr. Die Statistik Austria geht davon aus, dass als Folge der EU-Erweiterung im Jahr 2004 die Zahl der Zuwanderer kurzfristig steigen wird, womit auch ein Anstieg der Wanderungsgewinne von 17.300 im Jahr 2001 auf rund 29.000 Personen im Jahr 2006 einhergeht. Danach gehen nach deren Annahmen Zuwanderung und Wanderungsgewinne wieder zurück, weil auch die MOE-Länder demografisch schrumpfen und das Wanderungspotenzial weiter reduziert wird. Der Anteil der MOE-Länder an der Zuwanderung zwischen 2004 und 2041 beträgt zwischen 20% und 25%, siehe Grafik 111.

Nach Einschätzung der Zuwanderung wird diese entsprechend dem "migration stock" und "migration flow" - Ansatz auf die einzelnen Bundesländer verteilt.<sup>1</sup> Dem "migration stock" liegt die Verteilung der ausländischen Wohnbevölkerung zugrunde. Die Ermittlung der ausländischen Wohnbevölkerung (nach fünfjährigen Altersgruppen) erfolgte aufgrund der bei der VZ 2001 gestellten Frage nach dem Geburtsland, wenn ein anderes Land als Österreich angegeben wurde.<sup>2</sup>

Grafik 110: Zuzüge nach Österreich – Zuwanderungsvarianten der Statistik Austria

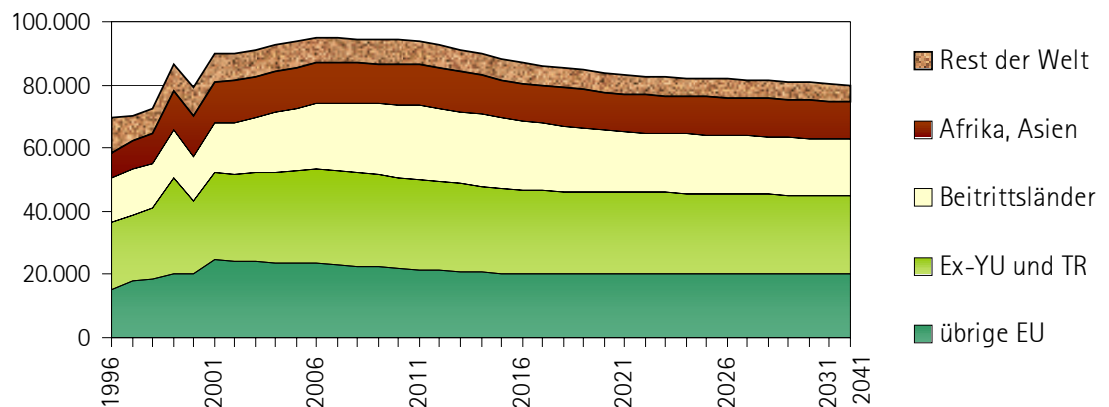


Quelle: Statistik Austria, Hanika, Lehart, 2003.

<sup>1</sup> Vgl. Tabelle 113, S 135.

<sup>2</sup> Vgl. Grafik 20, S 24.

Grafik 111: Prognostizierte Zuwanderung nach Österreich nach Herkunftsländern bis 2041



Quelle: Statistik Austria, Hanika, Lebhart, 2003.

Betreffend des "migration flows" (Zuwanderung) wurde ermittelt, wie viele österreichische bzw. nicht-österreichische Staatsbürger aus anderen Ländern nach Österreich bzw. Wien zugewandert bzw. aus Österreich in andere Länder weggezogen sind. Aufgrund der Analyse der VZ 1991 und der Wanderungsstatistik 1996 bis 2001 kann von einer Persistenz der Außenwanderung ausgegangen werden. Der zugrundeliegende Beobachtungszeitraum umfasst daher die Jahre 1999 bis 2001 der Wanderungsstatistik.<sup>1</sup>

Das Zuwanderungspotenzial ist weder geschlechts- noch altersneutral. Diese Annahme fand sich gemäß Statistik Austria auch durch die Volkszählung 1971, 1981 und 1991 bestätigt. Der Peak liegt in der Gruppe der 20- bis 25-Jährigen. Die frauenspezifische Zuwanderung hat zugenommen, 15- bis 29-Jährige machen mehr als die Hälfte der Zuwanderer aus.

Die Vorgehensweise trägt dem Einfluss der Verteilung der zugewanderten Wohnbevölkerung auf die Verteilung der Außenzuwanderung (Netzwerkhypothese)<sup>2</sup> Rechnung. Dabei kommt den Zuzügen ("migration flow"), welche die Verteilung der letzten Jahre (1999/2001) abbilden, eine stärkere Gewichtung zu als der Verteilung der ausländischen Wohnbevölkerung ("migration stock"), welche weiter zurückliegende Wanderungsströme widerspiegeln. Zur Abschätzung der künftigen Verteilung der Nettozuwanderung auf die Bundesländer erfolgt daher eine Gewichtung von "migration flow" und "migration stock" im Verhältnis 75:25.

Die prognostizierten Wegzüge orientieren sich an den empirisch beobachteten Wegzügen der Jahre 1996 bis 2001. Auf der Basis alters- und geschlechtsspezifischer Wegzugsraten für jedes Bundesland und aufgrund der weitgehenden Konstanz der räumlichen Verteilung der Wegzüge in der Vergangenheit, wird das gegenwärtige Verteilungsmuster für den gesamten Prognosezeitraum unverändert fortgeschrieben.

Die Modellierung zukünftiger Binnenwanderung erfolgt aufgrund innerösterreichischer Zu- und Abwanderungen. Die Abwanderungen errechnen sich numerisch aus alters-, geschlechts- und richtungs-

<sup>1</sup> Vgl. dazu Grafik 103, S 120.

<sup>2</sup> Vgl. dazu die Ausführungen zur „Netzwerktheorie“, S 99.

spezifischen Abwanderungsraten sowie aus dem entsprechenden Altersaufbau der jeweiligen Wohnbevölkerung. Die in Bezug auf Volumen und Struktur weitgehend konsistenten Binnenwanderungsraten der Jahre 1996 bis 2001 werden nahezu unverändert für die Zukunft fortgeschrieben. Ein Vergleich der Wanderungsstatistik mit den Ergebnissen der Volkszählung 2001 belegt jedoch eine tendenzielle Unterschätzung der Binnenzuwanderung nach Niederösterreich und Burgenland, insbesondere aus Wien. Zur Wahrung der Konsistenz mit den Volkszählungsergebnissen 2001 wurde daher eine Erhöhung des Abwanderungsstromes von Wien nach Niederösterreich und Burgenland um etwa 2.000 Personen pro Jahr vorgenommen.

#### 4.4.2 EMPIRISCHE ERHEBUNG DER FGW

Einem gängigen methodischen Ansatz entsprechend hat die FGW projektbezogen eine umfassende empirische Erhebung durchgeführt. Ein Vorteil von Befragungen ist ihr Potenzial, Informationen über die Struktur der Wanderungswilligen zu gewinnen, wie sie durch makro-ökonomische Untersuchungen nicht möglich sind. Allerdings treten bei der Ableitung quantitativer Aussagen über die Höhe des Wanderungspotenzials aus Befragungen drei grundlegende methodische Probleme auf:

- Erstens kann die Ernsthaftigkeit der Wanderungsabsichten nicht präzise ermittelt werden. Es ist davon auszugehen, dass ein Großteil derjenigen, die grundsätzlich eine Wanderungsabsicht äußern, bei einer Realisierung der mit der Wanderung verbundenen Kosten und der real gegebenen Wanderungsbedingungen von ihrem Migrationsvorhaben absieht.
- Zweitens kann über Befragungen nur die Angebotsseite erfasst werden, die tatsächliche Migration wird aber auch durch die Nachfrageseite, d.h. die Nachfrage nach Arbeitskräften mit Migrationshintergrund und institutionelle Regelungen, d.h. Übergangsregelungen, Zugang zum Arbeitsmarkt in den jeweiligen Zielländern bestimmt.
- Drittens haben erhebliche Teile der Migration einen temporären Charakter. Exakte Aussagen über Dauer und zeitliche Sequenz von Wanderungen - aufgrund derer sich quantitative Aussagen über die Höhe des Migrationspotenzials zu einem bestimmten Zeitpunkt treffen ließen - sind mit Hilfe von Befragungen nicht möglich.

In Ungarn, der Slowakei, Tschechien und Polen wurden im Mai und Juni 2003 jeweils 350 standardisierte Interviews durch vor Ort ansässige empirische Institute durchgeführt<sup>1</sup>. Angesichts der relativ kleinen Stichprobe der empirischen Erhebung wurde die Grundgesamtheit auf die Bevölkerungsschichten zwischen 15 und 44 Jahren eingeschränkt. Neben der unmittelbaren Migrationsbereitschaft wurden ausführliche Fragen zu den Rahmenbedingungen geprüft, etwa unter welchen Voraussetzungen sich der Respondent eine Auswanderung nach Wien vorstellen kann oder welche Karrierechancen er sich ausrechnet. Ferner wurde die subjektiv empfundene wirtschaftliche Entwicklung, die Beherrschung von Fremdsprachen, die Lebensplanung und familiäre und sonstige Bindungen nach Wien ermittelt. Großen Aufschluss gaben die detaillierten Fragen zu alternativen Migrationszielen. Die Ergebnisse der empirischen Erhebung sind in den bisherigen Ausführungen vielfach zitiert.

---

<sup>1</sup> Darstellung der empirischen Institute siehe Anhang, Kap. 0, S 160.

Die Interviews hatten folgende Schwerpunkte:

- a) Derzeitige Lebenssituation: familiäre Situation, finanzielle Situation, Lebensstandard etc.;
- b) Beruf/ Ausbildung: Beschäftigung, Branche, Ausbildungspläne etc.;
- c) Zukunftsaussichten: allgemein, Land, Region, persönlich, Wohnsituation etc.;
- d) Wanderungsabsicht: realisierte Umzüge/ Reisen: Grund der Wanderung, Motivation für arbeitsbedingte Wanderung, präferierte Wanderungsziele;
- e) Wanderungsziele (Wien, Berlin, München, London, Paris, Mailand New York/ Chicago) im Vergleich: Attraktivität, Toleranz gegenüber Einwanderern, Sozialsysteme;
- f) Motive für und gegen Migration;
- g) Informationsquellen über Wanderungsziele;
- h) Gesetzte Schritte zur Realisierung der Wanderungsabsicht;
- i) Anforderungen an eine Wohnung im Wanderungsziel: Größe, Preisakzeptanz, Lage, Alt-/ Neubau, Akzeptanz unterschiedlicher Rechtsformen;
- j) Erwarteter Lebensstandard im Wanderungsziel;
- k) Bisherige Aufenthalte in Österreich: Dauer, Aufenthaltsgrund, Akzeptanz für Arbeitsaufenthalte;
- l) Statistik: Geschlecht, Alter, Haushaltsgröße, Familienstand, Kinderzahl, Einkommen, Wohnform und -größe, PKW-Besitz, Ortsgröße, Fremdsprachenkenntnis, Position im Beruf, Unternehmensgröße.

Trotz effizienter Prüfung auf Validität und Repräsentativität der Stichprobe sind die Aussagen der empirischen Erhebung mit gebotener Vorsicht zu interpretieren. Ein Nachteil der gewählten Vorgangsweise ist generell, dass keine Reihenuntersuchungen vorliegen, inwiefern die geäußerten Wanderungsabsichten und später tatsächlich realisierte Wanderungen übereinstimmen.

Um diese Relation der Migrationsabsicht stärker einzugrenzen, unterscheidet die in dieser Studie durchgeführte empirische Erhebung zwischen der „externen Migrationsabsicht“ (der individuellen, prospektiven Inbetrachtziehung, ins Ausland zu migrieren)<sup>1</sup>, der „prinzipiellen Migrationsbereitschaft“, die durch eine Reihung von Gründen pro und contra Wanderung spezifiziert wird, der „bedingten Migrationsbereitschaft“ (die aufgrund erhöhter Einkommensbedingungen im Ausland ermittelte Migrationswahrscheinlichkeit) und eigenen Migrationserfahrungen.<sup>2</sup> Letztlich wird auf das „reale Migrationspotenzial“ abgezielt, indem nach bereits gesetzten Maßnahmen zur Migrationsvorbereitung – jene, die bereits Bewerbungsschreiben an mögliche Arbeitgeber im Zielland gerichtet oder sich um eine Wohnmöglichkeit gekümmert haben – gefragt wird.

### STATISTIK /REPRÄSENTATIVITÄT

Angesichts der relativen Beschränktheit der empirischen Erhebung wurde die Grundgesamtheit auf die Bevölkerungsschichten zwischen 15 und 44 Jahren eingeschränkt. Hinsichtlich des Geschlechts wurden zu gleichen Teilen Frauen und Männer befragt. Durchschnittlich lagen die befragten Personen in Fünf-Jahres-Kohorten über die vorher determinierte Altersgruppe jeweils im Bereich zwischen 15 und 19%.

---

<sup>1</sup> Vgl. Grafik 107, S 124.

<sup>2</sup> Vgl. dazu den Fragebogen der empirischen Erhebung, Kap. 0, S 161ff..

Die Haushaltsgröße über alle Länder ergab einen Median von 3,71 Personen, wobei Polen mit 4,3 Personen pro Haushalt den höchsten Wert und Ungarn mit 3,3% den niedrigsten Wert aufweist. In Ungarn gibt es auch den höchsten Anteil an Singlehaushalten (10%). Kinder im Haushalt sind zu einem Viertel zwischen 0 und 6 Jahren alt, zu 27% zwischen 7 und 12 Jahren und zu 29% zwischen 13 und 17 Jahren. Die häufigsten Familienformen sind entweder Single ohne Kind oder verheiratete Paare bzw. Lebensgemeinschaften mit Kind zu jeweils 43%. Auf die restlichen Familienstandsformen wie „Single mit Kind“, „verheiratete Paare bzw. Lebensgemeinschaften mit oder ohne Kind“ und „Geschiedene/ Verwitwete mit und ohne Kind“ entfallen keine nennenswerten Anteile.

Insgesamt kommen rund 53% der Befragten aus Orten mit bis zu 20.000 Einwohnern. Der Anteil derjenigen, die aus der Hauptstadt kommen, variiert zwischen 4% (Polen) und 18% (Ungarn), aus dem Umland der Hauptstadt kommen nur 4% der Slowaken, 10% der Ungarn. 24% der Polen und noch 15% der Ungarn kommen aus Städten mit über 100.000 Einwohnern, bei den Tschechen und Slowaken sind dies nur 9% bzw. 5%. Der Anteil der Interviewten, die aus Städten mit einer Größe von 20.000 bis 100.000 Einwohnern kommen, beträgt in der Slowakei 30%, in Tschechien 23%, in Polen 19% und in Ungarn 6%. Dabei stammen 8% der Tschechen, 11% der Ungarn und 18% der Slowaken aus Grenzbezirken zu Österreich.

#### 4.4.3 GEKOPPELTE VORGANGSWEISE

Die Potenziale, auf Basis der empirischen Erhebung Hochrechnungen über den Umfang der erweiterungsbedingten Migration zu berechnen, sind deutlich beschränkt. Zum Ersten lag der Projektausschreibung eine relativ kleine Stichprobe von n=350 pro Land zugrunde. Zum Zweiten sind in der Literatur zu den Auswirkungen der EU-Erweiterung die raschen und starken Stimmungsschwankungen in der Abfolge von empirischen Erhebungen mehr als deutlich belegt. Zum Dritten ist selbst innerhalb der projektbezogenen Erhebung deutlich erkennbar, dass zwischen einem abstrakt formulierten Migrationsinteresse und dem vollzogenen Migrationsentschluss ein modelltechnisch kaum nachvollziehbarer Zusammenhang besteht. Zum Vierten zeigen die Resultate der empirischen Erhebung, dass das Migrationsverhalten in den MOE-Ländern vom Verhalten von Politik und Wirtschaftssubjekten in Österreich in hohem Maße beeinflussbar ist.<sup>1</sup>

Aufgrund dieser Schwierigkeit wurde es als nicht zielführend angesehen, neben den zahlreichen in der Literatur vorfindbaren Migrationsszenarien und vor allem parallel zu den aktuellen St.at-Szenarien weitere hinzuzufügen. Statt dessen beauftragte die FGW die Statistik Austria mit der Durchrechnung von Alternativszenarien zu deren Bevölkerungsprognose von Herbst 2003. Die Hauptvariante der Bevölkerungsprognose von Herbst 2003 wurde als Referenzszenario gewählt. Dem wurden zwei Alternativszenarien zur Seite gestellt, die nach Ansicht der Autoren die Bandbreite einiger Maßen wahrscheinlicher Entwicklungen abdecken:

- „Szenario Verstärkte Rückwanderung“, siehe S 137,
- „Szenario Zuwanderungsschock aus Polen“, siehe S 139.

<sup>1</sup> Siehe z.B. Grafik 63, S 74 zur Einkommenssensibilität des Migrationsentschlusses.



Die FGW schließt sich angesichts der Bewertung älterer Migrationsstudien, der Auswertung der projektbezogen durchgeführten empirischen Erhebung, der im Projektzusammenhang von lokalen Forschungsinstituten erarbeiteten Country-Reports und jüngster Daten zu tatsächlichen Wanderungsbewegungen den Hauptergebnissen der St.at-Prognose an. Wie oben angeführt, kommt die Statistik Austria mittels ihres Zeitreihen-basierten Prognosemodells zu Wanderungszahlen, die deutlich unter den Werten bisheriger Prognosestudien liegen. Die gegenüber diesen Arbeiten niedrigen Migrationspotenziale werden von den Autoren der vorliegenden Studie folgendermaßen begründet:

- Die Analyse der Entwicklung der Beschäftigungszahlen in Verbindung mit den Wanderungszielen von Migranten nach Bundesländern bestätigt einen Denkansatz in der neueren Literatur<sup>1</sup>, wonach sich Migration, vor allem angesichts relativ kurzer Wanderungsdistanzen und erleichterter Reisebedingungen, in zunehmendem Maße dort hin richtet, wo Beschäftigung angeboten wird. Es wird zwar zugrunde gelegt, dass sich die Beschäftigungslage in Wien verbessert. Ein Heranrücken an die Dynamik anderer Migrationsziele erscheint aber eher unwahrscheinlich.
- Aussagen zur Migrationsabsicht im Rahmen von empirischen Erhebungen sind nur sehr bedingt aussagekräftig. Fassmann/ Hintermann haben sich damit beholfen, dass sie nur die ganz konkreten Migrationsabsichten dem von ihnen hochgerechneten Migrationspotenzial zugrunde gelegt haben.
- Wichtigste Einflussgröße für modelltechnische Prognoseberechnungen sind Wohlstandsdifferenzen. Diese sind zwischen den MOE-Ländern und Österreich immer noch so hoch, dass die modellbasierten Prognosen stark ausschlagen. Neben dem Wohlstandsgefälle dürfte aber die absehbare Entwicklung des Wohlstandsniveaus im Heimatland eine wichtige und bislang kaum berücksichtigte Einflussgröße sein. Angesichts einer absehbaren wirtschaftlichen Entwicklung mit wachsenden Beschäftigungschancen und steigenden Gehältern entscheiden sich offensichtlich auch solche Personen für einen Verbleib im Heimatland, die bereits konkrete Migrationsabsichten hatten.
- In der Literatur wird davon ausgegangen, dass bei einem Wohlstandsgefälle von weniger als 30% der Migrationsdruck stark sinkt. Von den MOE-Ländern nähert sich vor allem Tschechien dieser Marke. In der Realität gibt es vielfältige Beispiele für die Unzulänglichkeit dieser Annahme. Beispielsweise müsste die Migration der Portugiesen in die reicheren EU-Länder wesentlich stärker sein. Umgekehrt ist das stark ausgeprägte Pendlerwesen von Vorarlberg in die Schweiz angesichts ähnlicher Wohlstandsniveaus nicht erklärlich.
- Kulturelle Schranken und Sprachbarrieren dürften schwerer überwindbar sein als angenommen.
- Angesichts der kurzen Distanzen zu den Migrationszielen dürfte die Zahl derer, die sich im Zielland um Arbeit und Aufenthalt umsehen, ohne ihren Aufenthalt zu melden und solcherart ohne als Migranten erfasst zu werden, erheblich sein. Bei fehlgeschlagener Arbeitssuche kehren sie als Touristen in ihre Heimatländer zurück. Möglicherweise wird in diesem Zusammenhang auch die Rückwanderung von Migranten von einigen Modellansätzen unterschätzt.

Angesichts der großen Unsicherheiten bezüglich der realisierten Wanderungspotenziale, angesichts aber auch der klar erkennbaren Beeinflussbarkeit der Zuwanderung, wurde auf Basis der von der St.at modellierten natürlichen Bevölkerungsbewegung und Erkenntnissen zu einer günstigst möglichen demografi-

---

<sup>1</sup> Vgl. Fußnoten 1 und 2, S 98.

schen Entwicklung Wiens ein (altersmäßig strukturierter) „Zuwanderungsbedarf“ ermittelt. Bei der Festlegung der „günstigsten demografischen Entwicklung Wiens“ wurde auf Ergebnissen aus Literatur und von Experteninterviews unter besonderer Berücksichtigung wirtschaftlicher Aspekte aufgebaut.

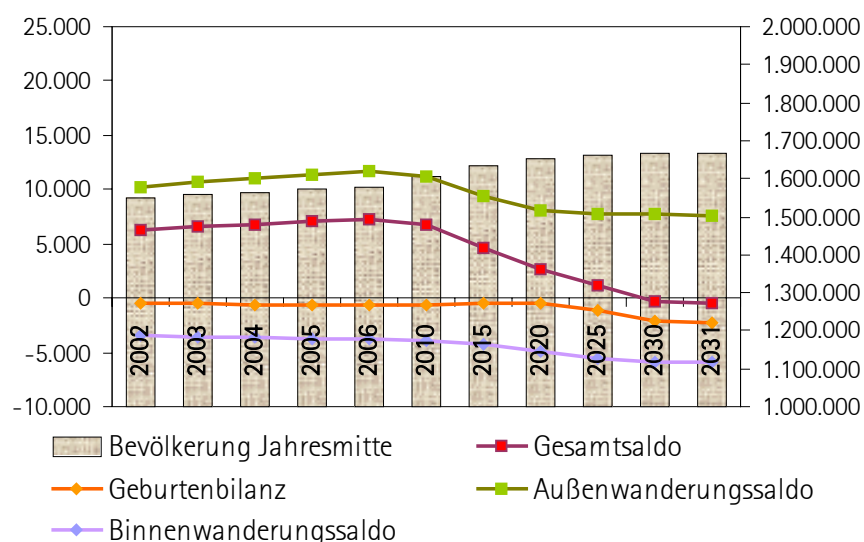
## 4.5 MIGRATIONSSZENARIEN

### 4.5.1 REFERENZSZENARIO

Als Referenzszenario wurde die mittlere Variante der Bevölkerungsprognose der Statistik Austria von Herbst 2003 gewählt, die auch Ausgangspunkt für die im Herbst 2004 erwartete Haushalts- und Wohnungsbedarfsprognose der Österreichischen Raumordnungskonferenz ist.

Die Stat.-Bevölkerungsprognose liefert personenbezogene Ergebnisse zu Bevölkerungsdynamik und zukünftigen Bevölkerungsständen nach Bundesländern. Sie geht dabei von alters- und geschlechtsspezifischen Reproduktions- und Sterberaten sowie Migrationsraten in Anlehnung an Wanderungen der Vergangenheit aus. Die internationale Zuwanderung fließt als nicht weiter differenzierter Zuwanderungs-Pool in die Prognoseberechnung ein. Eine Identifizierung der aus den Beitritts- bzw. aus den MOE-Ländern stammenden Zuwanderern erfolgt im Rahmen eines nachgelagerten statistischen Schätzvorgangs, der sich auf die tatsächlichen Wanderungsströme während der neunziger Jahre stützt. Darauf aufbauend wurde seitens der FGW die Zuwanderung aus MOE-Ländern nach Wien berechnet. Bei der Zuordnung der Zuwanderer aus dem MOE-Raum auf die Bundesländer fließen Daten sowohl zum Haushaltsbestand als auch zu Wanderungen der Vergangenheit ein.<sup>1</sup>

Grafik 112: Hauptvariante der Bevölkerungsvorausschätzung der Statistik Austria



Quelle: Stat.at

<sup>1</sup> Vgl. dazu die Ausführungen zur „Netzwerktheorie“, S 99.

Mit einiger Überraschung wurde festgestellt, dass die Zuwanderung seit 1996 die Hypothese der „Netzwerktheorie“ kaum bestätigt.<sup>1</sup> Fast 60% der Polen, fast die Hälfte der Slowaken und immerhin jeweils annähernd 40% der Tschechen und Ungarn leben in Wien. Die Zuwanderung 1996 bis 2001 hatte eine völlig andere Struktur. Rund die Hälfte aller Zuwanderer aus den MOE-Ländern verteilte sich auf die Bundesländer Niederösterreich und Oberösterreich. In Wien ließ sich nur ein Viertel der neuen Migranten nieder. Offensichtlich richten sich die Migrationsströme nach der Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen.<sup>2</sup>

Die vergleichsweise geringe Zuwanderung während der neunziger Jahre nach Wien wird auf die schwache Entwicklung des Beschäftigungsangebots zurück geführt.<sup>3</sup> Verschiedene Argumente sprechen jedoch dafür, mittelfristig eine höhere Zuwanderung aus den MOE-Ländern anzunehmen. Wien entwickelt in mehreren Branchen Headquarter-Funktion für den Wirtschaftsraum Mittel-Ost- und Südost-Europa mit entsprechender Beschäftigungsrelevanz bei den unternehmensbezogenen Dienstleistungen.<sup>4</sup> Fachkräftemangel wird in erkennbar steigendem Ausmaß als Standortnachteil aufgefasst.<sup>5</sup> Eine Behebung dieses Nachteils durch eine aktiven Mitarbeiterrequirierung im benachbarten Ausland erscheint überfällig. Andere Regionen Österreichs zeigen, dass die EU-Erweiterung Beschäftigung bringen kann. Es ist davon auszugehen, dass geeignete Modelle für Wien adaptiert werden. Schließlich wird davon ausgegangen, dass Wien als Wohnort des größten Teils der MOE-Bürger in Österreich aufgrund der Annahmen der Netzwerktheorie wieder verstärkt Ziel der Neuzuwanderung wird.

Das heißt, es wird davon ausgegangen, dass längerfristig die Stock-Variable verstärkten Einfluss auf die Niederlassung neuer Zuwanderer aus dem MOE-Raum haben wird. Der Berechnung wird die Annahme zugrunde gelegt, dass 2012 ein Mittelwert zwischen den heutigen Stock- und Flow-Variablen erreicht sein und in der Folge gehalten werden wird. Die Werte der Zwischenzeit werden eingeschleift. Bei der Berechnung der Zuwanderung nach Haushalten werden die Haushaltsgrößen nach Herkunftsland auf Basis des Haushaltsbestands und der projektbezogen durchgeführten empirischen Erhebung geschätzt. Im Basisszenario ergeben sich folgende Zuwanderungszahlen:

Tabelle 113: Bevölkerungsbestand und Zuwanderung von MOE-Staatsangehörigen in Wien

	Polen	Slowakei	Tschechien	Ungarn
Anteil der MOE-Zuwanderung auf Wien Ø1996-2001 („Flow“)	27,9%	26,2%	21,5%	21,6%
Anteil der in Wien lebenden MOE-Bevölkerung VZ 2001 („Stock“)	59,8%	47,1%	38,7%	38,5%

Anm.: MOE-Bevölkerung = Bevölkerung mit Geburtsland Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn.

Quelle: Statistik Austria Wanderungsstatistik und Volkszählung 2001, FGW

<sup>1</sup> Zur Netzwerktheorie siehe S 99.

<sup>2</sup> Vgl. Kap. 3.1.5., S 98.

<sup>3</sup> Vgl. S 103f..

<sup>4</sup> Siehe S 111f..

<sup>5</sup> Ewald Walterskirchen. Künftige Knappheit an Fachkräften in Wien. Wien: Wifo, 4/2002. S 23.  
Peter Mayerhofer: Bericht zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit Wiens. Wien: Wifo, 7/2003. S 220.

Tabelle 114: Zukünftige jährliche Zuwanderung aus den MOE-Ländern nach Wien: Referenzszenario

	Gesamte internationale Zuwanderung	Zuwanderung aus den MOE-Ländern	Polen	Slowakei	Tschechien	Ungarn
Personen Ø 2005-09	29.500	4.880	2.490	860	580	950
Personen Ø 2010-14	28.800	5.970	3.100	1.030	690	1.140
Personen Ø 2015-19	26.900	5.660	2.950	980	660	1.080
Haushalte Ø 2005-09		1.530	680	340	230	280
Haushalte Ø 2010-14		2.680	1.240	570	390	480
Haushalte Ø 2015-19		3.270	1.550	690	460	570

Quelle: FGW, Statistik Austria

Der Abwanderung von Bürgern aus den MOE-Ländern liegen die Durchschnittswerte der neunziger Jahre zugrunde. Mit derselben Methode werden die Einbürgerungen zukünftiger Jahre näherungsweise ermittelt. Zuwanderungen, Abwanderungen und Einbürgerungen ergeben den Bevölkerungsstand des Folgejahres. Im Jahrfünft 2005 bis 09 werden ca. 2.500 Abwanderungen pro Jahr erwartet, im folgenden ca. 3.200 und im Jahrfünft von 2015 bis 19 schließlich ca. 3.700 Abwanderungen. Bei der Umrechnung der Abwanderung auf Haushalte werden die Haushaltsgrößen der in Österreich lebenden Polen, Tschechen, Slowaken und Ungarn zugrunde gelegt. Es ergeben sich Abwanderungen von 1.300, 1.600 und 1.900 Haushalten in den Jahrfünften bis 2020. Es resultieren folgende Wanderungssalden:

Tabelle 115: Jährliche Wanderungssalden aus den MOE-Ländern nach Wien: Referenzszenario

	Saldo internationale Wanderung gesamt	Saldo Wanderung aus den MOE-Ländern	Polen	Slowakei	Tschechien	Ungarn
Personen Ø 2005-09	11.500	2.400	1.280	410	220	480
Personen Ø 2010-14	10.600	2.730	1.530	450	240	520
Personen Ø 2015-19	8.800	1.960	1.120	320	160	360
Haushalte Ø 2005-09		1.420	650	320	200	250
Haushalte Ø 2010-14		1.630	790	360	210	270
Haushalte Ø 2015-19		1.230	590	280	170	190

Quelle: FGW, Statistik Austria

Unter den absehbaren Rahmenbedingungen wird es also zu keinem dramatischen Zuwanderungsschub von Seiten der MOE-Länder kommen. Während der neunziger Jahre lag der Wanderungssaldo von MOE-Haushalten bei etwa 500 pro Jahr. Es ergibt sich somit ein Plus von etwa 1.000 Haushalten pro Jahr als direkte Auswirkung der EU-Erweiterung auf die Wohnungsnachfrage in Wien.

Man muss sich allerdings des Stellenwerts dieser demographischen Gruppe in der Gesamtheit der Wiener Bevölkerung bewusst sein. Derzeit stellen die Bürger aus diesem Raum nicht mehr als 1,4% der Wiener Gesamtbevölkerung. Insgesamt wird für Wien für die nächsten 25 Jahre eine wachsende Gesamtbevölkerung prognostiziert. Bis 2030 soll die Bevölkerungszahl um insgesamt ca. 100.000 Bewohner ansteigen. Für die nähere Zukunft bedeutet das Bevölkerungszuwächse von 6.000 bis 7.000 Personen pro Jahr. Geburtendefiziten von ca. 500 pro Jahr und Defiziten aus der Binnenwanderung von rund 4.000 stehen Überschüsse aus der internationalen Wanderung von 10.000 bis 12.000 Personen gegenüber. Die Auswirkungen dieser Entwicklung auf den Wohnungsbedarf wird weiter unten dargestellt.<sup>1</sup>

Es ist also mit einer durchaus bescheidenen erweiterungsbedingten Migration aus den MOE-Ländern nach Wien zu rechnen. Es stellt sich die Frage, ob für die wirtschaftliche Entwicklung Wiens eine stärkere als die erwartete Zuwanderung nicht von Vorteil wäre. Rainer Münz<sup>2</sup> gibt zu bedenken, dass sich - aufgrund der über Jahre hinweg dichtgemachten Arbeitsmärkte der EU-Länder für Migranten aus den MOE-Ländern - „die Angst der Österreicher in den vergangenen Jahren in Zukunft nicht einmal als Hoffnung realisieren lassen wird“ und meint damit die vertane, wenn nicht verlorene Chance, hoch qualifizierte Kräfte zu engagieren. Rigide Übergangsfristen werden verhindern, dass aus dem Braindrain der erhoffte Braingain für Europa wird. Österreich wird sich um die Talentiertesten bemühen müssen, insbesondere weil auf den Märkten Konkurrenzkampf um Hochqualifizierte besteht und die klassischen Einwanderungsländer USA und Kanada schon lange diesbezüglich Maßnahmen gesetzt haben.

#### 4.5.2 SZENARIO VERSTÄRKTE RÜCKWANDERUNG

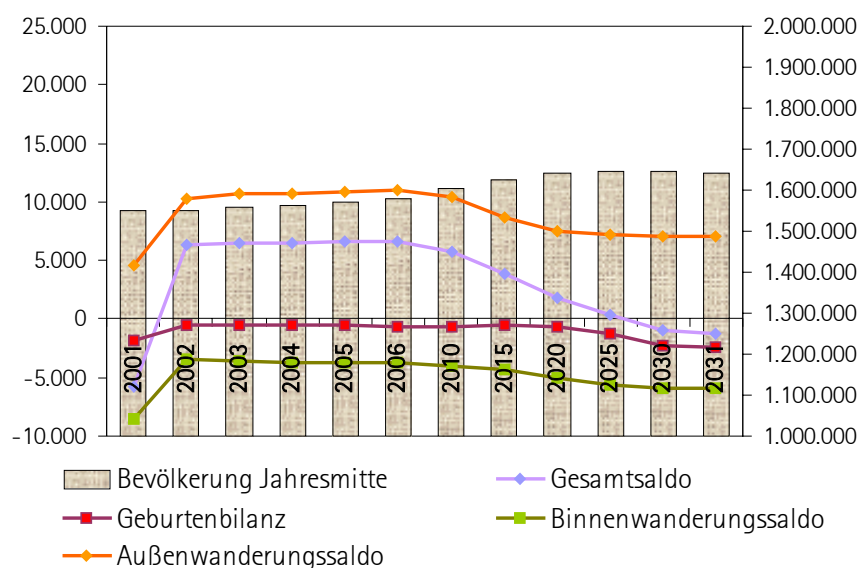
Wie erwähnt wurde keine Veranlassung gesehen, bei der Referenzvariante von der Hauptvariante der Bevölkerungsprognose der Statistik Austria abzugehen. Bei der Berechnung von Alternativvarianten wurden allerdings Szenarien entwickelt, die wesentlich von Alternativ-Varianten der St.at-Prognose differieren. Aus der Beurteilung der Push- und Pull-Faktoren, insbesondere der wirtschaftlichen Entwicklung diesseits und jenseits der Grenze mit besonderer Beachtung der Beschäftigungsentwicklung, sowie der empirischen Erhebung werden zwei Szenarien skizziert, die als untere und obere Grenze von als einigermaßen wahrscheinlich erachteten Entwicklungen aufgefasst werden:

- Szenario Verstärkte Rückwanderung - erhöhte Wegzugsraten auf Basis der Hauptvariante der Statistik Austria
- Szenario Zuwanderungsschock aus Polen.

<sup>1</sup> Siehe Kap. 6., S 149 f..

<sup>2</sup> Rainer Münz in: Der Standard, 28./29.2.2004 und in: Die Zeit 28/2001 vom 12.7.2001.

Grafik 116: Szenario 1: Verstärkte Rückwanderung –



Quelle: Stat.at., FGW

Es wurde bereits auf den starken Stellenwert der Rückwanderung bei Wanderungszielen in der gegebenen geringen Distanz verwiesen. Der überwiegende Teil der Befragten gab an, nur eine zeitlich begrenzte Migration ins Auge zu fassen. Die Autoren der Country-Reports kamen im Wesentlichen zum selben Ergebnis. Es erscheint also durchaus wahrscheinlich, dass bei einer entsprechend positiven Entwicklung in ihren Heimatländern, insbesondere bei der Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen, ein erheblicher Teil der Zuwanderer früherer Jahre den Rückweg antritt. Verwiesen sei auch auf die stagnierende Entwicklung von Beschäftigungsverhältnissen in der Ostregion Österreichs, vgl. S 104 f.. Es wurde für dieses Szenario die vereinfachende Annahme zugrunde gelegt, dass die Rückwanderungsquote um 50% über jener des Referenzszenarios liegt. Daraus ergeben sich folgende Wanderungssalden:

Tabelle 117: Jährliche Wanderungssalden aus den MOE-Ländern nach Wien: Szenario Verstärkte Rückwanderung

	Saldo Referenzvariante	Saldo Wanderung aus den MOE-Ländern	Polen	Slowakei	Tschechien	Ungarn
Personen Ø 2005-09	2.400	1.690	930	290	120	350
Personen Ø 2010-14	2.730	1.930	1.140	300	130	370
Personen Ø 2015-19	1.960	1.230	760	190	60	220
Haushalte Ø 2005-09	1.420	1.070	490	250	140	190
Haushalte Ø 2010-14	1.630	1.220	600	280	150	190
Haushalte Ø 2015-19	1.230	860	410	210	120	120

Quelle: FGW, Statistik Austria

Angesichts des Wanderungssaldos von ca. 500 Haushalten während der neunziger Jahre ergibt sich bei diesem Szenario somit ein Plus von etwa 500 Haushalten pro Jahr als direkte Auswirkung der EU-Erweiterung auf die Wohnungsnachfrage in Wien. Mit diesem Szenario ist mit großer Sicherheit die Untergrenze der demographischen Entwicklung von Seiten der MOE-Länder beschrieben.

Wien würde auch unter den Bedingungen dieses Szenarios wachsen. Allerdings wäre der Höhepunkt des Wachstums schon in etwa 20 Jahren erreicht. Wien hätte dann etwa 80.000 Einwohner mehr als heute. Für die nähere Zukunft wären Bevölkerungszuwächse von 5.000 bis 6.000 zu bewältigen, die sich gleichfalls ausschließlich aus internationaler Zuwanderung speisen.

### 4.5.3 SZENARIO ZUWANDERUNGSSCHOCK AUS POLEN

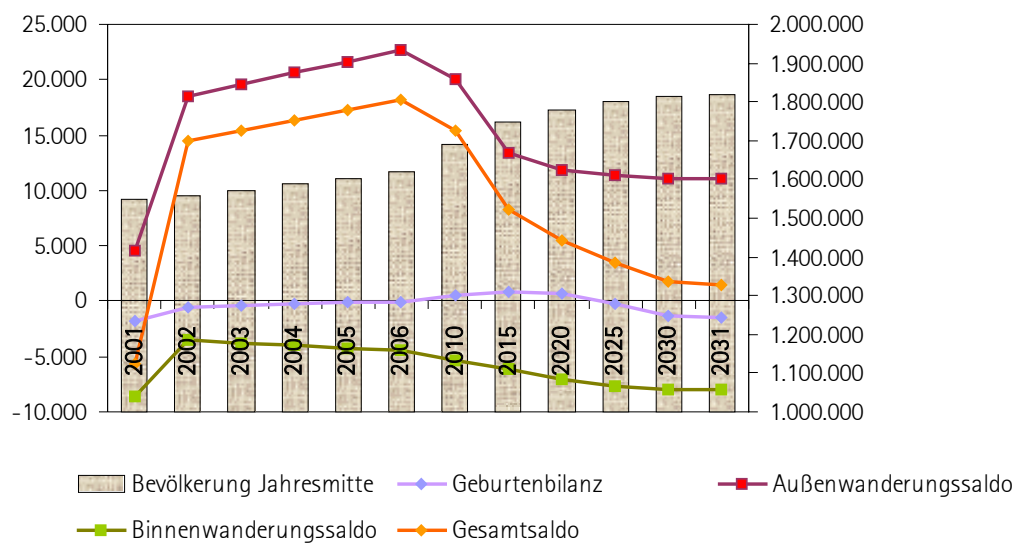
Hinsichtlich Tschechien und Ungarn kann mit großer Sicherheit eine wirtschaftlich und demographisch stabile Entwicklung prognostiziert werden. Für die Slowakei signalisieren die Ergebnisse der empirischen Erhebung, vor allem aber die nach wie vor sehr hohe Arbeitslosigkeit ein erhebliches Maß an Unsicherheit. Allerdings ist die Slowakei vergleichsweise klein (5,4 Mio Einwohner), die West-Slowakei entwickelt sich wirtschaftlich außerordentlich dynamisch.

Für Polen liegt die Sache insofern anders, als es mit über 38 Millionen Einwohnern sieben Mal so groß wie die Slowakei und fünf Mal so groß wie Österreich ist. Über sieben Millionen Polen sind nach wie vor in der Landwirtschaft tätig. Mit 19% der Erwerbstätigen ist der primäre Sektor in Polen etwa vier mal so stark wie im westeuropäischen Schnitt. Eine Anpassung im Zuge der EU-Integration erscheint unausweichlich. Ähnliches gilt für den Grundstoffsektor, für den in den nächsten Jahren ein drastischer Strukturwandel absehbar ist. Österreich ist zwar ein nachrangiges Migrationsziel für die Polen. Angesichts des sehr großen Bevölkerungspotenzials hätte eine krisenhafte Entwicklung im landwirtschaftlichen und Grundstoffsektor Polens allerdings auch für Österreich massive Auswirkungen.

Unter allen möglichen Szenarien zur Darstellung einer starken Zuwanderung aus den MOE-Ländern wird vor diesem Hintergrund ein Zuwanderungsschock aus Polen als eine vergleichsweise realistische Möglichkeit aufgefasst. In der Szenarienmodellierung wird sie mit einer zusätzlichen Zuwanderung nach Österreich von insgesamt 125.000 Personen zwischen 2002 und 2012 dargestellt. Zwischen 2002 und 2006 steigt die zusätzliche Zuwanderung von 7.000 auf 15.000, verbleibt auf diesem Niveau bis 2008 und sinkt dann wieder sukzessive auf 7.000. Wesentlich bei der Simulation dieses Modells war die Allokation der zusätzlichen Zuwanderung zwischen den Bundesländern. Das Prognosemodell der Statistik Austria sieht eine Zuordnung gemäß einer Mischvariablen aus Stock und Flow für die Gesamtheit des Zuwanderungspools vor.<sup>1</sup> Das bedeutet, dass die zusätzliche Zuwanderung gemäß der Verteilung der Gesamtheit der internationalen Zuwanderer auf die Bundesländer verteilt wird. Im gegenständlichen Fall ging es darum, die Konzentration von polnischen Migranten auf den Raum Wien nachzuzeichnen. Zu diesem Zweck wurde das St.at-Modell modifiziert, um die zusätzliche Zuwanderung überwiegend gemäß der Stock-Variablen der Polen (60% der in Österreich lebenden Polen sind in Wien gemeldet) zuzuordnen. Aus dieser Annahmenfindung ergeben sich folgende Salden:

<sup>1</sup> Vgl. Tabelle 113, S 135.

Grafik 118: Szenario 2: Zuwanderungsschock aus Polen



Quelle: Stat.at, FGW

Tabelle 119: Jährliche Wanderungssalden aus den MOE-Ländern nach Wien: Szenario Zuwanderungsschock

	Saldo Referenzvariante	Saldo Wanderung aus den MOE-Ländern	Polen	Slowakei	Tschechien	Ungarn
Personen Ø 2005-09	2.400	8.440	7.320	410	220	480
Personen Ø 2010-14	2.730	3.080	1.870	450	240	520
Personen Ø 2015-19	1.960	300	-540	320	160	360
Haushalte Ø 2005-09	1.420	4.490	3.720	320	200	250
Haushalte Ø 2010-14	1.630	1.860	1.020	360	210	270
Haushalte Ø 2015-19	1.230	440	-200	280	170	190

Quelle: FGW, Statistik Austria

Das Szenario bewirkt eine um ca. 4.200 Haushalte pro Jahr stärkere Zuwanderung als das Referenzszenario während der nächsten fünf Jahre. Die wachsende Zahl an Migranten erhöht aber auch die Abwanderungswahrscheinlichkeit. Dies wirkt sich im Jahrfünft von 2015 bis 19 angesichts der wieder dem Referenzszenario entsprechenden Zuwanderungsraten der Polen in sogar negativen Wanderungssalden aus.

Angesichts des Wanderungssaldos von ca. 500 Haushalten während der neunziger Jahre ergibt sich bei diesem Szenario somit ein Plus von etwa 4.000 Haushalten pro Jahr als direkte Auswirkung der dargestellten Entwicklung auf die Wohnungsnachfrage in Wien. Es wird die Auffassung vertreten, dass mit diesem Szenario die Obergrenze der als einigermaßen wahrscheinlich aufzufassenden Entwicklungen dargestellt ist.



In der Zusammenschau der Szenarien ist somit festzuhalten, dass die Auswirkungen der EU-Erweiterung auf die zusätzliche Haushaltsentwicklung in Wien mit einem Plus zwischen 500 und 4.000 pro Jahr klar eingrenzbar ist.

Wien würde unter den Bedingungen dieses Szenarios erheblich wachsen. Der Höhepunkt des Wachstums wäre erst in über 30 Jahren erreicht. Wien hätte dann ca. 1,7 Millionen Einwohner. Für die nähere Zukunft wären Bevölkerungszuwächse von teilweise über 15.000 Personen zu bewältigen.



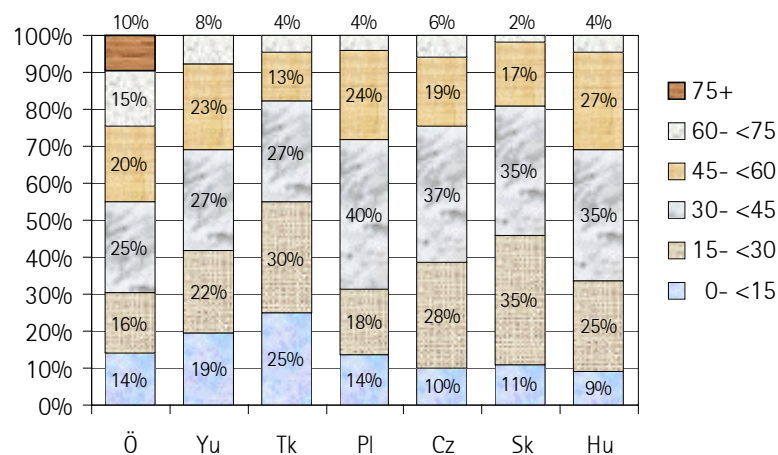
## 5 ERWEITERUNGSBEDINGTE ZUWANDERUNG AUS DEN CEE-STAATEN NACH SOZIO-DOMOGRAFISCHEN KRITERIEN

### 5.1 ALTERSSTRUKTUR

Die Ergebnisse der empirischen Erhebung decken sich hinsichtlich der Einschätzung der Altersstruktur der erweiterungsbedingten Zuwanderung mit den statistischen Daten und den Einschätzungen anderer Studien.<sup>1</sup> Die Zuwanderer werden zu einem weit überwiegenden Teil den Alterskohorten der 15- bis 30-Jährigen bzw. der 30- bis 45-Jährigen angehören. In Tabelle 62 „Demografische Indikatoren Österreich und MOEL“, S 72, ist der Anteil dieser Kohorten an der Gesamtbevölkerung der MOE-Länder angeführt.

In Verbindung mit der Altersverteilung der bereits in Österreich lebenden MOE-Bürgern ist erkennbar, in welchem Ausmaß überproportional die Jüngeren bei der Migration überwiegen. Die Slowakei hat die im Vergleich jüngste Bevölkerung. 44% gehören den angesprochenen Altersgruppen an (15-45 Jahre). Bei den in Österreich lebenden Slowaken machen diese Altersgruppen nicht weniger als 70% aus. Deutlich anders verhält es sich nur bei den Polen. Sie sind in der Altersgruppe der 30- bis 45-Jährigen sehr stark vertreten. Dafür erreicht die Altersgruppe der 15- bis 30-Jährigen kaum den halben Anteil der Slowaken. Dies ist ein deutliches Indiz darauf, dass die polnische Zuwanderung auf ältere Migrationsverflechtungen aufbaut. Die slowakische Zuwanderung ist ein jüngeres Phänomen.

Grafik 120: Wohnbevölkerung Wiens nach Staatsangehörigkeit und Altersstruktur, 2001



Quelle: Statistik Austria, VZ 2001

### 5.2 BERUFE UND EINKOMMEN

Das Ausbildungsniveau bereits in Österreich lebender Migranten aus den MOE-Ländern, wie in Grafik 17, S 22 dargestellt, ist die Basis der Beurteilung der zukünftigen Migrationsstruktur. Demnach werden zukünftige Migranten aus den Moe-Ländern eine deutlich bessere Ausbildung als die Zuwanderer aus den traditionellen Zuwanderungsländern haben, aber keine höhere als die heimische Bevölkerung. Bei

<sup>1</sup> Z.B. Huber (2001), S 26.

den bereits in Österreich lebenden MOE-Bürgern ist der Anteil der Absolventen von berufsbildenden bzw. allgemeinbildenden höheren Schulen auffallend hoch. Es ist davon auszugehen, dass ein großer Teil des Wanderungspotenzials nur migrieren wird, wenn adäquate berufliche Möglichkeiten gegeben sind. Andernfalls bieten die Heimatländer, zumindest mittelfristig, ausreichende Perspektiven. Das ist ein wesentlicher Faktor hinsichtlich der Einschätzung, dass sich die erweiterungsbedingte Zuwanderung in Grenzen halten wird. Es bedeutet aber auch, dass sich die Migranten aus den MOE-Ländern bald und zu einem erheblichen Teil den Einkommensverhältnissen des heimischen Mittelstands annähern werden.

Die Beantwortung der Frage, wie die aktuelle EU-Erweiterung die Fachkräftenachfrage beeinflussen wird, hängt in starkem Ausmaß davon ab, in welchen Sektoren die MOEL-Arbeitskräfte beschäftigt sein werden: Treten sie vorwiegend in den traditionellen Bereichen mit hoher Ausländerbeschäftigung auf (Tourismus, Bau, Handel, Reparaturwesen), dann werden sie sich komplementär zu allgemeinen Fachkräftenachfrage verhalten. Wenn sie verstärkt in Sektoren bzw. Berufen arbeiten, die ihrem Ausbildungsniveau entsprechen, könnten sie helfen, den Fachkräftemangel zu mildern, werden dann allerdings mit heimischen Fachkräften in Konkurrenz treten und über eine Dämpfung des Lohndrucks (beispielsweise bei Computerspezialisten) ebenfalls zu einer Ausweitung der Nachfrage beitragen.

Unabhängig von der konjunkturellen Entwicklung wird es aufgrund des technischen Fortschritts zu einer strukturellen Verschiebung der Nachfrage nach besser qualifizierten Personen kommen. Längerfristig ist von einem kontinuierlichen Fachkräftemangel auszugehen. Die EU-Erweiterung um die MOEL kann einen Zustrom an Arbeitskräften bringen, die besser qualifiziert sein werden als die Beschäftigten aus Ex-Jugoslawien und der Türkei.

### 5.3 HAUSHALTSGRÖßEN

Der Anteil der Slowaken und Tschechen, die alleine auszuwandern gedenken, liegt gemäß den Ergebnissen der projektbezogen durchgeführten empirischen Erhebung doppelt so hoch wie bei den Polen, die überwiegend mit Familie emigrieren wollen. Im Durchschnitt der vier Länder würden diejenigen, die eine Migrationsabsicht bekunden mit 2,3 Personen gemeinsam auswandern. Die in Wien lebenden Migranten-Haushalte sind deutlich kleiner. Für Ungarn und Polen betragen die ermittelten Haushaltsgrößen durchschnittlich 2,1 Personen, für Tschechen und Slowaken etwa 1,8 Personen.

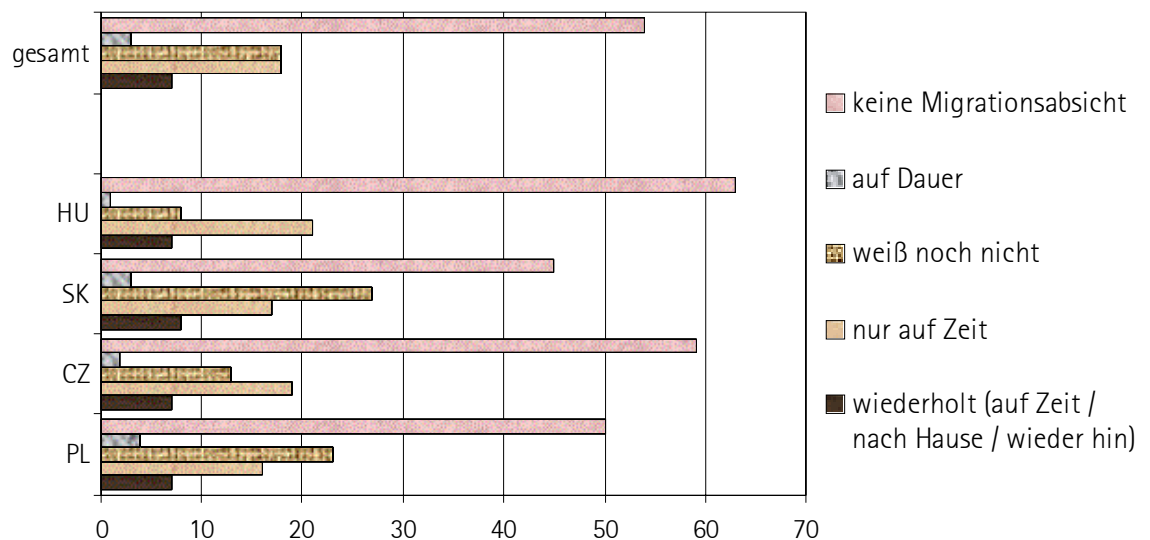
Entgegen dem Paradigma der individualistisch-rationalen Nutzenmaximierung muss bei Migrationsentscheidungen davon ausgegangen werden, dass Haushaltsentscheidungen nicht Entscheidungen von Einzelpersonen, sondern Entscheidungen ganzer Haushalte darstellen. Damit tritt anstelle der egoistischen Orientierung von Individuen eine kooperative, wobei die Nutzenerwartungen einzelner Haushaltsmitglieder einander zuwider laufen können. Kleinere Haushalte werden ihre Migrationsabsichten eher realisieren können. Für die Abschätzung der Wohnungsbedarfsprognose wurde die Annahme getroffen, dass Polen und Ungarn in Haushalten mit durchschnittlich 2 Personen, Tschechen und Slowaken in Haushalten mit durchschnittlich 1,5 Personen zuwandern werden.

## 5.4 ZUZUGSDAUER

Wie deutlich dargelegt, ist ein übermäßiger Zustrom aus den MOE-Ländern nicht absehbar. Mehr als die Hälfte der Befragten hegt überhaupt keine Migrationsabsicht. Nur 1% bis 4% der Befragten aus den MOE-Ländern streben zum Zeitpunkt der Befragung eine Migration auf Dauer an.

Gemäß empirischer Erhebung legt sich ein nur geringer Teil der Migrationswilligen auf eine dauerhafte Auswanderung fest, wesentlich mehr halten sich diese Option offen. Rund die Hälfte der Migrationswilligen - in Tschechien und Ungarn deutlich mehr - wollen nur auf Zeit (oder wiederholt) auswandern.

Grafik 121: Migrationsabsichten



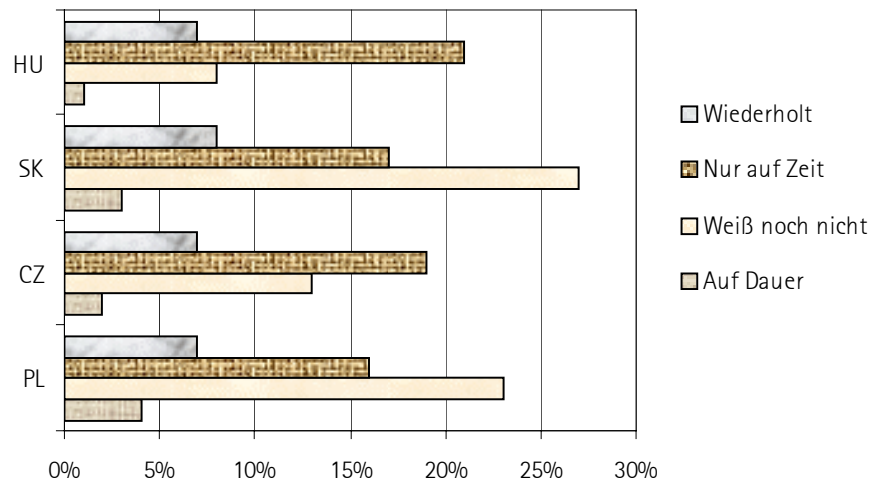
Quelle: FGW/ Triconsult, 2003

Bei den Migranten, die einen zeitlich begrenzten Aufenthalt im Ausland anstreben, beträgt die durchschnittliche Dauer ihres Auslandsaufenthaltes 26 Monate. Kürzer ist die intendierte Aufenthaltsdauer bei den Slowaken (22,4 Monate), länger bei den Polen (30,3 Monate).

Die empirische Erhebung zielte außerdem auf die bisherige Aufenthaltsdauer in Österreich ab. Demnach waren 90% der Polen und 50% der Ungarn noch nie in Österreich. Die Aufenthaltsdauer wurde unabhängig davon ermittelt, ob es sich um Urlaub/ Besuch oder um einen Aufenthalt mit dem Zweck einer Arbeit nachzugehen bzw. eine Ausbildung zu absolvieren, handelte.

Zwischen 23% und 33% der Tschechen, Slowaken und Ungarn waren nur ein bis zwei Tage in Österreich. Tschechen und Slowaken waren zu 20% bzw. 14% für drei bis sechs Tage in Österreich. Noch 14% Tschechen und 10% Ungarn und noch 8% der Slowaken waren für ein bis drei Monate in Österreich. Darüber hinaus gehende, längere Aufenthalte in Österreich sind vernachlässigbar gering.

Grafik 122: Intendierte Migrationsdauer



Quelle: FGW/ Triconsult, 2003

## 5.5 PENDLER

Die „Vienna Region“ zeichnet sich durch eine hohe Intensität an Pendlerbewegungen aus, Wien zieht Österreichweit die meisten Pendler an. Etwa ein Viertel aller Beschäftigten pendelt zwischen Bundesländer-Grenzen, Tendenz steigend. Seit der Grenzöffnung sind auch die Pendlerströme aus den benachbarten Regionen in der Slowakischen Republik, Ungarn und der Tschechischen Republik im Steigen begriffen. Vorhandene Ist-Daten lassen allerdings nur sehr beschränkt Rückschlüsse auf zukünftige Entwicklungen zu. Ausländische Staatsbürger, die legal in Österreich arbeiten, wurden bisher aufgrund der Quote oder aufgrund zwischenstaatlicher Abkommen für Tagespendler in den österreichischen Arbeitsmarkt integriert.

Pendler aus dem benachbarten MOE-Raum unterscheiden sich folgendermaßen von Zuwanderern mit dauerhafter Migrationsabsicht<sup>1</sup>:

- Geringere Konzentration auf die jüngeren Alterskohorten;
- Niedrigeres Ausbildungsniveau;
- Stärkerer Zustrom in Billiglohn-Segmente.

Die Einschätzung der zukünftigen Entwicklung der Pendler-Verflechtungen fällt noch schwerer als jene zur dauerhaften Migration. Mehrere Studien haben sich mit der Entwicklung der Pendlerströme als Folge der EU-Erweiterung auseinandergesetzt. Fassmann/ Hintermann (1997) haben ein Potenzial von 105.000 Pendlern aus Ungarn und Tschechien hochgerechnet. Dietz und Walterskirchen (1998) kommen auf ein Pendlerpotenzial nach Österreich von insgesamt 150.000 innerhalb von 10 Jahren. Birner/ Huber/ Winkler (1998) ermittelten ein Potenzial von insgesamt ca. 60.000 Tagespendlern und knapp 100.000 Nichttagespendlern. Hinsichtlich des auf Wien entfallenden Pendlerpotenzials kommen die erwähnten Studien weitgehend übereinstimmend auf ca. 30.000 Personen. Birner/ Huber/ Winkler (1998) sehen zusätzlich ein Potenzial an Nichttagespendlern von nochmals 30.000 Personen.

<sup>1</sup> Vgl. Kapitel 3.1.4, S 72 und 3.1.5, S 75.

Im Preparity-Teilprojekt „Migration und Pendeln infolge der EU-Erweiterung“ befasst sich Peter Huber (2001) eingehend mit einer modelltechnischen Ermittlung der Pendlerpotenziale. Bestehende Modelle fokussieren vor allem Lohnunterschiede und Unterschiede in der Beschäftigungsquote, berücksichtigen aber Sprachbarrieren und Landesgrenzen nicht oder nur unzureichend. Um dieser Schwäche zu begegnen, variiert Huber die modelltechnisch ermittelten Pendler-Zahlen mittels des Verhältnisses von Pendler-Raten über Bezirksgrenzen bzw. über Staatsgrenzen in verschiedenen Grenzregionen Österreichs. Die Hauptvariante lehnt sich an die Werte von Oberösterreich an, wo die Pendlerquote über die Staatsgrenze ein Drittel von jener über innerösterreichischen Bezirksgrenzen erreicht. Die obere Variante orientiert sich an Vorarlberg, wo die Auslandspendler ca. 75% der Binnen-Pendler ausmachen. Die untere Variante schließlich fasst die Werte aller österreichischen Grenzregionen zusammen (25%). Somit gelangt Huber auf ein Pendlerpotenzial in der Hauptvariante von 76.000 Personen, von denen wiederum ca. 30.000 auf Wien entfallen.

Die dargestellten Ergebnisse stehen in einem krassen Missverhältnis zur offiziellen Zahl an Pendlern und Grenzgängern. Für 2003 gab das BMI nicht mehr als Österreichweit 2.200 Personen aus MOE-Ländern mit aufrechtem Aufenthaltstitel „Pendler“ bekannt; nur 430 „offizielle“ Pendler entfallen auf Wien<sup>1</sup>. Die Zahl der Grenzgänger aus den MOE-Ländern lag 1999 bei knapp 6.000<sup>2</sup>. Sie arbeiteten aber ganz überwiegend in Niederösterreich und im Burgenland. Gerade 140 Grenzgänger wurden für Wien registriert.

Gerade für Wien besteht ein offensichtlich krasses Missverhältnis zwischen „offiziellen“ Pendlern und Personen, die sich im Rahmen von Touristenvisa zeitlich begrenzt bzw. wiederholt in Österreich aufhalten und häufig illegalen Beschäftigungen nachgehen, insbesondere im Bereich haushaltsbezogener Dienstleistungen. Aber auch diese Migranten benötigen eine Wohnversorgung. Sie werden sich überwiegend am privaten Mietwohnungsmarkt versorgen. Es spricht viel dafür, den legal in Österreich arbeitenden Migranten durch geeignete Informationen den geförderten Wohnbau zu erschließen, um den Druck am privaten Wohnungsmarkt zu reduzieren.

Es sind mehrere Argumente zu nennen, die darauf schließen lassen, dass die Prognoseergebnisse von Huber und früheren Studien das Pendlerpotenzial systematisch überschätzen:

- Weiter oben wurden Gründe angeführt, warum bisherige Schätzungen zum Migrationspotenzial als zu hoch angesehen werden (S 133). Sie treffen im Wesentlichen auch auf das Pendlerpotenzial zu.
- Huber variiert die Pendlerwahrscheinlichkeit mittels des Verhältnisses zwischen Binnenpendlern und Auslandspendlern in verschiedenen österreichischen Grenzregionen und wählt für die Hauptvariante die Grenzregion Oberösterreichs, wo der Anteil der Auslandspendler 33% der Pendler zwischen innerösterreichischen Bezirksgrenzen erreicht. Die Wahl wird als lediglich willkürlich aufgefasst. In Salzburg etwa liegt der Anteil der Auslandspendler bei weniger als 10% der Pendler zwischen Bezirksgrenzen.

---

<sup>1</sup> BMI, FIS, Stichtag 1.7.2003.

<sup>2</sup> FIS, zit. nach Huber (2001), S 32.

- „Offizielle“ Pendler werden zuwandern, wenn es entsprechende Job-Angebote gibt. In Grafik 95, S 104 wurde auf die stagnierenden Beschäftigtenzahlen in der Ostregion hingewiesen. Österreichische Unternehmen werden auf Pendler zugreifen, wenn dies ökonomisch rational ist. Angesichts der guten Durchsetzung kollektivvertraglicher Mindestlöhne in Österreich dürften die Kostenvorteile von nicht-österreichischen Arbeitnehmern aus Unternehmersicht in zahlreichen Branchen deutlich beschränkt sein. Andererseits ist ein Fachkräftemangel bereits evident und ein Ansteigen vorhersehbar.<sup>1</sup>
- Pendler aus MOE-Länder unterliegen auch während der Übergangsfristen bis längstens 2011 dem Ausländerbeschäftigungsgesetz.

Folgende Argumente stützen demgegenüber die Schätzung von Pendlerraten in der von Huber ermittelten Größenordnung:

- In den MOE-Ländern wurde der soziale Wohnungsbestand massenhaft privatisiert. Es hat sich allerdings aufgrund unzureichender rechtlicher und finanzieller Instrumente zur Bewirtschaftung der solcherart entstandenen Eigentumswohnungsbauten noch kein funktionsfähiger Markt für diese Wohnungen entwickelt. Das Kapital der eigenen Wohnung kann also kaum liquide gemacht werden. Eine Abwanderung bei gleichzeitigem Behalten der vorigen Wohnung erhöht die Opportunitätskosten einer Wanderung und begünstigt solcherart eine Auslandsbeschäftigung als Pendler.
- Gemäß empirischer Erhebung haben rund 4% der MOE-Staatsbürger bereits im Ausland als Pendler gearbeitet. Die Ergebnisse sind aufgrund der geringen Stichprobe mit Vorsicht zu interpretieren. Den größten Pendler-Anteil weisen die Slowaken auf, den geringsten die Polen.

---

<sup>1</sup> Ewald Walterskirchen. Künftige Knappheit an Fachkräften in Wien. Wien: Wifo, 4/2002. S 23.



## 6 PROGNOSE DER ZUSÄTZLICHEN WOHNUNGSNACHFRAGE

In Kapitel 4.5 ab Seite 134 wurden die Migrationsszenarien auf Personen- und Haushaltsebene durchgerechnet. Für die Prognose der zusätzlichen Wohnungsnachfrage wird vor allem auf folgende Daten zurück gegriffen:

Tabelle 123: Daten zur Wohnungsnachfrage Wien

	Referenzszenario	Szenario 1 - verstärkte Abwanderung	Szenario 2 - Zuwanderungsschock
Wanderungssaldo MOE-Haushalte Ø 1996-2001	510		
Wanderungssaldo MOE-Haushalte Ø 2005-09	1.420	1.070	4.490
Wanderungssaldo MOE-Haushalte Ø 2010-14	1.630	1.220	1.860
Wanderungssaldo MOE-Haushalte Ø 2015-19	1.230	860	440
Wanderungssaldo Personen gesamt Ø 1996-2001	4.730		
Wanderungssaldo Personen gesamt Ø 2005-09	7.700	7.000	ca. 15.000
Wanderungssaldo Personen gesamt Ø 2010-14	6.600	5.700	ca. 10.000
Wanderungssaldo Personen gesamt Ø 2015-19	4.300	3.500	ca. 5.000
Bevölkerungszunahme Ø 1991-2001	1.030		
Bevölkerungszunahme Ø 2005-09	7.100	6.300	ca. 15.000
Bevölkerungszunahme Ø 2010-14	6.100	5.200	ca. 10.000
Bevölkerungszunahme Ø 2015-19	3.800	3.000	ca. 5.000

Quelle: FGW, Statistik Austria

Jeder fünfte Respondent mit Migrationsabsicht gab im Rahmen der empirischen Erhebung an, im Falle einer Migration bei Verwandten oder Bekannten unterkommen zu können. Vergleichsweise stark ausgeprägt sind derartige persönliche Netzwerke bei Slowaken und Polen. Auf den längerfristigen Wohnungsbedarf dürfte dies aber nur geringe Auswirkungen haben, nachdem diese Wohnversorgung bei dauerhafter Migration kaum mehr als eine zeitlich begrenzte Option darstellt.

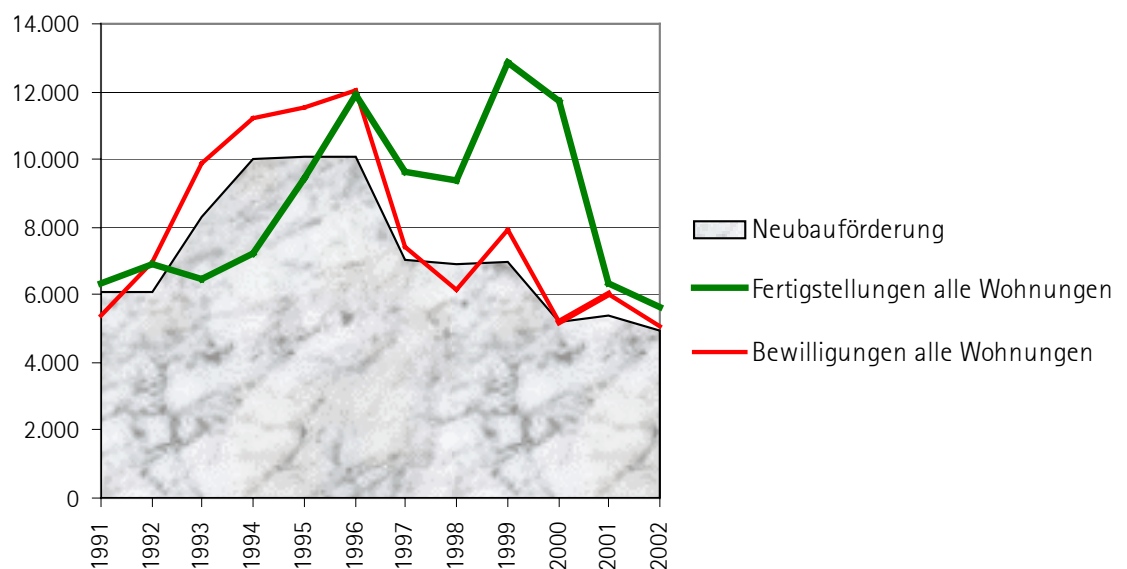
Die Stadt Wien verfolgt zur Zeit die Strategie, die Errichtung von jährlich 5.000 Wohnungen zu fördern. Zwischen 1994 und 1996 lag die Förderungsrate beim Doppelten. Die Rücknahme wurde mit dem Abebben des Nachfrageüberhangs am Wohnungsmarkt argumentiert.

Alle österreichischen Bundesländer haben einen hohen „Förderungsdurchsatz“. Darunter wird das Verhältnis zwischen Förderungszusicherungen und Baubewilligungen verstanden. Ein hoher Förderungsdurchsatz hat zur Folge, dass mit dem Instrument der Wohnbauförderung der Wohnungsneubau in hohem Maße beeinflusst werden kann. Aus Grafik 124 ist ersichtlich, in wie hohem Maße die Entwicklung der Förderungszahlen und jene der Bewilligungszahlen in Wien korrelieren. Förderungszahlen und Bewilligungszahlen beeinflussen sich gegenseitig. Die Wohnungspolitik hat mit der Wohnbauförderung zwar ein wirksames Instrument in der Hand, um den Wohnbau qualitativ und auch quantitativ zu

steuern. Die Interaktion funktioniert aber nur, wenn die Förderungsmodelle ihrerseits eng an die Bedürfnisse des Marktes angepasst sind.

Österreichweit liegt der Förderungsdurchsatz im langjährigen Durchschnitt bei ca. 80%, in Wien bei ca. 90%. Das heißt, dass nur rund 10% der Neubauwohnungen gänzlich ohne Förderung errichtet werden. Insbesondere seit 1997 korrelieren die Bewilligungszahlen aufs Engste mit den Förderungszusicherungen. Angesichts der Zeitreihenanalyse ist davon auszugehen, dass die Wohnbauförderung auch in Zukunft größten Einfluss auf die Wohnbauproduktion haben wird.

Grafik 124: Förderungszusicherungen, Wohnungsbewilligungen und Fertigstellungen



Quelle: FGW, Statistik Austria

Die zukünftige Wohnungsnachfrage hängt von verschiedenen Faktoren ab:

- Haushaltsentwicklung:
  - Entwicklung des Wanderungssaldos Haushalte,
  - Entwicklung der Lebenserwartung (diese wurde in der jüngeren Vergangenheit stark unterschätzt),
  - Ausmaß der Bildung neuer Haushalte aus dem Bestand, insbesondere Hausstandsgründungen nach Auszug aus dem Elternhaus sowie nach Scheidungen,
  - Ausmaß der Zusammenführung von Haushalten durch Eingehen von Lebensgemeinschaften,
  - Bereitschaft der Haushalte, bei Eingehen von Lebensgemeinschaften eine der vormaligen Wohnungen aufzugeben.
- Wohnungsbestandsentwicklung:
  - Verlust von Wohnungen durch Abbruch und Zusammenlegung,
  - Wohnungsneubau.

Der größte Teil der Wohnungsnachfrage wird aus dem Bestand gedeckt. Zum Ausmaß der Wohnungswechsel stehen keine gesicherten empirischen Daten zur Verfügung. Aktuelle Schätzungen liegen bei 80.000 Wechselfällen pro Jahr<sup>1</sup>. Die Möglichkeiten der Wohnungspolitik zur Beeinflussung des Marktgleichgewichtes konzentrieren sich somit auf die Herstellung einer ausgewogenen Angebotsmenge.

Die Angebotsmenge kann durch Neubau erhöht werden, aber auch durch Maßnahmen, fehlgenutzte Wohnungen dem Markt zuzuführen. Die nachfolgenden Ausführungen gehen von der vereinfachenden Annahme aus, dass das derzeitige Verhältnis von Angebotsmenge und Nachfrage beibehalten werden soll, dass also die Entstehung zusätzlicher Haushalte allein aus dem Neubau gedeckt werden soll.

Es wurde gezeigt, dass die der vorliegenden Studie zugrunde gelegten Prognoseergebnisse am unteren Rand der Schätzungen früherer demographischer Studien liegen. Demnach kann für die nähere Zukunft (10 Jahre) bei Ausbleiben unvorhergesehener Entwicklungen (Referenzszenario) mit einem Anstieg der Wiener Bevölkerung um jährlich 6.000 bis 7.000 Personen gerechnet werden. Das entspricht einer Zunahme um 3.000 bis 4.000 Haushalten. Etwa 1.500 dieser Haushalte kommen aus den MOE-Ländern. Von 1991 bis 2001 nahm die durchschnittliche Haushaltsgröße von 2,06 auf 2,01 ab. Bei gleicher Bevölkerungszahl bedeutet diese Entwicklung eine Zunahme um gut 1.500 Haushalte pro Jahr. Der Trend setzt sich mit Sicherheit fort, zumal angesichts weiterhin moderater Preise am Wohnungsmarkt. Im Durchschnitt der Jahre 1996-2002 gingen jährlich 1.620 Wohnungen durch Abbruch und Zusammenlegungen verloren. Es ist davon auszugehen, dass diese Zahl trotz verringerter Kategorieanhebungen in etwa aufrecht bleiben wird.

Einer voraussichtlichen Zunahme der Haushaltszahl um 4.500 bis 5.500 pro Jahr steht damit ein Abgang an Wohnungen von zumindest 1.500 gegenüber. Unter der Annahme, dass die resultierende zusätzliche Wohnungsnachfrage allein durch Neubau gedeckt werden soll, bedeutet dies einen jährlichen Neubaubedarf von 6.000 bis 7.000 Wohnungen. Unter der Voraussetzung, dass wie in der Vergangenheit rund 90% des Neubaus durch Wohnbauförderungsmittel kofinanziert wird, bedeutet dies die Notwendigkeit, die Förderungszusicherungen auf jährlich 5.500 bis 6.500 Einheiten anzuheben.

Das Referenzszenario wird als deutlich wahrscheinlicher eingeschätzt als die beiden alternativ berechneten Szenarien. Szenario 1 mit verstärkter Rückwanderung hat nur geringfügige Auswirkungen auf die Haushaltsentwicklung. Szenario 2 mit einem Zuwanderungsschock aus einem der Beitrittsländer würde akut einen erheblichen Wohnungsbedarf nach sich ziehen. Es ist davon auszugehen, dass im Wohnungsbestand gewisse Reserven bestehen, die im Falle einer abrupten Nachfragesteigerung aktiviert würden. Um Entwicklungen wie Anfang der neunziger Jahre zu vermeiden, als eine unerwartete Nachfragesteigerung v.a. durch kriegsbedingte Migranten aus Ex-Jugoslawien den Wohnungsmarkt soweit aus der Balance brachte, dass es zu massiven Steigerungen der Preise am privaten Mietwohnungsmarkt kam, empfiehlt es sich, Handlungsoptionen zu einer steuernden Marktbeeinflussung vorzubereiten.

---

<sup>1</sup> Synthesis Forschungsgesellschaft. Wohnversorgung in Wien 2004.

Eine weitere Unbekannte sind die Nicht-Tagespendler, die keiner angemeldeten Tätigkeit nachgehen. Wie dargestellt (Kapitel 5.5, S 146) ist die Diskrepanz zwischen modelltechnisch berechnetem Pendler-Potenzial und registrierten Pendlern enorm. Ihr zahlreiches Auftreten bei haushaltsbezogenen Dienstleistungen und in einzelnen Branchen ist augenscheinlich. Ohne auf eine gesicherte empirische Basis zurück greifen zu können, ist davon auszugehen, dass diese Personengruppe überwiegend bei Verwandten und Bekannten wohnt sowie den privaten Wohnungsmarkt in Anspruch nimmt. Es muss im Interesse der Wohnungspolitik liegen, die Preisentwicklung am privaten Wohnungsmarkt mittels marktkonformer Interventionen zu steuern. Dazu zählt insbesondere die Zurverfügungstellung preisge-regelter geförderter Wohnungen für einen großen Teil der Bevölkerung. Angesichts der evidenten Durchlässigkeit der Marktsegmente ist der geförderte Wohnbau bei entsprechenden Angebotsmengen in der Lage, das Preisniveau am privaten Wohnungsmarkt zu beeinflussen. Angesichts dessen emp-fiehlt es sich, „offiziellen“ Migranten und Pendlern verstärkt Angebote im geförderten Bereich zugäng-lich zu machen, um eine übermäßige Konkurrenzierung am privaten Wohnungsmarkt zu vermeiden.

## 6.1 ZUSÄTZLICHE NACHFRAGE NACH WOHNUNGSGRÖßE, PREIS UND LAGE

Hinsichtlich Wohnungsgrößen, Preisen und Lagen wurden im Rahmen der empirischen Erhebung durchaus realistische Ansprüche formuliert: Der Preis ist das mit Abstand dominierende Kriterium bei der Wahl einer Wohnung. Die Qualität rangiert am zweiten Platz. Größe und Lage folgen nach. Die gewünschte Mindestgröße liegt bei durchschnittlich 34m<sup>2</sup> für eine, bei 50m<sup>2</sup> für zwei und bei 67m<sup>2</sup> für drei Personen. Im Durchschnitt nehmen die Respondenten damit eine Verringerung ihres Wohnflä-chenkonsums in Kauf. Auch hinsichtlich der Wohnkostenbelastung bestehen realistische Ansichten.

Tabelle 125: Ranking der Wohnungskriterien

Platz	Kriterium	Durchschnitt Wichtigkeit	PL		CZ		SK		HU	
1	Preis	1.45	1.54	1	1.23	1	1.41	1	1.65	1
2	Qualität	2.43	2.65	2	2.50	2	2.33	2	2.19	2
3	Größe	2.99	2.96	4	3.10	3	3.14	4	2.67	3
4	Lage	3.13	2.85	3	3.16	4	3.12	3	3.50	4

Quelle: FGW/ Triconsult, Empirische Erhebung

Grafik 126: Anforderungen an die Wohnungsgröße

	Mindestgröße			Wunschgröße
	für 1 Person	für 2 Personen	für 3 Personen	
PL	29 m <sup>2</sup>	45 m <sup>2</sup>	61 m <sup>2</sup>	67 m <sup>2</sup>
CZ	33 m <sup>2</sup>	48 m <sup>2</sup>	64 m <sup>2</sup>	55 m <sup>2</sup>
SK	36 m <sup>2</sup>	53 m <sup>2</sup>	71 m <sup>2</sup>	65 m <sup>2</sup>
HU	39 m <sup>2</sup>	54 m <sup>2</sup>	72 m <sup>2</sup>	72 m <sup>2</sup>

Quelle: FGW/ Triconsult

Tabelle 127: Akzeptanz von Wohnkostenbelastungen

	40m <sup>2</sup> -Wohnung	60m <sup>2</sup> -Wohnung	90m <sup>2</sup> -Wohnung
Angemessen	17-19%	23-27%	29-33%
Höchstkosten	21-25%	27-31%	33-39%

Quelle: FGW/ Triconsult

Damit wird von den befragten Personen aus den MOE-Ländern eine durchaus realistische Einschätzung der Wohnungspreise getroffen. Die Polen haben tendenziell niedrigere, die Ungarn höhere Preis-erwartungen.

## 6.2 ZUSÄTZLICHE NACHFRAGE NACH RECHTSFORM

Für die dauerhafte Wohnversorgung werden die Vorzüge von „Genossenschaftswohnungen“ (Miet-wohnungen gemeinnütziger Bauvereinigungen) durchaus erkannt. Vor allem seitens der Slowaken scheinen keine Berührungsängste gegenüber dieser für Wien so wichtigen Wohnform zu bestehen. Hinsichtlich der dauerhaften Wohnversorgung findet auch die Eigentumswohnung – mehr noch aller-dings das eigene Haus – Anklang. Hinsichtlich der bevorzugten Form des Wohnobjekts bestehen leichte Präferenzen für Neubauten. Für die Mehrheit spielt das Baualter der Wohnung keine Rolle. Für die kurzfristige Unterbringung stoßen auch Heime durchaus auf Akzeptanz.

## 6.3 ALLOKATION

Es zeichnet sich ein Ausgleich der ausländischen Bevölkerung nach Bezirken ab. Bezirke mit geringem Ausländeranteil hatten in der jüngeren Vergangenheit die größten Zuwächse.<sup>1</sup> Im 21. und 22. Bezirk nahm der Ausländeranteil von 1991 auf 2001 – von einem sehr niedrigen Niveau ausgehend – um 80% bzw. 160% zu. Der regionale Ausgleich ist in erheblichem Ausmaß auf die Vergabepaxis im geförderten Mietwohnbau zurück zu führen. Nachdem dieses Wohnungsmarktsegment bis vor wenigen Jahren für ausländische Mitbürger kaum zugänglich war, machen diese mittlerweile einen wesentlichen Teil des Kundenstocks aus. An die 20% geförderte Wohnungen wurden 2001 an Nicht-Österreicher vergeben. Das ist ein höherer Anteil als der Ausländeranteil an der Bevölkerung. Anfang der neunziger Jahre waren es noch rund 1,5%.

Die bereits in Wien lebenden Bürger aus den MOE-Ländern leben lokal stärker gestreut als z.B. die Tür-ken, relativ am stärksten vertreten sind sie in den Bezirken 15, 2 und 6. Im Bestand sind die Ungarn überproportional in den bürgerlichen Bezirken vertreten. Dies dürfte mit den Netzwerk-Beziehungen zu den nach dem Volksaufstand von 1956 nach Österreich geflüchteten Ungarn zu tun haben, die damals rasch gesellschaftlich assimiliert wurden. Demgegenüber folgen die Migranten aus Polen, Tschechien und der Slowakei eher dem Muster der großen Migrations-Kohorten der Ex-Jugoslawen und Türken, allerdings bei geringerer lokaler Konzentration.

<sup>1</sup> Vgl. Grafik 47, S 45.

Die empirische Erhebung zeigt, dass die Mehrzahl der Wanderungswilligen eine städtische Lage außerhalb des Zentrums bevorzugt. Rund ein Viertel (bei den Ungarn deutlich weniger) akzeptieren auch periphere Lagen. Eine Wohnung in der Nähe von Landsleuten wird von fast allen präferiert.

Ganz eindeutig würden die potenziellen Migranten eine Wohngegend, in der bereits Landsleute leben, präferieren. 50% der Slowaken, 42% der Polen, 34% der Tschechen, 33% der Ungarn würden auf jeden Fall bzw. eher schon in solche Gegenden ziehen.

In der empirischen Erhebung wurden auch die Informationsquellen für die zukünftige Wohnungssuche erfragt. Am häufigsten genannt wurden der künftige Arbeitgeber, Bekannte und Zeitungsinserte. Sollten die Angebote des geförderten Wohnbaus den Migranten aus den MOE-Ländern näher gebracht werden, ist auf diese Präferenzen zu achten. Insbesondere ist zu berücksichtigen, dass die besonders wichtigen Informationsquellen für Einheimische – das Wohnungsberatungszentrum in der Doblhoffgasse und die Gemeinnützigen Bauvereinigungen selbst – Zuwanderern kaum bekannt sein können.

## 7 AUFGLIEDERUNG NACH MOE-LÄNDERN

Die empirische Befragung lässt eine stark unterschiedliche Migrationsbereitschaft erkennen, am ehesten wird Wien mit Migranten aus der Slowakei zu rechnen haben. Die Einschätzung der Zahl migrationswilliger Polen ist aufgrund der geringen Stichprobe und gleichzeitig eines Potenzials von rund 17 Millionen Polen in den Alterskohorten von 15 und 44 Jahren besonders schwierig. Ungarn sind die am wenigsten mobile Gruppe.

### 7.1 POLEN

Polen weist unter den MOEL-4 die höchste Arbeitslosigkeit und die geringste Kaufkraft pro Kopf auf. 19% aller Beschäftigten sind im primären Sektor tätig, dabei werden nur 3% der gesamten Wertschöpfung in diesem Sektor erzielt. Inwieweit aus der polnischen Landwirtschaft ein größeres Abwanderungspotenzial zu erwarten ist, ist schwer einzuschätzen. Einerseits könnte der Abbau landwirtschaftlicher Erwerbstätigkeit in Polen nicht so sehr durch Abwanderung, sondern angesichts des Vorherrschens älterer Alterskohorten vorwiegend durch Übertritte in den Ruhestand erfolgen, andererseits werden die mit dem Beitritt erfolgenden Transferzahlungen aus der EU die Attraktivität der Nettoeinkommen in der Landwirtschaft wieder erhöhen. Der bevorstehende Strukturwandel in der polnischen Wirtschaft wird auch im Grundstoffsektor und in der Sachgüterproduktion zu einer Freisetzung von Arbeitskräften führen. Szenario 2 – Zuwanderungsschock aus Polen (vgl. S 139) – nimmt Bezug auf diese Problematik. Österreich ist für die Polen ein nachrangiges Migrationsziel. In der empirischen Erhebung gab nur 1% an, nach Österreich migrieren zu wollen. Bevorzugte Wanderungsziele sind Deutschland, andere EU-Staaten und die USA/ Kanada. Polen zeichnen sich durch die höchsten durchschnittlichen Haushaltsgrößen aus. Auch Haushalte mit Migrationsabsicht sind größer als in den anderen MOE-Ländern. Die Polen haben die geringsten Mindestanforderungen an die Wohnungsgröße und liegen auch bei der Preiserwartung am niedrigsten. Polen bevorzugen bei der Form des Wohnobjekts am eindeutigsten Neubau. Ein Großteil der befragten Polen strebt eine Genossenschaftswohnung an. Bei der längerfristigen Wohnversorgung dominiert allerdings die Eigentumswohnung und das Eigenheim. Von den 2001 in Wien erwerbstätigen Polen waren 21% im Bauwesen tätig.

Wie in Tabelle 115, S 136 dargestellt, ist längerfristig mit einem jährlichen Wanderungssaldo von Polen in Wien von 650 bis 800 Haushalten zu rechnen. In Szenario 2, S 139) ist ein Wanderungssaldo von 3.700 polnischen Haushalten im Jahrfünft bis 2009 berechnet.

### 7.2 SLOWAKEN

Slowaken zeichnen sich durch den höchsten Anteil von unter 15-Jährigen und 15- bis 30-Jährigen an der Gesamtbevölkerung aus. Trotzdem war das Bevölkerungswachstum von 0,2% von 1991 bis 2001 geringer als in Österreich. Eine im Landesdurchschnitt hohe Arbeitslosenrate von 18,6% könnte unter Umständen

---

<sup>1</sup> Mit 19,2 Milliarden Euro soll fast die Hälfte der für die EU-Erweiterung bereitgestellten Fördergelder nach Polen fließen.

mehr Abwanderung nach sich ziehen, gleichzeitig spricht ein prognostiziertes Beschäftigungswachstum von 1,4%, das damit fast das Fünffache Österreichs beträgt, gegen eine übermäßige Abwanderung.

Bei der empirischen Erhebung zeigten sich die Slowaken als migrationswilligste Nationalität. Überraschende 12% gaben an, bereits im Ausland gearbeitet zu haben, davon die Hälfte als Pendler. Österreich liegt mit Deutschland und den anderen EU-Staaten als intendiertes Migrationsziel praktisch gleichauf. Wien wird von den Slowaken als besonders attraktiv eingeschätzt, 20% geben an, sehr gerne in Wien arbeiten bzw. wohnen zu wollen. Weiteres Indiz für eine im Vergleich höhere Realisierung der erklärten Migrationabsicht bei den Slowaken sind bereits gesetzte Maßnahmen zur Migrationsvorbereitung: Beeindruckende 10% haben aktiv Bewerbungsschreiben an mögliche Arbeitgeber im Zielland gerichtet. Der Anteil der Slowaken, die vorhaben, alleine zu migrieren, liegt höher als bei den anderen Nationalitäten.

Hinsichtlich der intendierten Migrationsdauer wird tendenziell eine Migration auf Zeit bzw. wiederholt der Vorzug gegenüber einer Migration auf Dauer gegeben. Die im Vergleich höhere Wanderungsbereitschaft und die höhere Präferenz für Österreich sprechen für eine Zuwanderung. Günstigere endogene Marktverhältnisse, verstärkte Ansiedlungen von Produktionsbetrieben (Auto-Cluster, Region Trnava) bzw. eine diversifizierte industriell-gewerbliche Wirtschaft in der Westslowakei könnten aber auch die Binnenmigration verstärken. Der BIP-Index pro Einwohner in Kaufkraftparitäten im Raum Bratislava unterscheidet sich nur mehr geringfügig von jenem in Wien.<sup>1</sup> Von den insgesamt in Wien erwerbstätigen Slowaken sind laut VZ 2001 18% im Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen beschäftigt, einer Branche, in der die Nachfrage nach Beschäftigten deutlich zunehmen wird.

Wie in Tabelle 115, S 136 dargestellt, ist längerfristig mit einem jährlichen Wanderungssaldo von Slowaken in Wien von 300 bis 350 Haushalten zu rechnen.

### 7.3 TSCHECHEN

Die Kaufkraftparität pro Kopf liegt nur wenig höher als in Ungarn und erreicht 55% der Kaufkraft Österreichs bzw. 60% der EU. Damit setzt sich ein lang andauernder Aufholprozess auch beim BIP pro Kopf weiter fort. Die Schere des BIP pro Kopf (in KKP) zwischen der Tschechischen Republik und Österreich bzw. den EU-15 verringerte sich gegenüber 1990 um 8%. Die Arbeitslosigkeit liegt mit nur 7,3% (2002) geringfügig unter dem Durchschnitt der EU-15. Auch die Inflation geht in Richtung des niedrigen EU-Niveaus. Entgegen der – gemäß wirtschaftlicher Indikatoren – durchaus nicht ungünstigen Lage schätzen die Tschechen die zukünftige Wirtschaftslage und Arbeitsmarktsituation im Land eher schlechter ein. Trotzdem äußern nahezu 60% der befragten Tschechen keine Migrationsabsichten. Im Falle einer Migration, wird Deutschland als präferiertem Migrationsziel Österreich deutlich der Vorzug gegeben.

<sup>1</sup> OECD Territorial Review, Austrian Background Report. Stadtentwicklung Wien, Wien, 2003.



Die prinzipielle Migrationsbereitschaft nach Österreich bzw. Wien zu kommen, liegt im Vergleich der MOEL-4 bei den Tschechen am niedrigsten. Der Anteil der Singlehaushalte ist in Tschechien mit 30% am höchsten, entsprechend wollen auch 20% der befragten Tschechen mit Migrationsabsicht alleine auswandern.

Wie in Tabelle 115, S 136 dargestellt, ist längerfristig mit einem jährlichen Wanderungssaldo von Tschechen in Wien von nicht mehr als ca. 200 Haushalten zu rechnen.

## 7.4 UNGARN

Unter den Faktoren, die gegen eine Zuwanderung aus Ungarn sprechen, sind wohl folgende ausschlaggebend: eine äußerst geringe Mobilität - auch innerhalb des eigenen Landes - und die geringste Arbeitslosenrate unter den MOEL-4.

Die geringe interne Migrationsrate kann auch nicht mit einer höheren Pendeltätigkeit der Bevölkerung erklärt werden. Sowohl Hazans (2003) als auch Gergely (2003)<sup>1</sup> zeigen, dass Pendeln in Ungarn kein Substitut für Migration ist. Der Befund wird dies durch die empirische Erhebung bestätigt. Differenziert nach Bildungsniveau zeigen unter den befragten Ungarn jene, die über eine abgeschlossene Kolleg- bzw. Hochschulausbildung verfügen, noch die höchste Absicht, zu migrieren. Auch die Einkommenssensibilität ist bei den Ungarn sehr gering, selbst bei einem um 50% höheren Einkommen halten noch 50% der Ungarn eine Migration für sehr unwahrscheinlich. Ungarn ist übrigens das einzige Land, das mit Österreich seit dem Jahr 1998 ein Abkommen betreffend Grenzgänger und Praktikanten getroffen hat.<sup>2</sup>

Wie in Tabelle 115, S 136 dargestellt, ist längerfristig mit einem jährlichen Wanderungssaldo von Ungarn in Wien von nicht mehr als 250 Haushalten zu rechnen.

---

<sup>1</sup> S 847, Zit. in: Huber, Peter, Traistaru, Julia: Regionale Entwicklung und Anpassung des Arbeitsmarktes in Ost-Mitteleuropa. WIFO-Monatsberichte 11/2003. S 841.

<sup>2</sup> Dabei entfallen die Grenzgänger wirklich nur auf die angrenzenden Bezirke und Bruck/Leitha, während die Praktikanten keiner regionalen Beschränkung unterliegen. Zuletzt (2003) betragen die jährlich angepassten Quoten 1.700 für Grenzgänger und 1.600 für Praktikanten. Bei den Grenzgängern entspricht das einer Steigerung von 21% gegenüber dem Vorjahr, bei den Praktikanten einer um 78%.



## 8 APPENDIX

### 8.1 WISSENSCHAFTLICHE PARTNER-INSTITUTE

#### ▫ Polen

Dr. Mariusz Kowalski, Dariusz Swiatek: Institut für Geographie und Raumplanung, Abteilung für Stadt- und Bevölkerungsgeographie an der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Warschau.

Projektleiter: Dr. Mariusz Kowalski

ul. Twarda 51/55, PL-00-818 Warszawa

Tel. +48 22 6978841

Email: mar.kow@twarda.pan.pl

#### ▫ Slowakei

Ing. Arch. Elena Szolgayová

Mudronova 28, SK-811 01 Bratislava

Tel: +421 2 5975 3518

Email: szolgayova@build.gov.sk

#### ▫ Tschechien

Prof. Dr. Ludék Sýkora, Dusan Drbohlav: Institut für Geographie und Regionalentwicklung der Karlsuniversität Prag

Albertov 6, CZ-128 43 Praha 2

Projektleiter: Prof. Dr. Ludék Sýkora

Tel: +420 2 23952253

Email: sykora@natur.cuni.cz

#### ▫ Ungarn

MRI - Metropolitan Research Institute (Városkutatás Kft)

Projektleiter: Dr. Iván Tosics

Dr. Iván Tosics, Eszter Somogyi

Lónyay utca 34, H-1093 Budapest

Tel: +361 217 9041

Email: toasics@mri.hu

### 8.2 COUNTRY REPORTS

Im Projektzusammenhang wurden die wissenschaftlichen Partner-Institute mit der Erstellung von Country Reports beauftragt. Gegenstand der Country Reports waren sowohl statistische Erhebungen als auch die Einschätzung von Experten. Thematisch wurden demografische Grundlagen, die Struktur des Wohnungsbestandes, der Wohnungsneubau, Wohnversorgung, Beschäftigung, Einkommen sowie Migration und deren Ursachen als Push- und Pull-Faktoren behandelt. Besonders die Migration konnte vorwiegend nur qualitativ beschrieben werden. Da in den meisten Ländern Zahlen zu Wanderungsbewegungen fehlen, wird die internationale Abwanderung im offiziellen Berichtswesen offensichtlich unterschätzt. Mithilfe standardisierter Interviews an ausgewählte Experten aus den jeweiligen Ländern wurde versucht, eine Einschätzung der Situation vorzunehmen.

## 8.3 EMPIRISCHE ERHEBUNG

Siehe auch Kap. 4.4.2, S 130 und Kap. 4.4.3, S 132. In Ungarn, der Slowakei, Tschechien und Polen wurden im Mai und Juni 2003 jeweils 350 standardisierte Interviews durch vor Ort ansässige empirische Institute durchgeführt. Aufgrund des großen Umfangs der Interviews (40-60 Minuten, ca. 300 Fragebogen-Positionen) und der unzureichenden Telefondichte in einzelnen Regionen der MOE-Länder wurden Face to Face - Interviews der CATI - Methode (Computer Aided Telephone Interviews) vorgezogen. Dadurch konnte eine systematische Verzerrung der Ergebnisse verhindert werden.

### EMPIRISCHE PROJEKTPARTNER

- Empirisches Leitinstitut  
 TRICONCONSULT – Wirtschaftsanalytische Forschung GmbH, Alserstraße 37, A-1080 Wien  
 Projektleiter: Dr. Felix Josef  
 Tel: +43 1 408 49 31  
 Email: josef@triconsult.at
- Polen  
 CBOS, Centrum Badania Opinii Społecznej, ul. Zurawia 4a, 00-503 Warszawa, skr. 24  
 Projektleiterin: Barbara Badora  
 Tel: +48 22 629 35 69  
 Email: sekretariat@cbos.pl
- Slowakei  
 KMG, s.r.o., Kopcianska 14, 851 02 Bratislava  
 Projektleiter: Peter Korenek  
 Tel: +421 2 63 834 808  
 Email: info@kmg.sk
- Tschechien  
 Psyma Praha s.r.o., Pod Zemankou 29, 147 00 Prague 4  
 Projektleiter : Michal Barta  
 Tel: +420 2 44 09 02 11  
 Email: Michal.Barta@psyma.cz
- Ungarn  
 Inra Hungary, Cognitive, Belgrad rkp. 13-15, 1056 Budapest  
 Projektleiter: Mihaly Takacs  
 Tel: +36 1 484 7090  
 Email: Mihaly.Takacs@inra.hu

## FRAGEBOGEN DER EMPIRISCHEN ERHEBUNG

Frage	Antwort
	STAAT Polen .....1 Tschechien .....2 Slowakei .....3 Ungarn .....4
Guten Tag mein Name ist [...] vom Meinungsforschungs-Institut [...]. Wir führen derzeit eine Umfrage über die Attraktivität einzelner Europäischer Städte durch, unter der Bedingung, dass es keine Beschränkungen im Reiseverkehr mehr gibt. Dabei soll festgestellt werden, was für und gegen das Arbeiten und Wohnen in diesen Städten spricht. Dürfte ich Sie da um Ihre Mithilfe bitten.	
1.	Bevor wir mit der Attraktivität einzelner Städte in Europa beginnen, würde mich zunächst interessieren, wie zufrieden Sie mit Ihrer derzeitigen Lebenssituation in [STAAT] sind. Bin sehr zufrieden .....1 Bin eher zufrieden .....2 Teils, teils .....3 Bin eher unzufrieden .....4 Bin sehr unzufrieden .....5
2.	Darf ich nun etwas genauer nachfragen, wie zufrieden Sie mit einzelnen Lebensbereichen sind. Geben Sie wieder eine Note zwischen 1 und 5, wobei: 1= sehr zufrieden 5= sehr unzufrieden 0= nicht zutreffend/ passend Beziehung zu der Familie .....1 2 3 4 5 Beziehung zu den Nachbarn .....1 2 3 4 5 Beziehung zu den Menschen hier im Ort/ in der Stadt .....1 2 3 4 5 Wohngegend/ Wohngebiet .....1 2 3 4 5 Wohnung (Größe/ Ausstattung) .....1 2 3 4 5 Wohnungskosten .....1 2 3 4 5 Beruf/ Tätigkeit .....1 2 3 4 5 Qualität des Arbeitsplatzes .....0 1 2 3 4 5 Arbeitsbedingungen .....0 1 2 3 4 5 Sicherheit des Arbeitsplatzes ..0 1 2 3 4 5 Entlohnung .....0 1 2 3 4 5 Arbeitsklima (Kollegen) .....0 1 2 3 4 5
3.	Wie würden Sie Ihren Lebensstandard/ Ihre derzeitige finanzielle Situation bewerten ? Was trifft auf Sie am ehesten zu. Ich habe so viel Geld, um mir (fast) alles leisten zu können .....1 Ich habe genügend Geld, um mir die wichtigen Dinge leisten zu können .....2 Ich habe gerade genug Geld, um mir das Nötigste leisten zu können .....3 Ich habe zu wenig Geld und kann mir nicht einmal das Nötigste leisten .....4
4.	Wie würden Sie Ihre finanzielle Situation im Vergleich zu anderen Menschen hier in [STAAT] bewerten ? Geht es Ihnen im Vergleich zu anderen Menschen ... ? viel besser .....1 etwas besser .....2 weder besser, noch schlechter .....3 etwas schlechter .....4 viel schlechter .....5
5.	Ich möchte nun gerne auf Ihre Tätigkeit eingehen, die Sie derzeit ausüben. Was ist Ihre Hauptbeschäftigung ? Selbständig berufstätig .....1 Beim Staat/ Land beschäftigt .....2 Bei einem privaten Unternehmen beschäftigt ....3 In Ausbildung in einem Unternehmen .....4 In Ausbildung in einer Schule/ Hochschule .....5 Im Haushalt tätig .....6 Hilfe im Freundes- und Bekanntenkreis aus .....7 Derzeit ohne Beschäftigung (arbeitslos) .....8
6.	INT: Nur an Arbeitslose ! Welcher Hauptbeschäftigung sind Sie vor Ihrer Arbeitslosigkeit nachgegangen ? Selbständig berufstätig .....1 Beim Staat/ Land beschäftigt .....2 Bei einem privaten Unternehmen beschäftigt ....3 In Ausbildung in einem Unternehmen .....4 In Ausbildung in einer Schule .....5 In Ausbildung in einer Hochschule .....6
7.	INT: Frage 7, 8 und 9 nur an Selbständige und Erwerbstätige (Fr. 5 oder 6- 1, 2, 3, 4) Könnten Sie mir bitte sagen, welche Art von Tätigkeit Sie ausüben bzw. bzw. vor Ihrer Arbeitslosigkeit ausgeübt haben ? (fast) ausschließlich manuelle Tätigkeit .....1 Vorwiegend manuelle Tätigkeit .....2 Vorwiegend Büro-Tätigkeit .....3 (fast) ausschließlich Büro-Tätigkeit .....4
8.	Und darf ich Sie noch fragen, welcher Branche Sie sich am ehesten zuordnen würden ? Bergbau/ Wasser-/ Energieversorgung .....01 Land-/ Forstwirtschaft .....02 Produktion/ Herstellung/ Industrie .....03 Bau- und Baunebengewerbe .....04 Handel .....05 Transport .....06 Kommunikation/Medien/Informationstechnologie ..07 Wirtschaft/ Recht .....08 Gesundheit/ Soziales/ Unterrichtswesen .....09 Gastronomie/ Hotellerie/ Tourismus .....10 Persönliche Dienstleistungen .....11 Kunst/ Kultur .....12 Öffentliche Verwaltung .....13 Militär .....14 Anderes .....15
9.	Üben Sie neben Ihrer Hauptbeschäftigung auch noch andere Tätigkeiten aus ? Falls "ja": Welche ? INT: Mehrfachnennungen möglich ! Nein, keine andere Tätigkeit .....1 Ja, und zwar: - Selbständig berufstätig .....2 - Beim Staat/ Land beschäftigt .....3 - Bei einem privaten Unternehmen beschäftigt ...4 - In Ausbildung in einem Unternehmen .....5

		- In Ausbildung in einer Schule .....6 - In Ausbildung in einer Hochschule .....7 - Hilfe im Freundes- und Bekanntenkreis aus ....8
10.	Welche der nachfolgenden Ausbildungen haben Sie abgeschlossen. INT: Mehrfachnennungen möglich !	Nur Pflichtschule .....1 Berufsschule/ Lehre .....2 Matura (B-Level) .....3 Fachausbildung (Kolleg) .....4 Hochschule/ Universität .....5
11.	Werden Sie in den nächsten 1, 2 Jahren einen weiteren Ausbildungsschritt abschließen ? - Falls "ja": welchen ? INT: Nur eine Nennung möglich !	Nein .....1 Ja, und zwar: - Berufsschule/ Lehre .....2 - Matura (B-Level) .....3 - Fachausbildung (Kolleg) .....4 - Hochschule/ Universität .....5
12.	Und planen Sie konkret, eine weitere Ausbildung in den nächsten 1, 2 Jahren zu beginnen ? - Falls "ja": welche ? INT: Nur eine Nennung möglich !	Nein .....1 Ja, und zwar: - Berufsschule/ Lehre .....2 - Matura (B-Level) .....3 - Fachausbildung (Kolleg) .....4 - Hochschule/ Universität .....5
13.	Wenn Sie nun an Ihre nähere Zukunft (nächste 5 Jahre) denken: Wie schätzen Sie da die Entwicklung für sich selbst ein ? Beurteilen Sie bitte wie folgt: 1= meine Situation wird viel besser sein 2= etwas besser sein 3= gleich (unverändert) sein 4= etwas schlechter sein 5= viel schlechter sein 0= nicht zutreffend/ passend Und zwar, was ... anlangt:	- die Wohnsituation (Größe/ Ausstattung der Wohnung) .....1 2 3 4 5 - die Kosten/ Ausgaben für die Wohnung (Miete/ Betriebskosten) ..1 2 3 4 5 - die Qualität meines Arbeitsplatzes .....0 1 2 3 4 5 - die Sicherheit meines Arbeitsplatzes .....0 1 2 3 4 5 - die Entlohnung meiner Arbeit (mein Einkommen) .....0 1 2 3 4 5 - die Arbeitsmarktsituation (Arbeitsplätze) im Ort .....1 2 3 4 5 - die Arbeitsmarktsituation in der Region .....1 2 3 4 5 - die Arbeitsmarktsituation im Land .....1 2 3 4 5 - die soziale Sicherheit im Land (Sozialversorgung, medizinische Versorgung, etc.) ...1 2 3 4 5 - die Wirtschaftslage im Land .....1 2 3 4 5 - der Lebensstandard der Menschen im Land allgemein .....1 2 3 4 5 - mein persönlicher Lebensstandard ..1 2 3 4 5
14.	Und wie schätzen Sie die Zukunftsaussichten ganz allgemein ein: 1= sehr positiv 2= eher positiv 3= weder, noch (unentschieden) 4= eher negativ 5= sehr negativ Und zwar für ...	- das Land insgesamt .....1 2 3 4 5 - die Region, in der Sie leben .....1 2 3 4 5 - den Ort/ die Stadt, in der Sie leben .....1 2 3 4 5 - Sie persönlich .....1 2 3 4 5
15.	Mich würde nun interessieren, ob Sie sich schon einmal mit dem Gedanken beschäftigt haben, in eine andere Gegend/ Stadt in [STAAT] zu ziehen, um Ihre persönliche Situation zu verbessern.	Ja, habe es schon beschlossen .....1 Ja, habe es mir schon ernsthaft überlegt .....2 Ja, habe schon einmal daran gedacht .....3 Nein, noch nie .....4
16.	Sind Sie vielleicht schon einmal in eine andere Gegend in [STAAT] gezogen, um dort zu arbeiten oder eine Ausbildung zu machen ?	Ja, um dort zu arbeiten .....1 Ja, um dort eine Ausbildung zu machen .....2 Ja, um zu arbeiten und eine Ausbildung zu machen .....3 Nein .....4
17.	Und haben Sie vielleicht auch schon einmal überlegt, ins Ausland zu gehen, um Ihre berufliche Situation zu verbessern ?	Ja, habe es schon beschlossen .....1 -> 18 Ja, habe es mir schon ernsthaft überlegt ..2 -> 18 Ja, habe schon einmal daran gedacht .....3 -> 18 Nein, noch nie .....4 -> 19
18.	Und an welches Land haben Sie dabei (in erster Linie) gedacht ? INT: Nur eine Nennung möglich !	Andere Staaten des ehemaligen Ostblocks .....1 Österreich .....2 Deutschland .....3 Andere EU-Staaten .....4 Andere europäische Länder (Schweiz, Norwegen) ..5 Übersee (USA, Kanada) .....6 Andere Länder .....7
19.	Und waren Sie in den letzten 5 Jahren für länger als vier Wochen im Ausland ? Wo war das ?  Wie lange war das ?  Was war der Grund Ihres Aufenthaltes ?	1. Reise Andere Staaten des ehemaligen Ostblocks .....1 Österreich .....2 Deutschland .....3 Andere europäische Länder .....4 Übersee (USA, Kanada) .....5 Andere Länder .....6 1-3 Monate .....1 4-6 Monate .....2 Mehr als 6 Monate .....3 Private Gründe .....1 Um zu arbeiten .....2  2. Reise Andere Staaten des ehemaligen Ostblocks .....1 Österreich .....2

		Deutschland .....3 Andere europäische Länder .....4 Übersee (USA, Kanada) .....5 Andere Länder .....6 1-3 Monate .....1 4-6 Monate .....2 Mehr als 6 Monate .....3 Private Gründe .....1 Um zu arbeiten .....2
		<b>3. Reise</b> Andere Staaten des ehemaligen Ostblocks .....1 Österreich .....2 Deutschland .....3 Andere europäische Länder .....4 Übersee (USA, Kanada) .....5 Andere Länder .....6 1-3 Monate .....1 4-6 Monate .....2 Mehr als 6 Monate .....3 Private Gründe .....1 Um zu arbeiten .....2
20.	Haben Sie jemals im Ausland gearbeitet, ohne dort zu wohnen, also als Pendler ?	Ja .....1 → 21 Nein .....2 → 23
21.	In welchem Land, in welchen Ländern haben Sie da gearbeitet ?	Andere Staaten des ehemaligen Ostblocks .....1 Österreich .....2 Deutschland .....3 Andere Länder .....4
	INT: Mehrfachnennungen möglich !	
22.	Angenommen, Sie erhalten die Möglichkeit, sich dort anzusiedeln, wo Sie arbeiten oder gearbeitet haben. Wie wahrscheinlich ist es, dass Sie diese Möglichkeit nutzen und sich dort niederlassen ?	Ganz sicher .....1 Eher sicher .....2 Eher nicht .....3 Sicher nicht .....4
23.	Gibt es in Ihrer Familie jemanden, der in ein anderes Land gezogen (ausgewandert) ist ?	Ja .....1 → 24 Nein .....2 → 25
24.	In welches Land/ welche Länder sind Mitglieder Ihrer Familie ausgewandert ?	Andere Staaten des ehemaligen Ostblocks .....1 Österreich .....2 Deutschland .....3 Andere europäische Länder .....4 Übersee (USA, Kanada) .....5 Andere Länder .....6
	INT: Mehrfachnennungen möglich !	
25.	Und gibt es in Ihrem Bekanntenkreis - unter Ihren Freunden - jemanden, der in ein anderes Land gezogen (ausgewandert) ist ?	Ja .....1 → 26 Nein .....2 → 27
26.	In welches Land/ welche Länder sind Ihre Bekannten/ Freunde ausgewandert ?	Andere Staaten des ehemaligen Ostblocks .....1 Österreich .....2 Deutschland .....3 Andere europäische Länder .....4 Übersee (USA, Kanada) .....5 Andere Länder .....6
	INT: Mehrfachnennungen möglich !	
27.	Mich würde nun interessieren, welche Erfahrungen Sie in anderen Ländern, in denen Sie schon einmal gearbeitet/ gewohnt haben, gemacht haben und	<b>A. EIGENE ERFAHRUNGEN:</b> Andere Ost-Staaten .....0 1 2 3 4 5 Österreich .....0 1 2 3 4 5 Deutschland .....0 1 2 3 4 5 Andere europäische Länder .....0 1 2 3 4 5 Übersee (USA/ Kanada) .....0 1 2 3 4 5
B.	über welche Erfahrungen andere Personen berichten, die in anderen Ländern arbeiten/ wohnen bzw. gearbeitet und gewohnt haben.	<b>B. ERFAHRUNGEN ANDERER:</b> Andere Ost-Staaten .....0 1 2 3 4 5 Österreich .....0 1 2 3 4 5 Deutschland .....0 1 2 3 4 5 Andere europäische Länder .....0 1 2 3 4 5 Übersee (USA/ Kanada) .....0 1 2 3 4 5
	Sind/ waren diese Erfahrungen: 1= fast ausschließlich positiv 2= vorwiegend positiv 3= teils, teils 4= vorwiegend negativ 5= fast ausschließlich negativ 0= keine Erfahrung	
28.	INT: Vorlagekarten rotiert vorlegen ! Mich würde nun interessieren, wie attraktiv einige Städte für Sie wären, um dort (zumindest eine Zeit lang) zu arbeiten und zu wohnen. Geben Sie bitte jeweils eine Note zwischen 1 und 5, wobei: 1= würde dort sehr gerne ... 2= würde dort recht gerne ... 3= teils, teils 4= würde dort weniger gern ... 5= kommt für mich gar nicht in Frage, dort (zu) arbeiten und (zu) wohnen.	Wien .....1 2 3 4 5 Berlin .....1 2 3 4 5 München .....1 2 3 4 5 London .....1 2 3 4 5 Paris .....1 2 3 4 5 Mailand .....1 2 3 4 5 New York/ Chicago .....1 2 3 4 5
	INT: Vorlagekarten rotiert vorlegen !	
29.	Unabhängig davon, ob Sie in der jeweiligen Stadt arbeiten wollen oder nicht: Wie schätzen Sie die Toleranz dieser Städte gegenüber Einwanderern aus [STAAT] ein ? Geben Sie wieder Noten zwischen 1 und 5:	Wien .....1 2 3 4 5 Berlin .....1 2 3 4 5 München .....1 2 3 4 5 London .....1 2 3 4 5 Paris .....1 2 3 4 5 Mailand .....1 2 3 4 5

	<p>1= sehr tolerant und aufgeschlossen  2= eher tolerant und aufgeschlossen  3= teils, teils  4= eher nicht tolerant und aufgeschlossen  5= gar nicht tolerant und aufgeschlossen</p>	<p>New York/ Chicago .....1 2 3 4 5</p>
30.	<p>Und wie schätzen Sie das soziale System, also die Absicherung bei Krankheit und Arbeitslosigkeit in diesen Städten bzw. Ländern ein?  1= sehr gut  5= sehr schlecht</p>	<p>Wien .....1 2 3 4 5  Berlin .....1 2 3 4 5  München .....1 2 3 4 5  London .....1 2 3 4 5  Paris .....1 2 3 4 5  Mailand .....1 2 3 4 5  New York/ Chicago .....1 2 3 4 5</p>
31.	<p>Wenn wir nun ganz allgemein über die Bereitschaft sprechen, in ein anderes Land auszuwandern, um dort zumindest eine Zeit lang zu arbeiten und zu wohnen.  Wie würden Sie da Ihre prinzipielle Bereitschaft einstufen:</p>	<p>Sehr hoch (habe dies schon vor oder ernsthaft überlegt) .....1  Recht hoch (kann es mir gut vorstellen) .....2  Teils, teils (kann es mir einerseits vorstellen, andererseits aber auch nicht) ....3  Eher gering (kann es mir nicht vorstellen) ....4  Sehr gering (kommt für mich prinzipiell nicht in Frage) .....5</p>
32.	<p>Ich habe hier einige Gründe angeführt, die dafür sprechen, in ein anderes Land auszuwandern.  Sagen Sie mir bitte jeweils, ob dies für Sie:  1= ein Hauptgrund wäre, auszuwandern  2= mit ein Grund wäre, auszuwandern  3= kein Grund wäre, auszuwandern</p>	<p>Eine gut bezahlte Arbeit zu bekommen ...1 2 3  Eine interessante Arbeit zu bekommen ...1 2 3  Eine qualifizierte Arbeit zu bekommen, die meiner Ausbildung/ meinen Fähigkeiten entspricht .....1 2 3  Überhaupt eine Arbeit zu bekommen .....1 2 3  Mir Dinge leisten zu können, die ich mir hier nicht leisten kann .....1 2 3  Meine beruflichen Fähigkeiten zu verbessern/ Erfahrung zu sammeln .....1 2 3  Eine schöne, große Wohnung zu haben ....1 2 3  Ein neues Land und neue Menschen kennen zu lernen .....1 2 3  Neue Eindrücke (Lebensformen/ Kulturen) kennen zu lernen .....1 2 3  Um einfach von zu Hause weg zu kommen, etwas Neues zu erleben .....1 2 3  Weil ich mein Leben von Grund auf neu gestalten möchte .....1 2 3  Weil ich mir ein besseres Leben leisten möchte .....1 2 3  Weil ich glaube, so viel Geld verdienen zu können, um mir hier eine Existenz aufbauen zu können .....1 2 3  Weil ich meiner Familie ein besseres Leben ermöglichen möchte .....1 2 3  Weil ich im Ausland schon Verwandte, Bekannte habe, die mir helfen können .1 2 3</p>
33.	<p>Ich habe hier auch einige Gründe angeführt, die gegen eine Auswanderung sprechen.  Sagen Sie mir bitte auch hier jeweils, ob dies für Sie ...  1= ein Hauptgrund ist, nicht auszuwandern  2= mit ein Grund ist, nicht auszuwandern  3= kein Grund ist, nicht auszuwandern</p>	<p>Weil ich hier eine gut bezahlte Arbeit habe .....1 2 3  Weil ich mit meiner Arbeit hier zufrieden bin .....1 2 3  Weil ich nicht glaube, im Ausland überhaupt eine Arbeit zu finden .....1 2 3  Weil ich nicht glaube, im Ausland eine Arbeit zu finden, die meiner Ausbildung und meinen Fähigkeiten entspricht .....1 2 3  Weil ich nicht glaube, eine Wohnung zu finden (die ich mir leisten kann) .....1 2 3  Weil ich nicht glaube, eine so schöne Wohnung zu finden wie hier .....1 2 3  Weil ich glaube, dass es mir im Ausland schlechter gehen würde als hier .....1 2 3  Weil ich hier meine Familie nicht verlassen möchte .....1 2 3  Weil ich hier meine ganzen Freunde und Bekannten habe .....1 2 3  Weil es mir hier ganz einfach gefällt und ich rundum zufrieden bin .....1 2 3  Weil ich glaube, dass mir die Menschen im Ausland mit Feindlichkeit und Intoleranz begegnen .....1 2 3  Weil es mir zu unsicher ist, ich nicht weiß, was mich dort erwartet .....1 2 3  Weil ich viele meiner Gewohnheiten aufgeben müsste und mich an ein ganz neues Leben anpassen müsste .....1 2 3  Weil ich über keine/ nur ungenügende Sprachkenntnisse verfüge .....1 2 3  Weil ich im Ausland keine Verwandten oder Bekannten habe, die mir helfen könnten .....1 2 3</p>
34.	<p>Angenommen, Ihr Einkommen im Ausland wäre um 20% höher als Ihr jetziges Einkommen.  Wie wahrscheinlich wäre es, dass Sie auswandern ?  - und wenn Sie 50% mehr verdienen würden?  - und wenn Sie 100% mehr verdienen</p>	<p>Mehrverdienst 20% 50% 100%  Sehr wahrscheinlich ..... 1 1 1  Eher wahrscheinlich ..... 2 2 2  Eher unwahrscheinlich ..... 3 3 3  Sehr unwahrscheinlich ..... 4 4 4</p>



	würden ?	
35.	<p>Wenn es nun darum geht, die einzelnen Informationsquellen, die über die Vor- und Nachteile des Auswanderns berichten, zu bewerten. Wie würden Sie da die Glaubwürdigkeit einzelner Informationsquellen beurteilen:</p> <p>1= sehr glaubwürdig 2= eher glaubwürdig 3= teils, teils 4= eher unglaubwürdig 5= sehr unglaubwürdig 0= kann ich nicht bewerten (gibt es nicht/ unbekannt)</p>	<p>Familienmitglieder: - die hier wohnen .....0 1 2 3 4 5 - die im Ausland wohnen .....0 1 2 3 4 5</p> <p>Freunde/ Bekannte: - die hier wohnen .....0 1 2 3 4 5 - die im Ausland wohnen .....0 1 2 3 4 5</p> <p>Arbeitskollegen .....0 1 2 3 4 5</p> <p>Berichte in/ von: - inländischen Zeitungen .....0 1 2 3 4 5 - ausländischen Zeitungen .....0 1 2 3 4 5 - inländischen TV-Sendern .....0 1 2 3 4 5 - ausländischen TV-Sendern .....0 1 2 3 4 5</p> <p>Offizielle Broschüren aus dem Ausland .....0 1 2 3 4 5</p> <p>Künftige Arbeitgeber im Ausland .....0 1 2 3 4 5</p>
	<p>INT: Die nachfolgenden Fragen 36 - 54 nur an Personen, die es sich lt. Fr. 31 zumindest teilweise vorstellen können (-1,2,3), auszuwandern. Andere weiter mit Fr. 55 !</p>	
36.	<p>Sie haben zuvor gesagt, Sie könnten es sich vorstellen, ins Ausland zu ziehen, um dort zu arbeiten. Welche der nachfolgenden Maßnahmen haben Sie gesetzt bzw. werden Sie setzen, um für diesen Schritt gerüstet zu sein.</p> <p>1= habe ich schon gesetzt 2= werde/ würde ich noch setzen 3= werde/ würde ich nicht setzen</p>	<p>Absolvierung eines Sprachkurses .....1 2 3 Im Selbststudium die Sprache erlernen/ Sprachkenntnisse verbessern .....1 2 3 Besuch von Weiterbildungskursen .....1 2 3 Beschaffung von offiziellen Informationsbroschüren aus dem Zielland .....1 2 3 Beschaffung von Informationen aus dem Verwandten-/ Bekanntenkreis .....1 2 3 Bewerbungsschreiben an mögliche Arbeitgeber im Zielland .....1 2 3 Sich schon hier um eine Wohnmöglichkeit kümmern .....1 2 3</p>
37.	<p>Wenn Sie ins Ausland ziehen, würden Sie das allein, mit der Familie (Teilen der Familie) oder mit einem/ mehreren Freund/ Bekannten tun ?</p>	<p>Allein .....1 -&gt; 40 Mit Familie/ Verwandten .....2 -&gt; 38 Mit Freunden/ Bekannten .....3 -&gt; 38</p>
38.	<p>Und mit wie vielen Personen würden Sie da insgesamt auswandern (sich selbst nicht mit gerechnet) ?</p>	<p>Mit ... weiteren Personen .....1 2 3 4 5+</p>
39.	<p>Und haben/ hätten Sie vor, mit diesen Personen zusammen zu wohnen ? Wenn "ja" mit wie vielen ?</p>	<p>Nein, werde/ würde allein wohnen .....0 Ja, mit ... Personen .....1 2 3 4 5+</p>
40.	<p>Haben bzw. hätten Sie da bereits einen Platz zum Wohnen ?</p>	<p>Ja, in einer eigenen Wohnung .....1 Ja, bei Verwandten/ Bekannten .....2 Nein .....3</p>
41.	<p>Wo haben Sie nach Ihrer Wohnung überall gesucht bzw. wo würden Sie suchen, um eine Wohnung zu finden ?</p> <p>INT: Antworten nicht vorlesen ! Passende Antworten ringeln ! Mehrfachnennungen sind möglich !</p>	<p>Verwandte, die schon dort leben .....1 Freunde, Bekannte, die dort leben .....2 Künftiger Arbeitgeber .....3 Offizielle Stellen im Ausland (Gemeinde) .....4 Einwanderungs-Organisationen .....5 Zeitungsinserate .....6 Direkt bei Immobilienverwaltern/ -maklern .....7 Bei Wohnungsgenossenschaften .....8 Nationale Organisationen .....9</p>
42.	<p>Wenn es nun ums Wohnen im Ausland geht: Welche Anforderungen haben Sie da in Bezug auf die Größe ? Wie groß sollte die Wohnung sein und welche Größe setzen Sie als unterstes Minimum an ?</p>	<p>Gewünschte Größe ..... [ ] [ ] [ ] qm Mindestgröße ..... [ ] [ ] [ ] qm</p>
43.	<p>Welche Mindestgröße müsste eine Wohnung für 1 Person, für 2 Personen und für 3 Personen haben ?</p>	<p>1 Person ..... [ ] [ ] [ ] qm 2 Personen ..... [ ] [ ] [ ] qm 3 Personen ..... [ ] [ ] [ ] qm</p>
44.	<p>Kommen wir nun zu den Preisen: Welche Warmmiete würden Sie als angemessen und welche als gerade noch akzeptabel erachten. Und zwar bei einer Wohnungsgröße von 40, 60 und 90qm. Gehen Sie dabei bitte von dem Gehalt aus, den Sie sich erwarten. Wieviel Prozent des Gehaltes wären für Sie angemessen bzw. gerade noch akzeptabel ?</p>	<p>Angemessen Akzeptabel</p> <p>40qm ..... [ ] [ ] [ ] [ ] 60qm ..... [ ] [ ] [ ] [ ] 90qm ..... [ ] [ ] [ ] [ ]</p>
45.	<p>Käme eine Wohnung mit 90qm zu einer Warmmiete, die 40% Ihres Einkommens beträgt, für Sie ... ?</p>	<p>auf jeden Fall in Frage .....1 eher in Frage .....2 teils, teils .....3 eher nicht in Frage .....4 sicher nicht in Frage .....5</p>
46.	<p>Würden Sie eher eine Altbau-Wohnung oder eher eine Neubauwohnung (errichtet nach 1960) bevorzugen ?</p>	<p>Eindeutig Altbau .....1 Eher Altbau .....2 Egal .....3 Eher Neubau .....4</p>

		Eindeutig Neubau .....5
47.	Und welche Lage sollte die Wohnung idealerweise haben ? Hätten Sie lieber eine Wohnung im Zentrum (dicht verbaut/ wenig Grün, kurze Wege), in der Nähe des Zentrums (nicht so dicht verbaut mit etwas Grün) oder eine Wohnung an der Peripherie (mit viel Grün, lange Wege) ?	Wohnung im Zentrum .....1 Wohnung nicht im Zentrum aber in der Stadt .....2 Wohnung an der Peripherie .....3
48.	Würden Sie versuchen, in eine Gegend, in der Landsleute leben, zu ziehen ?	Ja, auf jeden Fall .....1 Ja, eher schon .....2 Nein, eher nicht .....3 Nein, sicher nicht .....4
49.	Bei einer Wohnung können folgende Kriterien von Bedeutung sein: - die Größe (möglichst groß/ geräumig) - der Preis (möglichst günstig) - die Qualität und Ausstattung - die Lage  Sagen Sie mir bitte, welches Kriterium für Sie bei einer Wohnung am wichtigsten (1), am zweitwichtigsten (2), am dritt-wichtigsten (3) und am wenigsten wichtig (4) ist.	Rangreihe der Kriterien:  Größe .....1 2 3 4 Preis .....1 2 3 4 Qualität .....1 2 3 4 Lage .....1 2 3 4
50.	Es gibt ja verschiedene Wohnformen: ich nenne Ihnen einige davon und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie diese ... 1= kurzfristig 2= sofort auf Dauer 3= langfristig (nicht sofort) anstreben.	Untermiete .....1 2 3 Mietwohnung möbliert .....1 2 3 Mietwohnung unmöbliert .....1 2 3 Genossenschaftswohnung .....1 2 3 Eigentumswohnung .....1 2 3 Haus gemietet .....1 2 3 Haus im Eigentum .....1 2 3
51.	Könnten Sie es sich vorstellen, in der ersten Zeit in einem Heim zu wohnen ? Kommt das für Sie ... ?	auf jeden Fall in Frage .....1 durchaus in Frage .....2 teils, teils .....3 eher nicht in Frage .....4 auf gar keinen Fall in Frage .....5
52.	Haben Sie prinzipiell vor, auf Dauer auszuwandern oder eher nur auf Zeit, um sich zu Hause eine Existenz aufzubauen ?	Auf Dauer .....1 -> 54 Lasse es auf mich zukommen, weiß noch nicht .....2 -> 54 Nur auf Zeit .....3 -> 53 Ich werde einige Zeit dort bleiben, dann wieder nach Hause kommen und dann wieder hin fahren .....4 -> 53
53.	Und wie lange haben Sie vor, im Ausland zu bleiben bzw. würden Sie im Ausland bleiben wollen ?	Auslandsaufenthalt ..... [ ] [ ] Monate
54.	Eine Frage hätte ich noch in Bezug auf Ihre finanziellen Erwartungen, wenn Sie ins Ausland gehen. Mich würde da zunächst Ihre derzeitige finanzielle Situation interessieren und danach die Einschätzung Ihrer finanziellen Situation, wenn Sie in einzelnen Städten arbeiten würden. Vergeben Sie bitte Punkte zwischen 100 und 0, wobei: 100= kann mir alles leisten was ich will 50= kann mir leisten, was ich zum Leben brauche 0= kann mir nicht einmal das Notwendigste leisten	Derzeitige Situation ..... [ ] [ ] [ ] Bei Auswanderung nach: - Wien ..... [ ] [ ] [ ] - Berlin ..... [ ] [ ] [ ] - München ..... [ ] [ ] [ ] - London ..... [ ] [ ] [ ] - Paris ..... [ ] [ ] [ ] - Mailand ..... [ ] [ ] [ ] - New York/ Chicago ..... [ ] [ ] [ ]
55.	<b>INT: Wieder an alle !</b> Abschließend würde ich Ihnen noch gern ein paar Fragen zu Österreich und zu Wien im Speziellen stellen. Wie viel Zeit haben Sie schon in Österreich verbracht und wie viele davon in Wien. Rechnen Sie alles zusammen, egal ob Sie hier auf Urlaub/ Besuch waren oder aber um hier zu arbeiten/ eine Ausbildung zu machen.	<u>Österreich Wien</u> Noch nie .....0 0 Nur 1, 2 Tage .....1 1 3 bis 6 Tage .....2 2 1 bis 3 Wochen .....3 3 1 bis 3 Monate .....4 4 4 bis 6 Monate .....5 5 7 bis 12 Monate .....6 6 1 bis 2 Jahre .....7 7 3 bis 5 Jahre .....8 8 Länger als 5 Jahre .....9 9
56.	In welchem Zusammenhang waren Sie da in Österreich bzw. in Wien ? <b>INT: Antworten vorlesen !</b> Mehrfachnennungen sind möglich !	<u>Österreich Wien</u> Besuch von Verwandten/ Freunden .....1 1 Auf Urlaub .....2 2 Zur Arbeit: - tageweise (ohne hier zu wohnen) ...3 3 - habe hier auch gewohnt .....4 4 Zur Ausbildung .....5 5
57.	Und darf ich Sie noch fragen, ob Österreich bzw. Wien für Sie als Land bzw. Stadt in Frage kommt, um hier länger zu arbeiten bzw. zu wohnen ?	<u>Österreich Wien</u> Ja, auf jeden Fall .....1 1 Ja, eher schon .....2 2 Weiß nicht genau (vielleicht) .....3 3

		Nein, eher nicht .....4 4 Nein auf gar keinen Fall .....5 5
A.	Geschlecht	Männer .....1 Frauen .....2
B.	Alter	15 bis 19 Jahre .....1 20 bis 24 Jahre .....2 25 bis 29 Jahre .....3 30 bis 34 Jahre .....4 35 bis 39 Jahre .....5 40 bis 44 Jahre .....6
C.	Haushaltsgröße	Anzahl Personen ..... [ ] [ ]
D.	Kinder im Haushalt	0 bis 6 Jahre .....1 7 bis 12 Jahre .....2 13 bis 17 Jahre .....3
E.	Familienstand/ Kinder der Befragten	Single: ohne Kind(er) .....1 Single: mit Kind(ern) .....2 Verheiratet, Lebensgemeinschaft: ohne Kind(er) .....3 Verheiratet, Lebensgemeinschaft: mit Kind(ern) .....4 Geschieden, verwitwet: ohne Kind(er) .....5 Geschieden, verwitwet: mit Kind(ern) .....6
F.	Einkommen (lokale Währung in Tausend) pro Monat	Nettoeinkommen des Befragten ... [ ] [ ] [ ] Nettoeinkommen des Haushaltes ... [ ] [ ] [ ]
G.	Wohnform	Wohnung vom Staat/ Kommune .....1 Wohnung: Miete .....2 Wohnung: Eigentum, privatisiert .....3 Haus: Miete .....4 Haus: Eigentum .....5 Bei den Eltern .....6 Bei anderen Verwandten .....7
H.	Größe der Wohnung	Wohnfläche ..... [ ] [ ] [ ] qm
I.	PKW im Haushalt	Ja .....1 Nein .....2
J.	Region	<i>Entsprechende Klassifikation einsetzen</i>
K.	Ortsgröße	Hauptstadt .....1 Umland der Hauptstadt/ Agglomeration .....2 über 100.000 Einwohner .....3 20.000 bis 100.000 Einwohner .....4 bis 20.000 Einwohner .....5
L.	Grenzt der politische Bezirk, in dem Sie wohnen, an Österreich ?	Ja .....1 Nein .....2
M.	Welche Fremdsprachen beherrschen Sie ?  INT: Mehrfachnennungen möglich !	Deutsch .....1 Englisch .....2 Französisch .....3 Andere .....4
N.	Position am Arbeitsplatz/ im Unternehmen	Top Management .....1 Management .....2 Angestellter .....3 Arbeiter .....4 Anderes .....5 Nicht berufstätig .....6
O.	Unternehmensgröße	0 Mitarbeiter .....1 1-5 Mitarbeiter .....2 6-10 Mitarbeiter .....3 11-20 Mitarbeiter .....4 21-50 Mitarbeiter .....5 51-100 Mitarbeiter .....6 101-500 Mitarbeiter .....7 Mehr als 500 Mitarbeiter .....8 Nicht berufstätig .....9
	Name des Interviewers:	
	Datum:	[ ] [ ]. Mai 2003

## 8.4 LITERATUR

Amann, Wolfgang / Bauernfeind, Sandra / Rischaneck, Ursula: Benchmarking Wohnbauförderung: Optimierung der Salzburger Mietwohnungs- und Sanierungsförderung. Wien: FGW, 2001.

Amann, Wolfgang / Neuwirth, Norbert / Schuster, Birgit: Der Wiener Wohnungsmarkt im nächsten Jahrtausend. Wien: FGW, 2000.

Bauernfeind, Sandra / Deutsch, Edwin / Amann, Wolfgang / Yurdakul, Askin: FGW – Bauvorschau 2002. Wien: FGW, 2001.

Bauernfeind, Sandra / Deutsch, Edwin / Amann, Wolfgang / Yurdakul, Askin: Wohnbauförderung und Beschäftigung – Auswirkungen unterschiedlicher Forderungsschienen auf die Beschäftigung am Bau. Wien: FGW, 2002.

Biffi, Gudrun / Bock-Schappelwein, Julia: Zur Niederlassung von Ausländern in Österreich. Wien: WIFO, im Auftrag des BMI, 2003.

- Boeri, Tito / Brücker, Herbert: The Impact of Eastern Enlargement on Employment and Labour Markets in EU Member States. Final Report, EU-Commission. Berlin/Mailand: European Integration Consortium, 2000.
- Bucher, Hansjörg: Die EU-Osterweiterung und ihre Wirkung auf die internationalen Zuwanderungen nach Deutschland. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 11/12.2001.
- Bundesministerium für Inneres, Abteilung III – Statistik Dezember 2002.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit: <http://www.dnet.at/euost>. Wien, 2002.
- CLC – Centre of Legal Competence / Dübel, Hans-Joachim: Wohnbauförderung in Mitteleuropa. Band 9. Wien-Graz 2004.
- Davy, Ulrike: Schengen, Maastricht und Amsterdam. Konturen einer gemeinsamen Wanderungspolitik. In: Forum Politische Bildung (Hrsg.): EU wird Europa? Erweiterung – Vertiefung – Verfestigung (Informationen zur Politischen Bildung, Band 15). Studien-Verlag, Innsbruck 1998, S 75-84.
- Demel, Katharina: Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die Zuwanderung in die Europäische Union unter besonderer Berücksichtigung Österreichs. Wien: ICMPD/ÖFM, 1998.
- Einem von, Eberhard: Schrumpfende Städte: Chancen der Einwanderung. In: Der Architekt 4/01, S 19ff.
- Europäische Kommission (2001), Enlargement Papers: Enlargement argumentaire; No 5, September 2001.
- Europäische Kommission (2001), Enlargement Papers: The economic impact of enlargement; No 4, June 2001.
- Europäischer Rat: Schlussfolgerungen des Vorsitzes. Europäischer Rat (Kopenhagen) 12. und 13. Dezember 2002. Kopenhagen 2002.
- European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions, Hubert Krieger: Migration Trends in an enlarged Europe. 2004
- EUROSTAT, Allgemeine Statistik, Thema 1-10/2003: Regionale Arbeitslosigkeit in den Beitretenden Ländern im Jahr 2002.
- EUROSTAT, Europäische Sozialstatistik: Wanderung 2002. Europäische Gemeinschaften, Luxemburg 2002.
- Fassmann, Heinz / Hintermann, Christiane: Migrationspotenzial Ostmitteleuropa – Struktur und Motivation potentieller Migranten aus Polen, der Slowakei, Tschechien und Ungarn. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, 1997.
- Fassmann, Heinz / Kytir, Josef / Münz, Rainer: Bevölkerungsprognosen für Österreich 1991 bis 2021. Szenarien der räumlichen Entwicklung von Wohn- und Erwerbsbevölkerung. Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK). Schriftenreihe Nr. 126. Wien 1996.
- Fassmann, Heinz / Münz, Rainer: Migration von und nach Österreich – Entwicklungen seit 1945 / Strukturmerkmale der ausländischen Wohnbevölkerung. In: Einwanderungsland Österreich? Historische Migrationsmuster, aktuelle Trends und politische Maßnahmen. Jugend und Volk, Wien 1995, S 34-77 (aktualisierter Text).
- Fassmann, Heinz / Stacher Irene (Hrsg.): Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen – sozioökonomische Strukturen – rechtliche Rahmenbedingungen. Wien 2003.
- Fassmann, Heinz / Vorauer, Karin: Stand und Perspektiven der EU-Erweiterung. In: Forum Politische Bildung (Hrsg.), Materialpaket Politische Bildung (Hrsg.), Wien 2001.
- Fóti, Klára / Straubhaar, Thomas: Wirkliche und vermeintliche Probleme der EU-Osterweiterung auf dem Arbeitsmarkt, 1999.
- Förster, Wolfgang: Vienna Streamer 4/01 – Standort Stadt. Wohnbau als Standortfaktor. In: [www.wien.gv.at/mib/vs04/vs4m-01.htm](http://www.wien.gv.at/mib/vs04/vs4m-01.htm)
- Giffinger, Rudolf / Kramar, Hans: EU-„Osterweiterung“ und Siedlungsentwicklung. In: Der öffentliche Sektor, Wien, 2001, 27.Jg., Heft 2/2001, S 22ff.
- Hanika, Alexander / Lebhart, Gustav / Marik, Stephan: Zukünftige Bevölkerungsentwicklung Österreichs bis 2050 (2075): Methodik – Annahmen – Ergebnisse. Wien, 2003
- Havlik, P.: EU Enlargement: Economic Impacts on Austria, the Czech Republic, Hungary, Poland, Slovakia and Slovenia. Wien: WIIW-Report 280, 2001.
- Hintermann, Christine: Die "neue" Zuwanderung nach Österreich. Eine Analyse der Entwicklungen seit Mitte der achtziger Jahre. In: SWS-Rundschau, Heft 1/2000, S 5-23.
- Hönekopp, E.: EU-Erweiterung: Auswirkungen auf die Arbeitsmärkte der Mitgliedsländer der Europäischen Union. In: EZFF Occasional Papers Nr. 22, 1999.

- <http://www.wko.at/eu/erw/prozess/fristen.htm> vom 27.1.2003: Aktueller Stand der Übergangsregelungen
- Huber, Peter: Migration und Pendeln infolge der EU-Erweiterung, Teilprojekt 10 – PREPARITY, Wien 2001.
- Huber, Peter / Hofer, Helmut: Auswirkungen der EU-Erweiterung auf den österreichischen Arbeitsmarkt. Wien: WIFO, 2001.
- Huber, Peter / Traistaru, Julia: Regionale Entwicklung und Anpassung des Arbeitsmarktes in Ost-Mitteleuropa. Wien: WIFO, Monatsberichte 11/2003.
- Huber, Peter: Migration und Pendeln infolge der EU-Erweiterung. Wien: Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG IIC, 2001.
- Huber, Peter: Inter – regional Mobility in the Accession Countries: A Comparison to EU-Member States Integrationsguide 2003. Fremdengesetz-Novelle 2002, Integrationsvereinbarung. Bundesministerium für Inneres
- ICMPD, International Centre for Migration Policy Development: Migration in Central and Eastern Europe: Compilation of National Reports on Recent Migration Trends in the CEI States (Central European Initiative). Wien 1997.
- Kaufmann, Albert: Wohnversorgung und räumliche Verteilung von Zuwanderern im Wiener Stadtgebiet. In: Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen, Heft 2/1999, S 76-91. Sonderzahl-Verlag.
- Kleinmann, Mark / Matznetter, Walter / Stephens, Mark (Eds.): European Integration and Housing Policy. London, New York: Routledge, 1998.
- Kutzenberger, Ewald: Volkszählung 2001, Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsprognose. Vortrag im Parlament am 5. Mai 2003. Wien 2003.
- Kytir, Josef / Lebhart, Gustav / u.a.: Bevölkerungsvorausschätzung 1996 bis 2021 nach Teilgebieten der Wiener Stadtregion. Institut der Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Stadtplanung Wien, Werkstattberichte Nr. 23. Wien 1998.
- Laburda, Erich: Volkszählung 2001: Hauptergebnisse zum Berufspendelverkehr. In: Statistische Nachrichten 6/2004, S 494 ff..
- Landesmann, Michael / Stehrer, R.: The CEEC in the Enlarged Europe: Convergence Patterns, Specialization and Labour Market Implications. Wien: WIIW-Report 286, 2002.
- Landesmann, Michael: Emerging Patterns of European Industrial Specialization: Implications for Labour Market Dynamics in Eastern and Western Europe. Wien: WIIW-Reports 230, 1996.
- Langer, Walther / Schmoranz, Ingo: EU-Osterweiterung aus Wiener Sicht. Auswirkungen, Konsequenzen, Schlussfolgerungen. In: Wirtschaftspolitische Blätter 1-2/1999, S 76-80.
- Magistrat der Stadt Wien – Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke (Hrsg.), Statistisches Amt der Stadt Wien: Statistische Mitteilungen der Stadt Wien: Heft 4/2001.
- Mayerhofer, Peter: Zweiter Bericht zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit Wiens. WIFO. Wien 2003.
- OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development): International Mobility of the Highly Skilled. OECD 2002.
- OECD: Trends in International Migration, Annual Report, Edition 2003. OECD 2004.
- ÖROK, Österreichische Raumordnungskonferenz (Hrsg): ÖROK-Prognosen 2001-2031. Teil 1: Bevölkerung und Arbeitskräfte nach Regionen und Bezirken Österreichs. Schriftreihe Nr. 166/I. Wien 2004.
- Österreichisches Volksgruppenzentrum (Hrsg.): Volksgruppenreport 2001. Zur Lage der ethnischen Minderheiten in der Republik Österreich. Österreichisches Volksgruppenzentrum, Wien 2000.
- Podkaminer, Leon / Pöschl, Josef: Wien und die Großstädte Ost-Mitteleuropas: Ein Vergleich anhand ausgewählter Sozial- und Wirtschaftsindikatoren. In: Statistische Mitteilungen der Stadt Wien, Heft 3/2000, S 8-17.
- Puntscher Riekmann, Sonja: Inland und Ausland im neuen Europa. Europäische Transformation und Staatlichkeit. In: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Zum politischen System Österreich. Zwischen Modernisierung und Konservatismus. Informationen zur Politischen Bildung, Band 17. Studien-Verlag, Innsbruck/ Wien/ München 2000, S 48-57.
- Rechnungshof: Bericht gemäß Art 1 § 8 Bezügebegrenzungs-gesetz, BGBl I Nr. 64/1997 für die Jahre 2000 und 2001, Wien 2002.
- Regierungsprogramm der Österreichischen Bundesregierung für die XXII. Gesetzgebungsperiode.
- Richter, Sandor et al.: EU Eastern Enlargement: the case of the former 'second-wave' applicant countries. Wien: WIIW-Report No 270, 2000.

- Richter, Sandor: The EU Enlargement Process: Current State of Play and Stumbling Blocks. Wien: WIIW. Current Analyses and Country Profiles No 17, 2002.
- Sik, E.: The social, economic and legal aspects of migration in contemporary Hungary in relation to the accession to the European Union. Centre for Migration and Refugee Studies, Hungarian Academy of Science, Budapest 1998.
- Statistik Austria (Hrsg.), Hanika, Alexander / Lebhart, Gustav / Marik, Stephan: Bevölkerung Österreichs im 21. Jahrhundert. Wien 2003.
- Statistik Austria: Bevölkerungsvorausschätzung 2002-2050 sowie Modellrechnung bis 2075 für Österreich (Mittlere Variante). Wien 2003.
- Statistik Austria: Bevölkerungsvorausschätzung 2002-2050 sowie Modellrechnung bis 2075 für Wien (Mittlere Variante). Wien 2003.
- Stephens, Mark: A Note on Migration from the Central and East European Countries to the European Union.
- Tosics, Iván: Market Forces and Planning Tools influencing Urban Migration. Residential Mobility in Central and East European Metropolises at the Beginning of the New Millennium. Workshop 4: Migration and Residential Mobility. Conference on "Housing in the 21st Century: Fragmentation and Reorientation", 26-30 June 2000, Gävle Sweden.
- Troper, Reinhard: Die Vorbereitung Wiens auf die EU-Erweiterung, 16. Oktober 2002.
- Vidovic, Hermine: Labour Market Trends in the CEEC. Wien: WIIW, 2002.
- Walterskirchen, Ewald: Künftige Knappheit an Fachkräften in Wien. WIFO. Wien 2003.
- Walterskirchen, Ewald / Dietz, Raimund: Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf den österreichischen Arbeitsmarkt. Studie im Auftrag der Bundesarbeitskammer, Wien 1998.
- Walterskirchen, Ewald / Dietz, Raimund: Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf den österreichischen Arbeitsmarkt, in: Demel, Katharina: Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die Zuwanderung in die Europäische Union unter Berücksichtigung Österreichs. Bestandsaufnahme und Auswertung themenspezifischer Literatur. Teil 2: Kommentierte Abstracts. Wien: ICMPD/ÖFM, 1998.
- WIIW – Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche: Country-Reports und Analytical Forecasts zu den untersuchten MOE-Ländern, 2002.
- Wiener Integrationsfonds (Hrsg.): MigrantInnen in Wien 2002. Daten Fakten Recht. Report 2002, Teil II. Wien 2003.

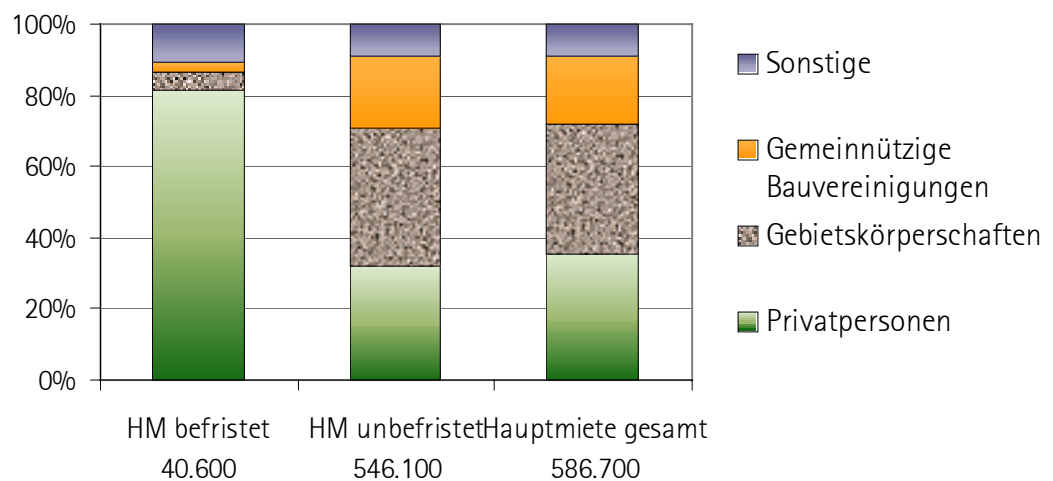
## 8.5 TABELLENANHANG

Tabelle 128: Struktur des Wohnungsbestandes nach Ausstattung und Größe, 2001

Bezirke	durchschnittl. Nutzfläche	Ausstattungskategorie			
		A	B	C	D
Wien gesamt	70,9	74,5	60,6	48,2	43,4
1	103,8	105,7	95,0	83,4	64,0
2	68,2	71,7	63,6	53,0	46,0
3	72,7	76,6	65,0	52,1	44,8
4	83,1	86,2	75,1	62,8	51,8
5	63,3	67,4	58,4	48,0	43,1
6	76,9	79,8	73,6	58,8	48,7
7	77,2	81,3	74,5	56,1	46,1
8	82,8	85,9	77,4	62,7	49,8
9	77,6	81,4	73,6	56,5	45,4
10	62,3	65,7	51,9	40,8	41,1
11	67,5	69,5	53,6	44,4	42,7
12	63,5	66,7	55,5	44,8	41,7
13	85,1	86,8	64,3	49,5	50,3
14	71,0	75,1	56,7	46,2	41,8
15	59,7	64,9	54,6	47,4	42,7
16	60,3	65,7	51,6	43,1	41,2
17	66,8	72,3	54,4	48,0	43,5
18	77,7	83,2	64,2	51,7	44,5
19	79,9	82,2	62,1	47,6	44,1
20	59,8	63,3	52,4	45,9	41,8
21	71,9	73,8	56,6	43,5	45,1
22	79,3	80,3	68,5	49,5	45,6
23	80,0	81,3	60,3	50,2	46,4

Quelle: St.at, HWZ / GWZ

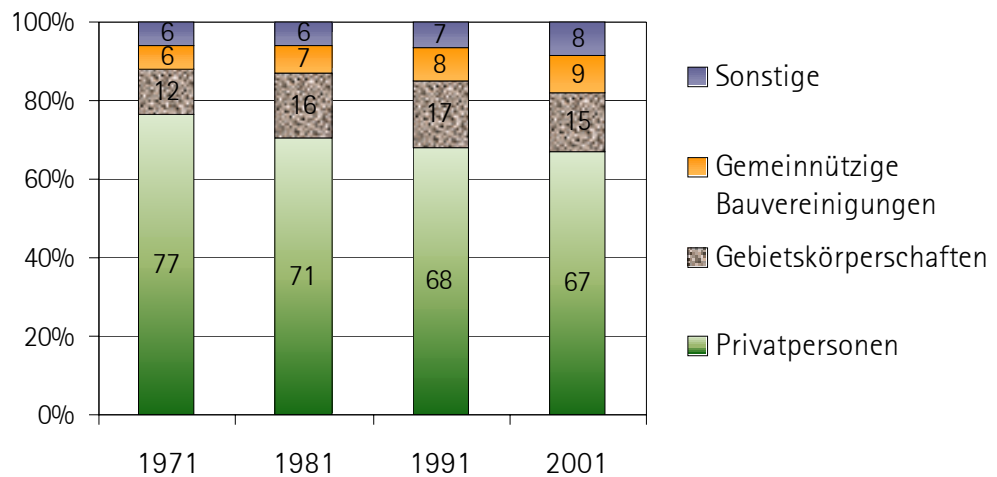
Grafik 129: Hauptmietwohnungen nach der Dauer des Mietverhältnisses und dem Eigentümer des Gebäudes, 2001



Anm: Sonstige: Andere öffentlich-rechtliche Körperschaften, sonstige Unternehmen (z.B. AG, GmbH, Bank), andere Eigentümer

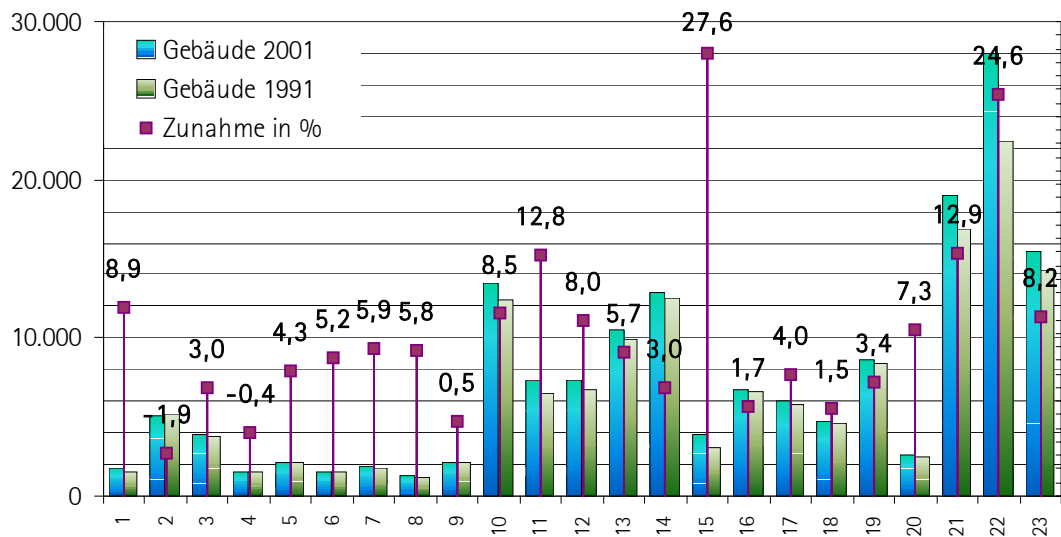
Quelle: Statistik Austria, GWZ 2001

Grafik 130: Gebäude nach Eigentumsverhältnissen



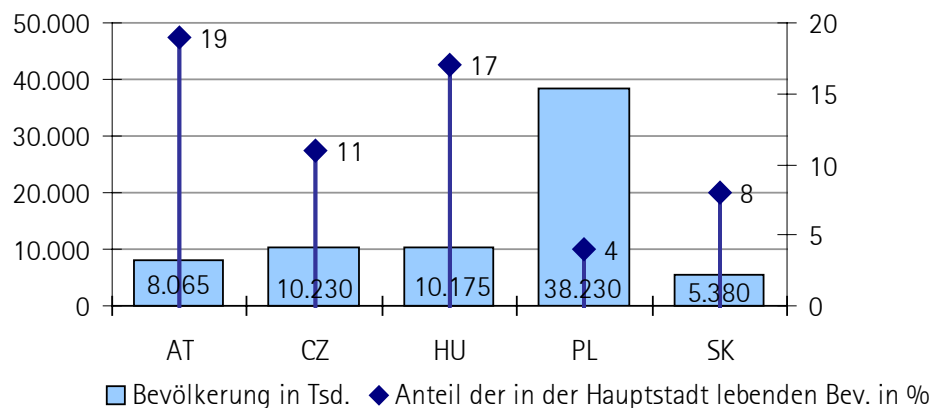
Quelle: Statistik Austria, HWZ 1971, 1981, 1991, GWZ 2001

Grafik 131: Veränderung des Gebäudebestandes 1991 – 2001 nach Bezirken



Quelle: Statistik Austria, GWZ 2001

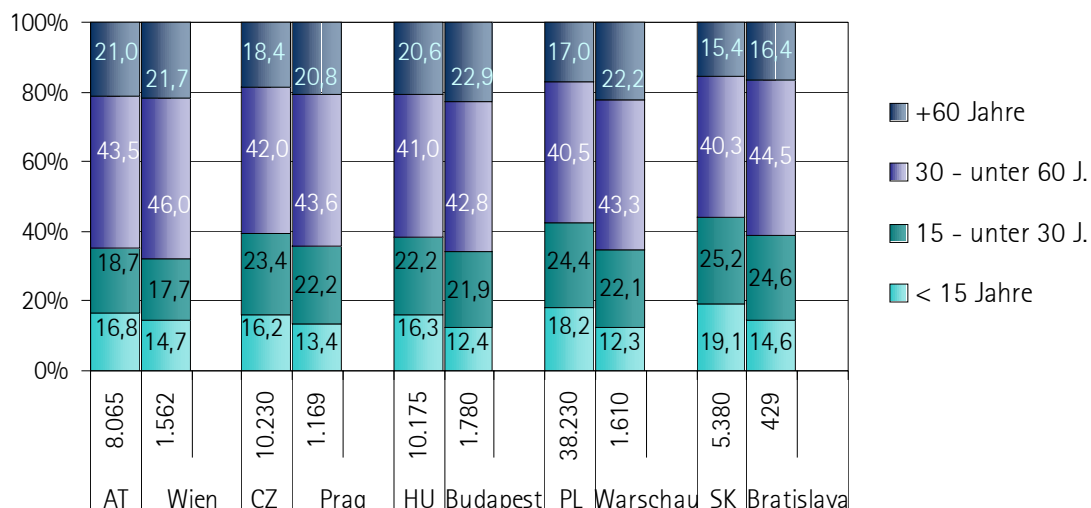
Grafik 132: Gesamtbevölkerung und Relevanz der Hauptstädte



Quelle: Country Reports, eigene Berechnungen

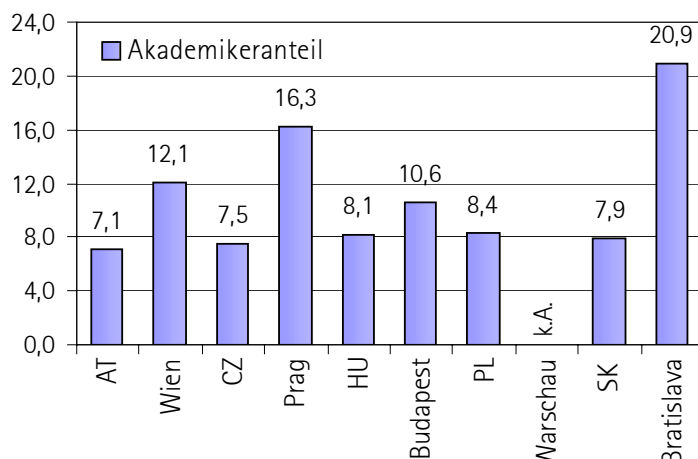


Grafik 133: Vergleich der Bevölkerung nach Altersgruppen, 2001



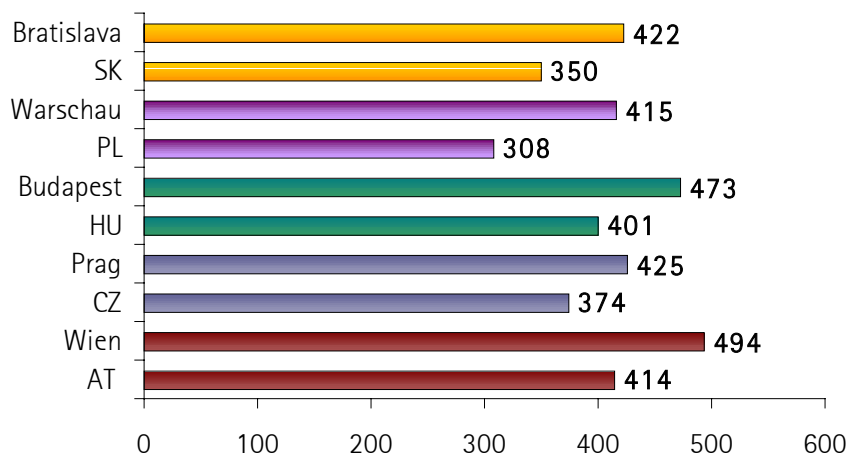
Quelle: Country Reports, eigene Berechnungen

Grafik 134: Vergleich des Akademikeranteils in Österreich und den MOE-Ländern, 2001 (PL: 2002)



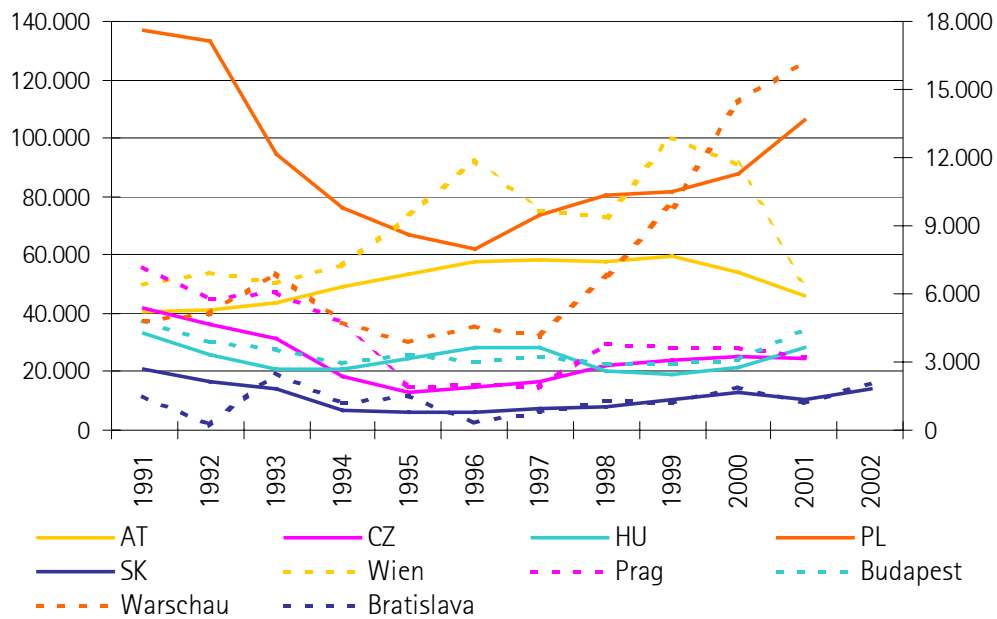
Quelle: Country Reports, eigene Berechnungen

Grafik 135: Wohnungen pro 1.000 Einwohner, 2001



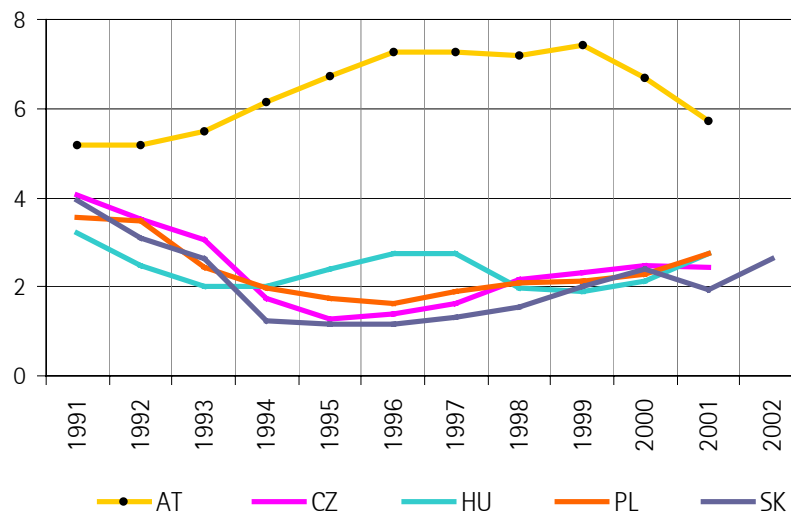
Quelle: Country Reports, eigene Berechnungen

Grafik 136: Wohnungsfertigstellungen im Vergleich 1991-2001 (2002)



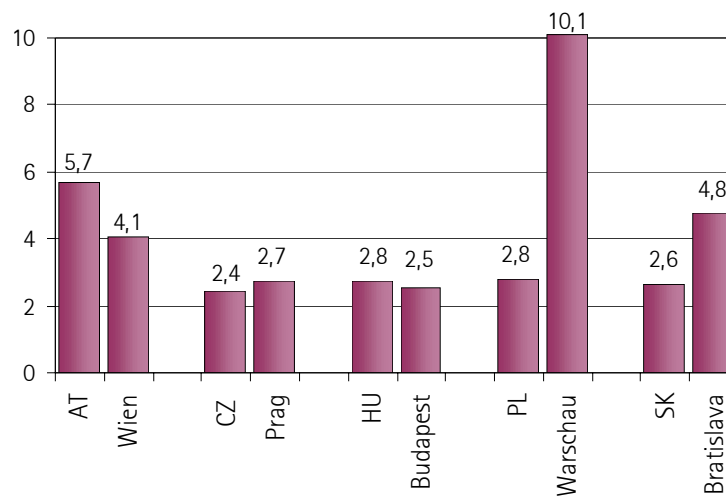
Anm: Länderwerte auf der Primärachse, Werte für die Hauptstädte auf der Sekundärachse.  
 Quelle: Country Reports, eigene Berechnungen

Grafik 137: Zahl der fertig gestellten Wohnungen pro 1.000 Einwohner



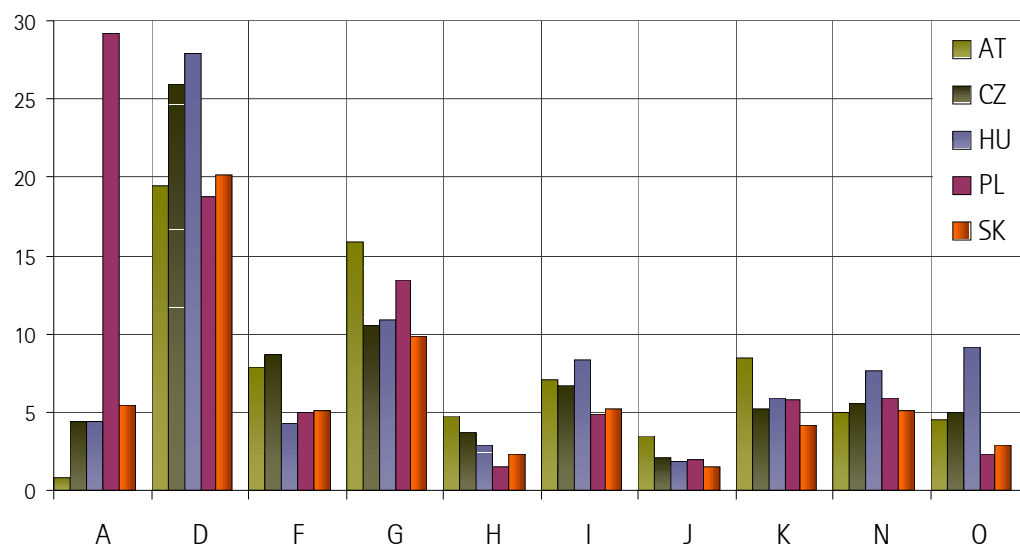
Quelle: Country Reports, eigene Berechnungen

Grafik 138: Neubau in Bezug auf die Bevölkerung, 2001  
Fertig gestellte Wohnungen per 1.000 Einwohner



Quelle: Country Reports, eigene Berechnungen

Grafik 139: Beschäftigung nach ÖNACE-Wirtschaftsklassen in Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung



A- Land- und Forstwirtschaft

D- Sachgütererzeugung

F- Bauwesen

G- Handel; Instandhaltung und Reparatur von KFZ und Gebrauchsgütern

H- Beherbergungs- und Gaststättenwesen

I- Verkehr- und Nachrichtenübermittlung

J- Kredit- und Versicherungswesen

K- Realitätenwesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen

N- Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen

O- Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen

Quelle: Country Reports, eigene Berechnungen

Tabelle 140: Wohnbevölkerung Wiens mit Hauptwohnsitz nach Altersgruppen und Bezirken am 31.12.2001

Jahre	-3	3-6	6-10	10-15	15-18	18-25	25-30	30-45	45-60	60-65	65-75	75-85	85-	Gesamt
1.	350	320	450	560	400	1.140	1.050	3.940	4.260	1.250	1.510	1.620	580	17.400
2.	2.650	2.480	3.450	4.180	2.470	7.110	6.540	23.440	17.910	5.100	6.980	5.680	2.000	90.000
3.	2.090	2.140	2.880	3.600	2.160	6.310	6.090	21.770	16.390	4.830	6.290	5.540	1.960	82.000
4.	690	630	920	1.150	710	2.060	2.080	7.400	5.610	1.630	2.110	2.350	840	28.200
5.	1.400	1.400	1.860	2.180	1.290	4.000	4.260	13.130	9.550	2.540	3.250	2.950	1.110	48.900
6.	680	640	860	1.180	780	2.220	2.240	7.920	5.740	1.500	1.670	1.600	670	27.700
7.	740	670	910	1.160	650	2.300	2.460	8.380	5.710	1.470	1.560	1.620	660	28.300
8.	540	500	680	810	540	1.840	1.880	6.030	4.590	1.200	1.430	1.430	580	22.100
9.	880	840	1.170	1.490	950	3.200	3.290	9.920	7.340	2.090	2.380	2.570	990	37.100
10.	3.940	4.300	6.140	7.630	4.430	11.470	9.840	37.340	30.300	9.850	13.150	9.310	2.600	150.300
11.	2.610	2.550	3.610	4.220	2.440	6.370	5.940	20.470	14.840	4.670	5.320	3.580	940	77.600
12..	2.250	2.240	3.110	3.910	2.220	6.200	5.370	19.580	15.630	4.540	6.100	5.270	1.770	78.200
13.	1.250	1.270	1.690	2.180	1.260	3.040	2.590	10.920	9.940	3.720	4.710	4.780	1.960	49.300
14.	2.020	2.060	2.900	3.790	2.210	5.590	4.880	19.440	16.070	5.080	5.990	5.480	2.100	77.600
15.	1.770	1.960	2.670	3.160	1.910	5.330	5.090	16.930	12.870	3.410	4.080	3.460	1.490	64.100
16.	2.500	2.490	3.400	4.200	2.500	6.970	6.110	22.050	17.000	4.890	6.360	5.230	1.810	85.500
17.	1.280	1.350	1.890	2.380	1.430	3.730	3.420	12.250	9.830	2.810	3.510	3.060	1.160	48.100
18.	1.230	1.150	1.600	1.990	1.130	3.270	3.150	11.090	8.580	2.750	3.530	3.490	1.450	44.400
19.	1.560	1.660	2.200	2.840	1.680	4.500	3.920	14.550	12.680	4.580	6.020	6.060	2.160	64.400
20.	2.360	2.240	2.830	3.480	2.050	6.300	5.940	19.920	14.420	4.640	6.030	4.340	1.410	76.000
21.	3.690	4.060	5.970	7.300	3.980	9.240	7.780	33.730	25.130	8.730	10.320	6.590	2.000	128.500
22.	4.590	5.140	7.140	8.080	4.340	9.550	9.230	38.420	26.330	8.330	8.660	5.430	1.480	136.700
23.	2.210	2.390	3.440	4.870	2.650	6.280	4.870	20.950	18.000	6.160	6.650	4.860	1.600	84.900
Wien	43.300	44.500	61.800	76.400	44.200	118.000	108.000	399.600	308.700	95.700	117.600	96.300	33.300	1.547.300
weibl.	21.200	21.700	30.100	37.200	21.300	59.200	55.500	199.400	159.800	50.700	67.900	66.300	25.700	816.100

Quelle: MA 14 - Bevölkerungsevidenz

Tabelle 141: Bevölkerung Wiens nach Staatsangehörigkeit

	Gesamt	Jugoslawien	Kroatien	Bosnien Herzegowina	Mazedonien	Türkei	Polen	ehem. CSFR	Ungarn	Deutschland	übrige EU	Iran	sonstige	Ausländer	Ausländer in%
1	17.431	472	137	47	19	55	64	54	75	390	536	48	850	2.747	15,8
2	89.988	6.628	1.220	1.522	496	3.053	1.297	403	355	829	1.015	674	4.337	21.829	24,3
3	82.038	4.354	782	964	302	1.994	921	345	274	1.026	1.158	219	3.007	15.346	18,7
4	28.172	1.018	261	185	70	270	170	104	71	458	573	56	984	4.220	15,0
5	48.928	3.595	708	1.040	233	1.974	599	162	139	527	449	129	1.748	11.303	23,1
6	27.716	1.175	264	288	65	459	303	158	139	478	443	70	972	4.814	17,4
7	28.287	1.567	321	425	151	640	245	90	98	538	438	83	987	5.583	19,7
8	22.057	833	160	145	38	213	147	48	67	409	515	98	822	3.495	15,8
9	37.108	1.708	423	409	143	660	249	130	74	615	739	106	1.360	6.616	17,8
10	150.291	7.138	1.585	2.379	705	5.301	1.271	477	352	632	555	281	3.627	24.303	16,2
11	77.555	2.633	653	1.045	270	1.499	547	255	172	320	205	67	1.762	9.428	12,2
12	78.174	3.967	829	1.188	285	2.203	581	221	192	458	415	173	2.034	12.546	16,0
13	49.304	619	140	121	27	128	212	202	86	733	482	87	1.109	3.946	8,0
14	77.603	3.173	792	974	191	1.307	500	231	130	629	377	82	1.445	9.831	12,7
15	64.137	6.229	1.590	1.949	447	3.368	1.044	254	226	436	382	168	2.502	18.595	29,0
16	85.528	6.836	1.735	1.972	635	4.270	877	279	169	455	411	164	2.238	20.041	23,4
17	48.091	3.798	929	958	207	1.538	551	200	133	464	405	232	1.509	10.924	22,7
18	44.398	1.958	521	458	167	785	304	125	83	618	771	144	1.472	7.406	16,7
19	64.389	1.170	238	291	49	492	289	159	236	909	1.078	260	2.296	7.467	11,6
20	75.954	5.320	1.135	1.545	438	4.132	921	289	246	416	405	224	2.574	17.645	23,2
21	128.517	2.401	548	650	378	1.226	767	313	228	667	427	151	2.156	9.912	7,7
22	136.704	1.669	457	516	281	948	950	375	236	607	584	120	3.145	9.888	7,2
23	84.908	1.139	391	557	130	489	370	197	163	675	372	169	1.124	5.776	6,8
Gesamt	1.547.278	69.400	15.819	19.628	5.727	37.004	13.179	5.071	3.944	13.289	12.735	3.805	44.060	243.661	15,7

Quelle: MA 14 – Bevölkerungsevidenz

Tabelle 142: Wohnungsneubau in Österreich 1981-2001 (2002)

	Zahl der bewilligten Wohnungen				Zahl der fertig gestellten Wohnungen			
	In neuen Gebäuden mit 1-2 Wohnungen	In neuen Gebäuden $\geq 3$ Whg.	neue Whg. in bereits bestehenden Geb. + andere	Total	In neuen Gebäuden mit 1-2 Wohnungen	In neuen Gebäuden $\geq 3$ Whg.	neue Whg. in bereits bestehenden Gebäuden + andere	Total
1981	21.497	19.229	4.371	45.097	25.068	21.322	4.648	51.038
1982	18.491	18.521	4.634	41.646	21.212	19.008	3.652	43.872
1983	18.385	18.030	5.181	41.596	20.065	15.246	3.744	39.055
1984	18.064	17.768	5.181	41.013	19.842	17.227	4.203	41.272
1985	15.628	14.499	5.343	35.470	19.769	17.080	4.304	41.153
1986	15.894	12.134	5.280	33.308	18.888	15.271	4.679	38.838
1987	16.218	13.634	5.790	35.642	18.582	15.337	4.575	38.494
1988	17.622	12.175	6.414	36.211	17.886	16.547	4.793	39.226
1989	16.642	14.848	6.269	37.759	17.771	14.633	5.543	37.947
1990	16.000	13.479	6.717	36.196	18.588	12.371	5.594	36.553
1991	17.814	15.912	8.281	42.007	19.363	14.497	6.512	40.372
1992	19.064	21.570	11.212	51.846	18.071	15.278	7.540	40.889
1993	19.987	26.949	11.380	58.316	17.638	16.939	8.872	43.449
1994	19.671	29.533	11.780	60.984	18.319	21.686	8.846	48.851
1995	21.219	31.898	13.572	66.689	19.268	23.920	10.165	53.353
1996	20.516	31.647	13.195	65.358	19.427	27.929	10.627	57.983
1997	19.060	25.857	12.008	56.925	19.590	27.787	10.652	58.029
1998	18.607	21.933	10.249	50.789	20.301	25.820	11.368	57.489
1999	17.567	19.189	8.703	45.459	20.285	28.884	10.278	59.447
2000	16.935	16.798	7.727	41.460	20.048	23.593	10.119	53.760
2001	15.531	17.272	7.426	40.229	19.105	17.869	8.876	45.850
2002	16.044	19.007	7.230	42.281	17.002	16.594	8.318	41.914

Quelle: Statistik Austria, Wohnbaustatistik, Bewilligte Wohnungen nach Bauart, Gebäudenutzung und Bundesland; Statistik Austria, Wohnbautätigkeit 2001

Tabelle 143: Fertig gestellte Wohnungen nach Ländern Wien, NÖ und gesamt 1991 – 2001 (2002)

	Österreich	Wien	Niederösterreich
1991	40.372	6.360	7.782
1992	40.889	6.911	7.422
1993	43.449	6.480	7.942
1994	48.851	7.243	9.398
1995	53.353	9.428	10.323
1996	57.983	11.921	10.282
1997	58.029	9.639	10.188
1998	57.489	9.363	10.502
1999	59.447	12.878	10.760
2000	53.760	11.713	9.655
2001	45.850	6.329	10.444
2002	41.914		

Quelle: Statistik Austria, Wohnbautätigkeit 2001, Bewilligungen und Fertigstellungen 2001; S 14

Grafik 144: Durchschnittliche Wohnungsgröße pro Person, 2001

	Durchschnittliche Wohnungsgröße (m <sup>2</sup> )	Durchschnittl. Anzahl von Personen	Wohnnutzfläche pro Person
Einfamilienhaus	120,21 <sup>1)</sup>	2,95	40,75
	120,00 <sup>2)</sup>	3,00	40,00
Eigentumswohnung	80,23	2,06	38,95
	79,00	2,00	39,50
Gemeinnützige Bauvereinigung Mietwohnung	68,82	2,08	33,09
	69,00	2,00	34,50
	69,43 <sup>3)</sup>	2,08	33,38
	70,00	2,00	35,00
Gebietskörperschaften Mietwohnung	61,22	1,98	30,92
	58,00	2,00	29,00
Private und sonstige Mietwohnungen	91,96	2,43	37,84
	85,00	2,00	42,50
Andere	77,35	1,91	40,50
	70,00	2,00	35,00
Total	91,33	2,42	37,74
	83,00	2,00	41,50

Anm.: <sup>1)</sup> Mittelwert

<sup>2)</sup> Median

<sup>3)</sup> Gebäudeeigentümer: Gemeinnützige Bauvereinigungen und andere öffentlich-rechtliche Körperschaften

Quelle: Statistik Austria, Mikrozensus 2001-2, FGW-Berechnungen

Tabelle 145: Entwicklung der Binnenwanderung zwischen den Bundesländern 1961–1991 bzw. 1996–2001

Zeitraum	Binnenwanderung der Fünf- und Mehrjährigen	Fünf- und mehrjährige Wohnbevölkerung	Rate in ‰
1956–61	133.868	6.490.109	20,6
1966–71	170.358	6.897.948	24,7
1976–81	161.234	7.123.926	22,6
1986–91	185.057	7.342.504	25,2
	Binnenwanderung	Wohnbevölkerung	Rate in ‰
1996	71.643	7.959.016	9,0
1997	72.935	7.968.041	9,2
1998	71.061	7.976.789	8,9
1999	75.517	7.992.323	9,4
2000	74.162	8.011.566	9,3
2001	81.946	8.031.560	10,2

Quelle: Volkszählungsergebnisse 1961 bis 1991; 1996–2001: Wanderungsstatistik der Statistik Austria

Tabelle 146: Binnenwanderungssaldo nach Bundesländern 1961–2001

Jahre	Bgl.	Ktn.	NÖ	OÖ	S	Stm.	Tirol	Vbg.	Wien
1956–1961	-6.595	-4.595	-18.093	-2.648	3.297	-8.759	414	6.412	30.567
1966–1971	-4.861	-4.681	-6.393	-1.826	5.356	-7.549	3.388	1.273	15.293
1976–1981	-183	-2.343	15.285	-985	3.980	-7.057	2.051	886	-11.634
1986–1991	1.223	-2.792	28.866	-3.250	1.008	-6.987	872	1.588	-20.528
1996–2001	1.844	-4.801	31.464	-5.899	-2.963	-5.177	-1.615	-1.498	-11.355
1996	353	-659	3.985	-1.493	-95	-1.372	-195	-297	-227
1997	122	-709	4.052	-1.084	-271	-766	-371	-335	-638
1998	146	-573	4.828	-833	-449	-1.005	-459	-170	-1.485
1999	71	-914	3.656	-901	-858	-1.016	-240	-412	614
2000	32	-1.118	5.274	-1.056	-816	-817	-254	-232	-1.013
2001	1.120	-828	9.669	-532	-474	-201	-96	-52	-8.606

Quelle: Volkszählungsergebnisse 1961, 1971, 1981, 1991; 1996–2001: Wanderungsstatistik der Statistik Austria

Tabelle 147: Polen, Ungarn, Tschechen und Slowaken in Österreich nach Niederlassungsbewilligungen und Aufenthaltserlaubnissen

	Gesamt	davon Niederlassungsbewilligungen	davon Aufenthaltserlaubnisse
Polen	19.967	16.623	
Ungarn	17.779	10.115	6.988
Tschechische Republik	8.982	6.036	2.378
Slowakei	10.717	6.946	3.218

Quelle: BMI - Sektion III - Statistik Dezember 2002.



Tabelle 148: Geburtenbilanz 2000

2000	Lebendgeborene nach Wohnland der Mutter		Gestorbene		Geburten-überschuss (+), -defizit (-)		Geburten+ bzw. - der österr. Staatsbürger		Geburten+ bzw. - der Ausländer	
Österreich	78.268	9,7 <sup>1)</sup>	76.780	9,5	1.488	0,2	-7.483	-11,2	8.971	1,1
Wien	15.547	9,7	17.588	10,9	-2.041	-1,3	-4.682	-2,9	2.641	1,6
NÖ	14.097	9,1	15.909	10,3	-1.812	-1,2	-2.980	-1,9	1.168	0,8

<sup>1)</sup> jeweils auf 1.000 Einwohner

Quelle: Statistik Austria, Statistisches Jahrbuch Österreich 2002, 2.23

Tabelle 149: Unselbständig Beschäftigte und Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte, Jahresdurchschnitt <sup>1)</sup> 1994 bis 2002 in Wien

Jahre	Wien	Wien	Anteil ausl. Arbeitskräfte an unselbst. Besch. in W	Österreich	Österreich <sup>2)</sup>	Anteil ausl. Arbeitskräfte an unselbst. Besch. in Ö
	Unselbständig Beschäftigte	Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte		Unselbständig Beschäftigte	Beschäftigte ausländische Arbeitskräfte	
1994	788.044	102.161	12,96	3,069.424	290.288	9,46
1995	781.130	105.108	13,46	3,069.536	300.328	9,78
1996	770.866	105.243	13,65	3,046.904	300.271	9,85
1997	764.605	104.692	13,69	3,055.305	298.797	9,78
1998	766.548	104.132	13,58	3,075.850	298.566	9,71
1999	772.976	106.269	13,75	3,106.120	305.783	9,84
2000	770.660	110.024	14,28	3,133.173	319.394	10,19
2001	767.491	111.469	14,52	3.148.177	329.261	10,46
2002	757.869	111.446	14,71	3.154.512	334.132	10,59

<sup>1)</sup> gleitender Durchschnitt

<sup>2)</sup> inkl. versicherte Ausländer in Bergbau und bei der ÖBB, die keinem Bundesland zuordenbar sind.

Quelle: Statistik Austria, Statistisches Jahrbuch Österreichs 2002, 2003, 7.06, 7.07, Hauptverb.d.öst. Sozialversicherungsträger

Tabelle 150: Veränderung des realen BIP in Prozent

	Österreich	Ungarn	Slowakei	Tschechien
1990	4,7	-3,5	-2,5	-1,2
1991	3,3	-11,9	-14,6	-11,5
1992	2,3	-6,5	-3,1	-3,3
1993	0,4	-0,6	-3,7	0,6
1994	2,6	2,9	4,9	2,6
1995	1,6	1,5	6,7	5,9
1996	2,0	1,3	6,2	4,3
1997	1,6	4,6	6,2	-0,8
1998	3,5	4,9	4,1	-1,2
1999	2,8	4,2	1,9	0,5
2000	3,0	5,2	2,2	3,3
2001	1,0	3,8	3,3	3,3
2002 (Prognose)	1,2	3,3	3,5	3,0
1990-2002 (Index 1990=100)	128	112	117	106

Quelle: OECD, UN, WIIW, EU-Kommission

Tabelle 151: Wahlbeteiligung und Abstimmungsergebnisse in den EU-MOE-Ländern

	Datum	Zustimmung zum EU-Beitritt	Wahlbeteiligung
Ungarn	12.04.2003	83,8%	45,6%
Slowakei	17.05.2003	92,7%	52,2%
Polen	7./8.06.2003	77,5%	58,9%
Tschechien	13./14.06.2003	81,0%	57,0%

Quelle: EU-Kommission

Tabelle 152: Szenario 1 - Verstärkte Rückwanderung

Jahr	Bevölkerung Jahresmitte	Geburtenbilanz	Außenwanderungssaldo	Binnenwanderungssaldo	Gesamtsaldo
2001	1.550.679	-1.776	4.600	-8.543	-5.719
2002	1.551.377	-488	10.273	-3.503	6.282
2003	1.557.799	-522	10.662	-3.593	6.547
2004	1.564.332	-553	10.777	-3.672	6.552
2005	1.570.916	-588	10.903	-3.718	6.597
2006	1.577.555	-623	11.045	-3.755	6.667
2010	1.602.131	-632	10.401	-3.948	5.821
2015	1.626.952	-507	8.667	-4.350	3.810
2020	1.640.756	-616	7.477	-5.035	1.826
2025	1.645.938	-1.217	7.181	-5.611	353
2030	1.644.188	-2.214	7.127	-5.912	-999
2031	1.643.076	-2.402	7.117	-5.930	-1.215

Quelle: Stat.at., FGW

Tabelle 153: Szenario 1 - Verstärkte Rückwanderung

Jahr	Bevölkerung Jahresmitte	Geburten	Sterbefälle	Außenwegzüge	Außenzuzüge	Binnenwegzüge	Binnenzuzüge
2001	1.550.679	15.167	-16.943	-14.764	19.364	-28.944	20.401
2002	1.551.377	16.428	-16.916	-17.807	28.080	-24.906	21.403
2003	1.557.799	16.229	-16.751	-17.806	28.468	-24.896	21.303
2004	1.564.332	16.053	-16.606	-18.082	28.859	-24.904	21.232
2005	1.570.916	15.898	-16.486	-18.345	29.248	-24.894	21.176
2006	1.577.555	15.772	-16.395	-18.595	29.640	-24.894	21.139
2010	1.602.131	15.567	-16.199	-18.990	29.391	-25.013	21.065
2015	1.626.952	15.635	-16.142	-18.913	27.580	-25.179	20.829
2020	1.640.756	15.509	-16.125	-18.668	26.145	-25.222	20.187
2025	1.645.938	15.146	-16.363	-18.403	25.584	-25.027	19.416
2030	1.644.188	14.709	-16.923	-18.065	25.192	-24.702	18.790
2031	1.643.076	14.629	-17.031	-17.998	25.115	-24.620	18.690

Quelle: Stat.at., FGW

Tabelle 154: Szenario 2 – Zuwanderungsschock aus Polen

Jahr	Bevölkerung Jahresmitte	Geburtenbilanz	Außenwanderungssaldo	Binnenwanderungssaldo	Gesamtsaldo
2001	1.550.679	-1.776	4.600	-8.543	-5.719
2002	1.555.503	-488	18.515	-3.503	14.524
2003	1.570.457	-387	19.546	-3.758	15.401
2004	1.586.333	-277	20.604	-4.010	16.317
2005	1.603.075	-160	21.605	-4.228	17.217
2006	1.620.798	-34	22.662	-4.443	18.185
2010	1.689.163	555	20.090	-5.279	15.366
2015	1.746.600	897	13.441	-6.124	8.214
2020	1.780.588	620	11.866	-6.982	5.504
2025	1.802.669	-181	11.325	-7.646	3.498
2030	1.815.548	-1.315	11.035	-8.011	1.709
2031	1.817.133	-1.518	11.012	-8.044	1.450

Quelle: Stat.at, FGW

Tabelle 155: Szenario 2 – Zuwanderungsschock aus Polen

Jahr	Bevölkerung Jahresmitte	Geburten	Sterbefälle	Außenwegzüge	Außenzuzüge	Binnenwegzüge	Binnenzuzüge
2001	1.550.679	15.167	-16.943	-14.764	19.364	-28.944	20.401
2002	1.555.503	16.428	-16.916	-17.796	36.311	-24.906	21.403
2003	1.570.457	16.385	-16.772	-17.982	37.528	-25.070	21.312
2004	1.586.333	16.375	-16.652	-18.140	38.744	-25.269	21.259
2005	1.603.075	16.398	-16.558	-18.356	39.961	-25.463	21.235
2006	1.620.798	16.463	-16.497	-18.515	41.177	-25.687	21.244
2010	1.689.163	16.988	-16.433	-19.290	39.380	-26.699	21.420
2015	1.746.600	17.408	-16.511	-19.651	33.092	-27.444	21.320
2020	1.780.588	17.239	-16.619	-19.504	31.370	-27.692	20.710
2025	1.802.669	16.809	-16.990	-19.371	30.696	-27.635	19.989
2030	1.815.548	16.393	-17.708	-19.193	30.228	-27.453	19.442
2031	1.817.133	16.331	17.849	-19.123	30.135	-27.404	19.360

Quelle: Stat.at, FGW

## 8.6 TABELLEN- UND ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Grafik 1:	Haushaltsstruktur in Wien 2001 in Prozent.....	9
Grafik 2:	Haushaltsstruktur 1951 – 2001 nach der Anzahl der Personen in Privathaushalten.....	10
Grafik 3:	Struktur der Privathaushalte, 1988 bis 2002.....	10
Grafik 4:	Entwicklung der Altersstruktur in Wien 1951 – 2050.....	11
Grafik 5:	Wohnbevölkerung Wiens mit Hauptwohnsitz nach Altersgruppen und Bezirken, 2001.....	13
Grafik 6:	Entwicklung der Wohnbevölkerung nach Bezirken.....	14
Grafik 7:	Geburten und Todesfälle in Wien.....	14
Grafik 8:	Das Wiener Geburtendefizit nach Geburten österreichischer Staatsbürger und Ausländer.....	15
Grafik 9:	Zuwanderung, Abwanderung und Wanderungssalden Wien 1950 – 2050.....	16
Grafik 10:	Internationalen Wanderung, Binnenwanderung und Salden, Prognose für Wien, 2001-2050.....	16
Grafik 11:	Binnenwanderung zwischen den Bundesländern und Wien.....	18
Tabelle 12:	Außenwanderung 2001 nach Herkunfts- bzw. Zielländern sowie In- und Ausländern.....	19

Grafik 13:	Außenwanderung zwischen Wien und den MOEL-4-Ländern, 1996-2001.....	20
Grafik 14:	Altersstruktur der Migration 1996-2001.....	20
Grafik 15:	Wohnbevölkerung Wiens in 1.000 und Anteil an AusländerInnen.....	21
Grafik 16:	Wohnbevölkerung Wiens nach Staatsangehörigkeit und Altersstruktur, 2001.....	21
Grafik 17:	Privathaushalte nach Staatsangehörigkeit des Haushaltsrepräsentanten und höchster abgeschlossener Bildung, 2001.....	22
Grafik 18:	Einbürgerungen der Wiener Wohnbevölkerung nach bisheriger Staatsangehörigkeit, 1988-2002.....	23
Grafik 19:	Einbürgerungen von Staatsbürgern der MOE-Staaten 1988-2002.....	23
Grafik 20:	Einbürgerungen 1982 bis 2001 und Ausländerzahl 2001.....	24
Grafik 21:	Wohnbevölkerung aus den MOEL-4 nach Geburtsland und Staatsangehörigkeit, 2001.....	25
Grafik 22:	Wohnbevölkerung aus den MOEL-4 nach Altersgruppen, Geburtsland und Staatsangehörigkeit, 2001/25	
Grafik 23:	Anteile der Ausländer nach Herkunftsländern und Bezirken, 2001.....	26
Tabelle 24:	Ausländische Studierende sowie Studienabschlüsse von Ausländern an Universitäten nach Staatsbürgerschaft, Durchschnitt 1999-2002.....	27
Tabelle 25:	Aufrechte Aufenthaltstitel „Pendler“ nach Staatsangehörigkeit, 2003.....	28
Grafik 26:	Veränderung des Wohnungsbestandes 1991 – 2001 nach Bezirken.....	29
Grafik 27:	Wohnungen nach Eigentumsverhältnissen und Bezirken, 2001.....	30
Grafik 28:	Hauptwohnsitze nach dem Rechtsgrund für die Wohnungsbenützung in Wien, 2001.....	30
Grafik 29:	Art des Wohngebäudes nach Bezirken, 2001.....	31
Grafik 30:	Wohnungsbewilligungen Wien und Österreich.....	32
Grafik 31:	Wohnungsfertigstellungen Wien und Österreich.....	32
Grafik 32:	Wohnungsfertigstellungen nach Bezirken pro 1.000 EW, Durchschnitt 1997-2001.....	33
Grafik 33:	Fertig gestellte Wohnungen nach dem Bauherrn, 2001.....	34
Grafik 34:	Entwicklung der Marktpreise für private Miet- und Eigentumswohnungen.....	35
Grafik 35:	Wohnkosten in unterschiedlichen Marktsegmenten in Wien.....	35
Tabelle 36:	Wohnungsaufwand nach Ausstattungskategorien, Wien, 2001.....	36
Grafik 37:	Monatliche Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte Wiens.....	37
Tabelle 38:	Anteil der Wohnkostenbelastung an den durchschnittlichen monatlichen Verbrauchsausgaben je Haushalt in Wien, 1999/2000.....	38
Tabelle 39:	Haushaltseinkommen, Wohnkosten und Wohnkostenbelastung in Wien 1999.....	38
Grafik 40:	Bewohner nach Bezirken und Ausstattungskategorie der Wohnung, 2001.....	40
Grafik 41:	Durchschnittliche Nutzfläche von Wohnungen pro Bewohner nach Gebäudeeigentümer und Ausstattungskategorie, 2001.....	40
Grafik 42:	Wohnversorgung ausgewählter Haushaltstypen in Wien, 2001.....	41
Grafik 43:	Wohnversorgung nach Berufsgruppen in Wien, 2001.....	42
Tabelle 44:	Wohnzufriedenheit und soziale Kohäsion im Vergleich Österreich – NL - EU.....	43
Grafik 45:	Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung in Wien, 2001.....	44
Tabelle 46:	Bezirke mit mehr als 20% Ausländer-Anteil gemäß Volkszählung 2001.....	44
Grafik 47:	Wohnbevölkerung Wiens nach Bezirken in 1.000 und Veränderung Ausländeranteil.....	45
Grafik 48:	Ausländer nach Geburtsland in den Wiener Bezirken, 2001.....	45
Grafik 49:	Versorgung nach Ausstattungskategorien und Staatsbürgerschaft, 2001.....	46
Grafik 50:	Rechtsverhältnis nach Staatsbürgerschaft, 2001.....	46
Grafik 51:	Kennzahlen zum Überbelag von Wohnungen Wien und Österreich.....	47
Tabelle 52:	Migrationswahrscheinlichkeit der potenziellen Migranten nach Österreich nach Fassmann/ Hintermann.....	56
Tabelle 53:	Jährlicher Zustrom von Migranten aus den CEEC-10 nach Boeri/ Brücker.....	57
Tabelle 54:	Anzahl von Migranten aus den CEEC-10 nach Boeri/Brücker.....	57
Grafik 55:	Tagespendlerpotenzial nach Bundesländern nach Huber.....	59

Tabelle 56:	Bewilligungspflichtig beschäftigte Ausländer aus den MOEL nach Bundesländern Jahresdurchschnitt 2001 .....	61
Tabelle 57:	Indikatoren zu den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Österreich und MOEL.....	67
Tabelle 58:	Relative Wettbewerbsfähigkeit der CEE-Staaten im Vergleich .....	68
Grafik 59:	Regionale Arbeitslosigkeit in den MOE-Ländern, 2002.....	69
Grafik 60:	Arbeitslosigkeit im Vergleich, 2001 .....	70
Tabelle 61:	Regionale Unterschiede der Arbeitslosenquoten auf NUTS-2-Ebene für 2002.....	71
Tabelle 62:	Demografische Indikatoren Österreich und MOEL.....	72
Grafik 63:	Bedingte Migrationsbereitschaft bei um 20%/ 50%/ 100% höherem Einkommen .....	74
Grafik 64:	Untersuchte NUTS 2-Regionen in Polen.....	78
Grafik 65:	Verteilung der Altersgruppen in Polen, 2001 .....	79
Grafik 66:	Bevölkerungsentwicklung in Polen nach breiten Altersgruppen von 2005 bis 2030.....	80
Grafik 67:	Struktur privater Haushalte in Polen, 2002.....	80
Grafik 68:	Beschäftigung nach Regionen, 2002 (in 1.000) .....	82
Grafik 69:	Veränderung der Eigentümerstruktur im polnischen Wohnungsbestand.....	82
Grafik 70:	Fertiggestellte Wohnungen 1991-2001 in Polen .....	83
Grafik 71:	Fertiggestellte Wohnungen nach Wohnbauträgern, Polen 1991-2001 .....	83
Tabelle 72:	Kennzahlen zum Wohnungsbestand in Polen von 1988/2002.....	84
Grafik 73:	Slowakische Republik.....	84
Grafik 74:	Verteilung der Altersgruppen in der Slowakei nach Regionen, 2001 .....	85
Grafik 75:	Struktur slowakischer Privathaushalte, 2001 .....	85
Grafik 76:	Bevölkerung nach Beschäftigungsverhältnissen, Slowakei, 2001 .....	86
Grafik 77:	Fertiggestellte Wohnungen 1991-2002 in der Slowakei .....	87
Grafik 78:	Wohnungsbestand nach Nutzungsart in der Slowakei, 2001 .....	88
Grafik 79:	Durchschnittliche Wohnungsgrößen (m <sup>2</sup> ) nach Rechtsverhältnis in der Slowakei, 2001 .....	88
Grafik 80:	Wohnraumversorgung unterschiedlicher Haushaltstypen in der Slowakei, 2001 .....	89
Grafik 81:	Untersuchte NUTS 2- und NUTS 3 - Regionen der Tschechischen Republik .....	90
Grafik 82:	Verteilung der Altersgruppen in der Tschechischen Republik nach Regionen, 2001 .....	91
Grafik 83:	Fertiggestellte Wohnungen 1991-2001 in der Tschechischen Republik.....	92
Grafik 84:	Anteile des Wohnungsbestandes nach der Rechtsform, Tschechische Republik, 2001 .....	93
Grafik 85:	Regionen Ungarns.....	94
Grafik 86:	Verteilung der Altersgruppen in Ungarn, 2001 .....	94
Grafik 87:	Struktur privater Haushalte in Ungarn, 2001.....	95
Grafik 88:	Fertiggestellte Wohnungen 1991-2001 in Ungarn .....	96
Grafik 89:	Wohnraumversorgung unterschiedlicher Haushaltstypen in Ungarn, 2001 .....	97
Grafik 90:	Bevölkerung nach Berufstätigkeit, 2001.....	101
Tabelle 91:	Unselbständig Beschäftigte nach Wirtschaftsklassen 2001.....	101
Grafik 92:	Beschäftigte in Wien und Österreich nach ÖNACE-Wirtschaftsklassen, 2001.....	102
Tabelle 93:	Arbeitslosigkeit nach ÖNACE-Wirtschaftsklassen in Wien, 2001 .....	103
Tabelle 94:	Offene Stellen 1970 bis 2003 .....	103
Grafik 95:	Veränderung der Beschäftigtenzahlen in der Ostregion.....	104
Grafik 96:	Veränderung der Beschäftigtenzahlen in Österreich nach Regionen.....	105
Grafik 97:	Unselbständig Beschäftigte in Wien, 1982 - 2003 .....	106
Grafik 98:	Erwerbspersonen aus den MOEL-4 in Wien nach ISCO-Berufshauptgruppe (des Erhaltes), 2001.....	106
Tabelle 99:	Erwerbspersonen mit MOEL-Staatsangehörigkeit in Wien nach ÖNACE - Wirtschaftsabschnitten, 2001 .....	107
Grafik 100:	Mittleres Jahresnettoeinkommen (in Euro) der Unselbständig Erwerbstätigen 2001 .....	108

Tabelle 101:	Jahreseinkommen für Arbeiter und Angestellte nach Wirtschaftsklassen Österreich 2001.....	110
Tabelle 102:	Österreichs Außenhandel mit den EU-MOE-Ländern.....	115
Grafik 103:	Zuwanderung aus den MOEL-4 nach Wien, 1996-2001.....	120
Tabelle 104:	Interne Migrationsraten.....	121
Grafik 105:	Zielländer internationaler Emigration aus Polen von 1981-2001.....	121
Grafik 106:	Zielländer internationaler Emigration aus Ungarn von 1991-2001.....	123
Grafik 107:	Intendiertes externes Migrationsziel zur Verbesserung der beruflichen Situation.....	125
Grafik 108:	Prinzipielle Migrationsbereitschaft nach Wien bzw. Österreich.....	125
Tabelle 109:	Prognoseparameter für Wien gemäß St.at-Bevölkerungsprognose, mittlere Variante.....	128
Grafik 110:	Zuzüge nach Österreich – Zuwanderungsvarianten der Statistik Austria.....	128
Grafik 111:	Prognostizierte Zuwanderung nach Österreich nach Herkunftsländern bis 2041.....	129
Grafik 112:	Hauptvariante der Bevölkerungsvorausschätzung der Statistik Austria.....	134
Tabelle 113:	Bevölkerungsbestand und Zuwanderung von MOE-Staatsangehörigen in Wien.....	135
Tabelle 114:	Zukünftige jährliche Zuwanderung aus den MOE-Ländern nach Wien: Referenzszenario.....	136
Tabelle 115:	Jährliche Wanderungssalden aus den MOE-Ländern nach Wien: Referenzszenario.....	136
Grafik 116:	Szenario 1: Verstärkte Rückwanderung –.....	138
Tabelle 117:	Jährliche Wanderungssalden aus den MOE-Ländern nach Wien: Szenario Verstärkte Rückwanderung.....	138
Grafik 118:	Szenario 2: Zuwanderungsschock aus Polen.....	140
Tabelle 119:	Jährliche Wanderungssalden aus den MOE-Ländern nach Wien: Szenario Zuwanderungsschock.....	140
Grafik 120:	Wohnbevölkerung Wiens nach Staatsangehörigkeit und Altersstruktur, 2001.....	143
Grafik 121:	Migrationsabsichten.....	145
Grafik 122:	Intendierte Migrationsdauer.....	146
Tabelle 123:	Daten zur Wohnungsnachfrage Wien.....	149
Grafik 124:	Förderungszusicherungen, Wohnungsbewilligungen und Fertigstellungen.....	150
Tabelle 125:	Ranking der Wohnungskriterien.....	152
Grafik 126:	Anforderungen an die Wohnungsgröße.....	152
Tabelle 127:	Akzeptanz von Wohnkostenbelastungen.....	153
Tabelle 128:	Struktur des Wohnungsbestandes nach Ausstattung und Größe, 2001.....	171
Grafik 129:	Hauptmietwohnungen nach der Dauer des Mietverhältnisses und dem Eigentümer des Gebäudes, 2001.....	171
Grafik 130:	Gebäude nach Eigentumsverhältnissen.....	172
Grafik 131:	Veränderung des Gebäudebestandes 1991 – 2001 nach Bezirken.....	172
Grafik 132:	Gesamtbevölkerung und Relevanz der Hauptstädte.....	172
Grafik 133:	Vergleich der Bevölkerung nach Altersgruppen, 2001.....	173
Grafik 134:	Vergleich des Akademikeranteils in Österreich und den MOE-Ländern, 2001 (PL: 2002).....	173
Grafik 135:	Wohnungen pro 1.000 Einwohner, 2001.....	173
Grafik 136:	Wohnungsfertigstellungen im Vergleich 1991-2001 (2002).....	174
Grafik 137:	Zahl der fertig gestellten Wohnungen pro 1.000 Einwohner.....	174
Grafik 138:	Neubau in Bezug auf die Bevölkerung, 2001 Fertig gestellte Wohnungen per 1.000 Einwohner.....	175
Grafik 139:	Beschäftigung nach ÖNACE-Wirtschaftsklassen in Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung.....	175
Tabelle 140:	Wohnbevölkerung Wiens mit Hauptwohnsitz nach Altersgruppen und Bezirken am 31.12.2001.....	176
Tabelle 141:	Bevölkerung Wiens nach Staatsangehörigkeit.....	177
Tabelle 142:	Wohnungsneubau in Österreich 1981-2001 (2002).....	178
Tabelle 143:	Fertig gestellte Wohnungen nach Ländern Wien, NÖ und gesamt 1991 – 2001 (2002).....	179
Grafik 144:	Durchschnittliche Wohnungsgröße pro Person, 2001.....	179
Tabelle 145:	Entwicklung der Binnenwanderung zwischen den Bundesländern 1961-1991 bzw. 1996-2001.....	180
Tabelle 146:	Binnenwanderungssaldo nach Bundesländern 1961-2001.....	180

Tabelle 147: Polen, Ungarn, Tschechen und Slowaken in Österreich nach Niederlassungsbewilligungen und Aufenthaltserlaubnissen .....	180
Tabelle 148: Geburtenbilanz 2000 .....	181
Tabelle 149: Unselbständig Beschäftigte und Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte, Jahresdurchschnitt 1994 bis 2002 in Wien.....	181
Tabelle 150: Veränderung des realen BIP in Prozent.....	181
Tabelle 151: Wahlbeteiligung und Abstimmungsergebnisse in den EU-MOE-Ländern.....	182
Tabelle 152: Szenario 1 - Verstärkte Rückwanderung .....	182
Tabelle 153: Szenario 1 - Verstärkte Rückwanderung .....	182
Tabelle 154: Szenario 2 - Zuwanderungsschock aus Polen .....	183
Tabelle 155: Szenario 2 - Zuwanderungsschock aus Polen .....	183